

Die Schausammlung im Oberen Belvedere bis 24. Juli 2021

Ferdinand Georg Waldmüller, Der fürstlich Esterházy'sche Rat Mathias Kerzmann mit seiner zweiten Gattin Maria Helena, geb. Mikolischütz, und Tochter Maria, 1835 (ab der Seite 107)

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,
wir hoffen sehr, daß Sie einen guten Jahresbeginn hatten und, vor allem, daß Sie und die Ihren gesund sind – und wünschen Ihnen alles erdenklich Gute!

Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 197

Neujahrsrede des Bundespräsidenten vor dem Diplomatischen Corps	3
Video-Meeting mit Staatspräsident Borut Pahor	5
Aus dem Parlament	6
EU-Rat:Kurz begrüßt Einigung auf neues Klimaziel für 2030	11
Strategie gegen Antisemitismus	12
Mädchenförderung durch Bildung	14
EuropaministerInnen der 27 EU-Staaten beraten über Covid-19	15
Aus dem Außenministerium	16
Brexit-Handels- und Kooperationsvertrag: die Auswirkungen	21
»Horizon Europe« startete Initiative für angemessene Mindestlöhne	23
Agreement NÖ und Tschechien	24
Gemeinsame Europakonferenz erstmals als Videokonferenz	25
Leistungsfähige Pyhrn-Schober-Achse ist Mehrwert für Europa	27
BMW Steyr stärkt OÖ als Standort	29
Europa wird neu gedacht	30
Australiens Botschafter in Graz	31
Steirisches Top-Rating bestätigt	31
EVTZ-Vorstand tagte via Videokonferenz	32
Regionalparlamente sollen Ausrichtung der EU mitbestimmen	34
Beitrag der Städte und Regionen für leistbares Wohnen	35
Österreicher Josef Aschbacher ist neuer ESA-Generaldirektor	37
75 Jahre Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft	38
Die VAE und der Sport	40
Bei jedem Wetter sicher autonom transportieren	41
Erste »AURO Seilbahn« in Zermatt eröffnet	42
Neue Linien im Nachtzugverkehr	43
Viertel Zwei in Wien ist europäisches Vorzeigeprojekt	45
Kunsthhaus Graz in Taiwan	46
Cultour.digital	47
Online: »Alles Walzer«	49
European Property Award	50
Neujahrsansprache 2021 des Bundespräsidenten	51
75 Jahre Nationalrat und Bundesrat	52
M. Kocher neuer Arbeitsminister	60
75 Jahre Ernennung Leopold Figls zum Bundeskanzler	61

»Burgenland Journal«	
Neujahrsbotschaft von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil	63
Vorwärts Burgenland	64
Land unterstützt Start in die Arbeitswelt	65
Zentrale Vorhaben für 2021	66
Klimaschutz, Biowende...	68
Special Olympics Österreich	69
Gutes Zeugnis für Eisenstadt	70
Ritter produziert in Breitenbrunn	73
Historische Fotos gesucht!	74
In Memoriam der Roma-Attentatsopfer von Oberwart	75
Kunst aus sieben Jahrzehnten	76
Alfons Haider wird neuer Generalintendant	77

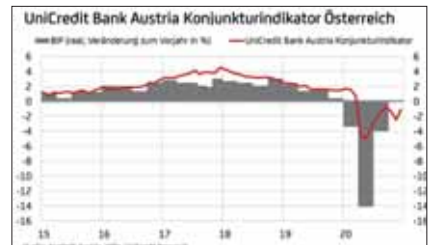
Konjunkturstimmung nur kurzzeitig aufgehellt...	78
Pakt für mehr Wertschätzung, Wertschöpfung und Regionalität	81
RE/MAX Commercial	82
ÖBB: 700 Mio. € für Infrastruktur	83
Kontaktlose Holz-Logistik	85
Umgang mit dem Altern	87
Netzwerk Kulinarik	90
Treffsicheres Weinmarketing	92
Arik Brauer (1929-2021)	
Ein Nachruf von Danielle Spera	94
Nachlaß von Adolf Holl	96
»Exoten« und »Abenteurer« Gottes	97
Kann die Existenz Dunkler Materie belegt werden?	98
Krebszellwanderung und Gewitter im Gehirn: Mechanismus schützt	100
Ultraschall zur Behandlung von Gehirnkrankheiten	101
FACC startet Testflüge mit autonomem Flugtaxi EHang	102
Der Donau Limes	103
Roboter lernen mit Stoffen und Folien umzugehen	105
Spektakulärer Fossilfund	106
Belvedere: Die Schausammlung	107
Bruegel virtuell begegnen	112
Aufsehenerregende Entdeckung im Tiroler Volkskunstmuseum	113
20 Jahre Karikaturmuseum Krems	114
Stadtansichten mit dem Henndorfer Kulturkreis	117
Das Wienerlied lebt – aber wie?	120



Neujahrsansprache des Bundespräsidenten 51



75 Jahre National- und Bundesrat 52



Nur kurzfristige Konjunkturaufhellung 78



Beleg für Existenz Dunkler Materie? 98



Schausammlung im Belvedere 107

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: HBF/ Peter Lechner; Parlamentsdirektion / Johannes Zinner; UniCredit Research; MPP / Karoline Schöffner; © Belvedere, Wien / Foto: Johannes Stoll

»Bauen wir unsere Welt ein wichtiges Stückchen besser!«

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 19. Jänner vor dem Diplomatischen Corps anläßlich des virtuellen Neujahrsempfangs

Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Diplomatie macht in der Covid-19-Pandemie keine Pause. Umso wichtiger ist in diesen schwierigen Zeiten Ihre Präsenz in Wien und Ihr Engagement für gute bilaterale Beziehungen zwischen Österreich und Ihrem jeweiligen Heimatland.

Daher war es mir ein Anliegen, Ihnen zumindest auf diesem Wege meinen Dank und meine Glückwünsche zum Neuen Jahr zu übermitteln.

Ihnen, Hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, danke ich herzlich für die Neujahrswünsche, die Sie namens des Diplomatischen Corps überbracht haben.

Nun, im vergangenen Jahr hat die Pandemie unser Leben auf den Kopf gestellt. Wie Sie alle mußte auch ich meinen Alltag anpassen: Wir haben es zwar geschafft, trotz allem etliche Besucher persönlich in Österreich zu empfangen, u.a. zur Austrian World Summit Klimakonferenz im September.

Ein Großteil meiner außenpolitischen Tätigkeit hat sich jedoch auf Telefon- und Videogespräche verlagert. Und ich muß Ihnen sagen: Es ist nicht daßelbe. Der persönliche Kontakt, das vertrauliche Vier-Augen-Gespräch, der echte Händedruck fehlen mir sehr.

Die Pandemie ist eine Jahrhundertherausforderung, und sie ist noch nicht überwunden. Auch wenn die Impfungen in vielen Ländern bereits begonnen haben, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen werden uns sicher noch einige Zeit begleiten.

Das Virus hat kein Land verschont. Es ist auch eine Herausforderung für das multilaterale System. Das Jahr 2020 hat uns klar vor Augen geführt, wie wichtig internationale Zusammenarbeit ist. So gab es nach einer kurzen Phase der nationalen Alleingänge am Beginn bald ermutigende Zeichen der Solidarität wie koordinierte Rückholaktionen oder die Aufnahme von Patienten aus anderen Ländern in Intensivstationen. Und mit jedem Tag wuchs die Erkenntnis: Die Isolation ist eine Sackgasse. Kein Staat allein kann das Virus besiegen. Es braucht eine



Foto: HBF/ Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und der Päpstliche Nuntius in Wien, S.E. Erzbischof Pedro López Quintana

Kehtwendung, wir kommen da nur zusammen durch – und wieder heraus.

Die Europäische Union hat erfolgreich zusammengehalten. In der Forschung, der Produktion und bei der gemeinsamen Beschaffung von Impfstoffen. Und das, obwohl Gesundheit eigentlich in der Kompetenz der Nationalstaaten steht. Wir haben bewiesen, daß wir uns nicht von Kompetenzfragen aufhalten lassen, wenn es wirklich darauf ankommt.

Auch auf internationaler Ebene gibt es ein klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit im Kampf gegen die Pandemie: Impfstoff soll allgemein verfügbar sein, für alle Länder. Mit der Initiative „Team Europe“ (38 Mrd. Euro) hilft die EU Ländern vom Westbalkan bis Afrika, Lateinamerika und Asien, die enormen Auswirkungen der Pandemie zu lindern. Denn die Pandemie trifft die Ärmsten und Verwundbarsten ganz besonders.

Was die EU und der deutsche Ratsvorsitz in den letzten Monaten geleistet haben, ist bemerkenswert: eine historische Entscheidung über die gemeinsame Aufnahme von

bis zu 750 Mrd. Euro zur Finanzierung des Wiederaufbaus, ein neuer Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, und ein ehrgeiziges neues Klimaziel bis 2030.

Ein Wermutstropfen ist die nicht gelungene Einigung auf den nächsten Schritt im Heranführungsprozeß für Nordmazedonien und Albanien. Daran müssen wir in diesem neuen Jahr zügig weiterarbeiten. Und natürlich der Brexit: Nach Jahren der Unsicherheit haben wir nun zumindest Klarheit.

Meine Damen und Herren!

Österreich, die EU – wir alle! – haben für einige große Fragen einen wichtigen Partner zurückgewonnen: Trotz der langen Weigerung von Präsident Trump, das Ergebnis freier Wahlen zu respektieren, und trotz des von ihm angestachelten Angriffs auf das Kapitol in Washington, wird Joe Biden morgen sein Amt als US-Präsident antreten. Und der neue Präsident hat bereits angekündigt, die internationale Zusammenarbeit wieder stärken und auch dem Pariser Klimaabkommen wieder beitreten zu wollen.

Österreich, Europa und die Welt

Die Klimakrise ist im vergangenen Jahr durch die Pandemie aus den Schlagzeilen gerutscht. Sie ist aber deswegen nicht verschwunden – im Gegenteil.

Seit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens vor fünf Jahren ist zu wenig passiert. Die Erde wird heißer und heißer. Dazu kommen Waldbrände, auseinanderbrechende Eisberge an den Polkappen, schwere Tropenstürme und Unwetterschäden, zerstörte Landstriche, verheerende Dürren, Millionen Schäden bei unseren Bauern, Hitze in den Städten, etc. etc. Wir stehen vor der größten Herausforderung der Menschheit in diesem Jahrtausend. Einer größeren Herausforderung als jener durch die Pandemie. Und gegen die Klimakrise wird es keine Impfung geben. Da sind wir alle selbst gefordert. Es wird ein Wettlauf mit der Zeit. Aber wir können ihn gewinnen. Wir müssen ihn gewinnen, wollen wir diesen Planeten für uns Menschen gut bewohnbar halten.

Die Jugendbewegung „Fridays for Future“ wird uns weiter antreiben, auf Kurs zu bleiben. Nun gibt es schon „Parents for Future“. Da tut sich was – ungeachtet der teils immer noch vorhandenen Zögerlichkeit der Politik. Was mich positiv stimmt: Auch die Wirtschaft ist mittlerweile an Bord, teilweise geht sie der Politik sogar schon voran. Von den Kunden großer Investmentfonds wird heute weltweit Druck ausgeübt, Geld nachhaltig zu investieren. Das war so vor fünf Jahren nicht denkbar. Beim wirtschaftlichen Wiederaufbau aller Länder nach der Pandemie muß die Bewältigung der Klimakrise unser Leitziel, Investitionen müssen entsprechend nachhaltig sein. Das 750 Milliarden-Paket der EU ist hier ein guter Anfang.

Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein neues Jahr liegt vor uns. Welche Erfahrungen aus der Zeit der Pandemie können wir für die Zeit danach mitnehmen? Das letzte Jahr hat bewiesen, daß wir Menschen zu viel mehr fähig sind, als wir vielleicht dachten, wenn es darauf ankommt. Innerhalb kürzester Zeit wurde ein Impfstoff entwickelt.

Jetzt ist die Zeit, in der wir überlegen sollten, wie wir unsere Welt verbessern können. Für uns, für unsere Kinder, unsere Enkelkinder. Das gilt nicht nur für die Pandemie, sondern auch für die Klimakrise und für unser Zusammenleben – in unseren Gesellschaften, zwischen unseren Ländern oder im Umgang mit Flüchtlingen und Migranten.



Foto: HBF/Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Neujahrsansprache am 19. Jänner:
 »Und bauen wir unsere Welt ein wichtiges Stückchen besser!«

Können wir den Trend zur Unversöhnlichkeit und Aggression brechen? Durch Dialog und Zusammenarbeit, intern, bilateral und multilateral, voneinander lernen und miteinander wachsen?

Ein solcher – effektiver – Dialog ist, was wir uns in Belarus wünschen. Es braucht ihn zur Verbesserung der Situation in der Ostukraine. Zur Entspannung im östlichen Mittelmeer. In Syrien, Libyen, dem Jemen. In Äthiopien, Afghanistan, Venezuela. Und es braucht ihn zur Rückkehr zum Nuklearübereinkommen mit dem Iran. Jede Situation ist anders, aber überall würde ein Mehr an Gespräch helfen.

Im Nahen Osten ist die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und einer Reihe arabischer Staaten, aber auch zwischen verschiedenen Golfstaaten, ein Schritt in die richtige Richtung – einen solchen brauchen wir aber dringend auch für den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern.

Und schließlich: Die Abrüstung ist ein Themenfeld des Multilateralismus, dem Österreich traditionell besonders verpflichtet ist. Dabei stehen die menschliche Sicherheit und die Verhinderung unendlichen Leids durch besonders inhumane Waffengattungen an vorderster Stelle.

Mit dem Nuklearwaffenverbotsvertrag haben wir – 75 Jahre nach dem ersten Einsatz von Atomwaffen in Hiroshima und Nagasaki – einen historischen Meilenstein erreicht. Sein Inkrafttreten in diesen Tagen ist ein Erfolg für Österreich und die Welt.

Lassen Sie mich mit einem Appell für Menschlichkeit schließen: In diesem Jahr begehen wir das 70jährige Bestehen des UNO-Flüchtlingshilfswerks und der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir müssen mehr tun, um die Konvention wirksam umzusetzen.

Die Bilder von Kindern in Kälte, Nässe und Dreck im Lager auf Lesbos, aber auch von den im Winter schutzlos ausgesetzten Menschen in Bosnien und Herzegowina, beschämen uns zutiefst. So etwas darf es in Europa nicht geben.

In diesem Zusammenhang hoffe ich, daß es der EU in diesem Jahr endlich gelingt, einen neuen Pakt zu Asyl und Migration zu beschließen. Auch hierbei sollten wir größer denken. Menschlichkeit muß dabei im Vordergrund stehen!

Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Für die Lösung der anstehenden Herausforderungen braucht es mehr denn je: Diplomatie – Sie. Der persönliche Austausch ist durch kein virtuelles Format ersetzbar. Ich bin zuversichtlich, bald können wir wieder zur Normalität unserer Gesprächskultur zurückkehren. Nützen wir alle diese Chance, miteinander zu sprechen und einander zuzuhören.

Und bauen wir unsere Welt ein wichtiges Stückchen besser!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gutes neues Jahr, viel Glück und Gesundheit! Auf ein baldiges Wiedersehen! ■

<https://www.bundespraesident.at/>

Video-Meeting mit Staatspräsident Borut Pahor

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hatte am Vormittag des 1. Februar ein Videomeeting mit dem Staatspräsidenten der Republik Slowenien, Borut Pahor. Die beiden Staatsoberhäupter tauschten sich über die aktuelle Corona-Pandemie, über internationale Fragen und die Klimakrise aus.

Das letzte Mal getroffen hatten sich die beiden Präsidenten am 9. Oktober des Vorjahres bei den Feierlichkeiten in Klagenfurt anlässlich „100 Jahre Kärntner Volksabstimmung“. Beide teilten die Auffassung, daß der gemeinsame Besuch dieser Feierlichkeiten zu einem besseren Verständnis zwischen der slowenischen Volksgruppe und der Mehrheitsbevölkerung beigetragen hat. Erfreut zeigten sich beide auch darüber, daß am 1. Februar erstmals in der Geschichte der 2. Republik ein Bundesgesetz – das „Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses und sonstiger Förderungen aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung in Kärnten“ – auch in slowenischer Sprache bekannt gemacht wurde.

Die beiden Staatsoberhäupter tauschten sich über die aktuelle Covid-Situation in



Foto: HBF

Die beiden Staatsoberhäupter sind erfreut über die erstmalige Bekanntmachung eines Bundesgesetzes in slowenischer Sprache.

Österreich und Slowenien aus. Der Bundespräsident betonte, er sei überzeugt, daß diese Gesundheitskrise und die mit ihr einhergehende Wirtschaftskrise nur gemeinsam, in europäischer Zusammenarbeit bewältigt werden könne. Dasselbe gelte auch für die Bedrohung durch die Klimakrise, die nur mit einer weltweiten, gemeinsamen Anstrengung aufgehalten werden könne.

Staatspräsident Borut Pahor lud Bundespräsident Van der Bellen zu einem Besuch nach Slowenien ein, sobald es die epidemiologische Situation erlaubt, um weiter den nachbarschaftlichen Austausch zu pflegen als auch über die notwendige Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Klimakrise zu sprechen. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

»Herzlichste Gratulation!«



Foto: HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen gratulierte Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris am 20. Jänner zum Amtsantritt und begrüßte die US-Rückkehr zum Pariser Klimaabkommen

„Ich gratuliere Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris herzlich zum Amtsantritt. Mit dem Wiedereintritt der USA in das Paris Agreement schlagen wir ein neu-

es gemeinsames Kapitel im Kampf gegen die Klimakrise auf. Let's get to work!

Wir werden die großen Herausforderungen unserer Zeit, von Covid-19 über Klimakrise bis zum Neustart der Wirtschaft nur durch internationale Zusammenarbeit meistern. Ich freue mich, daß die USA wieder an Bord sind. Europa und Österreich stehen bereit!“ ■

Aus dem Parlament

Freundschaft zwischen Österreich und Albanien

In einer Videokonferenz tauschte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 17. Dezember mit seinem albanischen Amtskollegen Gramoz Ruçi aus, wobei aktuelle Entwicklungen in der Covid-19-Pandemie das Gespräch beherrschten. Außerdem sprachen die Parlamentspräsidenten über Kooperationen der beiden Parlamente sowie über Tendenzen der Radikalisierung, das Engagement gegen Antisemitismus und die Migration.

Sobotka bedankte sich eingangs für die Möglichkeit, den Kontakt durch die Nutzung von Technologien aufrecht zu erhalten. Österreich und Albanien verbinde eine Freundschaft, die auch durch die Covid-19-Pandemie nicht beeinträchtigt werden könne, so der Nationalratspräsident.

Im Zentrum des Gesprächs standen die aktuellen Entwicklungen in der Corona-Pandemie. Sobotka berichtete mit Blick auf die kommenden Wochen von Plänen für eine Impfung gegen das Coronavirus und thematisierte die Situation des Wintertourismus in Österreich. Er tauschte sich mit seinem Amtskollegen zudem über Massentests und Maßnahmen in den Parlamenten aus. Besonderes Interesse zeigte er an der Durchführung von virtuellen Ausschusssitzungen, von denen der albanische Parlamentspräsident berichtete.

Im Zusammenhang mit den Einreisebestimmungen und Quarantänemaßnahmen für Reiserückkehrende ersuchte Sobotka um Verständnis für die Einschränkungen. Diese Maßnahme gelte für alle Länder mit einer hohen Sieben-Tage-Inzidenz und richte sich nicht gegen bestimmte Länder. Ihm sei wichtig, zu unterstreichen, daß Österreich die Partnerschaft mit den Ländern des Westbalkans ungebrochen fortführen wolle und weiterhin für die baldige Aufnahme von Beitrittsgesprächen zwischen Albanien und der EU eintreten werde.

Auch die Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen und dem albanischen Parlament wurde thematisiert. Beide Parlamentspräsidenten zeigten sich erfreut, daß das Projekt der Demokratiewerkstatt in einer Kooperation nun auch in Albanien implementiert werden soll. Sie soll das Interesse für Parlamentarismus und demokratisch-politische Prozesse bei Kindern und Jugendlichen



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) und Parlamentsdirektor Harald Dossi beim virtuellen Gespräch mit dem albanischen Parlamentspräsidenten Gramoz Ruçi

wecken und damit die Demokratie festigen. Die Covid-19-Krise sei hier zwar ein Hindernis, die Planung schreite über Videokonferenzen aber dennoch voran.

Sobotka bedankte sich beim albanischen Parlamentspräsidenten für dessen Anteilnahme nach dem Terroranschlag in Wien Anfang November. Daß das Rathaus in Tirana rot-weiß-rot beleuchtet war, sei ein besonderes Zeichen der Solidarität gewesen, so Sobotka. Die Parlamentspräsidenten tauschten sich auch über Tendenzen der Radikalisierung in der Bevölkerung und das Engage-

ment beider Parlamente im Kampf gegen den Antisemitismus aus. So gratulierte Sobotka seinem Amtskollegen zur Abhaltung einer internationalen Onlinekonferenz zum Thema Antisemitismus und zur offiziellen Annahme der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance.

Austausch mit der Schweiz

Der Nationalratspräsident traf am 18. Dezember zu einem ersten Austausch per Videokonferenz mit seinem Schweizer Amtskollegen zusammen. Andreas Aebi bekleidet seit



Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im virtuellen Gespräch mit dem Schweizer Parlamentspräsidenten Andreas Aebi; rechts im Bild Parlamentsdirektor Harald Dossi

Österreich, Europa und die Welt

Anfang Dezember für ein Jahr das Amt des Präsidenten des Nationalrats. Sobotka sprach mit ihm über die Corona-Krise sowie über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU, gratulierte seinem Kollegen zu dessen neuem Amt und drückte seine Freude über das persönliche Kennenlernen aus, wenngleich dieses nur virtuell stattfinden könne. Er sei sich sicher, daß die guten bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich in der gleichen Intensität wie in der Vergangenheit fortgesetzt werden können.

Die aktuellen Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie standen im Zentrum der Videokonferenz. Ein wichtiges Thema sei der Grenzverkehr, schließlich seien die beiden Länder unter anderem durch den regen Pendlerverkehr sehr eng miteinander verknüpft, so Sobotka. Mit Blick auf die kommenden Monate tauschten sich die beiden Parlamentspräsidenten zudem über die Impfstrategie der Länder aus.

Die Sicherheitsmaßnahmen im Parlament kamen ebenfalls zur Sprache. Beide Parlamente setzen hier etwa auf Plexiglastrennwände. Der Schweizer Präsident berichtete zudem von der Möglichkeit der virtuellen Abstimmung durch Abgeordnete von zuhause aus. Sobotka zeigte sich interessiert an den notwendigen rechtlichen Bestimmungen zur Umsetzung dieser Möglichkeit.

Die Parlamentspräsidenten thematisierten auch die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Sobotka sprach sich für eine stabile Partnerschaft und einen raschen Abschluss des institutionellen Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz aus. Nicht zuletzt wegen der engen Verflochtenheit mit der Schweiz an der gemeinsamen Grenze sei Österreich sehr an einem Ergebnis in Punkto Rahmenabkommen interessiert, so der Nationalratspräsident.

Pandemiebekämpfung in Österreich und in Schweden

Wolfgang Sobotka traf am 12. Jänner per Videokonferenz mit seinem schwedischen Amtskollegen Andreas Norlén zusammen. Sie sprachen über die Bekämpfung der Corona-Pandemie, Sicherheit im Parlament und andere außenpolitische Themen.

Im Zentrum des Gesprächs stand die Corona-Pandemie. Sobotka thematisierte den Lockdown und die Teststrategie in Österreich sowie die Verbreitung der neuen Virusvariante aus Großbritannien. Auch die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung war Thema, insbesondere vor dem Hintergrund des „Sonderwegs“, den Schweden in



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am Monitor: Präsident des Schwedischen Reichstages, Andreas Norlén

der Bekämpfung der Pandemie eingeschlagen hat. Mit Blick auf die kommenden Monate sprachen die Parlamentspräsidenten über die Impfstrategie der beiden Länder. Wie in Österreich werden auch in Schweden zuerst Pflegebedürftige sowie das Pflege- und Gesundheitspersonal geimpft. Die Bereitschaft der schwedischen Bevölkerung, sich impfen zu lassen, werde als hoch eingestuft, wie Norlén berichtete.

Beide Länder seien durch die Pandemie auch vor große wirtschaftliche Herausforderungen gestellt worden, wurde im Austausch deutlich. Sobotka machte insbesondere die Arbeitslosigkeit in Österreich zum Thema.

Der Nationalratspräsident nutzte das virtuelle Treffen auch, um über die Auswirkungen der Pandemie im Parlament zu sprechen. Er erkundigte sich nach Schutzmaßnahmen im schwedischen Reichstag und interessierte sich besonders für das verminderte Anwesenheitsquorum und die digitalen Ausschusssitzungen.

Anlässlich der Ereignisse im US-Kapitol in Washington, D.C. am 6. Jänner sprachen die beiden Parlamentspräsidenten über die Sicherheit in Parlamenten. Sobotka berichtete, daß die Sicherheitsmaßnahmen in Wien bereits nach dem Anschlag Anfang November verstärkt worden waren und kündigte an, das Thema der Sicherheit von ParlamentarierInnen bei der IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen, die voraussichtlich im Herbst in Wien stattfinden soll, auf die Tagesordnung setzen zu wollen. Abschließend tauschten sich die Präsidenten über die Lage in Belarus, der Ukraine und Rußland aus.

Politik und Alltag in Österreich und in Israel

Per Videokonferenz traf der Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 19. Jänner mit seinem israelischen Amtskollegen Yariv Levin zu einem Gedankenaustausch zusammen. Im Zentrum des Gesprächs standen die Bekämpfung der Corona-Pandemie in Österreich und Israel und die Präventions- und Impfstrategien der beiden Länder sowie die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise. Weitere Themen waren die Arbeit der Parlamente in Zeiten der Pandemie sowie Sicherheitsfragen im parlamentarischen Betrieb. Auch außenpolitische Themen wurden angeschnitten, wobei Levin für Verständnis für die israelischen Positionen und die Sicherheitsinteressen seines Landes warb.

Die Gesprächspartner unterstrichen die guten bilateralen Beziehungen, die die beiden Länder aufbauen konnten. Levin würdigte besonders die Anstrengungen des österreichischen Parlaments im Kampf gegen Antisemitismus, Terrorismus und jede Form von Hassrede. Sobotka unterstrich, daß Österreich großes Verständnis für die Anliegen Israels habe. Das österreichische Parlament habe es zu seiner bildungspolitischen Aufgabe gemacht, demokratisches Bewusstsein zu stärken und auf diese Weise den Kampf gegen alle Formen des Antisemitismus, Rassismus und politischen Radikalismus zu führen.

Österreich und Israel seien Länder mit vergleichbaren Einwohnerzahlen, sagte Sobotka, weshalb man das ambitionierte Impfprogramm Israels mit großem Interesse verfolge. Auf Sobotkas Frage, ob es bereits erste Ergebnisse der Impfkampagne gebe, er-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



Viruelles Gespräch mit dem Sprecher der Knesset Yariv Levin

läuterte Levin, daß bereits 2,5 Millionen Menschen in Israel die erste Impfung erhalten hätten. Weiters hätten auch bereits tausende Menschen die zweite Impfung erhalten. Man hoffe, bereits in zwei Monaten eine Grundimmunisierung des Großteils der Bevölkerung erreichen zu können. Für die Impfkampagne könne Israel auf ein dichtes Netz der Gesundheitsversorgung zurückgreifen, das von den vier staatlich anerkannten Krankenkassen getragen werde, die zahlreiche lokale Ambulanzen im ganzen Land unterhalten. Dabei gehe man nach dem System vor, die Gruppen mit höherem Risiko zuerst zu impfen, falls dann noch Impfstoff vorhanden sei, könne dieser für weitere Personengruppen verwendet werden, sodaß es zu keiner Verschwendung komme.

Allerdings sei trotz erster Erfolge bei der Immunisierung großer Bevölkerungsgruppen die Zahl der Neuinfektionen noch immer sehr hoch, weshalb Israel den Lockdown weiter verlängert habe, sagte Levin. Schulen und die meisten Geschäfte seien geschlossen, die Grundversorgung sei aber gesichert. Was die wirtschaftliche Situation betreffe, so könne der sehr wichtige Hightech-Sektor mehr oder weniger weiterarbeiten. Die vom Tourismus abhängigen Branchen hätten jedoch einen starken Einbruch erlitten. Die israelische Regierung habe umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen gesetzt, wie Fixkostenzuschüsse und Umsatzerersatz. Aufgrund der sehr guten Wirtschaftsentwicklung vor der Pandemie könne man auf Reserven zurückgreifen. Er rechne aber damit, daß es einige Jahre dauern werde, bis die Wirtschaft wieder ihr früheres Niveau erreichen werde. Nun gehe jedoch die Gesundheit der Bevölkerung vor.

Die Maßnahmen würden daher auch weitgehend mitgetragen, das Problem der Coronaleugnung trete kaum auf.

Die Pandemie verändere auch in Israel die parlamentarischen Arbeitsabläufe, bestätigte Levin. Die beiden Parlamentspräsidenten waren sich einig, daß es wichtig sei, gerade in Krisenzeiten den parlamentarischen Betrieb bestmöglich weiterzuführen, und vereinbarten einen Erfahrungsaustausch über die jeweiligen Covid-19-Strategien ihrer Häuser.

Sobotka sprach auch die schockierenden Bilder der Erstürmung des Kapitols in Washington Anfang Jänner an. Ein solches Ereignis erschien vor Kurzem noch unvorstellbar, nun werfe es die Frage der Sicherheit von Parlamenten in Zeiten politischer Unsicherheit auf. Die Parlamentspräsidenten

stimmten überein, daß diese Vorfälle sehr ernst zu nehmen sind, da zu befürchten sei, daß auch andere radikale Gruppen sich von ihnen anstecken lassen. Er habe bereits die umfassende Überprüfung der Sicherheitskonzepte der Knesset angeordnet, berichtete Levin. Levin und Sobotka vereinbarten, das Thema parlamentarische Sicherheit weiter zu verfolgen und auch den persönlichen Austausch zu vertiefen, wenn in den nächsten Monaten Reisen wieder möglich werden.

Austausch mit Serbien

Die Corona-Krise hat auch den interparlamentarischen Besuchs Austausch verändert. Ein weiteres Mal traf daher Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 21. Jänner mit einem Amtskollegen per Videokonferenz zusammen. Schwerpunkt des Gesprächs bildete die Bekämpfung der Corona-Pandemie in den beiden Ländern. Sobotka und der serbische Parlamentspräsident Ivica Dačić tauschten sich ausführlich über die Präventions- und Impfstrategien der beiden Länder aus und zogen einen Vergleich der Anstrengungen, die jeweils zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise unternommen werden. Auch die Stabilität in der Region und die Bekämpfung illegaler Migration am Westbalkan waren Thema, ebenso eine Vertiefung des parlamentarischen Austausches.

Gleich zu Beginn des Gesprächs betonte Sobotka die guten bilateralen Beziehungen der beiden Länder, auch auf parlamentarischer Ebene. Leider habe seit 2010 kein serbischer Parlamentspräsident mehr Wien besucht, bedauerte der Nationalratspräsident. Er benützte die Gelegenheit, an seinen Amts-

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



Viruelles Gespräch mit dem serbischen Parlamentspräsidenten Ivica Dačić

Österreich, Europa und die Welt

kollegen eine Einladung zu einem Besuch Wiens auszusprechen. Der Nationalratspräsident erinnerte auch daran, daß das Stipendienprogramm des österreichischen Parlaments für parlamentarische MitarbeiterInnen aus den Westbalkanstaaten noch in diesem Frühjahr fortgeführt werden wird. Er freute sich darüber, daß auch wieder eine Stipendiatin des serbischen Parlaments daran teilnehmen werde.

Dačić unterstrich das Interesse an der weiteren Vertiefung der guten bilateralen Beziehungen auf parlamentarischer Ebene. Die Parlamentspräsidenten brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß nach dem Ende des Lockdowns der Besuchs Austausch sehr rasch wieder aufgenommen werden kann. Zur Auswirkung der Covid-19-Pandemie berichtete er, daß auch das serbische Parlament Präventivmaßnahmen gesetzt habe, bis auf eine kurze Phase der Schließung arbeite es aber weitgehend normal weiter. Zwar gebe es gewisse Einschränkungen des öffentlichen Lebens und Vorsichtsmaßnahmen, ein Lockdown habe aufgrund relativ niedriger Infektionszahlen bisher aber vermieden werden könne. Insgesamt sei Serbien in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bisher recht gut durch die Krise gekommen.

Ein weiteres zentrales Thema waren die Lage in der Region und insbesondere die Migrationsbewegungen am Westbalkan. Hier betonten die Gesprächspartner das gemeinsame Interesse an Stabilität und an einer gemeinsamen Strategie der EU in Fragen von Schlepperei, Migration und Asyl. Auf die Fragen von Sobotka zur aktuellen Lage und den weiteren Perspektiven betonte Dačić, daß derzeit nur geringe Aktivitäten zu beobachten seien, Serbien stelle aufgrund seiner Lage ein klassisches Transitland dar. Dies betreffe nicht nur Schlepperei, sondern auch andere kriminelle Aktivitäten wie den Drogenhandel. Aus diesem Grund habe sein Land, auch wenn es nicht EU-Mitglied sei, bestimmte Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber Europa übernommen und werde das auch weiterhin tun. Auch die österreichischen Initiativen zur Bekämpfung von Schlepperei und illegaler Migration werde Serbien weiterhin unterstützen.

Virtuelles Treffen mit dem Präsidenten des EU-Parlaments, David Sassoli

Über die aktuelle Situation in der Corona-Pandemie und die Lieferung der Impfstoffe tauschte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 28. Jänner in einer Videokonferenz mit dem Präsidenten des Europäi-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Am Bildschirm der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli im Gespräch mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

schen Parlaments David Sassoli aus. Auch die Arbeit in den Parlamenten während der Pandemie und Sicherheitsmaßnahmen waren Themen im Gespräch. Zudem unterhielten sich Sobotka und Sassoli über ein gemeinsames Holocaust-Gedenken, die Zukunft der EU und die Erweiterung der Westbalkanstaaten.

Zentrales Thema des Austausches war die Corona-Pandemie. Sobotka sprach insbesondere die Beschaffung der Impfstoffe und die aktuellen Lieferschwierigkeiten an. Das Europäische Parlament habe sich dafür eingesetzt, daß es Kontrollen der Verträge mit den Herstellern gebe, sagte Sassoli. In dieser Angelegenheit arbeite man effizient mit der Kommission zusammen. Die Debatte um die Veröffentlichung von Verträgen mit den Herstellern zeige, wie wichtig Transparenz sei, so der EP-Präsident, insbesondere, um Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu schaffen.

Sobotka nutzte das Gespräch auch, um über die Schutzmaßnahmen in den beiden Parlamenten zu sprechen. Parlamente müssten auch in Krisenzeiten einwandfrei funktionieren, sagte Sobotka. Schließlich sei die Rechtsstaatlichkeit aller Maßnahmen für die Bevölkerung von großer Bedeutung. Der Nationalratspräsident informierte sich beim Präsidenten des Europäischen Parlaments über die Möglichkeit, per Fernteilnahme und -abstimmung an Sitzungen teilzunehmen, und erkundigte sich nach auch der Sicherheit des Abstimmungsprozesses. Auch die Aufrüstung der Sicherheit von Parlamentsgebäuden nach Terroranschlägen war Thema im Gespräch.

Im Zusammenhang mit dem Holocaust

Remembrance Day am 27. Jänner, an dem sich das österreichische Parlament an der „We-Remember“-Kampagne beteiligt hat, stieß Sobotka eine gemeinsame europäische Aktion für das nächste Jahr an. Eine Beteiligung aller Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten würde ein starkes Signal gegen Antisemitismus senden, zeigte sich der Nationalratspräsident überzeugt. Sassoli begrüßte den Vorschlag und sagte seine aktive Unterstützung zu.

Sobotka erkundigte sich auch nach den derzeitigen Entwicklungen in Zusammenhang mit der geplanten EU-Zukunftskonferenz. Er sprach sich für eine umfassende Einbindung der nationalen Parlamente sowie der BürgerInnen, besonders durch digitale Technologien, aus. Zur Frage der EU-Erweiterung betonte der Nationalratspräsident, daß der Beitrittsprozeß der Westbalkanländer, der im vergangenen Jahr an Dynamik verlor, weiter unterstützt werden müsse.

Virtuelles Gespräch mit der Finnischen Parlamentspräsidentin Anu Vehviläinen

Aufgrund der Corona-Krise mußte das erste Gespräch zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und seiner finnischen Amtskollegin Anu Vehviläinen, die seit Juni 2020 Präsidentin der Eduskunta ist, am 9. Februar auf virtuellem Weg stattfinden. Auch thematisch dominierte die Pandemie den Informationsaustausch, bei dem jedoch auch noch über die Verbesserung der Sicherheit der Parlamente und den Schutz der Abgeordneten, die geplante Durchführung des zweiten Teils der IPU-Weltkonferenz in Wien, die Beziehungen zwischen Rußland

Österreich, Europa und die Welt

und der EU, die aktuelle Situation in Belarus sowie die Beitrittsperspektiven für die Westbalkanstaaten geredet wurde.

Während Covid-19 Österreich noch „im Würgegriff halte“, sei Finnland mit einer aktuellen Inzidenzzahl von 38,5 sehr gut durch die Krise gekommen, stellte Sobotka anerkennend fest. Neben den geographischen Bedingungen seien nach Ansicht der finnischen Parlamentspräsidentin vor allem die von der Regierung gesetzten konsequenten Maßnahmen von Beginn an – etwa ein rasches Vorgehen auf regionaler Ebene (z.B. Schließen von einzelnen betroffenen Schulen), stärkere Grenzkontrollen sowie ein umfassendes Contact-Tracing – entscheidend gewesen. Besorgt zeigte sich Vehviläinen über das Auftreten der britischen Variante sowie von vereinzelt – Fällen, in denen die Virus-Mutante aus Südafrika nachgewiesen wurde. Die Impfbereitschaft innerhalb der Bevölkerung sei mit rund 70 Prozent hoch, allerdings gebe es in Finnland zu wenig Dosen, erklärte Vehviläinen. Was den wirtschaftlichen Bereich angeht, so kam es im Vorjahr nur zu einem relativ geringen Rückgang des BIP um 3 bis 4 Prozent. Sobotka informierte darüber, daß Österreich stärker unter den ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise leide, da ein signifikanter Teil des heimischen BIP durch den Tourismus erwirtschaftet werde.

Bei der Frage des Nationalratspräsidenten zur Arbeitsweise im finnischen Parlament zeigte sich, daß die finnischen MandatarInnen den Plenarsitzungen auch vom Homeoffice aus folgen können, ohne daß sie als abwesend gewertet werden. Bei Ausschusssitzungen gebe es ein Hybridmodell, erläuterte Vehviläinen, nur beim offiziellen Teil sei Anwesenheit erforderlich. Besorgt zeigten sich beide PräsidentInnen über Vorfälle wie dem Sturm auf das Kapitol oder rund um den deutschen Bundestag, die Angriffe auf die Demokratie und den Parlamentarismus darstellen würden. Eine zentrale Rolle würden dabei auch die sozialen Medien spielen, gab Vehviläinen zu bedenken, oft sei es nur ein kurzer Weg von den Bedrohungen zu realen Taten. Das aktuell auf EU-Ebene in Verhandlung stehende Gesetzespaket in dieser Angelegenheit sei daher sehr wichtig. In Österreich wurde vor kurzem ein Gesetz gegen Hass im Netz auf den Weg gebracht, berichtete Sobotka, der sich abermals für die Etablierung eines Redaktionsprinzips bei den großen digitalen Plattformen einsetzte. Da diese Agenden auch in Hinkunft von großer Bedeutung sein werden, schlug Sobotka vor,



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka während der Videokonferenz mit der Finnischen Parlamentspräsidentin Anu Vehviläinen

bei der nächsten Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen (IPU) die Themen Sicherheit der Parlamente, Bekämpfung des Extremismus und Hate Speech in den Mittelpunkt zu stellen.

Bezüglich der angesprochenen außenpolitischen Fragen zeigte Vehviläinen Verständnis für die österreichische Position, die Beitrittsprozesse der Westbalkanstaaten nachdrücklich zu unterstützen. Für ihr Land sei es dabei von besonderer Bedeutung, daß im Vorfeld die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit erfüllt werden.

Schließlich sprach Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka noch den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar sowie die Kampagne #WeRemember an. Er regte dabei gegenüber der finnischen Parlamentspräsidentin an, im nächsten Jahr eine gemeinsame europäische Initiative für Holocaust-Gedenken auf den Weg zu bringen.

EU will bei Pandemien stärker koordinierend tätig werden

Die EU-Kommission will aus dem holprigen Start bei der Zusammenarbeit der EU-Länder im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie Konsequenzen ziehen. Im Falle schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren soll die Europäische Union künftig eine stärkere koordinierende Rolle einnehmen, schlägt sie vor. Zudem spricht sie sich dafür aus, einen EU-weiten Vorsorgeplan für Gesundheitsrisiken und Pandemien auszuarbeiten sowie dem Europäischen Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen

Arzneimittelagentur EMA mehr Gewicht zu verleihen. Das geht aus einem Bericht von Gesundheits- und Sozialminister Rudolf Anschöber über aktuelle EU-Vorhaben in seinem Zuständigkeitsbereich hervor, der vor kurzem dem Nationalrat und dem Bundesrat übermittelt wurde.

Konkret hat die EU-Kommission zur Verbesserung der Koordination und des Krisenmanagements im Falle von Pandemien und anderen grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren im vergangenen November die Schaffung einer „Europäischen Gesundheitsunion“ angeregt und dazu auch drei Verordnungsvorschläge vorgelegt. So sollen etwa – ergänzend zu einem EU-Vorsorgeplan für Gesundheitsrisiken und Pandemien – mit Unterstützung von EU-Agenturen auch nationale Pläne erstellt und diese regelmäßig Audits und Stresstests unterzogen werden. Zudem werden erweiterte Meldepflichten für die Mitgliedstaaten, etwa über freie Krankenhausbetten, Intensivpflegekapazitäten und die Anzahl der medizinischen Fachkräfte, vorgeschlagen.

Der Bericht informiert auch über geplante Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Säule der EU und zur Bekämpfung von Kinderarmut. Auch das Thema Altern soll auf EU-Ebene breit diskutiert werden. An Legislativvorschlägen wird unter anderem ein Richtlinienwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Plattformbeschäftigte in Aussicht gestellt. Weitere Vorhaben wie die Stärkung von Verbraucherrechten betreffen den Konsumentenschutzbereich. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

EU-Rat: Kurz begrüßt Einigung

... auf neues Klimaziel für 2030 –Europäischer Rat diskutierte auch über EU-Haushaltspaket, Sanktionen gegen die Türkei und Kampf gegen Terrorismus

Ich bin froh, daß es gelungen ist, eine Einigung auf ein neues Klimaziel für 2030 zu erreichen“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 10. Dezember im Rahmen des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Parallel dazu seien Maßnahmen zu setzen, um die Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu erhalten: „Es muß verhindert werden, daß europäische Unternehmen in Zukunft abwandern und anderswo unter schlechteren Standards produzieren und somit Arbeitsplätze in Europa vernichtet werden. Dazu bekennt sich der Europäische Rat in aller Klarheit.“ Die Verhängung von CO₂-Zöllen sei eine mögliche Maßnahme. „Eine Reduktion der CO₂-Emissionen darf nicht mit einem Ausbau von Atomstrom Hand in Hand gehen. Das wäre nicht förderlich für die Sicherheit in Europa. Wir sind der Meinung, daß wir verstärkt auf erneuerbare Energien setzen müssen und daß Atomkraft keine nachhaltige Form der Energiegewinnung ist“, betonte Österreichs Regierungschef.

Für starke transatlantische Partnerschaft

Als Republik Österreich stehe man stets für eine starke transatlantische Partnerschaft: „Ich hoffe, daß es mit der neuen Administration der USA gelingt, wieder verstärkt in einigen Fragen zusammenzuarbeiten, wie zum Beispiel im Kampf gegen den Klimawandel“, hielt Kurz fest. Was die Türkei betreffe, habe sich die österreichische Position durchgesetzt: „Es wird daher zusätzliche Sanktionen gegen die Türkei geben sowie auch den Ausblick auf eine Verschärfung des Regimes im März, sollte keine Änderung des Verhaltens eintreten.“ Der Kanzler unterstütze auch die Idee eines europäischen Waffenembargos gegen die Türkei.

Vorschläge zum Kampf gegen Terrorismus

„Die EU-Kommission hat viele unserer Vorschläge aufgegriffen, etwa eine verstärkte Sicherheitskooperation durch Polizei und Nachrichtendienste.“ Zudem solle im Kampf gegen Radikalisierung ähnlich wie in Österreich durch die Dokumentationsstelle Politischer Islam ein EU-Knowledge-Hub geschaffen werden. Vom Digital Service Act erwarte



Foto: BKA / Mario Salerno

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Pressekonferenz nach dem Europäischen Rat ...



Foto: European Union / Mario Salerno

... und im Plenum mit Rumäniens Präsident Klaus Werner Iohannis

man sich, daß auf dieser Basis gegen Haß und Radikalisierungsbotschaften im Netz besser vorgegangen werden könne. Ebenso spiele der Außengrenzschutz eine große Rolle: „Wenn wir entscheiden, wer zuwandert, können wir die Einwanderung radikaler Gruppen von außen verhindern.“

Noch vor Beginn der Unterredungen bedankte sich der Bundeskanzler bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für den guten Beschaffungsprozeß, um einen Corona-Impfstoff für alle BürgerInnen der Europäischen Union anzukaufen: „Für die entsprechende Zulassung müssen alle wis-

senschaftlichen Kriterien erfüllt sein“, verlieh Kurz seiner Hoffnung Ausdruck, daß dies rasch und unbürokratisch erfolgen werde. In Österreich habe man das Ansteckungslevel massiv reduzieren können. In vielen Nachbarländern verzeichne man dagegen höhere beziehungsweise steigende Zahlen. Der österreichische Regierungschef richtete daher seine Bitte an die heimische Bevölkerung, sich an die geltenden Regelungen zu halten und an den Massentests teilzunehmen. ■

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/>
<https://www.consilium.europa.eu/de/>

Präsentation der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus

Vizekanzler Werner Kogler und Bundesministerin Karoline Edtstadler:
Österreich hat besondere Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens



Foto: BKA / Hans Hofer

Im Bild (v.l.n.r.) die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein, Vizekanzler Werner Kogler, Bundesministerin Karoline Edtstadler und der Präsident der Israelischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch

Gemeinsam mit Vizekanzler Werner Kogler präsentierte Bundesministerin Karoline Edtstadler am 21. Jänner die Nationale Strategie gegen Antisemitismus der Bundesregierung im Rahmen einer Pressekonferenz, an der auch der Präsident der Israelischen Religionsgesellschaft Österreich, Oskar Deutsch, und die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein, teilnahmen. Die Bundesministerin für EU und Verfassung betonte eingangs, daß Antisemitismus „viele Gesichter und Ausprägungen“ habe und „der Kampf dagegen ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung“, so Edtstadler. Österreich habe eine historische Verantwortung, insbesondere vor dem Hintergrund des dunkelsten Kapitels in der Geschichte, der Shoah. Sie erinnerte an jüngste Angriffe und Gewalttattaken wie jene auf Eli Rosen im Sommer letzten Jahres in Graz und den Terroranschlag im November 2020 in der Wiener Innenstadt, nahe der Synagoge.

Edtstadler: Gewalt beginnt mit Worten

„Jüdinnen und Juden wurden in der Geschichte immer wieder zu Feinbildern gemacht. Durch das Internet zieht sich eine Welle an Verschwörungstheorien mit antisemitischen Inhalten. Es macht mir Angst, daß dies von der digitalen in die analoge Welt überschwappt“, betonte Edtstadler. Was gestern noch in den sozialen Medien gestanden sei, erlebe man heute auf den Straßen. Es gebe einige Gruppierungen, die den Holocaust verharmlosen. „Als Verfassungsministerin stimme ich dem Recht auf Meinungsfreiheit zu. Aber viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Demonstrationen nehmen in Kauf, daß NS-Parolen verbreitet werden. Gewalt beginnt mit Worten“, so die Ministerin.

Koordination der Maßnahmen über Stabstelle – Gesetz zum jüdischen Kulturerbe

Im Jahr 2019 habe die Israelische Kultusgemeinde rund 550 antisemitische Vorfälle registriert, doppelt so viele wie vor fünf

Jahren. Wobei viele Vorfälle aus Scham oder Resignation nicht zur Anzeige gebracht würden. „Wir wollen Antisemitismus an den Rändern und in der Mitte bekämpfen, egal von wo er kommt und egal, ob importiert oder autochthon“, verwies Edtstadler auf die vorherrschenden Tendenzen. „Mit dem jüdischen Kulturerbegesetz erhalten jüdische Gemeinschaften jährlich jeweils 4 Millionen Euro zur Förderung jüdischen Lebens. Die nun erstellten 38 Maßnahmen aus den verschiedenen Ressorts sind in einer Strategie zusammengeführt, die zentral im Bundeskanzleramt koordiniert wird und durch eine Stabstelle umzusetzen ist.“

2018 sei unter dem österreichischen EU-Ratsvorsitz eine Definition von Antisemitismus angenommen worden, woraufhin an alle Mitgliedsstaaten der Auftrag erging, eine nationale Strategie ins Leben zu rufen. In Österreich soll diese als Wegweiser und Impulsgeber fungieren. Die Verfassungsministerin sei stolz darauf, daß Österreich eine kon-

Österreich, Europa und die Welt

krete Vorgangsweise aufzeigen könne: „Eine der Säulen stellt die Sicherheit von jüdischen Einrichtungen dar, was durch die Verstärkung der Kooperation mit dem Innenministerium geschehen soll. Dazu kommt die Sicherstellung von effektiver Verfolgung einhergehend mit einer entsprechenden Sensibilisierung der Behörden.“ Eine Rolle spielen zudem die Einbeziehungen von Zivilisten und des Bundesheers. „Bei der Integration legen wir einen verstärkten Fokus auf die Vermittlung präventiver Maßnahmen in Bezug auf Antisemitismus.“

Großer Wert werde auch auf die Dokumentation und den europaweiten Austausch gelegt, um Tendenzen zu erkennen und entgegenzutreten zu können: „Eine Dokumentationsstelle soll in Kooperation mit der Kultusgemeinde auf europäischer Ebene vergleichbare Daten sammeln und evaluieren, wer welche Daten sammelt und was darin festgehalten wird.“ Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bezeichnete Edtstadler als Schlüssel zum Erfolg – man werde daher eine Plattform für den gesellschaftlichen Austausch auf den Weg bringen. „Wir stehen am Beginn eines Prozesses, einer Vision von einer Gesellschaft frei von Antisemitismus, wo jüdisches Leben gedeihen kann. Jetzt stellen wir die Weichen für die Zukunft, um sicherzustellen, daß jüdisches Leben Teil unserer Gesellschaft ist, weswegen wir es schützen, fördern und sichtbar machen wollen“, betonte Edtstadler.

Kogler: Für die Sicherheit der Jüdinnen und Juden sorgen

Vizekanzler Werner Kogler betonte bei der Präsentation der Strategie: „Österreich hat eine historische und vor allem immerwährende Verantwortung und Verpflichtung, entschieden gegen Antisemitismus aufzutreten. Wir haben für die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in unserem Land zu sorgen.“ Die grausame Judenverfolgung durch das menschenverachtende NS-Vernichtungsregime habe die jüdische Gemeinde in Österreich fast vollständig ausgelöscht. Menschen wurden in Konzentrationslager verschleppt, was viele nicht überlebten. Darüber hinaus habe die verfehlte Politik in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik letztlich dazu geführt, daß die jüdische Gemeinde in Österreich heute nur noch rund 15.000 Angehörige zählt. Diese Gemeinde führe heute wieder ein lebendiges kulturelles Leben. Umso erschreckender sei es, wenn Jüdinnen und Juden immer noch mit antisemitischen Angriffen konfrontiert seien.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 27. Jänner überreichte Bundesministerin Karoline Edtstadler die Nationale Strategie gegen Antisemitismus an Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

„Die Republik hat die Verantwortung für den Schutz aller Bürgerinnen und Bürger und besondere Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens, seiner Kultur und seines Lebensraums. Denn die jüdischen Zentren sind bedauerlicherweise heute wieder Angriffsziel von Extremisten“, so Kogler. Ausgangspunkt für immer neue verabscheuungswürdige Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden sei vielfach dort, wo Verschwörungstheorien propagiert und Sündenböcke gesucht werden.

Antisemitismusstrategie aktueller und notwendiger denn je

Auch die Bilder von sogenannten Anti-Corona-Demonstrationen, bei denen sich TeilnehmerInnen den Judenstern anheften würden, um sich selbst als Opfer eines Unrechts auszuweisen, zeugten von der perversen Anstrengung, die Täter zu Opfern zu machen. Solche Taten seien aber nur die Spitze eines Eisbergs. Sie würden deutlich machen, daß man in Österreich einen gemeinsamen Auftrag zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und gewalttätigen Extremismus habe. „Diesen Auftrag und diese Herausforderung nimmt die Bundesregierung selbstverständlich an. Die vermehrten antisemitischen Vorfälle und Attentate machen auch klar, daß jüdische Einrichtungen eines besonderen staatlichen Schutzes bedürfen“, sagte der Vizekanzler.

Eine Antisemitismusstrategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus sei aus diesen Gründen aktuel-

ler und notwendiger denn je. Diese Strategie sei ein Bildungs- und Kommunikationsauftrag, der seinen Niederschlag in Staat und Gesellschaft finden müsse. „Das wird nur gelingen, wenn wir alle diese Vorhaben in unserem Umfeld unterstützen und zur Umsetzung beitragen. Nur wenn wir auf allen Ebenen dafür eintreten und kämpfen, daß Jüdinnen und Juden genauso wie andere von Rassismus Betroffene in Österreich frei und ohne Angst leben können, nur dann lebt die Hoffnung auf Zusammenhalt und ein gutes Zusammenleben“, so Kogler.

Deutsch: Strategie mit Leben erfüllen – Jeder ist dazu aufgefordert

Der Präsident der Israelitischen Religionsgesellschaft Österreich, Oskar Deutsch, zeigte sich erfreut über die Fertigstellung der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus, die nun „mit Leben erfüllt“ werden müsse. Auch wenn in Österreich nach der Shoah wieder eine „einzigartige jüdische Kultusgemeinde“ entstehen konnte, so gebe es immer noch Judenfeindlichkeit und gewaltsame Übergriffe. „Wenn aus Worten Taten werden, ist es schon zu spät. Daher ist jeder Mensch in diesem Land aufgefordert, sich gegen Antisemitismus dort aufzulehnen, wo er als Vorurteil daherkommt“, so Deutsch. Wer sich feindseligen Worten nicht entgegenstelle, nehme in Kauf, daß Haß und Gewalt entstünden.

Die österreichische Strategie sei ein „dringend notwendiger Schritt“ und könne als Vorbild für andere EU-Staaten dienen. Die

Österreich, Europa und die Welt

Bundesregierung habe damit gezeigt, wie ernst sie es mit dem Schutz jüdischen Lebens meint und daß der Kampf gegen Antisemitismus eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Sein Dank gelte der österreichischen Regierung und allen an der Ausarbeitung der Strategie Beteiligten. Das Engagement der Politik alleine sei aber nicht ausreichend, denn es liege an allen gesellschaftlichen Kräften, an der Umsetzung mitzuwirken.

Auch die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein, gratulierte der österreichischen Regierung zur „ambitionierten“ Nationalen

Strategie gegen Antisemitismus, mit der sich Österreich eindeutig an die Spitze jener Länder setze, die Europa zu einem sicheren Zuhause für die jüdischen Gemeinschaften machen wollen. Sie erinnerte daran, daß vor über zwei Jahren der Rat der Europäischen Union unter österreichischem Vorsitz einstimmig seine erste Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus in Europa verabschiedet habe. Dies sei ein „Weckruf“ aller EU-Mitgliedsstaaten gewesen und habe die Länder verpflichtet, nationale Strategien auszuarbeiten und umzusetzen.

Katharina von Schnurbein verwies auch

darauf, wie wichtig eine „effektive Koordination“ und ein „enger Erfahrungsaustausch“ auf EU-Ebene seien. Daher wolle die Europäische Kommission bis Ende dieses Jahres eine erste umfassende EU-Strategie gegen Antisemitismus verabschieden. Die Antisemitismusbeauftragte dankte abschließend der österreichischen Regierung „für die hervorragende Zusammenarbeit“ und wünschte allen Beteiligten „eine glückliche Hand für die Umsetzung der Strategie“.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

<https://www.ikg-wien.at/>

<https://ec.europa.eu/>

Mädchenförderung durch Bildung

BM Raab zum Internationalen Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft

Anlässlich des Internationalen Tags der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft setzt sich Frauenministerin Susanne Raab dafür ein, Frauen und Mädchen für naturwissenschaftliche und technische Fächer zu begeistern. Dazu tauschte sie sich dieser Tage unter anderem mit Rektorin Sabine Seidler und Vertreterinnen des Frauennetzwerks FemChem der Fakultät für Technische Chemie an der Technischen Universität Wien aus, das zum Ziel hat, die Situation der Forscherinnen an der Fakultät zu verbessern.

„Mir ist es ein besonderes Anliegen, vor allem bei Mädchen und jungen Frauen das Interesse für MINT-Fächer – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – zu wecken. Gerade am Internationalen Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft will ich daran erinnern, wie wichtig dieses Engagement für die Gleichstellung von Frauen und Männern in diesen Zukunftsbranchen ist, denn es trägt auch zur finanziellen Unabhängigkeit von Frauen bei“, betont Raab. Mehr Diversität in Naturwissenschaften und Technik bringe auch einen Mehrwert für die Forschung und Entwicklung und trage dazu bei, dass kreativere Lösungen gefunden werden, so die Ministerin.

Denn auch wenn in den vergangenen Jahren schon einiges gelungen ist, sind Frauen in Österreich in Wissenschaft und Forschung immer noch deutlich unterrepräsentiert. Zwar studieren auch an österreichischen Universitäten und Hochschulen insgesamt bereits mehr Frauen als Männer, jedoch machen weibliche Studierende in den MINT-Fächern je nach Hochschule erst rund ein



Foto: BKA / Andy Wenzel

Frauenministerin Susanne Raab nahm an einem Austausch mit der Rektorin der Technischen Universität Wien Sabine Seidler und dem Frauennetzwerk „FemChem“ teil.

Viertel bis ein Drittel aller Studierenden aus.

„Um diese Zahl deutlich zu steigern, müssen wir bereits bei den ganz Kleinen ansetzen, damit sie auch in Branchen abseits der ‚typischen‘ Berufe hineinschnuppern: Denn auch in Technischen mittleren und höheren Schulen sind nur zwischen 10 und 16 Prozent der Schülerinnen und Schüler Mädchen“, so die Frauenministerin. „Mit gezielten Projekten wie dem Girls‘ Day und dem Girls‘ Day Mini möchte ich daher vor allem die Mädchen schon früh dafür begeistern, Neues auszuprobieren und ihr Interesse für die sogenannten MINT-Fächer zu entdecken.“

Auch Mentoringprogramme und Netzwerke für Studentinnen und Wissenschaftlerinnen wie die Initiative FemChem seien wichtige Instrumente, um junge Frauen zu

unterstützen und in ihrem Werdegang zu bestärken. „Der Austausch mit erfolgreichen Vorbildern kann entscheidend dazu beitragen, daß klassische Rollenbilder aufgebrochen werden und auch ein gesamtgesellschaftliches Umdenken stattfindet“, sagt Susanne Raab. Viele technische Universitäten und Hochschulen seien bereits auf dem richtigen Weg, in vielen Disziplinen steige der Frauenanteil stetig an. „Aber wir müssen hier weiter dranbleiben, denn wir können es uns schlichtweg nicht leisten, auf das Potential von mehr als 50 Prozent der Bevölkerung zu verzichten. Denn Mädchen und Technik schließen einander keineswegs aus. Ganz im Gegenteil: Die Technik wird von mehr Frauen profitieren“, sagt die Frauenministerin abschließend.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

EU-Zukunftskonferenz so rasch wie möglich starten

Europaministerin Edtstadler: EuropaministerInnen der 27 EU-Staaten beraten über Covid-19-Pandemie, EU-Zukunftskonferenz und Prioritäten des portugiesischen EU-Ratsvorsitzes

Europaministerin Karoline Edtstadler bekräftigte bei einer informellen Videokonferenz mit ihren EU-AmtskollegInnen am 18. Jänner ihre Forderung nach einem baldigen Beginn der EU-Zukunftskonferenz: „Die Coronakrise hat uns die Stärken und Schwächen der EU vor Augen geführt. Mit der gemeinsamen Erforschung des Impfstoffs hat die EU starke Leistungsfähigkeit bewiesen. Diese gemeinsame Herangehensweise ist ein starkes Zeichen europäischer Zusammenarbeit. Wir müssen uns jetzt aber auch damit beschäftigen, was die EU in Zukunft leisten kann und soll. Wir müssen die Konferenz zur Zukunft Europas möglichst bald starten, um die künftigen Herausforderungen anzugehen.“

Mit den BürgerInnen über die Zukunft der EU diskutieren

Die Konferenz zur Zukunft Europas hätte bereits im Mai 2020 beginnen sollen, wurde jedoch aufgrund der Coronavirus-Pandemie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Ziel der EU-Zukunftskonferenz ist eine stärkere Beteiligung der BürgerInnen an europäischen Fragen. „Es ist Aufgabe der Politik, mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber nachzudenken, wie die Europäische Union künftig resilienter, widerstandsfähiger und besser aufgestellt werden kann“, betonte die Europaministerin. Besonders junge Menschen hätten große Erwartungen an die Diskussionen über die Zukunft der EU. „Ich hoffe sehr, daß wir in diesem Punkt unter portugiesischem EU-Ratsvorsitz rasch einen Schritt weiterkommen.“

Mehr Mobilität durch EU-weit koordinierten Impfnachweis ermöglichen

Auf der Tagesordnung des virtuellen Treffens stand zudem die Vorbereitung einer Videokonferenz der 27 EU-Staats- und Regierungschefs am 21. Jänner 2021, die sich vorrangig mit der Koordinierung der Covid-19-Maßnahmen beschäftigte. Edtstadler betonte: „Wir müssen mit allen Kräften der Ausbreitung von Covid-19-Mutationen ent-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundesministerin Karoline Edtstadler nahm an der Videokonferenz vom Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ (RAA) teil

gegenwirken und auf EU-Ebene koordiniert vorgehen.“ Entwicklung und Beschaffung von Impfstoffen seien erfolgreiche europäische Initiativen. Wichtig sei nun, weitere Impfstoffe rasch zuzulassen und die Produktionskapazitäten zu erweitern.

Die Europaministerin sprach sich in diesem Zusammenhang nicht nur für die wechselseitige Anerkennung von Schnelltests und PCR-Tests aus, sondern auch für EU-Standards bei Impfsertifikaten: „Ich stehe einem Impfsertifikat, das EU-weit koordiniert und mit einheitlichen Standards vergleichbar ist, sehr positiv gegenüber und halte es für einen wichtigen Schritt hin zu mehr Reisefreiheit. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft, für Geschäftsreisen einerseits sowie für die Ankurbelung des Tourismus andererseits.“ Zugleich dürfe dieser Nachweis zu keinen Benachteiligungen für Menschen, die sich nicht impfen lassen wollten oder aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden könnten, führen.

Unterstützung Österreichs für die Prioritäten des portugiesischen EU-Ratsvorsitzes

Thema der Beratungen der EuropaministerInnen waren auch die Schwerpunkte, die

Portugal unter seinem EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2021 setzen möchte. Gerechter, grüner und digitaler soll die Europäische Union gemäß dem Vorsitz-Motto „Time to deliver: for a fair, green and digital recovery“ (*Zeit zu liefern: für einen fairen, grünen und digitalen Aufschwung, Anm. d. Red.*) werden. Zudem möchte das Land auch Akzente im Bereich des europäischen Sozialmodells setzen. Mit Rechtsstaatlichkeit und den Bemühungen um die Regulierung digitaler Dienste stehen für Österreich bedeutsame Themen auf der Ratsvorsitz-Agenda. „Ich begrüße die Prioritäten der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft insbesondere im Kampf gegen Terrorismus und Desinformation in Europa“, verwies Europaministerin Edtstadler auf zwei weitere für Österreich aktuell wichtige Punkte.

Mit dem „Brexit“ und der Koordinierung der Coronavirus-Pandemie sowie der Umsetzung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und des wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms der EU hat Portugal weitere Herausforderungen zu bewältigen. Prioritäten des EU-Ratsvorsitzes sind zudem die Asyl- und Migrationspolitik sowie Fortschritte im EU-Erweiterungsprozeß (insbesondere betreffend Nordmazedonien, Albanien), wo sich Österreich konkrete Schritte erwartet. ■

Aus dem Außenministerium

Bilateraler Austausch in Lissabon

Kurz vor Beginn der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft traf Außenminister Alexander Schallenberg am 11. Dezember seinen portugiesischen Amtskollegen Augusto Santos Silva zum bilateralen Austausch.

Im Zentrum des Treffens standen neben den Prioritäten des bevorstehenden EU-Ratsvorsitzes Portugals im ersten Halbjahr 2021 auch die Covid-19-Pandemie und die Bewältigung ihrer sozioökonomischen Folgen für ganz Europa: „Portugal übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft in wirklich herausfordernden Zeiten. Der ganze Kontinent wird momentan von der zweiten Covid-19-Welle erfaßt und wir haben bisher wohl nur die Spitze des Eisbergs gesehen, was die dauerhaften sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen angeht. Aber die außenpolitischen Entwicklungen lassen sich nicht von einer Pandemie bremsen“, betont Außenminister Schallenberg. Österreich werde alles dazu beitragen, daß die Ratspräsidentschaft ein Erfolg werde.

Neben den Transatlantischen Beziehungen zwischen der EU und den USA wolle der portugiesische Vorsitz den Blick auch nach Süden richten und Afrika in den Fokus rücken, so Außenminister Santos Silva.

„Im Hinblick auf die östliche Partnerschaft kann Österreich mit seinen traditionell guten Beziehungen sicher sehr hilfreich sein“, so Schallenberg.

Auch der EU-Erweiterungsprozeß sei für Portugal wichtig und er erwarte, daß es hier Bewegung geben werde. Schallenberg unterstrich dazu die Hoffnung, daß die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien unter der portugiesischen Präsidentschaft endlich eröffnet werden können.

Im Hinblick auf die außenpolitischen Herausforderungen für den portugiesischen EU-Ratsvorsitz sprachen die beiden Außenminister auch über die zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich, das schwierige Verhältnis zur Türkei und die Situation im Östlichen Mittelmeer sowie die weitere Arbeit am EU Asyl- und Migrationspakt.

„Mehr denn je scheint Europa von einem Ring aus Feuer umgeben zu sein. Er reicht von der Westsahara über Libyen, Syrien, den Libanon und den Iran bis nach Berg-Karabach und Weißrussland. Entweder gelingt es uns, Stabilität und Sicherheit in unserer Nach-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (l.) mit seinem portugiesischen Amtskollegen Augusto Santos Silva eine Pressekonferenz in Lissabon ab.

barschaft zu exportieren, oder wir riskieren den Import von Instabilität und Unsicherheit, so der Außenminister. Er begrüße daher den Fokus des portugiesischen Ratsvorsitzes auf Afrika, das nicht nur in Bezug auf Sicherheit und Migration, sondern auch als Partner für Innovation, nachhaltige Investitionen und die Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung sei.

„Wir haben großes Vertrauen in euch“, so der Außenminister zu seinem portugiesischen Amtskollegen. „Ihr wißt, wie man den Kurs hält und das europäische Schiff durch diese vielfältigen Herausforderungen steuert. Ihr

könnt auf Österreichs volle Unterstützung zählen. Wir werden alles tun um dazu beizutragen, daß die portugiesische Ratspräsidentschaft zu einem Erfolg wird.“

UNO bleibt Herz des effektiven Multilateralismus

„Wir sind stolz darauf, Amtssitz der UNO zu sein und seit sechs Jahrzehnten unseren Beitrag zu den Friedenserhaltenden Missionen zu leisten“, betonte Außenminister Alexander Schallenberg anlässlich des 65. Jubiläums der UNO-Mitgliedschaft Österreichs. „Staatsvertrag und Neutralität brachten un-



Foto: BMEIA / Gruber

Am 14. Dezember empfing Außenminister Alexander Schallenberg die Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), Ghada Fathi Waly.

Österreich, Europa und die Welt

serem Land die Freiheit. Die Aufnahme in die UNO besiegelte Österreichs lang ersehnte Wiedereingliederung in die internationale Staatengemeinschaft.“

Seit 1960 haben mehr als 100.000 österreichische SoldatInnen und zivile Helfer an über 100 internationalen friedensunterstützenden und humanitären Missionen teilgenommen. Auch heute noch leisten ÖsterreicherInnen ihren Friedensbeitrag bei UNO-Missionen im Libanon, in Mali, auf Zypern, in der Westsahara und im Nahen Osten.

„Wir gehen dem Ende eines sehr herausfordernden Jahres entgegen. Noch nie in der neuen Geschichte hat eine Katastrophe uns alle auf der Welt gleichermaßen getroffen. Covid-19 tut es. Und mit den Folgen dieser Pandemie werden wir noch lange zu kämpfen haben“, führte Schallenberg aus. „Diese globale Herausforderung hat uns in Erinnerung gerufen, wie unentbehrlich eine globale Organisation wie die UNO ist. Gäbe es die Vereinten Nationen nicht, müßten wir sie – schon aus Eigeninteresse – erfinden. Die UNO bleibt das Herz des effektiven Multilateralismus.“

Österreich werde sich auch weiterhin stark machen für eine funktionierende internationale Zusammenarbeit: „Denn das hat die Krise gezeigt: alleine kann kein Staat das Virus besiegen – und auch keine der kommenden globalen Herausforderungen wie den Klimawandel. Das können wir nur gemeinsam. Als Vereinte Nationen“, so Schallenberg.

Österreich bleibe Brückenbauer, einer der wichtigsten Orte des Dialogs, Gastgeber internationaler Konferenzen und hochrangiger Verhandlungen. „In Wien wurde Völkerrecht kodifiziert und wurden die Grundprinzipien von Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte bekräftigt.“

Der in Wien abgeschlossene JCPOA habe trotz Umsetzungsschwierigkeiten historischen Stellenwert. Österreichs Einsatz für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte fand einen besonderen Höhepunkt im nachhaltigen Erfolg der UNO-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien. Österreich engagiert sich derzeit zum zweiten Mal als Mitglied des UNO-Menschenrechtsrates und stellt 2020 seine Präsidentin.

Österreich diene drei Mal als nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat und ist bereit, diese besondere Verantwortung neuerlich zu übernehmen.

Der ehemalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim führt eine beeindruckende Liste von ÖsterreicherInnen im Dienste der Weltgemeinschaft an.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (l.) mit seinem portugiesischen Amtskollegen Augusto Santos Silva eine Pressekonferenz in Lissabon ab.

Am 65. Jahrestag des Beitritts in diesem von Covid-19 gezeichneten Jahr 2020 blieben die Worte von Leopold Figl in der ersten Rede Österreichs vor der UNO-Generalversammlung von ungebrochener Aktualität: Die Welt blickt auf die Gemeinschaft der Nationen, in die sie all ihre Hoffnungen setzt.

„Österreich wird auch in Zukunft aktiv seinen Beitrag leisten, diese Hoffnungen zu einem Stück globaler Realität zu machen“, so der Außenminister.

Auch für Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen als unerläßlichen Eckpfeilern des internationalen Sicherheitssystems setzt Österreich gewichtige Akzente. Das Inkrafttreten des von Österreich mit initiierten Atomwaffenverbotsvertrags am 21. Jänner 2021 sei ein wichtiger Schritt, um die existentielle Bedrohung von Atomwaffen in der Zukunft hoffentlich abwenden zu können.

Gleichzeitig sehe sich die Menschheit zunehmend den Gefahren autonomer Waffensysteme ausgesetzt. Österreich werde hier rasch und entschlossen eine Initiative im Sinne eines digitalen Humanismus setzen, so Außenminister Schallenberg: „Die Entscheidung über das Überleben von Zivilisten in Konfliktgebieten darf nicht Killerrobotern ohne menschliche Kontrolle oder ethische Bedenken überlassen werden. Ich werde daher 2021 – so es Covid-19 – zuläßt, zu einer internationalen Konferenz zum Thema einladen.“

Österreich hilft bei Bewältigung globaler Herausforderungen

Klimawandel, Konflikte, Hunger und Armut: Die Covid-19-Pandemie beschleunigt Krisen und bringt Erfolge zu Fall. Laut Welt-

bank lebt 2020 fast jede zehnte Person in extremer Armut: Zwischen 703 und 729 Millionen Menschen haben nur 1,90 US-\$ pro Tag zur Verfügung. Mehr als 235 Millionen Menschen werden Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge 2021 auf humanitäre Hilfe angewiesen sein – ein Rekordhoch, das einem Anstieg von 40 Prozent in nur einem Jahr entspricht. Mit mehr Budget für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit und einer substanziellen Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds reagiert Österreich prompt und entschlossen auf diese beispiellosen Herausforderungen.

„Covid-19 verstärkt bestehende humanitäre Not dramatisch, weltweit sind vor allem die Ärmsten von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Es freut mich daher, daß wir die Mittel für den Auslandskatastrophen-



Foto: World Vision

ADA-Partner World Vision versorgt u.a. Krankenhäuser im brasilianischen Bundesstaat Amazonas mit Sauerstoffflaschen

Österreich, Europa und die Welt

fonds (AKF) auf 52,5 Millionen Euro mehr als verdoppeln konnten und die Mittel der Austrian Development Agency (ADA) um fast 11 Millionen Euro aufstocken konnten. Wir können damit unseren Beitrag zur Linderung der Not leisten“, so Außenminister Schallenberg.

Nach Erhöhung des operativen Basisbudgets der Austrian Development Agency (ADA) von 92,7 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 103,6 Millionen Euro für 2020 stockte die Bundesregierung die operativen Mittel der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für das kommende Jahr um weitere 10,7 Millionen Euro auf.

2021 stehen der ADA operative Mittel von 114,3 Millionen Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit dem auf 52,5 Millionen Euro aufgestockten Auslandskatastrophenfonds (AKF) für akute Soforthilfe und langfristige Maßnahmen kann somit Millionen Menschen vor Ort geholfen werden.

„Ziel der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist es, Hunger und Armut zu lindern und für Menschen Perspektiven in der jeweiligen Region zu schaffen. Mit der nachhaltigen Verbesserung von Lebensbedingungen leisten wir vor Ort einen wichtigen Beitrag, um Zukunft zu schaffen und Fluchtursachen zu minimieren. Österreich wird auch in Zukunft in humanitären Notlagen zur Seite stehen“, so der Außenminister.

Denn auch abseits von Covid-19 machen Krisenherde und damit der Bedarf für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit nicht halt. Auf die verheerende Heuschreckenplage etwa, die die Not in Ostafrika massiv verschärfte, reagierte Österreich mit jeweils 1 Mio. Euro für Äthiopien und Uganda – beides Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Projekte der langjährigen ADA-Partner Caritas und World Vision stärken dort die Ernährungssicherheit und die Widerstandsfähigkeit von insgesamt knapp 37.000 Menschen.

„Die Aufstockung der Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in diesem und im kommenden Jahr ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Denn mehr Budget bedeutet mehr Breitenwirkung in der Erfüllung unseres Auftrags – weltweit nachhaltige Wege aus der Armut zu finden. Österreich kommt hier seiner Verantwortung nach. Ich danke der österreichischen Bundesregierung für die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel und für das in uns gesetzte Vertrauen“, so ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg empfing seinen Amtskollegen Bujar Osmani aus Nordmazedonien zum bilateralen Austausch in Wien.

Aktuell unterstützt die ADA 545 Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von 521 Millionen Euro. Davon fließen insgesamt knapp 23 Millionen Euro in Initiativen, die Menschen in Entwicklungsländern bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie helfen.

Nordmazedoniens Außenminister Bujar Osmani in Wien

Im Zentrum des Treffens am 21. Dezember standen neben dem EU-Beitrittsprozess auch der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus und die bilaterale Zusammenarbeit insbesondere in Zeiten der globalen Gesundheitskrise.

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz unterstrich Außenminister Schallenberg Österreichs volle Unterstützung für Nordmazedoniens Weg zur EU-Mitgliedschaft: „Nordmazedonien hat sich zu einem geradezu vorbildlichen EU-Kandidaten entwickelt und ich bedaure, daß es dieses Jahr nicht gelungen ist, die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. Österreich wird sich weiterhin für den Erweiterungsprozess einsetzen“, so Schallenberg.

Österreich werde darauf drängen, daß die ersten Beitrittskonferenzen mit Nordmazedonien und Albanien noch in der ersten Jahreshälfte 2021 stattfinden. Die EU müsse im Westbalkan der wichtigste Player bleiben und sich noch stärker einbringen.

„Sowohl für die Länder des Westbalkan als auch für die EU gibt es keine vernünftige Alternative zur europäischen Perspektive der Region. Wir alle können durch unnötige Verzögerungen bei der Erweiterung nur verlie-

ren. Der Westbalkan darf kein weißer Fleck auf der EU-Karte sein“, so Schallenberg.

Die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen wäre wohlverdient, so Außenminister Bujar Osmani: „Es gibt keinen Zweifel daran, daß wir dafür bereit sind. Unsere Anstrengungen, etwa in Bezug auf unsere nachbarschaftlichen Beziehungen, verstärken wir stetig.“

Die beiden Minister waren sich einig, daß es insbesondere in Zeiten der globalen Gesundheitskrise noch engerer Kooperation bedürfe. Auch hinsichtlich der Zusammenarbeit beim Thema Migration bleibe nach wie vor viel zu tun. Ebenso habe der tragische Terroranschlag vom 2. November in Wien vor Augen geführt, daß man globalen Bedrohungen wie dem Terrorismus nur mit Geschlossenheit und Zusammenarbeit begegnen könne.

„Ich habe heute die Gelegenheit genutzt, um Minister Osmani für die Solidarität seines Landes mit Österreich angesichts des schweren Terroranschlags von 2. November zu danken. Unsere Behörden haben bei der Aufklärung gut zusammengearbeitet und unsere beiden Länder sind durch diese Tragödie nur noch enger zusammengewachsen“, betonte Schallenberg.

Abschließend versicherte er Österreichs fortlaufende Unterstützung im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Erst kürzlich hat Österreich 2,4 Mio. Euro für die COVAX-Initiative zugesichert: „Wir werden unser Bestes tun, um sicherzustellen, daß die Covid-19-Impfungen in den Ländern des Westbalkans zur selben Zeit ankommen wie in der EU“, so Schallenberg.

Humanitäre Lage und Konflikt in Äthiopien

Seine erste Auslandsreise im Jahr 2021 führte Außenminister Alexander Schallenberg am 15. Jänner nach Äthiopien, das bereits seit fast 30 Jahren ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist und durch den Konflikt in der Region Tigray sowie die prekäre humanitäre Situation vor enormen Herausforderungen steht.

„Äthiopien hat in letzter Zeit wahrlich einen Tsunami an Krisen erlebt – Covid-19, Dürren, Heuschreckenplagen und Überschwemmungen. Der Konflikt in Tigray könnte nun einen verheerenden Domino-Effekt in der gesamten Region auslösen“, so der Außenminister mit Verweis auf einen Bericht der International Crisis Group, der die derzeitige Lage in Äthiopien als eine der zehn Krisen ausweist, die 2021 besonders brisant sind.

„Besondere Sorge bereitet mir der Konflikt in Tigray. Die Regierung hat ihre Militäroperation in der Unruheprovinz zwar für beendet erklärt, das bedeutet aber keineswegs, daß die Lage jetzt stabil ist und aus unserer Aufmerksamkeit verschwinden kann.“

Zudem spitzt sich die humanitäre Situation dramatisch zu. Neben dem ethnischen Konflikt in Tigray hat Äthiopien auch mit den Folgen einer der schlimmsten Heuschreckenplagen der letzten Jahrzehnte sowie der Covid-19 Pandemie zu kämpfen.

„20 Millionen Menschen sind laut den Vereinten Nationen derzeit akut auf humanitäre Hilfe angewiesen, 14 Millionen haben dringenden Bedarf an Nahrungsmitteln oder gelten als chronisch unterernährt“, schildert der Außenminister die schwierige Lage.

Die österreichische Bundesregierung handelt daher rasch und unbürokratisch und stellt insgesamt drei Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds für konkrete Hilfe vor Ort zur Verfügung. Davon sollen jeweils eine Million Euro an das Welternährungsprogramm, an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sowie an österreichische NGOs vor Ort gehen.

„Humanitäre Hilfe bedeutet aber nicht, daß die Regierung damit aus der Verantwortung entlassen werden kann“, so Schallenberg, der in seinen Gesprächen mit Präsidentin Sahle-Work Zewde sowie dem stellvertretenden Premierminister und Außenminister Demeke Mekonnen ganz klare Appelle für einen ungehinderten humanitären Zugang nach Tigray, das Eingehen auf die Vermittlungsangebote der Afrikanischen Union



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf die äthiopische Präsidentin Sahle-Work Zewde...



Foto: BMEIA / Gruber

... und den stellvertretenden Premierminister und Außenminister Demeke Mekonnen

und die unabhängige Untersuchung aller Menschenrechtsverletzungen aussprach. Es dürfe keine Straffreiheit für die Täter geben.

Nach einem Gespräch mit dem Länderdirektor von SOS Kinderdorf Äthiopien besuchte Schallenberg ein Projekt von Jugend Eine Welt – Don Bosco Aktion Österreich, die sich seit 1997 weltweit für die Verbesserung der Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen am Rande der Gesellschaft einsetzt. Am Standort Addis Abeba absolvieren derzeit beispielsweise 20 junge Erwachsene – darunter 16 Flüchtlinge aus Eritrea – einen Kurs für Solartechnik und erhalten so eine berufliche Zukunftsperspektive. Seit 2004 hat Österreich Jugend Eine Welt mit insgesamt 9 Millionen Euro unterstützt.

Am zweiten Tag seiner Äthiopien-Reise besuchte der Außenminister das Aysaita Camp im Teilstaat Afar. In diesem Flüchtlingslager, das vom World Food Programme der Vereinten Nationen betrieben wird, leben

rund 25.000 Menschen, in erster Linie Flüchtlinge aus Eritrea. Rund 60 Prozent der Bewohner sind minderjährig, das Verhältnis zwischen Frauen und Männern ist ausgeglichen.

„Die große Anzahl an Flüchtlingslagern in der Gegend zeigt, wie viele Bruchstellen es gibt in der Region, die Menschen dazu zwingen, ihr Land zu verlassen. Sei es in Somalia, Eritrea, im Sudan oder in Äthiopien. Die internationale Gemeinschaft ist also auch weiterhin stark gefordert“, betonte Schallenberg.

Der Außenminister brachte Dank und Anerkennung für die Arbeit aller Beteiligten zum Ausdruck, die jeden Tag enorme logistische und menschliche Herausforderungen zu meistern haben. Österreich wird die wichtige Arbeit des WFP auch weiter unterstützen und bereits im nächsten Ministerrat beschließen, daß 1 Mio. Euro für die rasche Hilfe vor Ort zu Verfügung gestellt wird.

Atomwaffen schaffen keine Sicherheit!

Am 22. Jänner 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. Mehr als 70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki schafft der Vertrag erstmals ein völkerrechtliches Verbot der schrecklichsten Massenvernichtungswaffe, die der Mensch je geschaffen hat. Das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags bezeichnete Außenminister Alexander Schallenberg als historisch:

„Damit schlagen wir heute eine neue Seite auf. Die heimtückischste Waffe, die der Mensch je erfunden hat, ist mit dem heutigen Tag angezählt. Das ist ein großer Schritt nach vorne – hin zu einer Welt, frei von Atomwaffen“, so Schallenberg bei der Pressekonzferenz anlässlich des Inkrafttretens.

Das Risiko eines nuklearen Zwischenfalls habe mit dem Ende des Kalten Krieges nicht abgenommen, ein Atomwaffenverbot sei heute wichtiger denn je, betonte Schallenberg. Es gebe weltweit mehr als 13.000 Nuklearwaffen. Die Staaten mit dem entsprechenden Know-how haben zugenommen. Auch würden Milliarden in die Entwicklung neuer, noch effektiverer Atombomben investiert.

„Statistisch gesehen wird es einmal zu einem Unfall in einem der Atomwaffen-Arsenale kommen. Die Auswirkungen wären horrend. Atomwaffen sind eine Gefahr für die Menschheit: Bevor sie uns vernichten, müssen wir sie vernichten“, mahnte der Außenminister. Die immanente Bedrohung durch einen Einsatz oder Unfall mit Nuklearwaffen für die gesamte Menschheit verdeutlichen auch zwei Kurzfilme, die Schallenberg aus Anlass des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags präsentierte.

Inmitten einer neuen nuklearen Aufrüstungsspirale setzt der „Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW“ einen Meilenstein für Abrüstung und Sicherheit. Österreich zählt zu den zentralen Initiatoren des Vertrags. 90 Tage nach Ratifikation durch den 50. Unterzeichnerstaat tritt der Atomwaffenverbotsvertrag am 22. Jänner 2021 in Kraft.

New START-Verlängerung positives Signal

„Ich begrüße die Einigung auf die Verlängerung des New START Vertrags ausdrücklich. Das ist ein wichtiges Signal und ein Sicherheitsgewinn für uns alle“, zeigt sich der Außenminister erfreut über die Einigung in letzter Minute. Neben dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages TPNW am 29. Jänner gibt dies Hoffnung auf Fortschritte und mehr Dynamik bei der nuklearen Ab-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg sprach via Videokonferenz mit dem im Dezember 2020 ernannten jemenitischen Außenminister Ahmed Awad Bin Mubarak.

rüstung: „Nun bedarf es weiterer Impulse der nuklear bewaffneten Staaten“, fordert Schallenberg.

„Die Welt befindet sich in einer gefährlichen nuklearen Aufrüstungsspirale, Arsenale werden erweitert und modernisiert. Wir brauchen aber genau das Gegenteil: Mehr Kontrolle und Abrüstung.“

Mit der Verlängerung sieht der Außenminister einen wichtigen Schritt gesetzt, aber es müßten noch mutigere folgen: „Die fünfjährige Verlängerung ist eine Atempause, aber diese muß nun genutzt werden, um den Vertrag breiter aufzusetzen. Stillstand ist angesichts der steigenden Risiken von Nuklearwaffen und ihrer humanitären Auswirkungen lebensgefährlich.“

„Für Österreich bleibt die nukleare Abrüstung eine außenpolitische Priorität. So wird die erste Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages TPNW in Wien stattfinden und wir stehen auch weiter – wie schon zuletzt – als Gastgeber für die strategischen Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und Russland zur Verfügung“, so Schallenberg abschließend.

Unterstützung Österreichs für VN-geführten Friedensprozeß im Jemen

Außenminister Alexander Schallenberg sprach am 28. Jänner via Videokonferenz mit dem im Dezember 2020 ernannten jemenitischen Außenminister Ahmed Awad Bin Mubarak. Die jemenitische Regierung ist erst im Dezember aus dem Exil in Riyadh nach Aden zurückgekehrt. Bei ihrer Rückkehr kam es zu einem Anschlag auf den Flughafen in Aden mit zahlreichen Toten und über 100 Verletzten. Österreich hat den Anschlag aufs Schärfste verurteilt. „Die Präsenz der Regierung in Aden ist ein wichtiges Signal an die jemenitische Bevölkerung aber

auch an die internationale Gemeinschaft“, urteilt Schallenberg. Auch die Einbindung von Vertretern des Südens in die Regierung sei ein wichtiger Schritt, um die Spaltung des Landes zu überwinden.

„Nach so vielen Jahren des Konflikts muß es mittlerweile allen Seiten klar sein, daß nur der Weg des Dialogs zum Ziel führen kann“, so Schallenberg, der im Gespräch unterstrich, daß Österreich die Bemühungen des Sondergesandten der Vereinten Nationen (VN), Martin Griffiths, unterstützt.

„Wir haben in letzter Zeit bescheidene Fortschritte gesehen, etwa beim Austausch von Gefangenen. Aber eine nachhaltige Waffenruhe oder einen belastbaren politischen Dialog gibt es noch immer nicht. Ich habe dem jemenitischen Außenminister die volle Unterstützung Österreichs angeboten, wenn es darum geht, den VN-geführten Friedensprozess voranzutreiben.“

Die Außenminister besprachen auch die Entscheidung der Biden-Administration zur Überprüfung der Listung der Houthis als Terrororganisation. Der Beschluß war noch in den letzten Tagen der Trump-Administration gefällt worden und wurde von humanitären Organisationen heftig kritisiert. „Die humanitäre Lage vor Ort ist katastrophal, wir stehen kurz vor der Hungersnot. Gerade in dieser Situation müssen wir alle dafür sorgen, daß humanitäre Akteure ihre Arbeit ungehindert machen können“, unterstrich der Außenminister. UNO-Organisationen sprechen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Jemen regelmäßig von der größten humanitären Katastrophe weltweit. Österreich hatte 2020 drei Mio. Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) über das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) bereitgestellt. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

Brexit-Handels- und Kooperationsvertrag: die Auswirkungen

Schramböck: Brexit-Handelsabkommen reduziert Schaden für Österreichs Wirtschaft erheblich – Wifo-Studie im Auftrag des BMDW

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat im Auftrag des Wirtschaftsministeriums die Auswirkungen des Brexit-Handels- und Kooperationsvertrag analysiert. In der am 14. Jänner veröffentlichten Studie berücksichtigen die Studienautoren erstmalig den neuen Nachfolgehandelsvertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, auf den sich die Verhandlungspartner am 24. Dezember 2020 geeinigt haben, und liefern erste Einschätzungen über die möglichen ökonomischen Handels- und Wohlfahrtseffekte des neuen Handelsvertrages.

„Das Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich federt schwere Folgen für die österreichische Wirtschaft ab. Im Vergleich zu einem No-Deal Szenario halbiert das Abkommen die negativen Handelseffekte des Brexit nahezu. Das Vereinigte Königreich ist und bleibt ein wichtiger Partner für uns in Europa. Daher ist das Abkommen eine wichtige Grundlage für eine weitere gute wirtschaftliche Beziehung. Es sorgt dafür, daß die negativen Folgen des Brexit für unsere heimischen Unternehmen gelindert werden und garantiert faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen“, hielt Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck fest.

Die Exportwirtschaft sichert in Österreich jeden zweiten Arbeitsplatz und sorgt für Wohlstand in Österreich. „Eine aktive Handelspolitik ist ein entscheidender Motor für die Entwicklung eines internationalen Wirtschaftsstandortes wie Österreich. Langfristig müssen wir weitere Handelspartnerschaften forcieren und neue Zukunftsmärkte für unsere Unternehmen erschließen“, sagt Schramböck. Dieses Jahr soll daher eine Exportplattform gegründet werden: „Wir müssen mit den stärksten Märkten der Welt mitwachsen. Im Vergleich zu anderen großen Ländern der Welt konnte sich China als Wachstumsmotor inmitten von schrumpfenden Volkswirtschaften abheben. Im Rahmen des Exports werden wir daher einen Schwerpunkt auf Asien legen“, betont die Wirtschaftsministerin.

Die WIFO-Studie

Das Handelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU kann im Vergleich zu einem unregulierten Austritt („No-Deal“-Brexit) mit Ausnahme des Dienstleistungshandels die negativen Handelseffekte des Brexit reduzieren. Das zeigen die Hauptergebnisse einer WIFO-Studie von Harald Oberhofer, Michael Pfaffenmayr und Yvonne Wolfmayr im Auftrag des BMDW. Vom Austritt wird die britische Wirtschaft jedoch stärker als die österreichische betroffen sein.

„Laut unseren Berechnungsergebnissen werden die Handelseffekte in der Sachgüterzeugung am geringsten und für landwirtschaftliche Produkte am stärksten ausfallen“, so Studienleiter Harald Oberhofer. Die österreichischen Agrarexporte in das Vereinigte Königreich dürften um bis zu 23 % zurückgehen. Gleichzeitig ist mit einem Einbruch der österreichischen Agrarimporte aus dem Vereinigten Königreich im Ausmaß von bis zu -46 % zu rechnen. Die Kfz-Exporte und Kfz-Zulieferexporte Österreichs in das Vereinigte Königreich dürften sich durch den Handelsvertrag um rund 5,7 % reduzieren, wohingegen die britische Automobilbranche mit einem Exportrückgang nach Österreich von rund 13 % rechnen muß.

Im bilateralen Dienstleistungshandel werden mit den „Finanzdienstleistungen“ und den „sonstigen unternehmensbezogene Dienstleistungen“ zwei österreichische Branchen vom britischen Austritt aus dem Binnenmarkt stärker als die britische Wirtschaft betroffen sein. So verringern sich etwa die österreichischen Finanzdienstleistungsexporte in das Vereinigte Königreich laut Modellberechnungen um rund 13,9 %, wohingegen die österreichischen Finanzdienstleistungsimporte aus dem Vereinigten Königreich um etwa 8,9 % zurückgehen dürften.

Infolge des neuen Freihandelsabkommens wird die österreichische Produktion von Agrargütern für den heimischen Markt ebenfalls um rund 0,15 % zurückgehen. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem Binnenmarkt verliert die EU einen

maßgeblichen Nettoimporteur von landwirtschaftlichen Produkten. Der britische Import von Agrargütern wird aus allen EU-Ländern zurückgehen und somit verbleiben mehr Produkte innerhalb des Binnenmarktes. Dies wird zu einem verstärkten Wettbewerb führen, durch den die KonsumentInnen geringfügig profitieren können. Für die österreichische Sachgüterbranche sind die Inlandshandels- und die Realeinkommenseffekte durch das Nachfolgeabkommen kaum nennenswert und deuten im Einklang mit bisherigen Studien auf eine relativ geringe Betroffenheit der österreichischen Wirtschaft durch den Brexit hin. Abschließend wird Österreich durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs Wohlfahrtseinbußen im Finanzdienstleistungssektor in Höhe von rund 0,7 % hinnehmen müssen. Durch das Ausscheiden des britischen Finanzplatzes wird der Wettbewerb in dieser Branche in der EU schwächer und der Bezug von Finanzdienstleistungen somit teurer.

Die WIFO-Studie berücksichtigt erstmalig den Nachfolgehandelsvertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, auf den sich die Verhandlungspartner am 24. Dezember 2020 geeinigt hatten, und liefert erste Einschätzungen über die möglichen ökonomischen Handels- und Wohlfahrtseffekte des neuen Handelsvertrages.

Für das Vereinigte Königreich seien laut WIFO-Ökonom und WU-Professor Harald Oberhofer neue Handelsabkommen wichtig, um die ökonomischen Kosten des Austritts aus dem Binnenmarkt zu reduzieren zu können: „Die Verhandlungen solcher Abkommen durch die EU gestalten sich oftmals sehr langwierig und der Ratifizierungsprozeß ist aufwendig und zeitintensiv. Hier könnte das Vereinigte Königreich agiler vorgehen und gegebenenfalls zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten der EU werden. Für die EU sprechen allerdings die Marktgröße und die Erfahrung in Verhandlungen von Freihandelsabkommen mit neuen potentiellen Partnerländern.“ ■

<https://www.bmdw.gv.at/>

<https://www.wifo.ac.at/>

»Horizon Europe« startete

BM Faßmann: EU-Forschungsrahmenprogramm mit mehr als 95 Mrd. Euro dotiert – Österreich profitiert überdurchschnittlich von EU-Forschungsmitteln

Das Jahr 2021 begann exzellent und innovativ – mit dem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“: Das weltweit größte Forschungsprogramm startete mit 1. Jänner 2021 und wird bis 2027 mehr als 95 Milliarden Euro für Forschung und Innovation bereitstellen. „Der hohe Stellenwert der Forschung hat sich gerade auch in der Corona-Pandemie gezeigt. Exzellente Forschende und innovative Unternehmen sind zentral, damit wir so gut wie möglich durch und gestärkt aus der Corona-Krise heraus kommen“, betonte Wissenschafts- und Forschungsminister Heinz Faßmann. Forschung und Innovation seien auch unerlässlich bei der Gestaltung der großen Herausforderungen, die in Horizon Europe mit sogenannten Clustern und Missionen konkret adressiert werden. Daß Österreich überdurchschnittlich von EU-Forschungsmitteln profitiert, zeigen auch aktuelle Zahlen: Forschende und Unternehmen in Österreich haben seit Programmstart 2014 bisher mehr als 1,65 Milliarden Euro aus dem aktuellen EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ eingeworben und sind an rund 4.050 Projekten beteiligt.

Unter dem österreichischen EU-Ratsvorsitz 2018 erfolgte die Einigung auf die Grundzüge von „Horizon Europe“ und damit eine wesentliche Basis für das Programm, das Anfang Jänner startete. Es besteht aus den drei Säulen „Exzellente Wissenschaft“, „Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit“ und „Innovatives Europa“ sowie dem Programmteil „Ausweitung der Beteiligung und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“. In der ersten Säule ist mit dem Europäischen Forschungsrat sichergestellt, „daß die besten, kreativsten und manchmal auch im guten Sinn die verrücktesten Köpfe die Grenze des Wissens immer weiter nach außen schieben und ihre exzellenten Ideen und Forschungsprojekte gefördert werden“, so Faßmann. Es sei dem ERC zu verdanken, wenn der Horizont Europas überschritten und bisher unbekanntes Terrain erkundet werde. Die ebenfalls in Säule 1 angesiedelten Marie Skłodowska Curie Maßnahmen haben sich aus Sicht des Ministers als Markennamen für die Förderung von Mobilität und Training in Wissenschaft,



Foto: BKA / Andy Wenzel

Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Forschung und Wirtschaft etabliert. „Die Mobilität ist die Währung, in der unser Wissen ausgetauscht und vergrößert wird und die Karrieren der Forschenden vorangetrieben werden.“ Faßmann unterstreicht weiters den hohen Stellenwert leistungsstarker Forschungsinfrastrukturen, die auch in „Horizon Europe“ weiter gezielt gefördert werden: „Sie gehören zum Rückgrat des europäischen Forschungssystems.“

Erstmals begibt sich das EU-Forschungsrahmenprogramm auf Mission(en): Es werden fünf Missionen zu konkreten Themen wie zum Beispiel Krebsforschung und klimaneutralen Städten gefördert. Der Minister sieht darin auch das Versprechen, daß sich Forschung und Entwicklung tatsächlich auf das Leben der Menschen auswirkt. Um das zu erreichen, werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus den Missionen in entsprechende politische Maßnahmen übersetzt werden. „In dem Punkt werden wir umdenken müssen und weiterdenken, als nur bis zur wissenschaftlichen Publikation“, so Faßmann, der das 9. EU-Forschungsrahmenprogramm auch als Einladung versteht, „das große Ganze zu sehen und zu verstehen, daß sich Forschung in ganz Europa entfalten muß“. Es dürfe auch keine Spaltung in ein forschungstarkes und forschungsschwaches Europa geben, jedes Land und jedes Innovationssystem

in Europa müsse dazu gehören, unterstrich der Minister die notwendige weitere Vertiefung des Europäischen Forschungsraumes, „von dem alle etwas haben: die Forschenden, die Unternehmen und die Gesellschaft“.

Mit der Säule 3 werden das innovative Europa und die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Der neu geschaffene Europäische Innovationsrat solle sich dabei ebenso zu einer Erfolgsgeschichte entwickeln, wie das beim Europäischen Forschungsrat der Fall ist, so Faßmann. Die Finanzierungsinstrumente decken dabei den gesamten Zyklus der Innovationsentwicklung ab und sollen bahnbrechende Innovationen auf den Markt bringen. Mit den Maßnahmen des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) wird die Entwicklung langfristiger europäischer Partnerschaften zwischen führenden Unternehmen, Forschungslabors und Hochschulen weiter unterstützt.

Damit Forschende und Unternehmen in Österreich auch künftig erfolgreich europäische Forschungsmittel einwerben können, begann am 11. Jänner 2021 die Informationskampagne „Join our Community: Horizon Europe startet“ mit ausgewählten wöchentlichen Schwerpunktthemen. Den Abschluß bildet eine Veranstaltung mit EU-Kommissarin Mariya Gabriel am 22. März 2021 in Wien.

Neben der Einigung auf „Horizon Europe“ erfolgten jüngst auch jene auf das Euratom-Forschungsprogramm und zum internationalen Forschungsprojekt ITER. Österreich hatte sich bis zuletzt als Stimme der Vernunft und der Sicherheit gegen eine enge Verknüpfung der Nuklearforschung mit der Klimaneutralität Europas eingesetzt – mit Erfolg: Die Verhandlungspartner wurden zu wichtigen Zugeständnissen bewegt. ITER kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „der Weg“ – „es war wie auch bei Euratom ein langer und nicht immer einfacher Weg, aber die Beharrlichkeit Österreichs war zentral, damit der klare Fokus auf der nuklearen Sicherheit liegt und die Forschungsarbeiten nicht als Beitrag zu den EU-Klimazielen gerechnet werden“, betont Faßmann. ■

<https://www.bmbwf.gv.at/>

<https://www.horizon-europe-community.at/>

Initiative für angemessene Mindestlöhne

Kärntens LH Peter Kaiser in einer Videokonferenz mit EU-Kommissar Schmit: »Ein europäischer Rahmen für gemeinschaftliche Mindestlöhne würde Einkommen erhöhen, sozialen Zusammenhalt stärken, Armut und Abwanderung verhindern.«

Die EU schlägt eine Initiative für einen europaweit einheitlich geregelten Rahmen für Mindestlöhne vor. Was EU-Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen in ihrer Antrittsrede ankündigte, wird jetzt mit Kärntner Beteiligung konkret: Der Mindestlohn-Fleckerlteppich der Mitgliedsstaaten soll einem gemeinsamen europäischen, nach klaren Kriterien und regionale Unterschiedlichkeiten miteinbeziehenden Rahmen für Mindestlöhne Platz machen. Ein vorliegender Vorschlag der EU-Kommission wird demnächst, wie laut EU-Gesetzgebungsverfahren vorgesehen, auch im Ausschuß der Regionen (AdR) diskutiert und eine Stellungnahme der insgesamt 329 Mitglieder dazu erarbeitet werden. Dabei kommt dem Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser als AdR-Mitglied eine besondere und mitentscheidende Rolle zu: Er wurde vom AdR als Berichterstatter nominiert und mit der Erarbeitung der AdR-Stellungnahme betraut. In Vorbereitung darauf diskutierte der Landeshauptmann am 14. Jänner im Rahmen einer bilateralen Videokonferenz mit dem verantwortlichen Mitglied der EU-Kommission, dem Luxemburger Nicolas Schmit, seines Zeichens Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte.

„Gerade Geringverdienerinnen und Geringverdiener, insbesondere junge Menschen, Geringqualifizierte und prekär Beschäftigte, wurden von der Coronakrise, die sich auch negativ auf die Löhne auswirkt, besonders hart getroffen. Daher ist der Vorstoß für einen Rahmen für europäische Mindestlöhne jedenfalls zu begrüßen, um für die Zukunft für mehr Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen-schutz zu sorgen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Armut sowie Abwanderung aus Regionen mit besonders niedrigen Löhnen vorzubeugen“, verdeutlicht Kaiser.

EU-Kommissar Schmit ergänzt: „Fast zehn Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU leben in Armut – das müssen wir ändern! Es darf nicht sein, daß Menschen, die einer Arbeit nachgehen, Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen. Dies ist jetzt wegen der Pandemie



Foto: Büro LH Kaiser / Filipovic

Landeshauptmann Peter Kaiser in der Videokonferenz mit EU-Kommissar Nicolas Schmit

umso wichtiger. Eine erfolgreiche Erholung von der Krise in der EU kann nur gelingen, wenn die soziale und die wirtschaftliche Dimension den gleichen Stellenwert haben.“

In dem Fall, daß die Mitgliedsstaaten die nationalen Mindestlöhne entsprechend den im Kommissions-Vorschlag genannten indikativen Werten auf 60 Prozent des Medianwertes und 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes anpassen, würde dies für rund 25 Millionen ArbeitnehmerInnen in Europa einen Lohnanstieg bedeuten, rechnet Kaiser vor. Wie notwendig die Verankerung eines gesetzlichen Rahmens für nationale Mindestlöhne sei, zeige allein der Umstand, daß von 21 Mitgliedsstaaten mit gesetzlichen Mindestlöhnen nur in vier Ländern – Bulgarien, Slowenien, Frankreich und Portugal – 60 Prozent des Medianwertes erreicht würde. Dazu kommt, daß die Mindestlöhne sich erheblich zwischen den Mitgliedstaaten unterscheiden – sie reichen von 312 Euro monatlich in Bulgarien bis zu 2.142 Euro in Luxemburg. Der höchste Mindestlohn beträgt fast das Siebenfache des geringsten. Bezogen auf die Arbeitsstunden sind die Unterschiede noch größer: 1,87 Euro in Bulgarien, 12,38 Euro in Luxemburg. Selbst wenn man unterschiedliche Preisniveau und Kaufkraft berücksichtigt, bleiben eklatante Unterschiede bestehen, die Armut und Abwanderungstendenzen verstärken.

Selbst in den sechs EU-Ländern, in denen sich, wie in Österreich, der Mindestlohnschutz auf Tarifverhandlungen stützt, sind viele ArbeitnehmerInnen (zwischen 2 und 55 Prozent) nicht von diesem Schutz umfaßt, bzw werden trotzdem geringer entlohnt. Davon betroffen sind vor allem Frauen, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen und in der Landwirtschaft Beschäftigte, aber auch Berufsanfänger, Lehrlinge und Praktikanten.

Am 17. Februar wird Landeshauptmann Peter Kaiser in der Fachkommission SEDEC des AdR und im Rahmen des Plenums des AdR im März seine Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission mit den anderen AdR-Mitgliedern diskutieren und beschließen. Die darin enthaltenen Abänderungsvorschläge werden dann der EU-Kommission und dem EU-Parlament übermittelt und fließen in die finale Entscheidung über die Ausgestaltung des Rahmens für einen europäischen Mindestlohn ein.

Mindestlöhne können sowohl gesetzlich als auch sozialpartnerschaftlich beschlossen werden.

Dies bedeutet insbesondere, daß das österreichische Modell von sozialpartnerschaftlich gesetzten Löhnen bereits dem EU-Kommissionsvorschlag entspricht. ■

<https://www.ktn.gv.at>

<https://cor.europa.eu/de>

Agreement zwischen NÖ und Tschechien

Intensive Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten wird fortgesetzt – LH Mikl-Leitner/LR Eichtinger: Rund 700 INTERREG-Projekte bisher umgesetzt

Aktuelle Entwicklungen zu Corona und gemeinsame Projekte zwischen Niederösterreich und Tschechien waren am 17. Jänner die Themen einer Videokonferenz von Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger mit den neu gewählten Kreishauptleuten von Südmähren, Jan Grolich, und der Vysočina, Vítěslav Schrek, sowie dem neuen stellvertretenden Kreishauptmann von Südböhmen, František Talír.

„Durch grenzüberschreitende Projekte rücken wir mit unseren Nachbarn noch näher zusammen. Die EU-Fördermittel unterstützen die Weiterentwicklung des Grenzraums, davon profitieren beide Seiten. Seit dem EU-Beitritt Österreichs wurden rund 700 INTERREG-Projekte mit einem Gesamtvolumen von 109 Millionen Euro EU-Geld direkt in Niederösterreich abgewickelt“, so Mikl-Leitner und Eichtinger.

„Die Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen für die neue Förderperiode 2021-2027 gibt Sicherheit, um den gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum im Grenzland weiterzuentwickeln“, so die Landeshauptfrau. Ein wesentlicher Motor ist dabei der Kleinprojektfonds, ein Interreg-Projekt, das die Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaften aus Niederösterreich und Tschechien unterstützt.

Dabei werden kulturelle, soziale und wirtschaftliche Beziehungen intensiviert. „Der Kleinprojektfonds ist ein Brückenbauer, wir müssen daher die Chance nutzen, mit EU-Fördermittel gemeinsame Projekte über die Staatsgrenze hinweg umzusetzen“, so Eichtinger.

Auch die neuen Kreishauptleute blicken einer erfolgreichen Weiterführung bisheriger Programme positiv entgegen. „In den bisherigen Einreichphasen wurden bereits 60 Kleinprojekte aus Niederösterreich genehmigt, damit konnte eine Million Euro an Fördermittel im Grenzraum investiert werden“, bilanziert Eichtinger.

Die NÖ.Regional informiert als EU-Serviceagentur des Landes darüber, wie man sich Förderungen für gemeinsame Aktivitäten



Foto: NLK / Pfeiffer

Videokonferenz mit tschechischen Kreishauptleuten: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger

mit einer tschechischen Partnerorganisation sichern kann. Die Projektgesamtkosten der Kleinprojekte müssen zwischen mindestens

3.530 Euro und maximal 23.530 Euro liegen. ■

<https://www.noel.gv.at/>

Green Filming aus NÖ macht Furore

Nachhaltiges Filmschaffen wird in Niederösterreich mit der Lower Austrian Film Commission LAFC großgeschrieben. Innovative Maßnahmen der Kulturabteilung des Landes Niederösterreich im Bereich des umweltschonenden Filmschaffens wurden nun von einer hochkarätig besetzten Jury mit dem Preis des internationalen Makers&Shakers Awards ausgezeichnet. Der Preis ehrt Spitzenleistungen in der weltweiten Filmbranche, die richtungsweisend auf die regionale, nationale und transnationale Branche wirken. Ausschlaggebend für die Auswahl der niederösterreichischen Initiative waren ihre Innovations- und Strahlkraft sowie ihre Synergie- und Vorbildwirkung für die Filmindustrie.

„Großes Engagement in Kombination mit umfassendem Knowhow sind die besten Voraussetzungen für nachhaltige Veränderungen. Mit der Initiative für Green Filming ist unser Bundesland österreichweit Vorreiter und macht nun auch international Furore. Die LAFC trägt über die Filmbranche hinaus

zu einem positiven gesellschaftlichen Wandel bei und inspiriert andere zum Mitmachen“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Filmproduktionen können mit umweltschonenden Maßnahmen und einem sparsamen Einsatz von Ressourcen einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Lower Austrian Film Commission steht für einen möglichst innovativen und praxisorientierten Umgang mit diesen Themen und bietet ihre Expertise über ihre Website, Beratungsleistungen und Weiterbildungsangeboten an.

Zentrale Elemente der Website sind der Evergreen-Guide, ein CO₂-Rechner sowie eine Liste an regionalen Anbietern und Kooperationspartnern. Europaweite Kooperationen aber auch das Mentoring europäischer Film Commissions beim Aufbau ihres Green Service spiegeln den grenzüberschreitenden Charakter der Green Filming Initiative der LAFC wider. ■

<https://www.lafc.at/>

Gemeinsame Europakonferenz erstmals als Videokonferenz

Oberösterreich übernahm am 1. Jänner 2021 den Vorsitz der Landtagspräsidentenkonferenz – am 1. Februar begrüßte LT-Präsident Wolfgang Stanek seine KollegInnen der deutschsprachigen Regionalparlamente von mehr als 90 Millionen Menschen.



Foto: Land Salzburg / Neumayr

Salzburgs LT-Präsidentin Brigitta Pallauf übergab den Vorsitz der Landtagspräsidentenkonferenz an LT-Präsident Wolfgang Stanek

Mit 1. Jänner 2021 hat Oberösterreich nicht nur den Vorsitz der Österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz, sondern gemeinsam mit dem deutschen Bundesland Schleswig-Holstein den Vorsitz der gemeinsamen Landtagspräsidentenkonferenz der österreichischen und deutschen Landesparlamente, des Südtiroler Landesparlaments und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens übernommen.

„Trotz der derzeitigen weltweiten Ausnahmesituation aufgrund der Covid-Pandemie freut es mich, daß Oberösterreich den Vorsitz aller deutschsprachigen Landesparlamente übernommen hat. Diese Plattform werden wir intensiv für den Erfahrungsaustausch rund um Corona nutzen und auch über die Stärkung der Demokratie sowie Politische Bildung diskutieren“, erklärte Landtagspräsident Wolfgang Stanek.

Stanek bedankte sich bei der Salzburger Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf für den Einsatz und die souveräne Arbeit im zweiten Halbjahr 2020: „Trotz der Covid-Einschränkungen konnten viele wichtige Themen, wie beispielsweise Politische Bildung an Schulen oder die Sammlung von Ideen im Gespräch mit Bundesministerin Dr.in Karoline Edtstadler zur Weiterentwicklung verfas-

sungsrechtlicher Themen diskutiert und abgearbeitet werden. Viele Themenbereiche werden wir auch weiterhin im Rahmen der Landtagspräsidentenkonferenz diskutieren.“

Die erste Veranstaltung war die Europakonferenz der deutschsprachigen Landesparlamente am 1. Februar, die aufgrund der Pandemie digital abgehalten wurde. Für Anfang Juni ist die gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz in Linz geplant. „Ich hoffe, daß wir diese Folgekonferenz aller österreichischen, deutschen und dem Südtiroler Amtskollegen sowie dem Präsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Präsenz abhalten können“, blickt Stanek hoffnungsvoll in die Zukunft.

Videokonferenz am 1. Februar

Am 1. Februar tagten im Rahmen der Gemeinsamen Europakonferenz die PräsidentInnen der Landtage von Deutschland und Österreich sowie des Parlaments Südtirols und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Aufgrund der derzeitigen Ausnahmesituation fand die Konferenz erstmals nicht in Brüssel statt, sondern wurde als Videokonferenz abgehalten. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Covid-Pandemie und ihre Herausforderungen sowie die

Konferenz zur Zukunft Europas und die Beziehungen der Regionalparlamente zur EU.

Als vorsitzführender Präsident der österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz betonte Wolfgang Stanek: „Ich freue mich sehr, daß wir gemeinsam beschlossen haben, die Europakonferenz trotz der Pandemie durchzuführen, wenn auch nur in digitaler Form. Föderale Strukturen haben sich in dieser schwierigen Zeit bewährt. Aus meiner Sicht sind ein Miteinander, eine Zusammenarbeit über die Grenzen und ein Erfahrungsaustausch – vor allem auch in schwierigen Zeiten – sehr wichtig.“

Er dankte in diesem Zusammenhang dem Schleswig-Holsteinischen Präsidenten Klaus Schlie – als federführender Präsident der deutschen Landtagspräsidentenkonferenz – für die gute Zusammenarbeit. Dieser hob in seiner Rede die Bedeutung der Landesparlamente hervor: „Den Parlamenten, insbesondere auch den Landesparlamenten, kommt in der derzeitigen Situation eine Schlüsselrolle zu. Sie sind als Kontrollorgane der Exekutive das entscheidende Instrument dafür, in einer Krisenzeit als Demokratie handlungsfähig zu bleiben. Unsere Parlamente sind die Orte, an denen die notwendige gesellschaft-

Foto: Land OÖ / Sabrina Liedl



Landtagspräsident Wolfgang Staneck und Landtagsdirektor Wolfgang Steiner bei der Gemeinsamen Europakonferenz per Video am 1. Februar

liche Debatte über die Pandemie-Bekämpfung ihren Platz haben muß und sie sind die unentbehrlichen Fundamente für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Auf der Tagesordnung standen:

1. Die Konferenz zur Zukunft Europas – Stand des Prozesses und Ausblick sowie die Mitbeteiligung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis
2. Strategien für die europäische Wirtschaft und den europäischen Arbeitsmarkt während und nach der Pandemie
3. Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas
4. Das Urteil des EuGH vom 9. Juli 2020, C-272/19

Stand des Prozesses und Ausblick sowie die Mitbeteiligung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis

Die Europäische Union hat die Konferenz zur Zukunft Europas ins Leben gerufen. Ziel des Projekts ist es, daß die Stimme der Europäer beim Handeln der Gremien der Europäischen Union besser gehört wird. Die Konferenz soll auf früheren Erfahrungen, zum Beispiel mit Bürgerdialogen, aufbauen. Die Kommission schlägt aber auch neue Elemente vor, wie etwa eine mehrsprachige Online-Plattform, um die Reichweite zu vergrößern und den Menschen bessere Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu geben. Als Diskussionspartnerin zur Konferenz zur Zukunft Europas stand den TeilnehmerInnen die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Dubravka Šuica, zur Verfügung.

„Ich haben den Austausch mit den regionalen Parlamenten als anregend und vielversprechend empfunden. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine Gelegenheit, das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger in die EU zu stärken. Dies wird ohne die Unterstützung gewählter Vertreter auf allen Ebenen, einschließlich der regionalen Parlamenten, nicht möglich sein: ihre Nähe zu den Bürgern macht sie unverzichtbar für die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaften“, so Vizepräsidentin Šuica.

Strategien für die europäische Wirtschaft und den europäischen Arbeitsmarkt während und nach der Pandemie

EU-Kommissar Johannes Hahn unterstrich in seinem Impulsreferat die zentrale Rolle des mehrjährigen EU-Haushalts 2021-2027 und des EU-Aufbauplans „NextGenerationEU“. Das mit 1,8 Billionen Euro größte Konjunkturpaket, das jemals aus dem EU-Haushalt finanziert wurde, wird entscheidend zum Wiederaufbau Europas beitragen und zielt darauf ab, Europa grüner, digitaler und krisenfester zu machen. Auf diese Weise wird es den europäischen Regionen direkt zugutekommen.

„Durch den neuen mehrjährigen EU-Finanzrahmen und den EU-Aufbauplan wird das Geld dort eingesetzt, wo es am meisten gebraucht wird. Wir werden unseren Binnenmarkt stärken und entlang unserer politischen Prioritäten nachhaltig in die Zukunft investieren – in den Wandel hin zu einem grünen und digitalen Europa. Denn das sind

die Arbeitsplätze und das Wachstum von morgen“, hob Kommissar Hahn hervor.

Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas

In ihrer Erklärung geben die PräsidentInnen ein klares Bekenntnis zur Konferenz zur Zukunft Europas, mit der ein bürgernahe Nachdenken über die Zukunft der EU gestartet werden soll, ab. Um die EU mit neuem Leben und neuer Legitimität zu versehen, erheben sie dabei zum einen formelle Forderungen, wie etwa nach einer generellen Stärkung der Regionalparlamente im EU-Gefüge sowie nach einer aktiven Einbindung in diesen Zukunftsprozeß, um die zentrale Rolle als Vermittler zwischen Union und BürgerInnen wahrnehmen zu können. „Zum anderen richten wir aber auch inhaltliche Forderungen an die Zukunftskonferenz, vor allem nach einer vom Subsidiaritätsprinzip getragenen Klärung der Kompetenzbereiche zwischen Union und Mitgliedsstaaten unter gleichzeitiger Wahrung von mitgliedstaatlicher Budgethoheit, Verfassungsidentität und föderaler Kompetenzverteilung.“

Urteil des EuGH vom 9. Juli 2020, C-272/19

Das Urteil des EuGH Urteil betrifft die Entscheidung, wonach ein Petitionsausschuß eines Landtags der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) unterliegt. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, ob die parlamentarische Tätigkeit der DSGVO mit allen Rechten für Betroffene unterliegt und daher auch der Aufsicht durch die staatlichen Aufsichtsbehörden, wie beispielsweise der Datenschutzbehörde.

„Wir sind der Meinung, daß die Arbeitsweise der nationalen und regionalen Parlamente zur unmittelbaren staatlichen Autonomie der Mitgliedsstaaten gehört. Sie ist Bestandteil der nationalen Identität. Andernfalls könnte die Union mittelbar die Funktionsfähigkeit der nationalen Parlamente beeinflussen. Mit diesem Verständnis ist die Schaffung von Aufsichtsstrukturen für ein unmittelbar demokratisch gewähltes Parlament unvereinbar“, erklären die Präsidenten Staneck und Schlie.

Von 6. bis 8. Juni 2021 ist eine gemeinsame Konferenz in Linz geplant. „Wir hoffen, daß wir diese in Präsenz abhalten und weitere Erfahrungen über die Pandemie und Chancen in der Zukunft, vor allem für Regionalparlamente, diskutieren können“, so Staneck und Schlie abschließend. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Leistungsfähige Pyhrn-Schober-Achse ist Mehrwert für Europa

LR Steinkellner / EU-Abg. Roman Haider: Vorhaben Abschnitte im Kernnetz der TEN-T-Korridore zu verankern bedarf mehr Engagement des Bundesministeriums

Die Pyhrn-Schober-Achse und die Tauernachse sind wichtige europäische Mobilitätstrassen, zählen aber nicht zu den hochrangigen Achsen des sogenannten TEN-T[i] Kernnetzes. Die Tauern-Achse verbindet durch das Gasteinertal die Bundesländer Salzburg und Kärnten, während die Pyhrn-Schober-Achse durch das Kremstal Oberösterreich mit der Steiermark verbindet. Beide Streckenabschnitte haben besondere Stärken und erfüllen gemeinsam die grundlegenden Kriterien zur Aufnahme in das TEN-T Kernnetz. Während die Tauernachse für den Personenverkehr prädestiniert ist, eignet sich die Pyhrn-Schober-Achse aufgrund geringer Steigungen für den Güterverkehr. Beide Achsen erschließen somit wichtige Industrie und Tourismusräume. Von Seiten der Bundesländer Salzburg, Kärnten, Steiermark und Oberösterreich gab es bereits in der Vergangenheit gemeinschaftliche Initiativen, die sich klar für die Integration beider Streckenabschnitte in das europäische TEN-T Kernnetz aussprechen.

Aktuell gibt es auch beim tschechischen Nachbarn Entwicklungen, die eine Attraktivierung der Summerauerbahn, also dem nördlichen Abschnitt der Pyhrn-Schober-Achse in Richtung OÖ Staatsgrenze vorsehen. Für Oberösterreich würde eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur sowohl einen verbesserten Gütertransport, als auch verbesserte Personenverkehrsverbindungen an das Nachbarland Tschechien bedeuten. „Der tschechische Attraktivierungsplan ist ein starkes Signal und sollte auch für Österreich einen Anlaß zur Solidarisierung bieten. Ich unterstütze einen bilateralen Schienengipfel, bei dem akkordierte Pläne über den Ausbau der Schienenverbindungen diskutiert werden“, unterstreicht Landesrat für Infrastruktur Günther Steinkellner.

Nicht nur im heurigen Jahr der Schiene, sondern auch zukünftig, werden europäische Förderungen zum Ausbau des TEN-T-Kernnetzes vorrangig gesehen. Nationale Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen sind sicherlich entscheidungsfördernd, welche Korridore ins EU Kernnetz aufgenommen wer-



Foto: Land Oberösterreich

Oberösterreichs Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner

den und somit auch europäische Förderungen erhalten. Die Überzeugungsarbeit aller vier Bundesländer bei der EU lief bereits 2018, anlässlich der Überarbeitung des TEN-T-Netzes durch die Kommission an. Diese sogenannte TEN-T Zwischenrevision ist für Herbst 2021 vorgesehen.

Von Seiten des zuständigen Bundesministeriums besteht Handlungsbedarf. Es braucht ein klares Bekenntnis und Engagement, um die erfolgreiche Aufnahme der Pyhrn-Schober-Achse in das TEN-T Kernnetz zu forcieren. Trotz tschechischer Attraktivierungspläne heißt es, daß der Ausbau der Summerauerbahn zu einer Hochleistungsstrecke mit durchgehender Zweigleisigkeit derzeit nicht geplant und weder im aktuellen ÖBB-Zielnetz 2025+ noch im aktuellen Rahmenplan 2021-2026 enthalten sei. „Auch auf europäischer Ebene sei die Initiative zur Aufnahme der Pyhrn-Schober-Achse ins TEN-T Kernnetz von Seiten des Bundesministeriums deutlich zu intensivieren. Der Ball liegt jetzt ganz klar bei Österreich. Seitens der EU wurden alle Wege für die Tauern-Pyhrn-Schober-Achse geebnet, jetzt muß das österreichische Infrastrukturministerium sein Interesse bekunden. Das heißt: ein Projekt erstellen und finanzielle Mittel budge-

tieren“, betont EU-Mandatar und Fraktions-sprecher des Transportausschusses Roman Haider.

Erhebungen zeigen, daß auf beiden (Teil-) Achsen zum Horizont 2030 deutlich mehr Güterzüge angezogen werden. Man rechnet mit einer Zunahme des Güterverkehrs auf der Tauernachse um +53 Prozent und der Pyhrn-Schober-Achse um +193 Prozent, gegenüber dem Jahre 2010. Die Basis für eine EU-Förderwürdigkeit ist also zweifelsfrei gegeben.

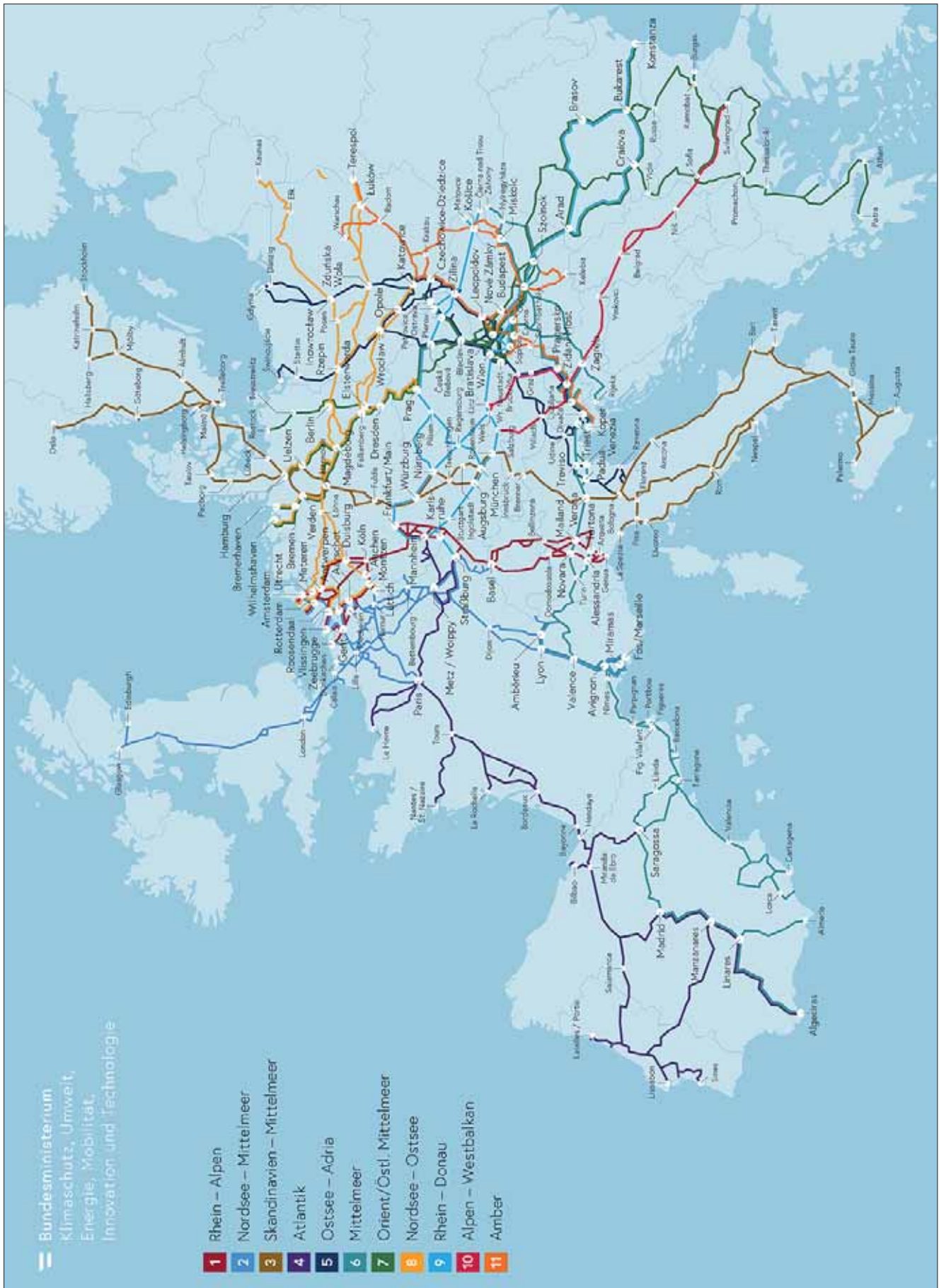
Von Seiten des Landes OÖ wird ein integriertes europäisches Verkehrssystem mit intermodalen Lösungen unterstützt, versichert Günther Steinkellner: „Moderne Verkehrswege und -mittel sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine dynamische Wirtschaft, leistungsfähige Infrastrukturen sind ein klarer Standortvorteil. Umgekehrt hingegen gilt: vernachlässigte Infrastruktur wird zum Risiko und zur Belastung für Entwicklung und Beschäftigung. Das prognostizierte Mobilitätsbedürfnis kann ein einzelner Verkehrsträger allein nicht bewältigen. Es gilt die Leistungsfähigkeit und Effizienz aller Verkehrsträger zu sichern und durch eine optimale Vernetzung von Straße und Schiene dafür zu sorgen, daß in einem leistungsfähigen Gesamtsystem die jeweiligen Stärken zum Einsatz gebracht werden können. Ich unterstütze aus diesem Grund einen bilateralen Schienengipfel mit den tschechischen Delegationen. Der gemeinsame Einsatz für eine europäische Förderung zur Attraktivierung der Summerauerbahn und Pyhrnbahn ist mit lokalen, regionalen und internationalen Wertschöpfungsprozessen verknüpft.“

Die Netzhierarchie

Das hochrangige Kernnetz stellt das Rückgrat der wichtigsten europäischen Verkehrsrelationen dar. Bis 2030 soll es fertiggestellt sein – bestehend aus 50.762 km Schieneninfrastruktur (konventionell und Hochgeschwindigkeit), 34.401 km Straßeninfrastruktur, 12.880 km Wasserstraßeninfrastruktur und 92 Flughäfen. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.bmk.gv.at/>

Österreich, Europa und die Welt



BMW Steyr stärkt OÖ als Standort für Mobilität der Zukunft

Nach Investitionen in Höhe von 127 Mio. Euro im Vorjahr und der geplanten Verlagerung eines Großteils der bisherigen Motorenproduktion vom Stammwerk in München nach Steyr wurde am BMW-Standort Steyr das nächste Zukunftssignal gesetzt: Mit einer Investition von 5 Millionen Euro ist nun ein modernes Aus- und Weiterbildungszentrum errichtet worden. Damit gibt der BMW-Konzern nicht nur ein klares Bekenntnis zu seinem Werk in Steyr und zum Wirtschaftsstandort OÖ ab, sondern setzt auch einen wichtigen Impuls in Richtung Mobilität der Zukunft. Denn im Fokus der neuen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten stehen die Schwerpunkte „Elektromobilität und Digitalisierung“, erklärt Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner.

„Das stärkt auch den Wirtschafts- und Forschungsstandort Oberösterreich, denn wir wollen gerade im Bereich Mobilität Innovationen und Zukunftstechnologien stark vorantreiben. Daß BMW in Steyr auch verstärkt auf diese Zukunftsthemen setzt, gibt uns hier einen massiven Rückenwind“, so Achleitner weiter.

„Schon bei den vorangegangenen Investitionen im BMW-Werk Steyr entfielen von den 127 Millionen Euro insgesamt alleine 25 Millionen Euro auf die Fertigung von Elektroantrieb-Gehäusen. Die Schwerpunkte Elektromobilität und Digitalisierung bei den neuen Aus- und Weiterbildungsangeboten leisten einen weiteren Beitrag dazu, daß BMW Steyr auch im Bereich alternative Antriebe breit aufgestellt ist. Oberösterreich will die Zukunft der Antriebstechnologien aktiv mitgestalten und BMW Steyr ist hier ein zentraler Faktor und Impulsgeber“, zeigt sich der Landesrat überzeugt.

„Besonders erfreulich ist auch, daß BMW in Steyr mit dem neuen Trainingszentrum einen weiteren Impuls zur Aus- und Weiterbildung seiner Beschäftigten setzt. Hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Faktor zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. BMW Steyr leistet hier einen wichtigen Beitrag und sorgt zugleich für die Fachkräfte der Zukunft. Denn im neuen Aus- und Weiterbildungszentrum in Steyr werden Lehrlinge auch in neuesten Technologien ausgebildet, darunter 3-D-Druck, Robotertechnik und künstliche Intelligenz“, hebt Landesrat Achleitner hervor.

„Gerade auch jetzt in der Corona-Krise ist Qualifizierung ein Gebot der Stunde,



Foto: Land OÖ / Ernst Grifflberger

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner (r.) bei einem Arbeitsgespräch mit Alexander Susanek, Geschäftsführer des BMW Group Werks Steyr

sowohl für die Menschen und die Betriebe, als auch für den gesamten Wirtschaftsstandort“, unterstreicht Wirtschafts-Landesrat

Markus Achleitner.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

<https://www.bmw.at/>

#Pic4Kenia: 3.000 Euro für ein Hilfsprojekt in Kenia

Die Jugendsolidaritätsaktion „Pic4Kenia“ der 4youCard, Jugendkarte des Landes Oberösterreichs, hat auch 2020 ein tolles Ergebnis erzielt: Für jedes geposteten Selfie mit dem Hashtag #pic4kenia konnten Jugendliche via Instagram im November die Spendensumme in die Höhe treiben. Insgesamt konnten so 3.000 Euro für Jugendliche in Kenia gesammelt werden – damit setzt das Jugendservice des Landes ein Zeichen der Solidarität. Jugendliche konnten anderen Jugendlichen helfen, sowie in schwierigen Zeiten mit ihrem Selfie schnell und einfach Gutes tun. Das Geld geht an ein Projekt der Dreikönigsaktion, das benachteiligten Jugendlichen in den Slums von Nairobi auch tägliche Essensrationen bietet.

Die Aktion „pic4kenia“ trägt zur Bewusstseinsbildung in Oberösterreich bei und zeigt, daß selbst eine tägliche Mahlzeit nichts Selbstverständliches ist. Im Fokus stehen dabei die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Hilfe in anderen Ländern.



Foto: Land OÖ

Europa wird in diesen Tagen neu gedacht

Vorhabensbericht zeigt Salzburgs Strategie in der Europäischen Union

Die einstimmige Annahme des auf die Covid-19-Situation aktualisierten Europapolitischen Vorhabensberichts im Landtag bot am 27. Jänner die Möglichkeit einer Standortbestimmung: „In diesen Tagen müssen und wollen wir Europa neu denken – über den Moment hinaus. Für ein Europa, das seine Grenzregionen als Vorstreiter für den Zusammenhalt anerkennt, und für eines, das den Mut hat, innovative Wege für die Zukunft unseres gemeinsamen Kontinents einzuschlagen“, stellt Landeshauptmann Wilfried Haslauer als Leitlinie voran.

Generell ist das Land Salzburg das einzige Bundesland in Österreich, das mit einem Bericht und dessen Fortschreibung zu Beginn und zur Mitte jeder Mandatsperiode seine EU-Strategie öffentlich vor- und zur Debatte stellt.

Diesmal später als üblich, da auch die Corona-Maßnahmen erfaßt sind. Ganz oben auf der Aufgabenliste des Landes: Beobachtung der Entwicklungen zur Gesundheitsunion sowie die Überwindung der Folgen von Covid-19 in den Bereichen Gesundheit, kleine und mittlere Unternehmen, Beschäftigung, Tourismus und Kultur.

Pallauf: Mehr Mitsprache für die Länder in Zukunftsfragen

Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf tritt Salzburg im Ausschuß der Regionen (AdR): „Wie ein roter Faden zieht sich ein Thema durch die Debatten: Die Zukunft der Europäischen Union. Und wie eine Mitwirkung auf allen Ebenen so gestaltet werden kann, daß die Regionen und unser Bundesland eine stärkere Stimme als bisher erhalten“, erklärt Pallauf.

Petz-Michez: Es ist ein Übergangsjahr

Federführend beim Vorhabensbericht ist Europabüro-Leiterin Michaela Petz-Michez: „Das Aufkommen neuer Themen beobachten wir in Salzburg und Brüssel sehr aufmerksam, denn für das heurige Jahr erwarten wir, daß es in vielen Punkten ein Übergangsjahr wird – vor allem für das Anlaufen der neuen Förderperiode und den damit einhergehenden Coronahilfen.“



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und Landeshauptmann Wilfried Haslauer präsentieren den aktualisierten europapolitischen Vorhabensbericht.

Schausberger: Lokale Qualitätsmedien gegen schädliche Fake News wichtig

Ebenfalls dem Landtag vorgelegt hat Franz Schausberger als Salzburgs AdR-Mitglied seinen Tätigkeitsbericht. „Die explodierende Gefahr der Verbreitung von Falschinformationen, Lügen, Haß und Aggressionen in den sozialen Medien kann nicht nur auf Demokratie, Politik und Gesellschaft verheerende Auswirkungen haben, sondern auch für jeden Einzelnen bei seinen Entscheidungen etwa bei Finanzdienstleistungen, Onli-

ne-Handel und in der Gesundheitsberatung. Neben zahlreichen Maßnahmen gegen die Desinformation und Lügen im Internet betont der AdR die große Bedeutung der regionalen und lokalen Qualitätsmedien, denen gerade durch den Markteintritt der sozialen Medien gravierende wirtschaftliche Nachteile entstanden“, so Schausberger, dessen Bericht die Abgeordneten einstimmig zur Kenntnis nahmen. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

<https://cor.europa.eu/de>

Grenzenloser Bio-Genuß

Drent und herent“ des Grenzflusses Salzach liegen zwei Gebiete, die sich „bio“ auf die Fahnen geheftet haben: in Salzburg das Salzburger Seenland und in Bayern die Ökomodellregion Waginger See – Rupertwinkel. Gemeinsam mit dem angrenzenden „Entdeckerviertel“ in Oberösterreich haben sie sich nun grenzüberschreitend zusammengefunden, um sanften Tourismus in Verbindung mit nachhaltiger Landwirtschaft unter dem Slogan „BiOS erleben“ zu vermarkten.

Das berichtet die aktuelle Ausgabe von „Land und Europa“, die Informationen der EuropaREGIO Salzburg bietet.

Die drei touristischen Regionen sind bereits über den Bajuwaren-Radweg miteinander verbunden. Die Idee hinter dem von der EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein unterstützten Projekts: Indem mehr regionale Bioprodukte verwendet werden und auf den Tisch kommen, steigt die Wertschöpfung, und die Kulturlandschaft wird weiter erhalten. Mit Werbemaßnahmen soll eine neue Gästesicht, die ihren Lebensstil auf Basis von Genuß und Nachhaltigkeit ausrichtet, und regionale Konsumenten angesprochen werden. ■

https://www.salzburg.gv.at/presse/_Seiten/land-europa.aspx

Australiens Botschafter in Graz

LH Hermann Schützenhöfer empfing Richard Sadleir zum Antrittsbesuch in der Burg

In der Grazer Burg begrüßte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer den australischen Botschafter Richard Sadleir am Vormittag des 29. Jänner zu dessen Antrittsbesuch. Schwerpunkt des Arbeitsgesprächs waren die australisch-steirischen Beziehungen, zudem wurde auch die Corona-Pandemie thematisiert.

Botschafter Sadleir berichtete über das australische Modell der Pandemie-Bewältigung. Australien gilt in Bezug auf die Ausdehnung der Covid19-Infektionen als Musterstaat. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz war deshalb in den letzten Monaten verstärkt mit der australischen Regierung in Kontakt. Durch diese entstandenen Kontakte, an deren Vertiefung auch der österreichische Botschafter in Australien, Lukas Strohmayer – ein echter Steirer – hauptverantwortlich beteiligt war, wird es in absehbarer Zeit zu einem australisch-österreichischen Abkommen zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern kommen.

„Ich freue mich, daß Botschafter Richard Sadleir und ich im Rahmen des Gesprächs übereingekommen sind, die Zusammenarbeit zwischen der Steiermark und Australien insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene in Zukunft zu vertiefen. Vor allem das Interesse an der steirischen Erfolgsgeschichte im Bereich



Foto: Land Steiermark / Jesse Streibl

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (l.) und der australische Botschafter Richard Sadleir

der Forschung und Entwicklung hat mich sehr stolz gemacht“, so Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer.

Richard Sadleir ist australischer Botschafter für Österreich, Bosnien-Herzegovina, Ungarn, die Slowakei und Slowenien. Er ist außerdem Ständiger Vertreter Australiens bei den Vereinten Nationen in Wien, Gouverneur im Gouverneursrat der Internationa-

len Atomenergiebehörde, Ständiger Vertreter in der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen sowie australischer Botschafter für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). ■

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>
<https://austria.embassy.gov.au/>

Steirisches Top-Rating bestätigt

Standard & Poors bestätigt AA mit stabilem Ausblick

Die Ratingagentur Standard & Poors hat das Top-Rating der Steiermark (AA mit stabilem Ausblick) bestätigt und sieht für die Finanzen des Landes weiterhin einen stabilen Ausblick. Damit honoriert die Agentur das Finanzmanagement während der Corona-Krise in den letzten Monaten.

„Die Corona-Krise hat dazu geführt, daß wir unseren Konsolidierungskurs kurzfristig verlassen mußten. Dennoch haben wir immer gesagt, daß wir aufgrund einer vernünftigen und guten Finanzpolitik trotz allem handlungsfähig sind. Die Bestätigung des Top-Ratings in Zeiten einer solchen Krise ist nicht selbstverständlich und beweist erneut, daß wir in den letzten Jahren vieles richtig gemacht haben und wir mit unseren Aussagen richtiggelegen sind. Mit unseren Maß-

nahmenpaketen haben wir der Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und unseren Städten und Gemeinden zielgerichtet geholfen. Dieser Weg spiegelt sich auch im Budget für das Jahr 2021 wider. Auch wenn wir aufgrund der Corona-Krise unsere Planungen kurzfristig ändern mußten, werden wir sobald wie möglich auf unseren zuvor eingeschlagenen guten Weg zurückkehren“, sagt Landeshauptmann-Stv. Anton Lang.

Landesrat Christopher Drexler: „Das Landesbudget 2021 ist der Bewältigung der Krise geschuldet. Wir tätigen zusätzliche Ausgaben und Investitionen, um die Krise zu bewältigen und uns in weiterer Folge auf den Weg aus der Krise zu machen. Das stabile Rating der Steiermark auf diesem Top-Level ist dafür besonders wichtig.“

Massive Einnahmenverluste durch stark reduzierte Steuereinnahmen und zielgerichtete Mehrausgaben um die SteirerInnen zu unterstützen, führen in den kommenden Jahren zu einem wachsenden Schuldenstand. Der in den Planungen des Landes prognostizierte Schuldenstand wird von Standard & Poors im internationalen Vergleich allerdings als moderat bewertet.

Das Ziel der Steiermärkischen Landesregierung ist es im Jahr 2024 wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen und zum Konsolidierungspfad zurückzukehren, sobald die Krise abebbt. Diese beiden Ziele werden im Rating als realistisch und positiv eingeschätzt, was zeigt, daß sich die Steiermark trotz der schweren Wirtschaftskrise auf einem guten Weg befindet. ■

EVTZ-Vorstand tagte via Videokonferenz

LH Platter: Stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft und Gemeinden für eine erfolgreiche Europaregion der Zukunft



Foto: Land Tirol / G. Berger

Die EVTZ-Vorstandssitzung fand coronabedingt per Videokonferenz statt. Im Bild Mitte LH Günther Platter und LTPin Sonja Ledl-Rossmann

Am 28. Jänner tagte der Vorstand der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino unter Vorsitz des Tiroler Euregio-Präsidenten Landeshauptmann Günther Platter. Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Sitzung mit LH Arno Kompatscher (Südtirol) und LH Maurizio Fugatti (Trentino) mittels Videokonferenz statt.

„Im Rahmen der heutigen Konferenz sprachen wir nicht nur über die Corona-Krise, die nach wie vor das Tagesgeschehen in den jeweiligen Ländern der Europaregion und in der gesamten Welt bestimmt, sondern wir konnten auch Projekte maßgeblich vorantreiben, die für die Euregio langfristig wichtig sind“, berichtete Platter.

So wurde auf Basis des im Sommer vorgestellten Vorschlags des EuregioLabs an einer neuen Übereinkunft und Satzung der Euregio gearbeitet. Ein Entwurf dafür war bereits im Vorfeld von Europarechtsexperte Walter Obwexer vorgestellt worden. Die Versammlung der Europaregion wird um je ein Mitglied der drei Landtage aufstockt. Somit werden in der neuen Versammlung insgesamt neun Mitglieder der Landtage vertreten sein, die von der interregionalen Kommis-

sion oder eigenen Euregioausschüssen der Landtage beschickt werden.

Eine weitere Änderung betrifft die Einbindung sogenannter Fachvorstände. Ähnlich den EU-Ministerräten können nominier- te LandesrätInnen im Auftrag des Euregio- Vorstandes einzelne Themen vorbereiten und umsetzen. Damit wird ein stärkerer Austausch unter den zuständigen Landesressorts forciert.

„Besonders wichtig ist jedoch, daß wir die Bürgerinnen und Bürger der Euregio mit- einbeziehen – sie sollen die Geschicke der Euregio mitbestimmen“, betonte Platter. Mit der Schaffung von Bürgerräten, die repräsentativ aus der Bevölkerung zusammengesetzt sind, sollen zu ganz konkreten Themenfeldern Vorschläge in die Euregio-Entscheidungsprozesse eingebracht werden. Der erste Bürgerrat soll bereits dieses Jahr stattfinden. Ebenso sehen die neuen Rahmenbedin- gungen des EVTZ vor, die Gemeinden in Form eines „Euregio Beirates“ einzubinden. Dieser Beirat wird nach Abschluß des for- mellen Genehmigungsprozesses gemeinsam mit den Gemeindeverbänden umgesetzt und soll sich im Herbst 2021 konstituieren.

Institution erneuern, Projekte effizient umsetzen

„Die Institution Europaregion feiert heuer ihr zehnjähriges Bestehen. Mit der Statutenreform machen wir die Euregio fit für die nächsten zehn Jahre. Wir stellen die Euregio neu auf, damit wir in Zukunft Projekte schneller, effizienter und vor allem mit einer größeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger umsetzen können, damit die Menschen spüren, daß die Europaregion einen Mehrwert für sie darstellt“, betont Platter.

„Es ist mir und meinen beiden Kollegen Arno Kompatscher und Maurizio Fugatti ein großes Anliegen, die Einbeziehung der Bevölkerung, der Gemeinden und der gewählten Parlamente zu stärken, damit die Europaregion in Zukunft noch stärker gespürt und gelebt wird. Nach dem Motto der Tiroler Präsidentschaft: ‚Du bist Teil davon‘ setzen wir heute die Rahmenbedingungen für eine noch stärkere und effizientere Zusammen- arbeit unserer drei Landesteile“, bedankt sich Platter bei seinen Amtskollegen und allen Be- teiligten der drei Länder, die zu dieser zu- kunftsweisenden, partizipativen Reform bei- getragen haben.

Österreich, Europa und die Welt

Im Laufe des ersten Halbjahres 2021 werden die Änderungen der Gründungsverträge der Europaregion nunmehr von Italien und Österreich geprüft. Die Unterzeichnung der neuen Statuten wird im Rahmen des Tiroltags beim Europäischen Forum Alpbach 2021 erfolgen.

„Heute haben wir einige wichtige Entscheidungen getroffen“, sagte LH Maurizio Fugatti. „Wir haben die bevorstehende Eröffnung einer Informationsstelle der Euregio in Trient angekündigt, der mit dem Übergang der Präsidentschaft an das Trentino im Herbst 2021 seine Arbeit aufnehmen wird. Der Sitz wird in der Villa Moggioli sein, einem historischen und zentralen Ort, der unter Denkmalschutz steht und durch einen modernen Innenausbau äußerst funktionell gestaltet wurde. Ein Ort, der sowohl unsere besondere Autonomie als auch die grenzüberschreitende Allianz, die Trentino, Südtirol und Tirol seit langem verbindet, hervorheben wird. Eine Botschaft der Hoffnung also, auch für die Zukunft.“

Neue Informations- und Koordinierungsstelle in Innsbruck

Ab Mai sorgt eine neue Informations- und Koordinierungsstelle für weitere BürgerInnennähe: „Mit einem Euregio-Ausstellungsraum im Erdgeschoß des Menardi-Gebäudes in der Wilhelm-Greil-Straße in Innsbruck laden wir Bürgerinnen und Bürger ein, sich über die Angebote der Europaregion zu informieren“, sagte Platter. Die multimediale Ausstellung wird kontinuierlich um Themen aus der Europaregion erweitert. Den Auftakt macht im Frühling die Ausstellung zur „Geschichte der Europaregion“. Im Sommer folgt die Ausstellung zum „Euregio-Museumsjahr“, im Herbst jene zum „Euregio-Lawinenreport“.

Die Informations- und Koordinierungsstelle der Europaregion in Trient wird mit dem Wechsel der Euregio-Präsidentschaft im Herbst ihren Betrieb aufnehmen. „Neben dem Hauptsitz der Euregio im Waaghaus in Bozen, machen wir die Europaregion auch im Bundesland Tirol und dem Trentino mit den beiden ‚Außenstellen‘ sichtbar für die Menschen“, unterstreicht LH Platter.

Euregio-Museumsjahr

Schließlich tauschten sich die Landeshauptleute über den Fortschritt des Euregio-Museumsjahres aus. Der Startschuß ist für Mai 2021 geplant. Am Projekt nehmen insgesamt 60 Museen in allen drei Regionen teil.



Foto: Land Tirol / G. Berger

Die Delegationen der Euregio-Länder besprachen sich per Videokonferenz

Euregio fordert nachhaltige Lebensmittelpolitik in der EU

Das von LH Kompatscher im Europäischen Ausschuß der Regionen vorangetriebene Projekt zielt unter anderem darauf ab, die regionalen Kreisläufe in der Lebensmittelpolitik zu stärken und das europäische Vergaberecht dahingehend abzuändern. „Die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach gesunden, aus der eigenen Region stammenden Lebensmitteln wächst stetig. Dieser Trend zeigt sich, pandemieunabhängig, in ganz Europa“, unterstreicht der Südtiroler Landeshauptmann. „Das große

Ziel muß die gesunde und umweltverträgliche Ernährung der Bevölkerung sein. Eine nachhaltige Versorgung mit regionalen Lebensmitteln hätte zudem vorteilhafte Auswirkungen auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe und damit auch auf den lokalen Arbeitsmarkt.“ Er fordert deshalb mit Unterstützung seiner Amtskollegen aus Tirol und Südtirol einen Paradigmenwechsel in der Ausschreibungspolitik der EU. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<http://www.provinz.bz.it/de/>

<http://www.deutsch.provincia.tn.it/>

<https://cor.europa.eu/de>

Arge Alp-Preis 2021

Innovative digitale Lösungen sind beim diesjährigen Arge Alp-Preis 2021 gefragt. Junge UnternehmerInnen sowie GründerInnen sind aufgerufen, sich mit ihrer Idee für eine digitale Innovation zum Neustart nach der Corona-Pandemie zu bewerben. Der Preis, der dieses Jahr von der italienischen Region Lombardei ausgelobt wird, ist mit insgesamt 20.000 Euro dotiert.

Die eingereichten Vorschläge müssen als Antwort auf die durch die Corona-Pandemie entstandenen neuen Anforderungen und Bedürfnisse entwickelt werden und für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung im Alpenraum von Nutzen sein.

„Die Coronakrise wirkt sich auf uns alle erheblich aus. Deshalb sind kluge Köpfe gefragt, die Produkte und Dienstleistungen für einen Neustart nach der Pandemie entwickeln“, lädt Landeshauptmann Günther Platter zur regen Teilnahme auf.

Von Kultur über Umwelt bis hin zu Wirtschaft, Energie oder Verkehr: Unabhängig

von den verschiedenen Bereichen soll die Idee einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung gemeinsamer Probleme, die im Zuge der Pandemie entstanden sind, leisten. Vorrangig berücksichtigt werden dabei Lösungsansätze in Bereichen, die von der Coronakrise besonders stark betroffen sind.

Teilnehmen können Personen unter 35 Jahren, die ihren Wohnsitz in Tirol bzw. einem der Arge Alp-Länder haben. Die eingereichten Lösungen dürfen nicht patentiert sein oder bereits gewerblich genutzt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer wurde im Jahr 1972 in Mösern in Tirol gegründet und hat zum Ziel, Probleme ökologischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art grenzüberschreitend zu lösen. In den vier Staaten Deutschland, Italien, Österreich und Schweiz arbeiten dabei zehn Regionen, Provinzen, Kantone und Bundesländer mit einer Gesamtbevölkerungszahl von rund 26 Millionen Menschen zusammen. ■

<https://www.argealp.org/de>

Regionalparlamente sollen Ausrichtung der EU mitbestimmen

LandtagspräsidentInnen aus Österreich, Deutschland und Belgien beschließen einstimmig Erklärung mit Mitgestaltungsanspruch

Wohin soll sich die EU entwickeln? „Die gesetzgebenden Regionalparlamente sehen es als ihren Auftrag und ihre Kompetenz an, sich an der Beantwortung dieser Frage zu beteiligen“, ist Vorarlbergs Landtagspräsident Harald Sonderegger überzeugt. Diese Mitbeteiligung stand im Zentrum der „Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas“, die Sonderegger gemeinsam mit den anderen PräsidentInnen aller deutschen und österreichischen Landesparlamente und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens am 1. Februar im Rahmen einer virtuellen Konferenz verabschiedet hat.

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein politisches Gremium, organisiert von der Europäischen Kommission (EK), dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat. Sie soll in den kommenden Jahren unter Einbindung aller Ebenen neue Antworten für die Zukunft der Europäischen Demokratie formulieren und die nächsten Schritte der europäischen Integration vorzeichnen. EK-Vize-Präsidentin Dubravka Šuica informierte im Rahmen der virtuellen Europakonferenz über den Stand des europäischen Prozesses und das weitere Vorgehen, insbesondere auch über die Mitbeteiligung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis.

Die von den PräsidentInnen dazu verabschiedete Erklärung verdeutlicht die Position der Regionalparlamente, wie Sonderegger bestätigte: „Wir begrüßen die Konferenz zur Zukunft Europas und wir sehen es als unseren Auftrag, uns an der künftigen Ausrichtung der Europäischen Union im Rahmen unserer Integrationsverantwortung zu beteiligen.“ Es gelte, die EU „von innen heraus mit neuem Leben und neuer Legitimität zu versehen“. Die Regionalparlamente nehmen eine zentrale Rolle im Mehrebenensystem der Europäischen Union ein. Sonderegger betonte: „Die Erklärung bekräftigt einmal mehr unseren Mitgestaltungsanspruch und die Notwendigkeit der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Entwicklungsprozess.“ Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas soll auch geklärt werden, in welchen Politikbereichen ein Handeln der Euro-



Foto: Screenshot Vorarlberger Landtag

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, berichtete in der Europakonferenz den LandtagspräsidentInnen über die Strategien für die europäische Wirtschaft und den europäischen Arbeitsmarkt in und nach der Pandemie.



Foto: Vorarlberger Landtag/Studio Fasching

Landtagspräsident Harald Sonderegger: „Regionalparlamente sollen künftige Ausrichtung der EU mitbestimmen.“

päischen Union erforderlich ist und welche Kompetenzbereiche besser auf Ebene der Nationalstaaten, der Regionen und der Kommunen behandelt werden können. Landtagspräsident Sonderegger verwies darüber hin-

aus auf die in der Erklärung beschriebenen Möglichkeiten zur Stärkung der Rechte der Regionalparlamente. Diese soll durch eine Intensivierung und Weiterentwicklung des begonnenen Dialogs mit der Europäischen Kommission erfolgen. Konkret ist die Rede von einem regelmäßigen „Runden Tisch“ der LandtagspräsidentInnen mit dem Steuerungsgremium der Konferenz zur Zukunft Europas. Weiters befürwortet der Landtagspräsident den in der Erklärung skizzierten „Feedbackmechanismus“ in Form einer digitalen Plattform zur direkten Rückkopplung und Bewertung der Ergebnisse aus Dialogen und Bürgerforen in den Regionen.

Auf der Tagesordnung der Europakonferenz standen weiters die Strategien für die europäische Wirtschaft und den europäischen Arbeitsmarkt in und nach der Pandemie, über die Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, ausführlich berichtete.

Außerdem beschäftigten sich die LandtagspräsidentInnen ihrer Sitzung mit europarechtlichen Vorgaben für den parlamentarischen Bereich. ■

<https://vorarlberg.at/>

Beitrag der Städte und Regionen für leistbares Wohnen

Online-Fachveranstaltung zur EU-Initiative des
Wien-Hauses in Brüssel mit 200 TeilnehmerInnen



Foto: Wien-Haus Brüssel / PES Group CoR

oben v.l.: Barbara Steenbergen (Leiterin des Brüsseler Büros des Internationalen Mieterbunds), Sorcha Edwards (Generalsekretärin von Housing Europe), Michaela Kauer (Leiterin des Brüsseler Verbindungsbüros der Stadt Wien und Moderatorin der Diskussion); Elena Szolgayová, Housing 2030 Vizevorsitzende...), Lucia Štasselová (stellvertretende Bürgermeisterin für Wohnungsbau in Bratislava), Slawomir Tokarski (Direktor von der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) und Julia Girardi-Hoog von der Stadt Wien

Am 27. Jänner organisierte das Brüsseler Verbindungsbüro der Stadt Wien unter dem Titel „Die EU-Initiative für leistbares Wohnen – Wie können wir sie auf den Boden bringen?“ ein Webinar über diese neue Initiative der EU, die von der Europäischen Kommission als ein Eckpfeiler ihrer Renovierungswellenstrategie angekündigt worden war. Die „Affordable Housing Initiative“ zielt darauf ab, in den kommenden Jahren 100 Stadtteile als Leuchtturmprojekte in der gesamten EU zu revitalisieren. Rund 200 TeilnehmerInnen nahmen an der Online-Veranstaltung teil.

In seiner Einführung gab Direktor Slawomir Tokarski von der GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission (DG GROW) einen kurzen Überblick über die ersten Ideen der Kommission und betonte, daß dies der Beginn eines offenen Dialogs zur weiteren

Gestaltung der Initiative sei. Er begrüßte die Gelegenheit zum Austausch mit Städten und InteressenvertreterInnen. „Wir glauben, daß die Renovierungswelle eine lokale Initiative sein sollte, eine Initiative von unten nach oben, die Arbeitsplätze in Verbindung mit dem grünen und digitalen Übergang bringen kann“, erklärte er. Er verwies darauf, daß der menschliche Faktor bei solchen Projekten lange Zeit vernachlässigt worden sei, es aber notwendig sei, ein solides Umfeld um die Häuser herum zu schaffen, um die steigende Polarisierung der Gesellschaft zu überwinden. Ziel müsse es sein, daß die Wohnungen in den anvisierten 100 Leuchtturmprojekten nach der Sanierung bezahlbar und nachhaltig sind. Er kündigte für das zweite Quartal 2021 einen Aufruf zu einer Partnerschaft auf EU-Ebene an, an der verschiedene Stakeholder, darunter auch die lokalen Gebietskörperschaften, beteiligt sein sollen.

Anschließend konnten die TeilnehmerInnen zwei Beispiele aus der Praxis hören.

Lucia Štasselová, stellvertretende Bürgermeisterin für Wohnungsbau in Bratislava, erklärte in ihrem Vortrag, warum ihre Stadt im Jahr 2018 einen starken neuen Anlauf zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum genommen hat. „Nach 1989 wurden die öffentlichen Wohnungen verkauft und fast keine neuen bezahlbaren Wohnungen gebaut“, sagte Štasselová. „Deshalb ist es wichtig, neue Standorte für den öffentlichen Wohnungsbau zu finden, städtische Flächen auszuwählen, neue Prozesse und Gesetzgebungsverfahren zu prüfen und nicht zuletzt staatliche Mittel für die Sanierung des bestehenden Wohnungsbestands einzusetzen.“ Dies wird jedoch nicht ohne die Einbindung der Privatwirtschaft unter Einhaltung sehr strenger Auflagen hinsichtlich der Wohnkosten und Vergaberegeln möglich sein.

Österreich, Europa und die Welt

Julia Girardi-Hoog von der Stadt Wien schilderte anschließend die Entstehung des Horizon2020-Projekts „Smarter Together“ mit dem Ziel, durch soziale und technische Innovationen einen lebenswerten Stadtteil zu schaffen. Dabei ging es nicht nur um die Sanierung und Renovierung von Wohnungen und öffentlichen Räumen, sondern auch um die Energieversorgung und -nutzung sowie die Mobilität. 7 Millionen Euro an EU-Horizon 2020-Mitteln wurden zur Unterstützung der Innovationselemente dieses stark partizipativen Projekts bereitgestellt und insgesamt wurden durch das Projekt 80 Millionen Euro an Investitionen ausgelöst. Angesichts der hervorragenden Ergebnisse beschloß die Stadt, das Projektvorhaben auf einen weiteren Stadtteil pro Jahr auszuweiten.

Zwei europäische Stakeholder-Organisationen gaben erste Reaktionen und Positionierungen zur „Affordable Housing Initiative“. Barbara Steenbergen, Leiterin des Brüsseler Büros des Internationalen Mieterbunds, forderte, daß die Förderungen mit dem bestehenden nationalen Mietrecht kombiniert werden müssen, damit sie gerecht und sozial ausgewogen wirken. „Ein Hauptkriterium der Initiative sollte sein, daß strenge Regeln zur Erreichung der Wohnkostenneutralität gelten. Mieterhöhungen durch Renovierung müssen durch Energiekosteneinsparungen in gleicher Höhe ausgeglichen werden, um „Renovictions“ und Gentrifizierung zu vermeiden“, sagte Steenbergen, die auch einen „Europäischen Verhaltenskodex für Renovierung“ forderte, der die gleichberechtigte Beteiligung der MieterInnen bei Renovierungen sicherstellt, wie die bereits bestehende Europäische Initiative für verantwortungsvolles Wohnen ERHIN. Wiener Wohnen hat sich als erstes österreichisches Wohnbauunternehmen bereits angeschlossen.

Sorcha Edwards, Generalsekretärin von Housing Europe, plädierte für die Notwendigkeit, den Green Deal zu einem sozialen Green Deal zu machen. „Es ist entscheidend, daß wir die Renovierungswelle richtig hinkommen und dafür sorgen, daß sie niemanden zurückläßt.“ Die Initiative für erschwinglichen Wohnraum sollte eine Welle sein, die Erschwinglichkeit und soziale Inklusion auf den Boden bringt. Sie sollte dazu beitragen, Arbeitsplätze und KMUs zu schaffen, dem lokalen Bausektor zu helfen, sich auf Gebiete mit sozialen Problemen zu konzentrieren und Wohnraum für die alternde Bevölkerung fit zu machen. Sie sollte auch zu einer messbaren Reduzierung der Treibhausgasemissionen führen und den digitalen Fort-



Foto: PID / Christian Jobst

Die smarte Erneuerung der Wohnhausanlage im Jahr 2017 mit damals 485 Wohneinheiten, die auch einen Ausbau des Dachgeschosses und damit die Schaffung 79 neuen Wohnungen umfaßte, zählt zu den größten Sanierungsprojekten in Simmering.

schritt auf Bezirksebene nutzen. Die Initiative sollte auch als Politiklabor für Verbesserungen in der EU-Politik zu staatlichen Beihilfen und Beschaffung dienen, die die lokalen Renovierungsprojekte unterstützen können. Der entscheidende Punkt ist jedoch die Finanzierung; hier erklärte Edwards, daß ein

spezifisches Förderprogramm notwendig sei.

Elena Szolgayová, Housing 2030-Vizevorsitzende und langjährige Vorsitzende des UNECE Komitees für Wohnen und Grundstücksmanagement von 2013 bis 2019, hielt das Schlußwort und verwies auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die dazu führt, daß die Wohnungsfrage immer drängender wird. „Wir müssen langfristige und nachhaltige Visionen schaffen, um die Realität von bezahlbarem Wohnraum zu erreichen. Es liegt an den Regierungen, eine langfristige Perspektive zu bieten, um die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu unterstützen, das Ziel sollte sein, eine Symphonie zu hören, in der alle Instrumente zusammenarbeiten, die schöne Musik zu spielen.“

Die TeilnehmerInnen nutzten den Chat aktiv, um Hinweise zu zahlreichen bereits bestehenden Projekten zu teilen, die zur Initiative für leistbares Wohnen beitragen können.

Michaela Kauer, Leiterin des Brüsseler Verbindungsbüros der Stadt Wien und Moderatorin der Diskussion, schloß das Webinar mit der Hoffnung und Zuversicht, daß die Veranstaltung ein erfolgreicher Auftakt für weitere Diskussionen war, um die Initiative für leistbares Wohnen gemeinsam mit einer breiten Palette von Städten und Stakeholdern weiter zu gestalten und „auf den Boden zu bringen“.

<https://www.wien.gv.at/>

<https://pes.cor.europa.eu/housing-week-highlights>



Foto: ViennaGIS

Das Wiener „Smarter Together“-Stadterneuerungsgebiet liegt zwischen Simmeringer Hauptstraße und Ostbahn (Geiselberg, Enkplatz).

Österreichischer Josef Aschbacher ist neuer ESA-Generaldirektor

Am 17. Dezember bestätigte die Europäische Weltraumagentur ESA die Wahl des österreichischen Geophysikers Josef Aschbacher als nächsten ESA-Generaldirektor.

Zu diesem Erfolg des 1962 im Tiroler Ellmau geborenen Weltraumforschers Josef Aschbacher sagt Willibald Stumptner, Präsident des Österreichischen Weltraum Forums: „Es ist sehr bemerkenswert, daß der neue Generaldirektor aus einem der kleinsten Mitgliedsländer der ESA kommt. Wenn ein Wissenschaftler aus dem eigenen Land zum Leiter einer der weltweit bedeutendsten Raumfahrtorganisationen wird, hat das Signalwirkung. Ich hoffe, das bringt einen Boost für österreichische Forschungs- und Raumfahrtunternehmen und v.a. auch für österreichische Space Start-Ups, die den Raumfahrtsektor mit innovativen Ideen bereichern.“

Stumptner ergänzt: „Josef Aschbacher ist für die kommenden Jahre und Herausforderungen die perfekte Wahl, wie er bereits als langjähriger Leiter des ESA Erdbeobachtungsprogramms – und hier ist die ESA weltweit führend – bewiesen hat. Ich bin zuversichtlich, daß er in der Europäischen Weltraumagentur die Balance zwischen der Industrie und den WissenschaftlerInnen ebenso wie zwischen den großen und kleinen Staaten wahren wird, denn er vereint die Eigenschaften eines Wissenschaftlers und Managers, ist fachlich ausgezeichnet, gut vernetzt und diplomatisch.“

Gernot Grömer, Direktor des ÖWFs, ergänzt: „Es freut mich, daß mit Josef Aschbacher jemand an der Spitze der ESA ist, der Verständnis für wissenschaftlich fundierte Öffentlichkeitsarbeit hat. Aus eigener Erfahrung wissen wir im ÖWF wie wichtig das ist, um den Menschen den Nutzen der Weltraumforschung näherzubringen.“

Über Josef Aschbacher

Josef Aschbacher stammt aus Tirol und studierte Meteorologie und Geophysik an der Universität Innsbruck. Seit 1990 arbeitet er für die Europäische Weltraumagentur ESA. Zunächst war er am European Space Research Institute (ESRIN) in Frascati bei Rom tätig. Nach dem Asian Institute of Technology in Bangkok (Thailand), wo er Erdbeobachtungsmethoden mit Radartechnologien und Bildverarbeitung lehrte, kehrte



Foto: ÖWF

v.l.: ÖWF Finanzvorstand Olivia Haider, ÖWF Direktor Gernot Grömer und Josef Aschbacher, er tritt sein Amt als ESA Generaldirektor Anfang Juli 2021 an, anlässlich der Eröffnung einer Erdbeobachtungs-Ausstellung im Audioversum in Innsbruck

Aschbacher 1994 nach Europa zurück. Während seiner siebenjährigen Tätigkeit am EU-Joint Research Centre in Ispra (Italien) war er an der Entwicklung des EU-Erdbeobachtungsprogramms „Copernicus“ beteiligt. 2001 bis 2008 war er im ESA-Hauptquartier in Paris tätig und kehrte dann wieder an das ESRIN in Italien zurück, wo er für die Programmplanung und -koordination zuständig war. Seit 2014 ist Aschbacher Leiter der ESA-Abteilung für Erdbeobachtung, angesiedelt in der ESA-Niederlassung ESRIN in Frascati bei Rom.

Über das Österreichische Weltraum Forum (ÖWF)

Das Österreichische Weltraum Forum (ÖWF) gehört im Bereich der Analogforschung weltweit zu den führenden Organisationen, die an der Vorbereitung astronautischer Erforschung anderer Planeten mitarbeiten. ExpertInnen verschiedenster Disziplinen bilden innerhalb des ÖWFs die Basis für diese Arbeit. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, Industrie und Unternehmen unterschiedlicher Branchen wird hier Forschung auf höchstem Niveau betrieben. Dabei nutzt das ÖWF seine ausgezeichneten Kontakte zu Meinungs-



Foto: ÖWF

Willibald Stumptner, Präsident des ÖWFs

bildnerInnen, Politik und Medien, um österreichische Spitzenforschung und Technologie international voranzutreiben und bekanntzumachen. Das Österreichische Weltraum Forum ist zudem einer der wichtigsten Bildungsträger in Österreich, wenn es um Raumfahrt und darum geht, junge Menschen für Wissenschaft und Technik zu begeistern sowie ihnen einen Zugang zu dieser Branche zu ermöglichen. Neben der Betreuung von universitären Arbeiten bietet das ÖWF auch immer wieder Studierenden und SchülerInnen die Möglichkeit, im Rahmen von Praktika ihr Wissen zu erweitern. ■

<https://oewf.org/>

Österreich, Europa und die Welt

75 Jahre Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft

Am 6. Jänner 1946 um 11:00 – also vor 75 Jahren – fand die Gründungsfeier der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft (ÖAG) im Musikverein in Wien statt.



Foto: Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft / APA-Fotoservice / Tesarek

Vor dem Konzerthaus in Wien, wo 1946 die Gründungsfeier der ÖAG abgehalten wurde (v.l.): ÖAG-Präsident Philipp Bodzenta, Österreichs Botschafter in den USA Martin Weiss, Stv. US-Botschafterin in Österreich Robin Dunnigan und ÖAG-Generalsekretär Rainer Newald

Das 75jährige Jubiläum der Gründungsfeier der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft nahmen der österreichische Botschafter in den USA, Martin Weiss, die Geschäftsträgerin der US-Botschaft in Wien, Robin Dunnigan, der ÖAG-Präsident Philipp Bodzenta sowie der ÖAG-Generalsekretär Rainer Newald am 6. Jänner zum Anlaß für ein Treffen vor dem Wiener Musikverein an diesem für die ÖAG so wichtigen Ort.

In den 75 Jahren ihres Bestehens setzte es sich die ÖAG zum Ziel, die österreichisch-amerikanischen Beziehungen in allen Aspekten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Lebens zu stärken sowie den interkulturellen Austausch zwischen den USA und Österreich durch zahlrei-

rechts: Im Mai 1946 kam die erste Klubzeitung heraus. Auf der Titelseite stand eine Grußbotschaft von General Mark W. Clark, U.S.A.



Foto: ÖAG

che Veranstaltungen und Vernetzungsmöglichkeiten zu fördern und konnte dies auch in all den Jahren sehr erfolgreich umsetzen.

Der österreichische Botschafter in Washington, Martin Weiss, gratulierte persönlich zu diesem Jubiläum und meinte: „75 Jahre österreichisch-amerikanische Gesellschaft, das bedeutet 75 Jahre Freundschaft. Getragen wird diese Freundschaft von einem gemeinsamen Vertrauen auf ein westliches Lebens- und Wertemodell. Ein Modell, das den Menschen in seiner Individualität, in seiner Freiheit und Würde stets ins Zentrum stellt. Dieses gemeinsame Wertemodell ist und bleibt das Fundament der österreichisch-amerikanischen Freundschaft.“

Auch Robin Dunnigan, Geschäftsträgerin der US-Botschaft in Wien, gratulierte: „Herzlichen Glückwunsch der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft zum 75. Jubi-

Österreich, Europa und die Welt

läum! Die US-Botschaft möchte dem ÖAG-Vorstand und allen engagierten Mitgliedern danken für ihr jahrzehntelanges Bemühen, das gegenseitige Verständnis zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika zu fördern. Die ÖAG unterstützt Veranstaltungen und Programme, die helfen, die Verbundenheit und die Freundschaft zwischen beiden Ländern zu vertiefen. Ich lade alle Interessierten ein, die ÖAG-Website zu besuchen und mehr zu erfahren. Die Botschaft freut sich auf zahlreiche Jubiläen und weitere enge Zusammenarbeit mit der ÖAG in der Zukunft.“

ÖAG-Präsident Philipp Bodzenta sieht Ähnlichkeiten in den Jahren 1946 und 2021: „2021 ist so wie 1946 das Jahr nach einem einschneidenden weltweiten Ereignis. Obwohl die Covid-19 Pandemie nicht an die Dimension des Zweiten Weltkriegs heranreicht, so bleiben die Auswirkungen für Generationen spürbar. Corona hat uns massiv geprägt. Dennoch haben wir es geschafft, mit den neuen Anforderungen erfolgreich umzugehen. Schließlich müssen wir uns immer weiterentwickeln. Darum sind wir sehr dankbar für alle bisherigen Leistungen der Mitglieder der ÖAG, auf die wir aufbauen durften und freuen uns auf viele weitere erfolgreiche Jahre.“

Nach einem Relaunch im November 2019 tut die ÖAG als zwischenstaatliche Freundschaftsgesellschaft auch weiterhin alles dafür, unter dem Motto „Building Bridges“ die guten Beziehungen zwischen den USA und Österreich zu fördern. Die ÖAG wird auch weiterhin ihren Mitgliedern ein großartiges Programm mit vielen hochkarätigen Veranstaltungen und Gästen bieten.

Die Corona-Einschränkungen stellten die ÖAG in den letzten Monaten vor neue Herausforderungen. Generalsekretär Rainer Newald ist sehr stolz, diese sehr gut gemeistert zu haben: „Wir freuen uns sehr, daß wir unsere Veranstaltungen, zu denen wir viele hochka-



Foto: Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft / APA-Fotoservice / Tesarek

Die Stv. US-Botschafterin in Österreich Robin Dunnigan und Österreichs Botschafter in den USA Martin Weiss,



Foto: Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft / APA-Fotoservice / Tesarek

v.l.: ÖAG-Generalsekretär Rainer Newald, Sacher-Hoteldirektor Andreas Keese und ÖAG-Präsident Philipp Bodzenta mit der speziellen ÖAG-Sachertorte

ÖSTERR.-AMERIK. GESELLSCHAFT
WIEN, I, KÄRNTNER STRASSE 33

GROSSER MUSIKVEREINSSAAL
SONNTAG, DEN 6. JANUAR 1946, 11 UHR

**FESTLICHE
VERANSTALTUNG**
ZUR GRUNDUNG DER
ÖSTERREICHISCH-AMERIKANISCHEN
GESELLSCHAFT

PROGRAMM:

W. A. MOZART: Symphonie in Es-dur (K.-V. 543)
Adi-^{to}-Allegro
Andante con moto
Menuett (Allegretto)
Finale (Allegro)

ANSPRACHE des Präsidenten der Gesellschaft,
Univ.-Prof. Dr. OTTO KAUDERS

JOHANNES BRAHMS: Symphonie Nr. 2, B-dur, op. 73
Allegro non troppo
Adagio non troppo
Allegretto grazioso quasi Andantino
Finale: Allegro con spirito

PREIS: 50 GROSCHEN

VER. HERAUSGEBEN VON

© ÖAG

rätige Gäste mit spannenden Themen begrüßen dürfen, sowohl hybrid als auch als Online-Edition fortführen können. Damit ist die ÖAG auf einem sehr guten und fortschrittlichen Weg und bestens für die digitale Zukunft gerüstet.“

Als besonderes Geschenk gab es eine spezielle ÖAG-Sachertorte. Andreas Keese, Hoteldirektor des Sacher, dazu: „Im Hotel Sacher hatte die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft ihren ersten Sitz. Wir freuen uns daher sehr, Teil ihrer Geschichte zu sein und zelebrieren dies natürlich mit unserer Original-Sachertorte.“

Die ÖAG fungiert außerdem als Meeting-Point all jener, die Interesse an den speziellen Besonderheiten des amerikanischen Lebens haben. Dazu gehören insbesondere Vertreter US-amerikanischer Unternehmen und Organisationen in Österreich aber auch Menschen, die den American Way of Life schätzen und leben. Der überparteiliche und gemeinnützige österreichische Verein mit Sitz mit selbständigen Landesorganisationen in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark, Tirol und Wien. ■

<https://www.oag.at/de/>

Die ÖAG ist Mitglied des Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN

<https://www.dachverband-pan.org/>

Die VAE und der Sport

Die Sportbeziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten sollen intensiviert werden

Im Rahmen einer Videokonferenz am 11. Dezember, an der SE Botschafter Ibrahim Al Musharrakh, der Präsident von Sport Austria und Präsident der ÖVAEG-PaN Hans Niessl, Univ.-Prof. Ernst Wolner und SE Botschaftssekretär Ahmed Alshehhi teilnahmen, ging es vorrangig um die Stärkung der Zusammenarbeit auf dem Sektor Sport sowie die Intensivierung der Sportbeziehungen zwischen den beiden Ländern Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

So wurde unter anderem vereinbart, daß die Zusammenarbeit im Bereich der Sport- und Fitness-, Behandlungs- und Erholungszentren für Sportverletzungen verstärkt bzw. intensiviert werden soll.

Der Botschafter informierte die Teilnehmer der Konferenz über das Potential, welches die Vereinigten Arabischen Emiraten im Bereich des Sports in Bezug auf vorhandene Infrastruktur sowohl bei traditionellen als auch modernsten Sportarten anzubieten hat. Mit diesen Gegebenheiten könnten sowohl nationale wie internationale Wettbewer-

be und Turniere in den VAE unter Einhaltung strengster Sicherheitsvorschriften abgehalten werden.

Für den vergangenen Herbst waren zwei Besuche im Sportleistungszentrum Südstadt in Maria Enzersdorf bei Wien mit Botschafter und Botschaftssekretär geplant, die aber beide Corona-bedingt auf 2021 verschoben werden mußten. Da aller guten Dinge bekanntlich drei sind, hat die ÖVAEG-PaN im Frühjahr einen neuerlichen Besuch ins Auge gefaßt. Univ.-Prof. Ernst Wolner ist übrigens maßgeblich an der Entwicklung des Sportleistungszentrums Südstadt beteiligt.

ÖVAEG PaN

Die ÖVAEG PaN wurde im Jahr 2003 gegründet um die bilateralen Beziehungen sowohl den wirtschaftlichen als auch den kulturellen Austausch zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu fördern. Beide pflegen seit der Gründung der VAE im Jahr 1971 diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. Die Handelsbezie-

hungen sind lebhaft und vielfältig; Österreich realisiert im Handel mit den VAE außerordentlich gute Ausfuhrergebnisse.

Die ÖVAEG PaN ist Mitglied im Dachverband aller Österreich-ausländischer Gesellschaften (PaN, Partner aller Nationen).

Vision und Ziele

- Förderung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur,
- Aufrechterhaltung und Verbesserung der Beziehungen zueinander und
- Förderung des kulturellen Austauschs.

Sport Austria

Hans Niessl, Burgenlands Landeshauptmann a.D., ist, wie erwähnt, auch Präsident von Sport Austria, einer gemeinnützigen Institution mit der Ausrichtung, die Interessen des Sports in Österreich und in internationalen Organisationen zu vertreten. ■

<http://www.oevaeg.at/>

<https://www.sportaustria.at/>

<https://suedstadt.bsfsz.at/>



SE Botschafter Ibrahim Al Musharrakh



Univ.-Prof. Ernst Wolner



Botschaftssekretär Ahmed Alshehhi



Hans Niessl, Präsident von Sport Austria und der ÖVAEG-PaN

Bei jedem Wetter sicher autonom transportieren

EU Förderprojekt für autonomen Gütertransport kommt 2021 nach Oberösterreich

Automatisiertes Fahren muß auch bei österreichischen Wetterbedingungen funktionieren. „Die Testregion Digitrans hat 2,85 Mio. Euro Fördergelder der Europäischen Union nach Österreich geholt, um die zukunftssträchtige Technologie schlechtwettertauglich zu machen“, freut sich Eva Tatschl-Unterberger, Geschäftsführerin der Testregion DigiTrans GmbH. Denn Sensoren, die beispielsweise unter kalifornischer Sonne einwandfrei funktionieren, müssen auch bei Regen, Nebel und Schneematsch zuverlässig sein.

Daran wird in den kommenden drei Jahren anhand eines Praxisbeispiels gemeinsam mit den beiden Unternehmen BRP-Rotax GmbH & Co KG und DB Schenker Österreich geforscht und entwickelt. Oberösterreich zeigt damit als Testregion für automatisierten Güterverkehr auf. Namhafte Hersteller und Zulieferer wie Continental werden die Teststrecke in St. Valentin nutzen und vom heimischen Know-how profitieren.

Konkret geht es um eine Strecke von etwa 600 Metern zwischen dem Logistikzentrum von DB Schenker Österreich und dem Unternehmen BRP-Rotax in Gunkskirchen.

Wo heute noch mehrmals täglich ein herkömmlicher LKW verkehrt, soll bis 2023 ein fahrerloser Elektro-Transporter mit Testzulassung seine Runden drehen – egal, ob es regnet, schneit, sonnig oder neblig ist.

„Oberösterreich wird einmal mehr als Testregion für Autonomes Fahren auch international sichtbar, wenn es darum geht, autonomen Güterverkehr allwettertauglich zu machen. Auf einer Teststrecke in Gunkskirchen wird in den kommenden drei Jahren der Einsatz eines fahrerlosen Elektrotransporters auch im öffentlichen Raum getestet – und das bei jeder Witterung. Dieses Forschungsprojekt wird von der EU mit 2,85 Mio. Euro gefördert“, zeigt sich Oberösterreichs Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner erfreut.

„Wir sehen die Mitarbeit in dem ‚Award‘ Projekt als Möglichkeit, unser Unternehmen für die Zukunft aufzustellen und die Innovationsregion Oberösterreich aktiv mitzugestalten. Durch den Einsatz von einem fahrerlosen Elektro-Lkw erzielen wir langfristig eine Reduktion unserer CO₂ Emissionen und erhöhen die Flexibilität in unserem Produktionsprozeß“, betont Wolfgang Rapberger,

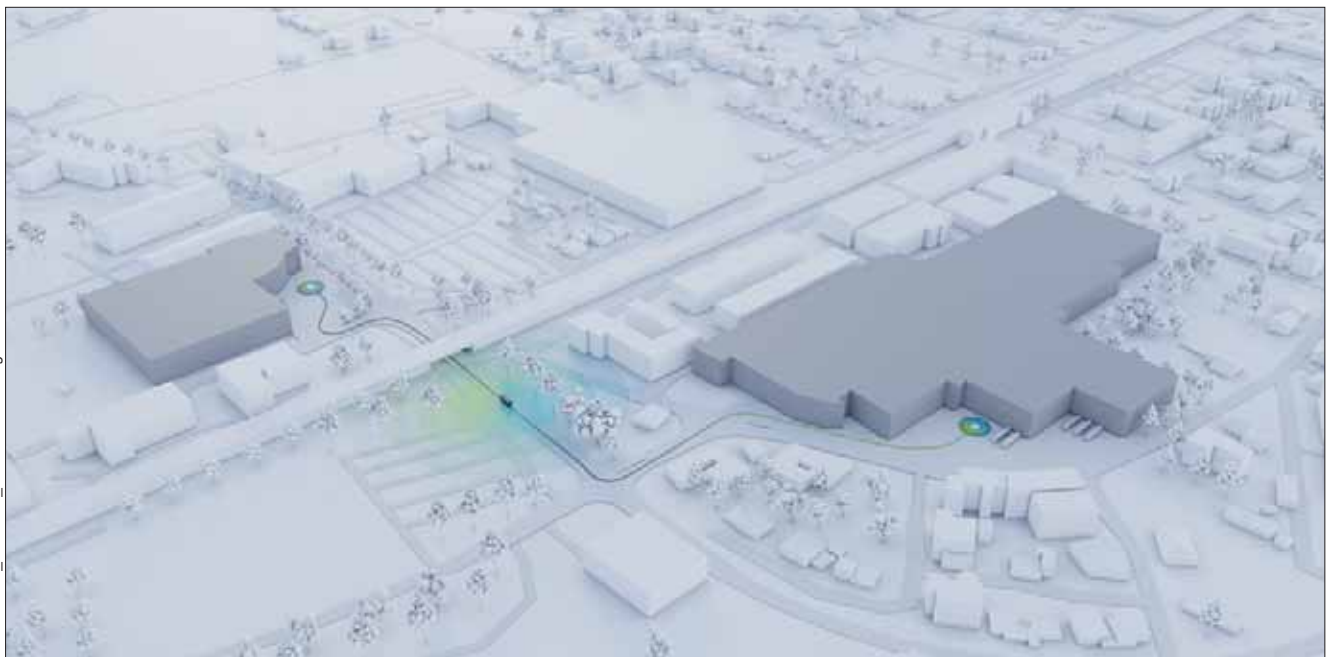
GM BRP-Rotax / Representative of the Management Board.

Testen bei widrigen Bedingungen

Digitrans rüstet ihre Teststrecke in St. Valentin kräftig auf, um an verbesserten Sensoren forschen zu können. Künftig wird man mit einer in Europa einzigartigen Outdoor-Regenanlage unterschiedliche Niederschlagsmengen und Tropfengrößen real simulieren können. Geplant ist auch eine Hub-Zone zum Testen von unterschiedlichen Logistikszenarien und Andockmanövern. Ebenso sind bereits einzelne Streckenabschnitte mit unterschiedlicher Fahrbahnbeschaffenheit sowie ein Offroad-Bereich speziell für das Testen von rauen Fahrbahnbedingungen integriert.

Herausforderung öffentliche Straße

Eine große Herausforderung im Projekt liegt nicht nur in den automatisierten Ein- und Ausfahrtsprozeduren an den Geländetoren, sondern auch am Eintritt in den öffentlichen Verkehrsraum. „Rund um die Testregion Digitrans ist es zudem gelungen, mit dem LCM – Linz Center of Mechatronics, der Fachhochschule OÖ, AustriaTech, AIT – dem



Skizze Rotax_Schenker_Gunkskirchen © DigiTrans GmbH

600 Meter ist die Strecke zwischen dem Logistikzentrum von DB Schenker Österreich und dem Unternehmen BRP-Rotax in Gunkskirchen lang, auf dem ein fahrerloser Transporter mit allwettertauglicher Sensorik getestet wird.

Austrian Institute of Technology und der öö. Standortagentur Business Upper Austria weitere österreichische Partner ins Boot zu holen. „So können wir rund 14 Prozent des Projektvolumens von 20 Mio. Euro für die Weiterentwicklung von automatisierter Güterlogistik nach Österreich holen“, sagt Eva Tatschl-Unterberger. Eingebunden sind auch LKW-Hersteller, Zulieferer, Endanwender, Transport- und Logistikanbieter, Industrieunternehmen, Logistiker sowie Flughafen- und Hafentreiber.

Über das Projekt »Award«

29 Partner aus zwölf Ländern arbeiten unter der Konsortiumsleitung von easymile im Projekt „Award“ zusammen, um autonome Transportfahrzeuge für Logistikanwendungen allwettertauglich und damit breiter nutzbar zu machen. Dafür werden Anwendungsbeispiele auf dem Flughafen Oslo, im Hafen Rotterdam, innerhalb des Linde-Werks im deutschen Aschaffenburg sowie bei BRP-Rotax / DB Schenker in Österreich umgesetzt.

Gefördert wird „Award“ im Rahmen des europäischen Forschungs- und Innovationsförderprogramms HORIZON 2020.

Über die Testregion DigiTrans

Die DigiTrans GmbH baut eine Testregion für automatisierten Güterverkehr und den Einsatz von automatisiert fahrenden Nutz- und Sonderfahrzeugen auf, die für automotiv Unternehmen als Reallabor zum Testen ihrer Entwicklungen gedacht ist.

Sie wurde im März 2018 gegründet und setzt das FFG-Projekt „Testregion DigiTrans“, in dem es um automatisiertes Fahren im Logistikkbereich sowie automatisiert fahrende Nutz- und Sonderfahrzeuge geht, operativ um. Das Gesamtprojektvolumen beträgt 7,5 Millionen Euro. Die Hälfte des Budgets (3,75 Millionen Euro) stammt aus Fördermitteln, die zu zwei Dritteln vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und zu einem Drittel vom Land Oberösterreich bereitgestellt werden.

Der von der öö. Standortagentur Business Upper Austria gegründete Verein DigiTrans ist aktuell an der GmbH mit zehn Prozent beteiligt, die Engineering Center Steyr GmbH & Co KG, die Hödlmayr International AG, Reform-Werke Bauer & Co Gesellschaft m.b.H., FH OÖ Forschungs & Entwicklungs GmbH, AIT Austrian Institute of Technology GmbH sowie LCM – Linz Center of Mechatronics GmbH halten jeweils 15 Prozent der Anteile. ■

<https://www.biz-up.at/>

Erste »AURO Seilbahn« in Zermatt eröffnet

Seit Dezember 2019 sorgt in Zermatt die neue kuppelbare 10er-Gondelbahn Kümme für Begeisterung. Sie ist die erste „AURO Seilbahn“ von Doppelmayr/Garaventa.



Foto: Doppelmayr Seilbahnen GmbH

AURO“ steht für „Autonomous Ropeway Operation“ und beschreibt den autonomen Fahrgastbetrieb einer Seilbahn. Die Zermatt Bergbahnen freuten sich gemeinsam mit Doppelmayr/Garaventa über die Eröffnung der ersten AURO Seilbahn. Die neue 10er-Gondelbahn Kümme wartet mit vielen Besonderheiten und technischen Highlights auf. Drei Stationen, 3.192 m Strecke und 56 Kabinen sind mit neuester Seilbahntechnik von Doppelmayr/Garaventa ausgerüstet. Das Außergewöhnliche daran: Sie wird von nur einer Person betrieben. Die Tal- und Bergstation sind jeweils unbesetzt. In der Mittelstation befindet sich das sogenannte Ropeway Operation Center (ROC). Ein Seilbahnbediensteter hat hier die komplette Anlage stets im Blick – via Kameras in allen Stationen. Die meisten Fehlerbehebungen können von hier aus durchgeführt werden. Bei Bedarf ist ein anderer Seilbahnmitarbeiter, der als Springer fungiert und verschiedenste Tätigkeiten im Skigebiet ausführt, schnell zur Stelle.

Sicher und barrierefrei

Hinweisbanner über den Bahnsteigen in den Stationen weisen unter anderem auf den autonomen Betrieb hin. Bei den Bahnsteigbegrenzungen sind jeweils Nothalttaster und die Gegensprecheinrichtung für Fahrgäste angebracht – für die direkte Kommunikation

mit dem Seilbahnbediensteten im ROC, sollte das erforderlich sein. Der Einstieg in die Kabinen ist barrierefrei. So ist etwa die Trittbrettgeometrie der 56 OMEGA V Kabinen ans Bahnsteigniveau angepaßt. Für ein streßfreies Einsteigen werden die Skier ganz einfach mit in die geräumige Kabine genommen und in dem im Boden eingelassenen TWISTIN-Skiköchersystem verstaut.

Die Zermatt Bergbahnen versprechen sich dank der neuen Gondelbahn und der Installation einer neuen Beschneigungsanlage eine massive Aufwertung des gesamten Wintersportgebiets hinsichtlich der Transport und Pistenqualität.

„Wir freuen uns sehr, daß wir mit Doppelmayr/Garaventa dieses einzigartige Seilbahnprojekt umgesetzt haben. Die Gondelbahn Kümme zeigt eindrücklich die Möglichkeiten, welche Technik und Digitalisierung heutzutage bieten. Die ersten Wochen seit der Inbetriebnahme dieser technischen Meisterleistung und die positive Entwicklung der Frequenzen haben bestätigt, daß das Skigebiet unterhalb des Rothorns eine massive Aufwertung erfahren hat. Wir erhoffen uns, daß dieses Bahnprojekt über die Destination Zermatt hinaus den Weg für technische Innovation ebnet wird“, so Markus Hasler, CEO der Zermatt Bergbahnen AG. ■

<https://www.doppelmayr.com/>

<https://www.matterhornparadise.ch/>

Gemeinsam für Europa: Neue Linien im Nachtzugverkehr

Deutschland, Österreich, Frankreich und die Schweiz bauen ihre erfolgreiche Partnerschaft im Nachtzugverkehr aus – Starkes Nachtzugnetz wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu EU-Klimazielen – Vier neue internationale Nightjet-Verbindungen

Europa soll noch enger zusammenwachsen – auch auf der Schiene. Dazu sollen die bereits erfolgreichen Kooperationen zwischen den vier Bahnunternehmen Deutsche Bahn (DB), den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), der französischen SNCF und den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) weiter ausgebaut werden. Darauf haben sich am Rande der Konferenz der europäischen Verkehrsminister am 9. Dezember die vier Bahnchefs Richard Lutz (DB), Andreas Matthä (ÖBB), Jean-Pierre Farandou (SNCF) und Vincent Ducrot (SBB) verständigt.

Die ersten konkreten Ergebnisse dieser Ausweitung der Kooperation sind vier neue Nightjet-Linien, die in den nächsten Jahren insgesamt 13 europäische Millionenmetropolen miteinander über Nacht verbinden werden:

- Dezember 2021: Wien–München–Paris und Zürich–Köln–Amsterdam

- Dezember 2023: Wien/Berlin–Brüssel/Paris
- Dezember 2024: Zürich–Barcelona

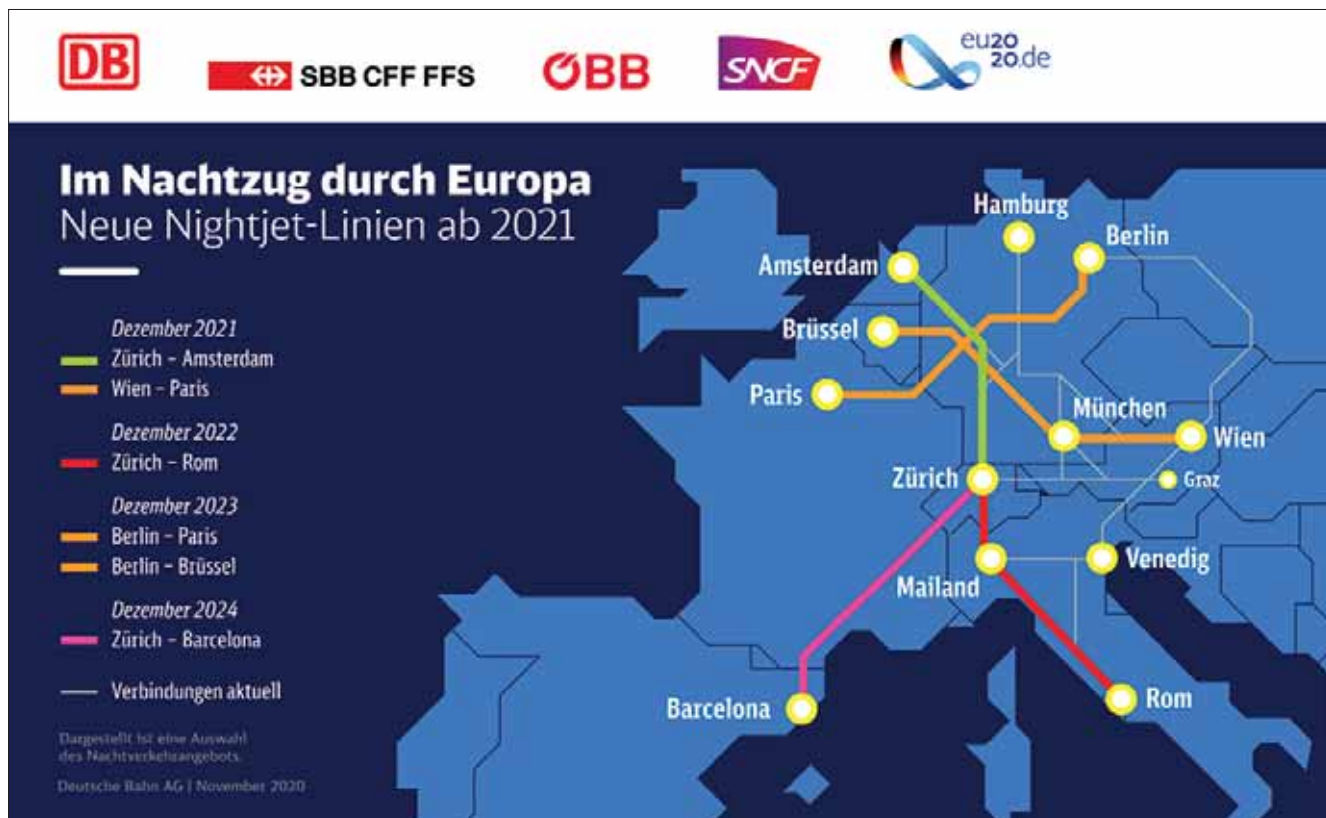
Die Erklärung der vier Bahnunternehmen bildet den Auftakt zum Europäischen Jahr der Schiene. Am 1. Dezember hatten sich die Europaabgeordneten des Verkehrsausschusses darauf geeinigt, 2021 der Stärkung des Schienenverkehrs zu widmen. Ein starkes Schienennetz ist demnach unverzichtbar, um die Klimaziele der EU zu erreichen. Dazu gehört auch ein starkes Nachtzugnetz, das Schlüssel zu einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilität ist. Gemeinsam im engen Schulterschluss mit der Politik haben sich die vier Partnerbahnen nun in einem klaren Bekenntnis zum Nachtzug auf eine noch stärkere Zusammenarbeit auf allen Ebenen festgelegt.

Deutschlands Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer

„Abends in München oder Berlin in den Zug steigen und morgens entspannt in Paris oder Brüssel ankommen – mit unserem Trans-Europ-Express TEE 2.0 und attraktiven Nachtzugangeboten auf der Schiene sind wir künftig in Europa noch klima- und umweltfreundlicher unterwegs. Das ist ein ganz konkretes Ergebnis unseres Schienengipfels und unserer EU-Ratspräsidentschaft.“

Österreichs Klimaschutzministerin Leonore Gewessler

„Nachtzüge sind die Zukunft der klimafreundlichen Mobilität innerhalb Europas. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe für ein gutes Angebot für die Menschen in Europa zu sorgen. Damit dies nachhaltig gelingt, gilt



Österreich, Europa und die Welt



Foto: ÖBB

es die Rahmenbedingungen für den europäischen Nachtzugverkehr in den kommenden Jahren gut zu gestalten. Ich freue mich über dieses gemeinsame Bekenntnis quer durch Europa.“

*Frankreichs Staatsminister
Jean-Baptiste Djebbari*

„Wir alle glauben fest daran, daß Nachtzüge eine Schlüsselrolle im Europa von morgen spielen werden. Sie sind umweltfreundlich und werden das Interesse unserer Bürger am Zugfahren steigern.“

*Peter Füglistaler, Direktor des
schweizerischen Bundesamts für Verkehr*

„Ich freue mich über diesen international abgestimmten Grundsatzentscheid. Nun haben die Bahnen die nötige politische Unterstützung, um mit attraktiven neuen Angeboten die Kunden zu überzeugen.“

DB-Vorstandsvorsitzender Richard Lutz

„Europas führende Bahnen vereinen ihre Kräfte für den Nachtzug. Das ist ein guter Tag für das Klima, unsere Kunden und das Zusammenwachsen Europas auf der Schiene. Der Nachtzug ist ein Geschäft unter Partnern. Wenn jede Bahn ‚ein bißchen Nachtzug‘ machen würde, wäre niemandem geholfen. Die Lösung ist eine klare Arbeitsteilung, eingebettet in echtes Teamplay.“

*Andreas Matthä, CEO der Österreichischen
Bundesbahnen (ÖBB)*

„Nur durch die intensive Zusammenarbeit der Bahnen in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Österreich können wir das Nightjet-Netz deutlich erweitern und somit



Foto: ÖBB

Reisen Sie mit dem ÖBB Nightjet und Nightjet-Partnern günstig in die beliebtesten Städte Europas – Service und Beinfreiheit inklusive.

noch mehr klimafreundliche Mobilität in Europa anbieten. Mit Paris, Berlin, Amsterdam, Brüssel, Zürich, Wien und Barcelona werden noch mehr europäische Metropolen künftig umweltfreundlich über Nacht mit dem Nightjet verbunden.“

*Jean-Pierre Farandou,
Vorstandsvorsitzender der SNCF*

„Für die SNCF ist diese Zusammenarbeit eine gute Chance, den nationalen Nachtzugservice mit einem internationalen Angebot zu ergänzen. Nachtzüge sind für die SNCF historisch. Das Interesse und die Begeisterung der Fahrgäste und der Behörden sind groß, denn diese Züge sind für die Verbindung unserer Regionen unverzichtbar. Wir sind überzeugt, daß wir mit unseren europä-

ischen Partnern von der Erfahrung mit dem Nightjet profitieren können, um ein attraktives europäisches Nachtzugangebot zu voranzutreiben.“

Vincent Ducrot, Vorstandsvorsitzender der SBB

„Der Ausbau der internationalen Verbindungen im Tages- und Nachtverkehr auf der Schiene ist für die Schweiz sehr wichtig. Diese Kooperation ermöglicht, unsere Ausbaupläne nun auch schnell umzusetzen. Im Nachtverkehr werden wir so das Angebot ab der Schweiz bis 2024 von sechs auf zehn Linien zu 25 Destinationen ausbauen. Das ist ein sehr wichtiger Beitrag zur Förderung der klimafreundlichen Mobilität.“

<https://www.oebb.at/>

Viertel Zwei in Wien ist europäisches Vorzeigeprojekt

Von Bill Gates-Fond in Auftrag gegebene Studie »Fit for Net-Zero« nennt Anergienetz Energie Kriean im Viertel Zwei als einzig bereits realisiertes Projekt.

Der von Bill Gates gegründete „Breakthrough Energy“ Fonds hat in diesem Jahr die Studie „Fit for Net-zero“ in Auftrag gegeben, um herauszufinden, wie die europäischen Klimaziele erreicht werden können. Das Anergienetz Energie Kriean im Wiener Viertel Zwei wird darin als einzig bereits realisiertes Projekt und Vorzeigebispiel im Bereich „Low temperature-district-heating“ genannt.

Wiens nachhaltigster Stadtteil, das Viertel Zwei, sorgt mit dem innovativen Energienutzungskonzept international für Aufmerksamkeit und wird in der „Fit for Net-Zero“-Studie des Breakthrough Energy Fund von Bill Gates als Vorzeigeprojekt genannt. Das größte Anergienetz Österreichs entstand in Zusammenarbeit von Value One und BauConsult Energy. „Es war uns von Beginn an sehr wichtig, unsere Vision einer nachhaltigen und grünen Zukunft im Viertel Zwei zu realisieren. Autofrei, und mit hohem Grün- und Wasseranteil gestaltet haben wir uns entschieden bei der Energie einen komplett neuen Weg einzuschlagen,“ erklärt Andreas Köttl, CEO der Value One. „Die Anerkennung des Projekts in einer internationalen Vorzeigestudie, bestärkt uns, weiter mutig in Technologien von morgen zu investieren.“

Energie Kriean – 85 Prozent CO₂ Reduktion im Viertel Zwei

Bei der Planung des Viertel Zwei wurde vom Start weg an den ökologischen Fußabdruck gedacht. Dadurch war schnell klar, daß es einen eigenen Weg beim Thema Energie geben muß. Gemeinsam mit BauConsult Energy wurde das größte Anergienetz Österreichs geschaffen.

Durch die Nutzung der vor Ort vorhandenen erneuerbaren Energiequellen, den intelligenten Energieverbund von mehreren Gebäuden im Quartier, geht keine Energie verloren, sondern wird für weiteren Energiebedarf gespeichert und wiederverwendet. „Bei der Wärme- und Kälteversorgung von Wohn- und Gewerbeimmobilien wird durch das Zusammenspiel von Geothermie, Grundwasser- und Abwärmenutzung sowie Photovol-



Foto: OLN / Value One

Luftaufnahme vom grünen Viertel Zwei – vom Bill Gates gegründeten „Breakthrough Energy“ Fonds als einzig bereits realisiertes Projekt genannt

taik eine signifikante CO₂ Ersparnis von 800 bis 1000 Tonnen CO₂ pro Jahr erreicht,“ sagt Herbert Hetzel, Gründer der BauConsult Energy. „Das Anergienetz im Viertel Zwei beweist, daß smarte und ressourcenschonende Energienutzungskonzepte heute schon wirtschaftlich im urbanen Raum umgesetzt werden können. Hier als europäisches Benchmark Projekt genannt zu werden, zeigt, daß wir mit dieser Entwicklung auf dem richtigen Weg sind.“

Vierteil Zwei - Stadtteil der Zukunft

Durch die Kombination aus weitsichtiger Planung und mutiger Einbindung innovativer Technologien hat Value One einen Stadtteil geschaffen, der weltweit als Rolemodell dient. „Das Viertel Zwei ist im Bereich Low-temperature-district-heating and cooling das einzige bereits realisierte Projekt in der Fit for Net-Zero Studie,“ zeigt sich Walter Hammeringer, Geschäftsführender Gesellschafter der Value One Development erfreut. „Auch in den weiteren Ausbausritten im Viertel Zwei werden wir neue Standards bei Nachhaltigkeit und Innovation setzen. Wir wollen

gerade jetzt aktiv einen Beitrag leisten, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern.“ Neben der aktuellen Anerkennung durch den Breakthrough Energy Fonds wurde das Viertel Zwei auch als erstes Stadtquartier in Österreich mit dem ÖGNI-Platin-Zertifikat ausgezeichnet.

Über Value One

Value One mit Sitz in Wien entwickelt und betreibt außergewöhnliche Immobilien und Stadtquartiere, die Freude machen. In den drei Geschäftsbereichen Development, Operations und Investments arbeiten mehr als 160 MitarbeiterInnen an der Umsetzung der Visionen. In den vergangenen 20 Jahren hat Value One herausragende Immobilien im Wert von rund zwei Milliarden Euro realisiert. Bis 2024 werden mehr als 15.000 Menschen in unseren Immobilien leben und arbeiten. Das Wiener Stadtentwicklungsgebiet Viertel Zwei und die Value One-Marke Milestone Student-Apartments in ganz Europa sind nur zwei Beispiele für die neuen Maßstäbe, die gesetzt werden. ■

<https://www.value-one.com/de>

Kunsthhaus Graz- Ausstellung in Taiwan

Am 5. Dezember 2020 wurde die Präsentation in der Tina Keng Gallery eröffnet, am 11. Dezember folgte das Kuandu Museum of Fine Arts. Der dritte Teil wurde am 5. Februar im MOCA (Museum of Contemporary Art) Taipei präsentiert.

Die Corona-bedingten Einschränkungen verlangen auch Kulturschaffenden einiges ab, wie Kunsthhaus Graz-Direktorin Barbara Steiner weiß. Sie hat die 2019 in Graz gezeigte Ausstellung „Jun Yang. Der Künstler, das Werk und die Ausstellung“ für drei Ausstellungsorte im taiwanesischen Taipei adaptiert. Am 5. Februar erfolgte die Eröffnung im MOCA, bei der sie wieder virtuell teilnehmen wird: „Dies ist die erste Ausstellung, die ich aus der Ferne kuratiere.“

Die Ausstellung im Kunsthhaus Graz

Bereits die Ausstellung im Kunsthhaus Graz stellte grundsätzliche Fragen zum KünstlerIn-Sein, zum Werkbegriff und zum Ausstellen selbst. Letztendlich wurde die Einzelausstellung von Yang in Graz zu einer kollektiven Unternehmung mit vielen TeilnehmerInnen: Erwin Bauer, Mike Kelley/Paul McCarthy, siren eun young, Lee Kit, Oliver Klimpel, Michikazu Matsune, Yuuki Nishimura, Yuki Okumura, Koki Tanaka, Maja Vukoje und Bruce Yonemoto. Dies und vor allem die Einladung eines Namensvetters von Jun Yang aus San Francisco dekonstruierte die Vorstellung einer großen Einzelausstellung.

Drei Orte

Die für Taipei entwickelte Ausstellung findet an drei Orten statt: im Kuandu Museum, das mit einem architektonisch einladenden und offenen Gebäude an eine Universität angebunden ist, in der Tina Keng Galerie, einer international erfolgreichen kommerziellen Galerie, und im MOCA Taipei, einem öffentlich-städtischen Museum. Jedes Haus hat seinen eigenen Auftrag, einen eigenen Grund, weshalb es existiert, auf einem Uni-Campus, in einem neuen Stadtteil oder inmitten der Stadt. Damit sind verschiedene Aufgaben und auch AdressatInnen verbunden. Während das Kuandu Museum sich in erster Linie an die Studierenden und Lehrenden richtet, liegt das Hauptaugenmerk der Tina Keng Galerie auf der Vermittlung zeitgenössischer Kunst an KunstkäuferInnen



Foto: Barbara Steiner

Der Eingang zum MOCA – Museum of Contemporary Art – in Taipei

und SammlerInnen. Ins MOCA Taipei kommen neben den vielen Schulklassen aus der unmittelbaren Umgebung sehr viele TouristInnen, auch aufgrund des alten Gebäudes aus der japanischen Kolonialzeit.

Die Ausstellung reagiert auf diese spezifischen Gegebenheiten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Im Kuandu Museum verzahnt sie sich mit der Kunsthochschule. Hier geht es wesentlich um eine Auseinandersetzung mit Mechanismen des Kunstbetriebs selbst. Die Präsentation im Projektraum der Tina Keng Galerie schreibt sich absichtsvoll in einen kommerziellen Galeriekontext ein und widmet sich dem Branding von Werk und Künstlerin. Im MOCA Taipei knüpft man an die Kinderworkshops, Arbeit mit Schulklassen oder andere Veranstaltungen des Museums an. Der Unterschied: Die „Aktivitäten“ sind inhaltlicher Teil der Ausstellung und kein „Zusatzprogramm“, wie sonst üblich. Die KünstlerInnen der Ausstellung gestalten das Programm und arbeiten mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. The Artist, his Colla-

borators, their Exhibition, and three Venues weitet sich von der Person Jun Yang hin zu kollektiven Identitäten und zu gesellschaftlichen Fragen.

Aufbau und Eröffnung

Aufbau und Eröffnung fanden ohne die physische Präsenz von Barbara Steiner in Taipei statt. „Glücklicherweise hatte ich im Januar 2020 Gelegenheit, diese drei Orte mit Jun Yang zu besuchen und erste Überlegungen zu entwickeln. In den letzten Wochen haben wir uns allerdings hauptsächlich per WhatsApp und Skype austauschen müssen. Bei der Eröffnung war ich virtuell anwesend, meine Rede wurde ins Chinesische übersetzt und übertragen. Auch wenn ich bis Ende 2020 hoffte, die Ausstellungen im Februar sehen zu können, hat sich diese Hoffnung zerschlagen. Doch ich freue mich, daß The Artist, his Collaborators, their Exhibition, and three Venues von den Menschen in Taipei gesehen werden kann“, erzählt sie. ■

<https://www.museum-joanneum.at/kunsthhaus-graz>
<https://www.mocataipei.org.tw/tw>

Cultour.digital

Auftakt für weltweiten Zusammenschluß von Museen und Kultureinrichtungen – Start mit Stiftsmuseum Admont, Kunstforum Wien, Schloß Kornberg, Burg Hochosterwitz, Stift Rein, Stift Wilten, For Forest, Schloß Tratzberg, Kunstraum Liezen...



Foto: cultour.digital

Den Sieg im Rennen um den österreichischen Staatspreis PR hat das Benediktinerstift Admont schon in der Tasche. Nun steht die klösterliche Einrichtung erneut im Rampenlicht. Im Zuge einer Online-Pressekonferenz präsentierte das obersteirische Benediktinerstift eine Weltneuheit: cultour.digital heißt die neue Plattform, die das digitalisierte Angebot zahlreicher Kultureinrichtungen und Sehenswürdigkeiten umfaßt und ein Netzwerk sowie eine internationale Vermarktung ermöglicht. Geographische Grenzen verschwinden. Kulturstätten wie etwa das Schloß Tratzberg in Tirol, die Burg Hochosterwitz in Kärnten und die weltweit größte Klosterbibliothek in Admont sind ab sofort nur noch wenige Klicks voneinander entfernt. „Wir sind stolz, einen weiteren innovativen Meilenstein im Kulturbereich geschaffen zu haben, denn die Glaubens-, Kultur- und Wissensvermittlung sind ein zentrales Anliegen unseres Hauses“, sagt Gerhard Hafner OSB, Abt des Stiftes Admont und be-

tont: „Durch die einzigartige Kulturvernetzungs- und vermarktungsplattform cultour.digital kann man unser vielfältiges Museum nicht mehr nur physisch, sondern auch virtuell erkunden.“

Virtuelle Besichtigung von Sehenswürdigkeiten

Durch historische Gemäuer schlendern, einzigartige Kunst- und Kulturschätze bestaunen oder an einer Liveführung teilnehmen. Damit der virtuelle Besuch zu einem außergewöhnlichen Erlebnis wird, kommt eine eigens entwickelte Software ins Spiel. So erleben virtuelle Gäste eine herausragende 360-Grad-Darstellung, zahlreiche Audio- und Zusatzfunktionen und erhalten Einblicke, die die BesucherInnen vor Ort nicht bekommen, wie Mario Brandmüller, Projektentwickler und Stift Admonts Leiter für Kultur, Tourismus und PR, anhand der Klosterbibliothek erklärt: „Man durchschreitet Geheimgänge, läßt auf der Galerie den Blick

über den Prunksaal schweifen und kann in jahrhundertealten Büchern lesen. Und das Ganze zu sehr attraktiven Preisen.“

Ein interaktives und zugleich intuitives Erlebnis

Diese ausgeklügelte Software wurde vom Start-up-Unternehmen LightCyde entwickelt, das seit 2016 die Online-Präsenz von Unternehmen in ganz Europa verbessert. Ihre Kernkompetenzen bewegen sich in den Bereichen Konzipierung, Design und Programmierung von neuen Websites und Apps, E-Commerce-Plattformen, Suchmaschinenoptimierung, SEM und Online-Marketing. „Die Entwicklung der Plattform wurde technisch und multimedial auf Basis modernster Technologien umgesetzt. Im konzeptionellen Fokus steht der internationale Zugang zu allen Kultureinrichtungen. Damit ermöglichen wir allen Usern ein modernes, erlebnisorientiertes, interaktives und zugleich intuitives Kulturerlebnis. Unter Berücksich-

Österreich, Europa und die Welt

tigung des Synergiegedankens, sowie umfangreicher Werbe- und Vermarktungsmöglichkeiten aller Kulturbetriebe wurde eine nachhaltige, internationale Kulturplattform realisiert“, so der Projektentwickler und Geschäftsführer von LightCyde, Thomas Fischbacher.

Europa, Asien und die USA erobern

Daheim bleiben und trotzdem ein vielfältiges kulturelles und museales Angebot genießen. Mit der neuen Kulturplattform möchte man einerseits auf die Corona-Pandemie reagieren und andererseits „ermöglicht uns das digitalisierte Angebot, eine Zielgruppe von vielen hundert Millionen Menschen zu erreichen“, sagt Mario Brandmüller. In Europa ging die Website bereits online. In weiterer Folge will man nun auch Asien und die USA erobern. „Seit dem Start der Kulturplattform haben wir ein unglaubliches Wachstum. Sehr viele Partner haben Interesse. Das zeigt sich in den zahlreichen Anfragen, die uns nicht nur von österreichischen Kulturbetrieben, sondern aus ganz Europa erreichen“, freut sich Thomas Fischbacher von LightCyde.

Kulturfernsehen mit AppleTV und Amazon Fire TV

Stiftsmuseum Admont, Kunstforum Wien, Schloß Kornberg, Burg Hochosterwitz, Stift Rein, Stift Wilten, For Forest, Schloß Tratzberg, Kunstraum Liezen – die Liste der teilnehmenden Einrichtungen wird von Woche zu Woche länger. Kein Wunder, denn schon kurz nach dem Start der Plattform wird bereits an einer Weiterentwicklung gearbeitet. Neben virtuellen Touren werden in Kürze auch Livestreams und Videos-on-Demand verfügbar sein. Einem Kulturabend auf der Couch steht somit nichts mehr im Wege. Ein Monatsabo ermöglicht den Zugang zu Kulturfilmern und Serien, die über Amazon Fire TV und Apple TV ausgestrahlt werden.

Die Brücke zum realen Kulturerlebnis

„Cultour.digital ist eine perfekte Ergänzung zum Besuch vor Ort, ersetzt diesen jedoch nicht. Die neue Plattform ist vielmehr eine virtuelle Brücke zum realen Kulturerlebnis“, betont PR-Chef Mario Brandmüller. Die virtuellen Touren eignen sich besonders zur Vor- und Nachbereitung der Besuche vor Ort, denn durch die Implementierung von interessanten Informationen via Audio- oder Videosequenzen ist eine einmalige und umfangreiche Kultur- und Wissensvermittlung möglich. Um die Vernetzung von virtuellen



© cultour.digital

Touren und Besuchen vor Ort zu fördern, wird es künftig auch attraktive Kombiangebote geben.

Statements zur neuen Kulturplattform

Graf Franz-Christoph Khevenhüller-Metsch (Burg Hochosterwitz / Cybertours GmbH)

„In enger Zusammenarbeit mit dem Stift Admont und der LightCyde GmbH ist es auch unser Ziel, daß die cultour.digital ‚Die Plattform‘ für virtuelle Kulturerlebnisse wird, um unser Kulturerbe auch im digitalen Zeitalter weiter zu erhalten und Bildung auf neue Wege zugänglicher zu machen. Private und staatliche Museen, Schlösser, Kunstsammlungen und andere Sehenswürdigkeiten wollen wir für unser Projekt begeistern. Aus diesem Grund haben wir vor, die großen Sehenswürdigkeiten der Welt vereint auf der cultour.digital zugänglich zu machen.“

Wolfgang Lamprecht (Head of Corporate Communications, Bank Austria Kunstforum Wien): Besser sein als Netflix

„Die Herausforderung von Kunstvermittlung besteht im Allgemeinen darin, als Angebot zunehmend im Wettbewerb mit anderen Freizeitangeboten reüssieren zu müssen. Digitale Kunstvermittlung hat zudem die Aufgabe zu meistern, im Wettbewerb mit professionellen Digitalangeboten der Medien- und Entertainmentindustrie zu stehen. Die Lösung kann hier nur in der Vermittlung von inhaltlicher Qualität verbunden mit der Möglichkeit zur aktiven Teilhabe des Publikums gefunden werden. Gleichzeitig muß digitaler Content – und auf den einschlägigen Erfahrungen der Medienbranche dürfen wir jetzt aufbauen – etwas kosten dürfen. Mit cultour.digital hat das Bank Austria Kunstforum Wien einen engagierten und hochprofessionellen Partner gefunden, der uns dabei hilft, digitale Vermittlung auf einem Niveau weiter zu entwickeln, das offenbar einzigartig ist. Gemeinsam wollen wir das Postulat des Kunst- und Medientheoretikers Peter Weibels aufgreifen: besser sein als Netflix!

Helmut Feier (CEO von CastYourArt): Ein völlig neuer Ansatz

„Wir waren österreichweit die ersten, die Kunst durch bewegte Bilder kommuniziert haben. Unsere Schwerpunkte liegen einerseits auf Künstlerportraits und andererseits auf Ausstellungsformaten. In den letzten zehn Jahren haben wir über 400 Filme produziert, die nun schon bald auch durch unsere Beteiligung an der Plattform cultour.digital über Apple TV und Amazon Fire TV abrufbar sein werden. Die Zeit ist reif für diese Art der Kunstvermittlung, denn durch die Corona-Krise ist ein regelrechter Hype an digitalen Kulturinhalten entstanden. Als Pionier auf diesem Gebiet sehe ich das Potenzial dieser Plattform vor allem darin, das jüngere Publikum erreichen zu können. Es ist ein völlig neuer Ansatz, der mich wahrlich begeistert.“

Ulrich Graf Goess-Enzenberg (Schloß Tratzberg): Ein breites Publikum ansprechen

„Schloß Tratzberg ergänzt sein bisheriges Besucherangebot der Audioguide-Führungen sowie einer neuen 3-D Virtual Reality Tour um eine weitere zeitgemäße Vermittlungsschiene in Form von digitalen Rundgängen über die Plattform für Museums- und Kulturbetriebe ‚Cultour.digital‘. Mit dieser Möglichkeit soll ein breites Publikum über Landesgrenzen hinweg angesprochen werden. Auch potentielle Schloßbesucher, Jugendliche mit ihrer besonderen Nähe zu Social Media und Internet sowie fachlich Interessierte kann man so vorab erreichen und ihr Interesse wecken.“

Barbara Aigner (Kommunikations- und Marketingbeauftragte, Stadtgemeinde Liezen): Neue Angebote kreieren

„Die Stadtgemeinde Liezen will die einmalige Chance nützen, Kunst- und Kulturprojekte in einem digitalen Kunstraum im Stadtzentrum zu präsentieren. In Kooperation mit dem Stift Admont und dem Projekt ‚cultour.digital‘ soll das derzeit weltweit einzigartige Projekt so – außerhalb von Museen und Sammlungen – für die Bevölkerung und Gäste mittels Virtual-Reality-Brillen und Live-Streamings zu erleben sein.“ ■

<https://cultour.digital/de/>
<https://www.stiftadmont.at/>
<https://www.burg-hochosterwitz.com/>
<https://www.kunstforumwien.at/>
<https://www.schloss-tratzberg.at/>
<https://www.liezen.at/>

»Alles Walzer« im neuen Online-Ballsaal der Österreich Werbung

Mit einem virtuellen Ballsaal hält die Österreich Werbung (ÖW) Österreichs Ballkultur bei unseren internationalen Gästen in Erinnerung und schürt schon die Vorfreude auf die nächste Saison.



Die österreichische Ballkultur blickt auf eine über 200jährige Tradition zurück. In „normalen“ Jahren finden allein in Wien rund 450 Bälle mit über einer halben Million Gästen statt. Heuer fällt Österreichs „fünfte Jahreszeit“ coronabedingt aus. Deshalb eröffnet die Österreich Werbung kurzerhand einen virtuellen Ballsaal im Web.

Die Website unter nimmt die BesucherInnen mit auf eine musikalische Reise um die Welt. Im Mittelpunkt stehen die Walzer von Johann Strauß Vater und Sohn. Außerdem dabei: der Pariser Walzer, der Ägyptische Marsch, die Éljen-a-Magyar!-Polka, der Chineser Galopp – und natürlich der Donauwalzer. Ausgewählt hat die insgesamt neun Stücke Musikkurator Andreas Vierziger. Die Titel sind auch in einer Spotify-Liste abrufbar. Insgesamt bietet die Website rund 45 Minuten an traditioneller Ballmusik aus Österreich.

Hintergrundwissen zur Ballkultur

Die aufgrund des internationalen Fokus englischsprachige Website vermittelt auch Wissen zu Österreichs Balltradition. Was sind die angesagtesten Bälle? Wie funktionieren

die Tanzschritte? Was gibt es beim Dresscode zu beachten? Hintergrundinformationen und Fun Facts vermitteln einen guten Überblick und überraschende Insights. Hätten Sie gewußt, daß beim Zuckerbäckerball ein Drittel des Publikums 25 Jahre und jünger ist? Und daß beim Opernball jährlich 2.500 Paar Würstel konsumiert werden?

Zu Hause um die Welt tanzen

Außerdem ruft die Österreich Werbung zu einer Tanz-Challenge auf. Musikbegeisterte in aller Welt sind aufgerufen, mit der Tanzpartnerin beziehungsweise dem Tanzpartner zu Wiener Walzerklängen zu tanzen und Kurzvideos dazu unter den Hashtags #alleswalzer und #waltzaroundtheworld auf Instagram online zu stellen. Die Videos sind auf der Website via einer Social Wall sichtbar.

„Wir möchten die österreichische Balltradition bei unseren internationalen Gästen auch in dieser schwierigen Zeit in Erinnerung halten und schon Vorfreude auf die kommende Ballsaison schüren, wenn Fernreisen endlich wieder möglich sein werden“, sagt Emanuel Lehner-Telič, ÖW Region Manager

Asien und Projektleiter „Waltz around the world“ in der Österreich Werbung „Wenn unsere Gäste heuer keine Bälle besuchen können, so bringen wir die Bälle eben zu ihnen nach Hause. Wir freuen uns schon auf hoffentlich zahlreiche Videos im Dreiviertelakt“, so Lehner-Telič weiter.

Technische Basis für die Website ist ein neues Tool der Innovationsplattform Next Level Tourism Austria (NETA), mit dessen Hilfe sich mit wenig Aufwand multimediale Inhalte darstellen und verknüpfen lassen und das in einem weiteren Schritt auch der Branche zur Verfügung gestellt wird.

Auch Thomas Schäfer-Elmayer (Tanzschule Elmayer), Karl Hohenlohe (Opernball-Kommentator), Dagmar Gross (Vorstand Österreichisches Sektkomitee), Vinzenz Praxmarer (Österreichischer Dirigent) und Patrick Pirker & Nataliya Piff (Profitänzer und Choreografen aus Graz) sowie Katharina Neßmerak und Georg Wasserburger (Tanzschule Elmayer) bedauern den Ausfall der heurigen Ballsaison – sehen aber optimistisch in die Zukunft. ■

<https://waltzaroundtheworld.at/>
<https://www.austria.info/>

Wiener Architekt gewinnt European Property Award

Der European Property Award wurde am 11. Dezember 2020 in London vergeben. Die Baar-Baarenfels Architects gewannen mit dem Projekt »Wohnhaus für einen Erdöl-Ingenieur« den begehrten Immobilienaward.

Die symbolische Preisverleihung des European Property Awards fand am Abend des 11. Dezember 2020 in London statt. Der Preis wurde aufgrund der Reiseeinschränkungen im Rahmen einer Videokonferenz von dem Wiener Architekten Johannes Baar-Baarenfels für sein Projekt »Wohnhaus für einen Erdöl-Ingenieur« entgegengenommen.

Der international renommierte Immobilienpreis würdigt die höchsten Leistungen von Unternehmen aus allen Bereichen der Immobilienbranche und wurde zum 27. Mal vergeben. „Es ist eine besondere Ehre für mich und mein Team Österreich mit diesem Projekt, international zu vertreten“, sagte Johannes Baar-Baarenfels in einer ersten Stellungnahme. Konzipiert wurde das Bauvorhaben von Prof. Branislav Mitrovic.

Barock trifft Moderne

Südlich von Wien haben Baar-Baarenfels Architekten ein barockes Wohnhaus mit moderner Architektur saniert und erweitert. Das Gebäude wurde bauphysikalisch so weit verbessert, daß ein „Passivhausstandard“ erreicht wurde. Die Idee, den Hofbau neu zu interpretieren, entstand aus Erfahrungen der Bauherren mit dem Wohnen in arabischen Ländern. Diese vergessene Typologie, die in ganz Europa verbreitet war, zeigt klare Vorteile gegenüber dem „modernen“ Einfamilienhaus. Sie erlaubt Dichte, schafft so urbane Räume und bietet dennoch ein Maximum an Privatsphäre.

Details zum Projekt

Das im Erdgeschoß gelegene Spa bietet nicht nur alle Annehmlichkeiten wie Sauna oder Dampfbad, sondern ist ein Raum zur Entspannung von Körper und Seele. Die symbolträchtige Erscheinung von Wandpfeilern, Säulen und Trennwänden unter der Wasseroberfläche schaffen eine kontemplative Atmosphäre. Die Abtrennung von Whirlpool und Pool durch Kalksteinmauer und Sitzgelegenheiten wirken wie versunkene Mauerreste und vermitteln einen Eindruck von Zeitlosigkeit. Das aufwendig gestaltete Dek-



Foto: AnnA Blau

Ein barockes Haus wurde mit modernster Architektur erweitert.

kengewölbe hebt die eher niedrige Decke visuell.

Die Treppe ist eine Hybridkonstruktion aus Kalkstein und Stahl, bei der Zugkräfte durch Stahlstangen abgefangen werden. Der Druck wird dabei vom Stein, der eigens gefräst wurde, aufgenommen. „Dadurch wird seine Masse minimiert und seine Eleganz im Aussehen maximiert“, sagt Architekt Baar-Baarenfels. Der zum Atrium hin offene Wohnraum mündet in einem zweistöckigen hohen Raum. Selbst die Waschbecken bestehen aus Kalkstein, glatt gefräst, die der Form der Decke im Spa ähneln.

European Property Awards

Die European Property Awards sind Teil einer weltweit vergebenen Auszeichnungsserie für besondere Immobilien. Die Awards werden sowohl in Kontinentaleuropa als auch in Großbritannien, den USA und Kanada, in Zentral- und Südamerika, der Karibik, im asiatisch-pazifischen Raum sowie in Arabien und Afrika ausgelobt. Der Preis wird in

45 Kategorien aus den Bereichen Development, Architektur, Innenarchitektur und Real Estate an Immobilien und Entwicklungen aus den Bereichen Gewerbe und Wohnen vergeben. Eine 80köpfige Experten-Jury entscheidet alle zwei Jahre über die regionalen Gewinner, die in der Folge auch für den International Property Award nominiert werden können.

Über Architekt Johannes Baar-Baarenfels

Johannes Baar-Baarenfels arbeitet als Architekt in Wien. Er wurde 2013 beim World Architecture Festival in Singapur mit dem Palais Rasumofsky in der Kategorie „Neu und Alt“ ausgezeichnet. Bereits 2010 war Baar-Baarenfels bei dem World Architecture Festival in Barcelona nominiert: Damals für den Sportalm-Flagship-Store in der Wiener Brandstätte und in der Kategorie „Shopping“. Er unterrichtete an Universitäten in Österreich und Indien und hielt in einigen Ländern Europas und Asien Vorträge. ■ <https://www.baar-baarenfels.com/>

»Dieses Jahr wird besser.«

Neujahrsansprache 2021 von Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die hier leben.

Nun ist er also da: Der erste Tag des Neuen Jahres. Zweitausend und einundzwanzig. Dieser erste Tag hat stets einen eigenen Charakter. Das alte Jahr ist vorüber und das neue hat noch nicht richtig begonnen. Eine gewisse Ruhe ist für gewöhnlich fühlbar an diesem ersten Tag des Jahres. Und heuer, inmitten eines weiteren Lockdowns, ist diese Stille noch ein wenig tiefer.

Ein neues Jahr liegt vor uns. Wir spüren noch die Last des alten, die Last der Pandemie. Aber viele von uns spüren trotz allem eine hoffnungsfrohe Erwartung, wie sie nur am Beginn von etwas Neuem stehen kann, wenn alle Möglichkeiten offen und alle Träume noch frisch sind.

Dieses Jahr wird besser. Schon beginnen die Impfungen. Für die Zukunft scheint wieder alles möglich. Aber diese kurze Zeit der Stille, bevor das Jahr so richtig losgeht: Nutzen wir sie zum Reflektieren, zum Nachdenken. Das ist wichtig. Denn wenn wir die Pandemie überwunden haben, und wir werden sie überwinden, wollen wir dann wirklich exakt in jene Welt zurückkehren, die wir davor hatten?

Jetzt ist die Zeit, in der wir träumen sollten, wie wir unsere Welt verbessern können. Jetzt ist die Zeit, in der wir weiter blicken müssen. Für uns, für unsere Kinder, unsere Enkelkinder.

Ohne Scheu, auch völlig neu zu denken. Ohne Angst, zu groß zu denken. Wir sind zu unerhörten Leistungen fähig, wenn es darauf ankommt. Das hat doch das letzte Jahr bewiesen. Wenn die Forscherinnen und Forscher, wenn wir Menschen es hinbekommen, innerhalb von kürzester Zeit eine Impfung gegen das Corona-Virus zu entwickeln, was können wir noch alles erreichen?

Manche Gewohnheiten, die wir kaum mehr hinterfragt haben, waren durchaus problematisch. Wir müssen uns entscheiden, ob wir wirklich zu ihnen zurückkehren wollen. Oder ob wir den Einschnitt von 2020 als Nachdenkpause nützen und unsere Welt neu und besser bauen als die alte. Ich möchte Sie dazu ermuntern.

Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir uns angewöhnen, eine florierende Wirtschaft und eine blühende Natur nicht als Gegensätze zu



Foto: HBF/ Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg

sehen, sondern als Ziele, die sich gegenseitig bedingen? Es gibt so viele neue, klimaorientierte und nachhaltige Technologien, die zum Motor eines neuen Aufschwunges werden können. Sehen wir die Herausforderungen als Chance, etwas Neues, viel Besseres, Angemesseneres für Mensch und Natur zu schaffen: Das wünsche ich mir für Österreich. Das wünsche ich mir für Europa.

Das gilt auch für unser Zusammenleben. Wie wäre es, wenn wir den Trend zur Unversöhnlichkeit und Aggression brechen, den Trend sich in die eigene virtuelle Blase zurückzuziehen und andere Meinungen erbittert zu bekämpfen. Wie wäre es, wenn es damit jetzt vorbei wäre? Und wir unseren Frieden schließen mit der Erkenntnis, daß wir nur durch Gegensätze wachsen und lernen können? Und daß unsere Gesellschaft durch gegenseitigen Respekt nur stärker wird?

Daß ein Posting niemals ein persönliches Gespräch, daß ein „Like“ niemals ein echtes Lächeln ersetzen kann? Daß wir uns nicht auf die Schwächen, sondern unsere gemeinsamen Stärken konzentrieren? Wie wäre es, wenn wir unser wunderschönes Österreich und die liberale Demokratie wieder mehr schätzen würden? Und die Europäische Union, diese weltweit einzigartige Errungenschaft? Wenn wir gemeinsam mit unseren Europäischen Freunden ernsthaft beginnen würden, auch eine global positiv gestaltende Kraft zu werden? Das geht, glauben Sie mir.

Und wie wäre es, wenn wir den schreienden Gegensatz zwischen wohlbehütet und auf der Flucht oder zwischen Arm und Reich abbildern würden? Und auch das geht, glauben Sie mir.

Meine Damen und Herren, irgendwann in den nächsten Monaten wird sich langsam das Gefühl einstellen, daß die Pandemie vorbei ist oder zumindest unter Kontrolle. Lassen Sie uns dann das Jahr 2020 nicht so schnell wie möglich vergessen und zur Tagesordnung übergehen. Erinnern wir uns dann an diese Zeit zwischen den Jahren. Und an das Gefühl, wie offen und gestaltbar unsere Zukunft ist, wenn wir das wollen. Und zwar nicht nur am Neujahrstag, sondern an jedem neuen Tag. Lassen Sie uns diese Pause nützen und gemeinsam träumen: Welche Zukunft wollen wir sehen? Dann haben wir den ersten Schritt in eine bessere Welt schon getan. Und lassen Sie uns dann den Mut fassen und unsere Träume gemeinsam verwirklichen.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die hier leben!

Ich wünsche Ihnen und allen, die Sie lieben, ein wunderbares Jahr 2021.

Ich wünsche Ihnen Glück und – natürlich – Gesundheit.

Und den Mut zum Träumen.

Möge es für uns alle ein gutes Jahr werden.

<https://www.bundespraesident.at/>

75 Jahre Nationalrat und Bundesrat

Festsitzung im Parlament zu deren Konstituierung am 19. Dezember 1945 – Ein gemeinsamer Blick zurück auf die Meilensteine und Erfolge der Zweiten Republik



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Festsitzung anlässlich 75 Jahre erste Konstituierende Sitzung des National- und Bundesrats in der Zweiten Republik. Präsidium v.l.: Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer (FPÖ)

Anlässlich des 75. Jahrestages der konstituierenden Sitzungen des National- und des Bundesrats luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und die im zweiten Halbjahr amtierende Präsidentin des Bundesrats, Andrea Eder-Gitschthaler (*Anm. d. Red.: die PräsidentInnen des Bundesrats wechseln alle sechs Monate*) am 15. Dezember zu einer virtuellen Festveranstaltung ins Parlament in der Hofburg ein. Nur wenige Wochen nachdem die ersten Wahlen nach der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch die Alliierten stattfanden, traten am 19. Dezember 1945 der Nationalrat und der Bundesrat zu ihrer jeweiligen konstituierenden Sitzung zusammen. 75 Jahre danach blickten die höchsten VertreterInnen des Staates auf die wichtigsten Meilensteine und Erfolge in den letzten Jahr-

zehnten zurück. Neben Grußworten von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, gemeinsamen Statements des Nationalrats- und des Bundesratspräsidiums sowie Reden der fünf Klubobleute stand eine Festrede von Universitätsprofessor Konrad Paul Liessmann mit dem Titel „Die Würde des Hauses. Leiden und Größe der parlamentarischen Demokratie“ auf dem Programm. Moderiert wurde die musikalisch umrahmte Veranstaltung von Rebekka Salzer.

Van der Bellen: In der friedlichen Veränderung von Machtverhältnissen liege »die reizvolle Kraft des Parlamentarismus«

„Fast genau heute vor 75 Jahren trat der österreichische Nationalrat erstmals nach dem Ende des Krieges, nach der nationalsoziali-

stischen Schreckensherrschaft und dem Holocaust zusammen“, rief Bundespräsident Alexander Van der Bellen in Erinnerung. Obwohl die Zukunft des Landes zu diesem Zeitpunkt keineswegs sicher war, sei etwas gelungen, was für viele Menschen zum damaligen Zeitpunkt wie ein Wunder geklungen haben mußte. Denn die Eröffnungssitzung des Nationalrats schaffte die Voraussetzung dafür, daß Österreich nach langer Unterbrechung wieder zu einer parlamentarischen Demokratie wurde. Man könne gar nicht überschätzen, was dieser Schritt bedeutet habe, unterstrich Van der Bellen. Dies kam auch in der Rede von Karl Seitz, der damals die erste Sitzung geleitet hat, zum Ausdruck: „Elf schwere Jahre haben wir überstanden. Die letzten acht Jahre haben hier Barbaren gehaust. Sie haben das Haus geschändet.“

Innenpolitik

Mit der Konstituierung des National- und des Bundesrats wurde das Fundament für jene Gewaltentrennung gelegt, die bis heute das Land prägte, stellte Van der Bellen fest. Ein bewährtes System von Checks und Balances, in dem auch freie unabhängige Medien und „mitunter auch der Bundespräsident“ wichtige Rollen wahrnehmen. Dabei sollte aber nie auf die Ausschaltung des Parlaments vergessen werden, das den Beginn vom Untergang Österreichs einläutete, mahnte Van der Bellen. Er denke gerne und in Dankbarkeit an die 18 Jahre zurück, die er selbst als Abgeordneter im Hohen Haus verbracht habe. Es sei eine Zeit gewesen, die geprägt war von heftigen Debatten, der Suche nach Gemeinsamkeiten und von wechselnden Mehrheiten. Genau Letzteres sei ein wesentliches Element einer liberalen Demokratie, urteilte der Bundespräsident, denn in der friedlichen Veränderung von Machtverhältnissen liege seiner Einschätzung nach „die reizvolle Kraft unseres Parlamentarismus“. Van der Bellen dankte den ParlamentarierInnen für ihre Arbeit und betonte: „Ihre Sorgfalt ist der beste Schutz für unsere Demokratie.“



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen

sentlich dazu beigetragen, dem vierfach besetzten Österreich ein Schicksal Deutschlands zu ersparen. Auf Grundlage dieses Volksentscheids konnte das österreichische Parlament noch am 19. Dezember 1945 zusammentreten und seine Arbeit aufnehmen. Der Nationalrat beschloß an diesem Tag das

spielhaft für die Zerstörungen, unter denen ganz Österreich als Folge des Zweiten Weltkrieges gelitten habe. So seien österreichweit nicht nur ein Zehntel aller Wohnungen zerstört oder beschädigt gewesen, auch die Verkehrs- und Energieinfrastruktur waren schwer getroffen. Katastrophal sei aber auch die Ernährungssituation gewesen. Das österreichische Volk habe nach dem Urteil des Generaldirektors der Hilfsorganisation UNRRA zu jenen Völkern der Welt gezählt, die dem Hungertod am nächsten waren. 75 Jahre danach gehöre Österreich zu den wirtschaftlich erfolgreichsten und wohlhabendsten Staaten der Welt. Diese wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Österreich seit 1945 genommen habe, könne daher laut Sobotka mit vollem Recht als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnet werden.

Habe die große Herausforderung in den Jahren nach 1945 darin bestanden, das Überleben zu sichern, die Trümmer zu beseitigen, das Elend und die Niedergeschlagenheit zu überwinden und ein österreichisches Nationalbewußtsein zu verankern, so gelte es heute im großen gemeinsamen europäischen Haus, über nationale Grenzen hinauszudenken, um sich den großen Herausforderungen – wie der Digitalisierung der Gesellschaft, der Klimaerwärmung oder dem demographischen Wandel – gemeinsam zu stellen, blickte Sobotka in die Zukunft. Damit im Zusammenhang stehe natürlich das Bekenntnis zu den europäischen Grundwerten, welche das geistige Fundament der Europäischen Union bilden, und „uns heute bei der Bewältigung der aktuellsten Herausforderungen und Bedrohungen wie einer Pandemie oder des islamistischen Terrors“ leiten. Damit stehe man



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP)

Sobotka zieht Bilanz über die 75jährige Erfolgsgeschichte der Republik Österreich

Die Festveranstaltung soll an die Rückkehr der Republik Österreich zur parlamentarischen Demokratie vor 75 Jahren erinnern, erklärte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Die am 25. November 1945 stattgefundenen ersten freien Wahlen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft haben we-

In-Kraft-Treten des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920 in der Fassung von 1929. Dadurch sei die Republik zum verfassungsmäßigen Zustand der parlamentarischen Demokratie zurückgekehrt.

Unter welchen äußeren Umständen diese Sitzungen damals stattgefunden haben, könne man sich heute, 75 Jahre später, kaum mehr vorstellen, gab Sobotka zu bedenken. Die noch kaum behobenen Kriegsschäden des historischen Parlamentsgebäudes stünden bei-

Innenpolitik

in der direkten Tradition jener Menschen, die im Dezember 1945 Österreich als parlamentarische Republik wiederbegründet haben. Dies belege ein Blick in die Regierungserklärung, die Bundeskanzler Leopold Figl unter dem Eindruck der „Verseuchung der österreichischen Jugend durch das Erziehungssystem des Nationalsozialismus“ in der zweiten Sitzung des Nationalrats am 21. Dezember 1945 abgegeben hat: „Hier darf kein Mittel unversucht bleiben, um die neue Jugend mit gesamteuropäischem, demokratischem Gedankengut zu erfüllen.“ Daß dieses Ziel erreicht worden sei, bilde noch mehr als der wirtschaftliche Erfolg den Kern der Erfolgsgeschichte der Republik Österreich, resümierte Nationalratspräsident Sobotka.

Bures: Krisenzeiten erfordern Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg

Von „einer Stunde Null der Demokratie“ sprach die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, da die ersten Anfänge einer demokratischen Entwicklung in Österreich von zwei Faschismen und dem Weltkrieg blutig beendet wurden. Österreich und seine Menschen fanden sich 1945 nicht nur in einem materiellen, sondern auch in einem moralischen Trümmerhaufen wieder. Daß damals die Gründungsväter der Republik jene Politiker waren, die zuvor der Verfolgung des Nazi-Regimes ausgesetzt waren, führte zu einem wirklich demokratischen Neubeginn, war Bures überzeugt. Der politische Mitbewerber wurde nicht mehr nur als Feind gesehen und die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg als Chance für einen zügigen und erfolgreichen Wiederaufbau erkannt. Diese Kultur legte den Grundstein für das Wirtschaftswunder und bildete die Basis für einen sozialen Frieden, der durch einen effizienten Sozialstaat untermauert wurde.

Die Erfahrungen von Massenarbeitslosigkeit und dem blutigen Aufstieg des Faschismus prägten viele PolitikerInnen der damaligen Zeit, hob Bures hervor, unter anderem auch Bruno Kreisky. Er kam zu der fundamentalen Überzeugung, daß eine nachhaltige demokratische Entwicklung nur auf Basis eines sozialen Friedens möglich sei. Es müsse eine Republik für alle ÖsterreicherInnen sein, zu der sich alle bekennen können. Deshalb war die Reformpolitik der Zweiten Republik auch davon geprägt, wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Stabilität und gesellschaftlichen Fortschritt miteinander zu verknüpfen. Vor allem wurde damit ein neues Kapitel für die Frauen, für die sich durch die



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ)

zahlreichen Reformen im Justiz- und Bildungsbereich neue Perspektiven eröffnet haben, aufgeschlagen. Diese gesetzgeberische Dynamik gelte es auch heute kontinuierlich weiterzuentwickeln, unterstrich die Zweite Nationalratspräsidentin. Gleichzeitig müsse drohenden Rückschritten entschlossen entgegengetreten werden. Als der Nationalrat am 19. Dezember 1945 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten ist, waren lediglich 9 seiner 165 Mitglieder Frauen. Dies habe einem Anteil von nur 5,5 Prozent entsprochen. Nachdem der Frauenanteil in den gesetzgebenden Organen zunächst 25 Jahre lang auf dem Niveau von 1945 verblieben und erst ab den 1970er-Jahren allmählich angestiegen sei, liege er heute immerhin bei 39,3 Prozent. Dies sei nach Ansicht von Bures vor allem den vielen Frauen zu verdanken, die in ihren Parteien einen entsprechenden Druck – auch über Quotenregelungen – gemacht haben.

Die Erfolgsstory der Republik Österreich liege begründet in dem Willen zum Dialog und zur Zusammenarbeit, konstatierte Bures, wobei die Sozialpartnerschaft ein Ausdruck dafür sei. Gerade in Krisenzeiten wie einer Pandemie sei nicht nur die Einbindung des Parlaments, sondern auch der Sozialpartner sowie der Zivilgesellschaft unabdingbar. Nur wenn die mitunter restriktiven und weitreichenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf eine breite Basis gestellt werden, seien deren Rechtssicherheit und Akzeptanz gewährleistet. Aus der Geschichte Österreichs könne man lernen, daß Krisen immer dann erfolgreich bewältigt wurden, wenn über Parteigrenzen und persönliche Eitelkeiten hinweg die Zusammenarbeit

gesucht und im Interesse des Landes auch gefunden wurde. Das Parlament als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung habe in den vergangenen 75 Jahren immer entscheidende Impulse gesetzt. Das werde das Parlament auch heute, in diesen schwierigen Zeiten, mit aller Kraft tun, zeigte sich die Zweite Nationalratspräsidentin zuversichtlich.

Hofer streicht wichtige Rolle der Opposition heraus und setzt auf verstärkte Bürgerbeteiligung

Für den Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer manifestiert sich die Erfolgsgeschichte der österreichischen parlamentarischen Demokratie zum einen in der Entwicklung einer offenen parlamentarischen Diskurskultur und zum anderen in der effektiveren Gestaltung der parlamentarischen Kontrollrechte. Das Parlament spiegle – repräsentiert durch die VertreterInnen der Wahlparteien – die wesentlichen Interessen und Positionen der Gesellschaft wider. Wichtig erscheine es ihm dabei, daß die Willensbildung, wie schon Hans Kelsen hervorgehoben hat, nicht als Diktatur der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit verstanden werde, sondern daß Kompromißbildung im Vordergrund stehe. Dies sei auch in der Rede des am 19. Dezember 1945 zum Nationalratspräsidenten gewählten Abgeordneten Leopold Kunschak zum Ausdruck gekommen. Daß die Parteien im Parlament jeweils ihr eigenes Programm haben und entschlossen sind, es zu verwirklichen, sei nicht nur ihr gutes Recht, sondern sogar ihre Pflicht, sagte Kunschak. Gleichzeitig stünden die Mitglieder des Parlaments zusammen und stellten ihre Parteiinteressen zurück, weil sie „alle mit-

Innenpolitik

einander die Pflicht empfinden, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen“. Leopold Kunschak habe damit den Wesenskern des Parlamentarismus umrissen: den offen, aber respektvoll geführten Diskurs über unterschiedliche politische Positionen, verbunden mit der Bereitschaft zum Kompromiß beziehungsweise zur Anerkennung der Mehrheitsentscheidung.

Im Verlauf der vergangenen 75 Jahre habe sich nicht nur die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien vermehrt, sondern es sei auch die Offenheit für unterschiedliche Konstellationen koalitionärer Zusammenarbeit gewachsen, urteilte Hofer. Es sei immer deutlicher geworden, wie wichtig die Existenz einer starken parlamentarischen Opposition für einen lebendigen Parlamentarismus sei. In Anerkennung dieser Realität habe die Entwicklung des parlamentarischen Geschäftsordnungsrechts in den vergangenen 75 Jahren immer weitere Kontrollbefugnisse in die Verfügungsgewalt parlamentarischer Minoritäten übertragen, bis hin zur Ermöglichung der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses aufgrund eines Minderheitsverlangens; dieses Recht bestehe seit Beginn des Jahres 2015. Außerdem sei das Parlament durch seine verbesserte Präsenz in den elektronischen Medien und durch die Nutzung neuer medialer Instrumente transparenter geworden. Anders als vor 75 Jahren können die Bürgerinnen und Bürger heute mit Hilfe der neuen Medien unmittelbar Anteil an legislativen Vorhaben und Prozessen nehmen und sich somit sowohl direkt als auch über die Abgeordneten ihres Vertrauens in diese Prozesse einbringen. Die Bevölkerung zu politischem Engagement auch jenseits der Beteiligung an den Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern einzuladen und zu ermutigen sowie die Anliegen der BürgerInnen ernst zu nehmen, sei aus Sicht Hofers mehr denn je eine wichtige Aufgabe des Parlaments.

Wöginger: Demokratie bedeutet auch das Recht der Minderheit auf Mitbestimmung

Für ÖVP-Klubobmann August Wöginger ist die Konstituierung von Nationalrat und Bundesrat vor 75 Jahren der Beginn einer Erfolgsgeschichte und gleichzeitig auch der Startschuß für eine lebendige parlamentarische Demokratie. Die Volkspartei habe sich 1945 als zukunftsorientierte Partei des Neuanfangs mit einem neuen Österreich-Bekenntnis, als Partei aus der Mitte für die Mitte der Gesellschaft verstanden. Man sei da-



Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer (FPÖ)



Klubobmann August Wöginger (ÖVP)

mals, wie Leopold Figl bereits in der ersten Klub Sitzung betont hatte, von der Überzeugung ausgegangen, daß Demokratie nicht das Vorrecht der Mehrheit, sondern auch das Recht der Minderheit auf Mitbestimmung und Mitverantwortung bedeute. Dieses Bekenntnis zu Gemeinsamkeit gelte im Besonderen auch angesichts der aktuellen Herausforderungen, gab Wöginger zu bedenken und betonte, gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sei keine Zeit für parteitaktische Manöver.

Rendi-Wagner ruft zu Zusammenspiel von Regierung und Opposition in der Corona-Pandemie auf

Die Erfolgsgeschichte Österreich spiegle sich auch durch ausgeglichene soziale Struk-

turen und eine gesicherte internationale Positionierung wider, unterstrich SPÖ-Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner. Sie sprach von einer auf die Reformen der Ära Kreisky zurückgehenden chancengerechten Prägung des Landes, die bis heute wirke und die es zu bewahren gelte. In diesem Sinn müsse der Bekämpfung der Pandemie und der daraus resultierenden gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen oberste Priorität eingeräumt werden. Dem Parlament komme dabei große Verantwortung zu, zumal diese Krise nur gemeinsam und im Miteinander erfolgreich bewältigt werden könne. Das Bekenntnis zum Zusammenspiel von Regierung und Parlament und Opposition sei als Lehre aus dem Dezember 1945 heute genauso aktuell wie vor 75 Jahren, mahnte Rendi-Wagner.



Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner (SPÖ)

Innenpolitik

Kickl warnt vor demokratie-politischer Schiefelage als Folge der Corona-Pandemie

Kompromiß und Konsens seien genauso wertvolle Zutaten einer lebendigen Demokratie wie Konfrontation und Konflikt, steht für FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl fest,



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Klubobmann Herbert Kickl (FPÖ)

der auch kritische Worte zur aktuellen Entwicklung fand. Das Parlament sei in der Corona-Krise zu einer Art vulnerablen Risikopatienten geworden, den es nun zu schützen gelte. Kickl warnte vor Verweigerung von Kontrolle und Transparenz, verfassungswidrigen Gesetzen und Verordnungen und der Zurückdrängung von Grund- und Freiheitsrechten und mahnte, die Demokratie gerate in eine Schiefelage, wenn die Regierung das Parlament zur bloßen „Werkbank“ degradiere. Freiheit und Eigenständigkeit gelte es aber auch nach außen zu bewahren, Selbstbestimmung dürfe nicht durch die normative Kraft des Faktischen ausgehöhlt werden, bemerkte er mit Blick auf das Verhältnis Österreichs zur EU.

Maurer will demokratische Teilhabe im Parlament verbreitern

Demokratie sei keine Selbstverständlichkeit, sie müsse gelebt und immer wieder erkämpft werden, bekräftigte Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer. Das Erstreiten von Kompromissen müsse dabei aber auch außerhalb des Parlaments stattfinden, etwa in der Schule und in der Zivilgesellschaft. Der 75. Jahrestag der Konstituierung von Nationalrat und Bundesrat sollten nun Ansporn sein, die demokratische Teilhabe weiter zu verbreitern. Maurer ortet in diesem Sinn vor allem Hand-

lungsbedarf beim Anteil von Frauen, aber auch von Menschen mit Migrationsbiographie und Menschen mit Behinderung im Parlament.

Meinl-Reisinger: Demokratie braucht Widerspruch und Debatte

Beate Meinl-Reisinger sieht die aktuelle Pandemie als Herausforderung und „Zumutung“ für die Demokratie. Angesichts von



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Klubobfrau Sigrid Maurer (GRÜNE)

massiven Eingriffen in Grund- und Freiheitsrechte sei die Kontrolle der Regierung als Kernaufgabe des Parlaments wichtiger denn je, unterstrich sie und warnte, die Einhaltung der Verfassung, die Beachtung von Gesetzen und Verordnungen dürften kein Luxus aus normalen Zeiten sein. Demokratie brauche



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger (NEOS)

gerade in schwierigen Zeiten Widerspruch und Debatte. Nur im gemeinsamen Ringen um die besten Lösungen sei die Demokratie lebendig, lautet das Credo Meinl-Reisingers.

Die Festrede unter dem Titel „Die Würde des Hauses – Leiden und Größe der parlamentarischen Demokratie“ hielt Konrad Paul Liessmann, Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien. Der Festredner setzte sich mit grundlegenden Ideen der repräsentativen Demokratie auseinander und warf die Frage auf, wie sie angesichts fundamentaler gesellschaftlicher, sozialer, technologischer und politischer Veränderungen eine zeitgemäße Form erhalten können.

Der Rolle der Länderkammer des Parlaments widmete das Bundesratspräsidium, vertreten durch Andrea Eder-Gitschthaler, Elisabeth Grossmann und Christian Buchmann, ein gemeinsames Statement. In seinen Schlußworten betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die Herausforderungen, welche die Digitalisierung für den demokratischen Diskurs darstellt.

Konrad Paul Liessmann: Im Hohen Haus artikuliert sich das Gemeinsame

In den Mittelpunkt seiner Festrede stellte Liessmann die grundlegenden Prinzipien des Parlamentarismus und der repräsentativen Demokratie. Er fragte dabei auch danach, wie sie zeitgemäß interpretiert werden können.

Die Erinnerung an die konstituierenden Sitzungen von National- und Bundesrat am 19. Dezember 1945 und an die Rückkehr Österreichs zu parlamentarischen Institutionen sind für Liessmann ein berechtigter Anlaß, mit Stolz und Genugtuung auf die Etablierung funktionierender demokratischer Einrichtungen zurückzublicken. Für ihn bietet dieses Datum dabei auch Gelegenheit, darüber nachzudenken, ob die Form der Demokratie, die sich seit 1945 in Österreich durchsetzen konnte, angesichts fundamentaler gesellschaftlicher, sozialer, technologischer und politischer Veränderungsprozesse in Bedrängnis und eine Krise gerate müsse.

Liessmann verwies auf die historische Entwicklung der westlichen Demokratien und ihrer Instrumentarien. Laut ihm entstanden sie, um die Ansprüche feudaler Herrscher einzuschränken und zu kontrollieren. Aus dieser grundsätzlich defensiven Haltung ergibt sich für Liessmann, daß vor allem das Gespräch, die abwägende Besinnung, das deliberative Element das Wesen des Parlaments ausmachen, nicht der Streit oder gar der physische Kampf.

Österreich, Europa und die Welt

„Im Parlament realisiert sich eine diskursive Vernunft, die sich als Verwalterin der allgemeinen Interessen und des Interesses des Allgemeinen versteht“, unterstrich Liessmann. „Darin liegt meines Erachtens auch die Würde des mit Recht so genannten Hohen Hauses: Daß es eben keine Arena ist, in der die Machtansprüche partikularer Interessen auf halbwegs zivilisierte Weise ausgefochten werden, sondern ein Raum, in dem das Ganze einer Gemeinschaft, das, was diese im Innersten zusammenhält, sich artikulieren kann.“

Allerdings müsse das Reden zum Handeln führen. Der parlamentarische Apparat sei allerdings strukturell entscheidungsverzögernd und machtblokkierend, nicht von sich aus aktiv und entscheidungsfreudig. Für Liessmann gilt es zu fragen, ob dieser grundsätzliche Vorteil in Krisenzeiten, wie etwa während der gegenwärtigen Pandemie, in denen rasche Entscheidungen getroffen werden müssen, nicht kontraproduktiv wird. Liessmann sieht hier ein veritables Dilemma parlamentarischer Demokratien. Entscheidungen der Regierung ohne Zustimmung des Parlaments würden als Abgleiten in autoritäre Verhältnisse gelten, werde das Parlament jedoch beigezogen und verzettelt sich in kleinliche Debatten, gelte es als gefährlicher Bremsen in einer bedrohlichen Situation. Die Ereignisse des letzten Jahres zeigen für Liessmann allerdings auch, daß moderne Demokratien mit komplexen parlamentarischen Verfahren sehr wohl in der Lage sind, rasche Entscheidungen zu legitimieren, ohne ihre Prinzipien zu verraten und den Boden der Rechtsstaatlichkeit zu verlassen.

Der klassische Parlamentarismus gerate auch aus anderen Gründen unter Druck, stellte Liessmann fest. Der soziale Wandel und in weiterer Folge ein radikaler Wandel der politischen Öffentlichkeit und der Parteienlandschaft sei zu beobachten. Die Idee der repräsentativen Demokratie besage laut Liessmann einst, daß, weil alle Menschen gleich seien, sie daher von Abgeordneten in einem Parlament repräsentiert werden könnten. Dahinter stehe die Auffassung, daß Menschen bei allen individuellen Unterschieden in den politisch entscheidenden Belangen als Bürger gleich seien. Laut Liessmann wurzelt diese Idee in einem Universalismus, den insbesondere Immanuel Kant prägnant formuliert hat. Die menschliche Vernunft, und nur diese, erlaube es nämlich, „sich an die Stelle eines jeden anderen denken zu können“. Für Liessmann besteht „die Würde und Größe eines Parlaments [...] in der täglichen Einlö-



Prof. Konrad Paul Liessmann

sung dieses Anspruchs. In einem Parlament spricht keiner nur für sich oder seinesgleichen, sondern immer auch für den Anderen.“

Für Liessmann beginnt „das Leiden“ der Demokratie allerdings dort, wo diese moderne Auffassung der Repräsentation auf eine prämoderne Auffassung der Mitbestimmung trifft, die sich an ständischen oder anderen partikularen Ordnungen orientiert und den Universalismus konterkariert, ergänzt oder ersetzt. Die Idee der wechselseitigen Repräsentation werde so zur Vorstellung, daß ein Parlament alle Identitäten und Interessen im Sinne eines repräsentativen Querschnitts versammeln und angemessen berücksichtigen solle. Damit würden Geschlecht, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Sprachgemeinschaft oder Minderheit, die sexuelle Orientierung oder das momentane Lebensalter zu entscheidenden Kriterien.

Eine Konsequenz sei der Ruf nach einer allgemeinen Quotierung der repräsentativen Organe und die Vorstellung, daß das ideale Parlament in seiner Zusammensetzung genau die Besonderheiten des vertretenen Volkes widerspiegeln soll. Zwar stärke die heute forcierte Identitätspolitik völlig zu Recht ethnische, soziale und andere Minderheiten. Sie beschleunige aber auch die Fragmentierung der Gesellschaft, gab Liessmann zu bedenken. Die Verständigung über das allen Gemeinsame werde damit zunehmend schwieriger.

Die rasante Entwicklung der Medien und der Telekommunikation, die Digitalisierung hat für Liessmann ebenfalls Auswirkungen auf die Möglichkeiten und Formen der Demokratie. Der abwägend-argumentative Dis-

kurs verschiebe sich in Richtung kurzlebiger Affekte und Skandale, stellte er fest. Auf der anderen Seite entstehen neue Kommunikationsmöglichkeiten und mediale Netze, die gekoppelt an die Macht globaler Konzerne, kaum einer politischen Kontrolle unterliegen würden. Für Liessmann besteht die reale Möglichkeit, daß die Demokratie so „zu einer permanenten Talk-Show mutiert“ und Politik entweder unmöglich werde oder an einem anderen, nicht mehr einseharen Ort stattfindet.

Auf der anderen Seite entstehen laut Liessmann mit den sozialen Medien neue Formen von Macht in Form von Zugriffsmöglichkeiten auf digitalisierte Informationen, die einen eigenen virtuellen Raum erzeugen. „Wo jeder in seiner Blase lebt, hat die Idee, daß irgendwo doch die Interessen aller vertreten sein sollten, hat die Vorstellung einer gemeinsamen politischen Öffentlichkeit keinen Platz mehr“, merkte Liessmann an. Er sehe es daher als wenig verwunderlich an, wenn angesichts dieser Entwicklung die These des britischen Soziologen Colin Crouch, wonach die Gesellschaft auf eine Postdemokratie zusteure, die nur den Schein von Demokratie und Parlamentarismus noch aufrechterhalte, Furore macht.

Die Frage, wie man angesichts dessen die parlamentarische Demokratie, die politische Partizipation und die Verbindung der Abgeordneten zu denen, die sie repräsentieren sollen, stärken könne, stellt sich für Liessmann auch angesichts des Auftreten von Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Non-Governmental Organisations (NGOs). Liessmann verwies hier auf ein in der politischen Philosophie diskutiertes, aus seiner Sicht faszinierendes Konzept. Dieses greife auf die Geburtsstunde der Demokratie im antiken Athen zurück, wo ein Großteil der politischen Repräsentanten und Funktionsträger nicht gewählt, sondern durch einen Losentscheid ermittelt wurde. Die These sei, daß der Zufall tendenziell demokratischer sei als ein von Interessensgruppen beeinflusster Wahlprozeß. Der Ruf danach, über eine Ergänzung des Systems der Wahl durch ein Zufallselement nachzudenken, werde heute von verschiedenen Seiten erhoben.

In einer Demokratie sollten tatsächlich alle BürgerInnen die Chance haben, das Gemeinwesen entscheidend zu beeinflussen, so Liessmann. Von einem System, welches Wahlen und Losentscheidungen kombiniert, erwarte man sich, daß es der Forderung der angemessenen Repräsentation besser entspricht und politische Probleme wie Korruption, Ab-

Österreich, Europa und die Welt

sprachen, Beeinflussung und Bestechung in den Griff bekommt. Die Identifikation des Volkes mit seinem Hohen Haus würde schlagartig steigen, wenn theoretisch jeden dieses Los treffen könne, führte Liessmann ins Treffen.

Die Kombination von Wahlen mit einem Zufallselement würde laut Liessmann auch die auf diese Art zu Amt und Würden gekommenen vor einer Gefahr bewahren, die omnipräsent sei, nämlich Hybris und Überheblichkeit. „Wer seine verantwortungsvolle Funktion in einem gewissen Maß dem Zufall verdankt und dies auch weiß, kommt vielleicht erst gar nicht auf die Idee, sich für so viel besser, schöner und klüger zu halten als alle anderen“, meinte Liessmann. Er richtete an die Festversammlung den Appell, im Sinne der Zukunft einer lebendigen Demokratie solche Ideen und Konzepte vorurteilsfrei zu prüfen und zu diskutieren, denn: „Verwerfen kann man sie nach eingehender Prüfung immer noch.“ Die Würde eines Parlaments liege auch in der Fähigkeit, Zeichen der Zeit zu erkennen und auf eine Weise zu reagieren, die die großartige Grundidee der repräsentativen Demokratie tatsächlich bewahren könne.

Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler: Föderalismus ist Teil der österreichischen Identität

Das gemeinsame Statement des Bundesratspräsidiums eröffnete Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit einem historischen Rückblick. Sie erinnerte daran, daß in dem durch Demarkationslinien zwischen den Besatzungszonen geteilten Österreich des Jahres 1945 den Ländern als Trägern historischer und politischer Identität besondere Bedeutung zukam. Um die staatliche Einheit Österreichs wiederherzustellen, war es notwendig, daß die Provisorische Staatsregierung in Wien mit den in den Ländern gebildeten provisorischen Landesausschüssen beziehungsweise Landesregierungen Einvernehmen herstellte.

Staatskanzler Karl Renner habe sich dafür jenes Modells bedient, das sich bereits in der Gründungsphase der Ersten Republik in den Jahren 1918 und 1919 als erfolgreich erwiesen hatte, des Modells der Länderkonferenzen. Bei der ersten Länderkonferenz am 24. September 1945 habe Renner den Bundesrat der Ersten Republik als „eine Länderkonferenz in Permanenz“ definiert. Drei Länderkonferenzen schufen 1945 die Voraussetzungen, daß am 25. November der Nationalrat und die neun Landtage gewählt werden konnten. Am 19. Dezember 1945 konnte da-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP)

mit nicht nur der Nationalrat, sondern auch der Bundesrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten.

Staatskanzler Renner habe im Rechenschaftsbericht der Provisorischen Bundesregierung 1945 hervorgehoben, wie entscheidend die Wiederherstellung der föderalen Strukturen für die erfolgreiche Wiedererrichtung der Republik Österreich waren. Der österreichische Föderalismus sei also ein wesentlicher Teil der geistigen Identität Österreichs und der der ÖsterreicherInnen. „Nicht von ungefähr zählen sowohl das demokratische als auch das bundesstaatliche Prinzip zu den Baugesetzen der österreichischen Bundesverfassung, die seit jenem 19. Dezember 1945 wieder die Grundlage des österreichischen Staates bildet“, betonte Eder-Gitschthaler. „Unsere lebendige Demokratie entspringt also unserem lebendigen Bundesstaat. Demokratie und Bundesstaat verdanken wir den Männern und Frauen, die Österreich vor 75 Jahren wieder begründet haben, und derer wir heute in großer Dankbarkeit gedenken.“

BR-Vizepräsidentin Grossmann: Bundesrat ist »Europakammer« des Parlaments

Bundesrats-Vizepräsidentin Elisabeth Grossmann führte die Ausführungen zur Rolle der Länderkammer in der Zweiten Republik fort und erinnerte an das 2. Verfassungsüberleitungsgesetz vom 13. Dezember 1945. Damals wurde der Bundesrat wieder in seine Rolle im Sinne der Bundesverfassung von 1920 eingesetzt. Diese Episode der Verfassungsgeschichte verweist laut Grossmann auf

die Dynamik der Verfassungsentwicklung, die mit der verfassungsrechtlichen Kontinuität in einem fruchtbaren Spannungsverhältnis stehe.

Die im Konsens erfolgte Entwicklung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Bundesrats in den vergangenen Jahrzehnten zeigt für Grossmann den behutsamen Anpassungsprozeß der Bundesverfassung, bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer grundlegenden Prinzipien. 1984 sei beispielsweise die Funktion des Bundesrats mit einem Zustimmungsrecht zu Kompetenzveränderungen, die zu Lasten der Länder gehen, gestärkt worden. Der Diskurs über die Struktur des Bundesrats werde auch jetzt weitergeführt, betonte Grossmann. Das bedürfe sorgfältiger Abwägung der verschiedenen vorgeschlagenen Modelle.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Bundesratsvizepräsidentin Elisabeth Grossmann (SPÖ)

Grossmann erinnerte auch daran, daß 2020 auch den 25. Jahrestag des Beitritts der Republik Österreich zur Europäischen Union markiert. Von den Möglichkeiten, welche das europäische Primärrecht und die österreichische Bundesverfassung dem Nationalrat und dem Bundesrat einräumen, an der Willensbildung zu Vorhaben im Rahmen der EU teilzuhaben, habe der Bundesrat in eigener Initiative Gebrauch gemacht. Er engagiere sich insbesondere im Verfahren der Subsidiaritätskontrolle auf der Grundlage des Vertrages von Lissabon. Der Bundesrat verstehe sich heute in besonderem Maße als „Europakammer“.

Darüber hinaus befasse sich der Bundesrat systematisch mit strategischen Schwerpunktthemen. Mit der Anknüpfung an mittel- und langfristige wirksame strategische The-

Österreich, Europa und die Welt

men setze er einen besonderen Akzent in der parlamentarischen Arbeit. Er gehe über die tagessaktuelle Gesetzgebungsarbeit hinaus und wende sich großen und nachhaltigen Themenfeldern zu. Ein Instrument, das der Bundesrat erfolgreich dazu einsetze, sei die parlamentarische Enquete.

BR-Vizepräsident Buchmann: Bundesrat verwirklicht kooperativen Föderalismus im Rahmen der EU

„Der Bundesrat ist und bleibt ein unverzichtbarer Indikator für die in der Bundesverfassung grundlegende bundesstaatliche Struktur der Republik Österreich“, leitete Bundesrats-Vizepräsident Christian Buchmann sein Statement ein. Der österreichische Bundesstaat stehe für einen kooperativen Föderalismus. Er nehme damit etwas vorweg, was in der Europäischen Union zur weit ausgreifenden europäischen Realität geworden sei, das sogenannte „Mehrebenen-System“ (Multi Level Governance).

Angesichts der großen Herausforderungen ist es für Buchmann eine konsequente zeitgemäße Entwicklung, daß zur nationalen, regionalen und kommunalen Ebene auch die europäische Ebene hinzukommt und diese auch immer weitere Bereiche der Rechtsetzung durchdringt. „Herausforderungen wie die weltweite Klimaveränderung und die wirtschaftliche Globalisierung können nur durch große gemeinsame Initiativen bewältigt werden“, betonte Buchmann.

Eine große Herausforderung ist für Buchmann die Erhaltung der Nähe zu den BürgerInnen. Erhebungen zeigten, daß Ländern und Gemeinden mehr Vertrauen entgegengebracht werde als dem Bund oder der Europäischen Union.

Das europäische Primärrecht überbrückt laut Buchmann einen scheinbaren Gegensatz zwischen dem föderalen Denken und der europäischen Integration durch das Konzept der Subsidiarität, wonach die jeweils übergeordnete Ebene nur dann subsidiär tätig zu



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Bundesratsvizepräsident
Christian Buchmann (ÖVP)

werden hat, wenn die jeweils untergeordnete Ebene eine Aufgabe selbst nicht erfüllen kann. Die nationalen Parlamente seien ständig gefordert, diese abstrakte Konzeption mit Leben zu erfüllen. Gerade der österreichische Bundesrat nehme diese Aufgabe intensiv wahr, betonte Buchmann. Er schloß sein Statement mit einem Bekenntnis zu den Werten der Grundrechtsdemokratie, die er als „europäisches Gemeingut“ definiert. „Die Republik Österreich wie die Europäische Union bekennen sich zur Grundrechtsdemokratie. Seit 75 Jahren sichert sie in Österreich sozialen Frieden und fairen Interessenausgleich“, erklärte Buchmann.

Nationalratspräsident Sobotka: Demokratie muß die Digitalisierung bewältigen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka schloß die Festversammlung mit Dankesworten an die RednerInnen. Er wolle in Erinnerung rufen, daß die Demokratie nicht nur das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit einfordere, sondern auch eine besondere Form der poli-

tischen Kommunikation erfordere. Um zu gelingen, müsse die politische Diskussion offen, manchmal auch konfrontativ, aber immer kompromissbereit sein. Sobotka sieht hier besonders die Herausforderungen der Digitalisierung sowie die der Herstellung eines faktenorientierten Diskurses.

Noch sei der endgültige Rahmen für die Digitalisierung in der politischen Kommunikation nicht gefunden worden, gab der Nationalratspräsident zu bedenken. Viele Entwicklungen, wie Big Data, werfen offene Fragen auf. Erkennbar sei aber auch, daß der Zugang zur Politik niederschwelliger und daß die Transparenz politischer Entscheidungen und Ansichten höher geworden sei.

Die Digitalisierung sei jedoch keine einfache Übertragung des Analogenen, sie bedeute einen fundamentalen Kulturwandel, der auch zerstörerisches Potenzial haben könnte, warnte Sobotka. Er rief dazu auf, sich den Problemen zu stellen, die aus den sozialen Medien, ihren Echokammern, Filterblasen, Verschwörungstheorien und der hemmungslosen Verbreitung von Haß im Netz entstehen. Für ein wichtiges Gegenmittel hält Sobotka ein echtes historisches Bewußtsein. Dieses müsse der bedrohlichen Zunahme von Stereotypisierungen, Vorurteilen, Geschichtsklitterung, Haß, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entgegengesetzt werden. Zweifellos müsse die Demokratie in Zeiten der Digitalisierung weiterentwickelt werden. Das erfordere eine offene, direkte, faktenorientierte Kommunikation, die alle verschiedenen Zugänge, Überlegungen und Ideen in allen Medien und Formen für einen konstruktiven Diskurs respektiere und nütze. „Politische Kommunikation soll nicht aneinander vorbeireden, sondern das aufeinander Bezogene, das sich Austauschende unterstützen“, sagte Sobotka. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Hier können Sie die Festsitzung ansehen:

https://www.parlament.gv.at/MEDIA/play.shtml?GP=XVII&NR=10&ITYP=VER&NR_TEIL=1

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Die musikalische Untermalung der Festsitzung erfolgte durch das Tandem-Quintett

M. Kocher neuer Arbeitsminister

Nachfolger von BM Christine Aschbacher von Bundespräsident Van der Bellen ange-lobt – Bundeskanzler Kurz erfreut über weiteren Topexperten im Regierungsteam



Foto: BKA / Dragan Tatic

v.l.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Werner Kogler und Arbeitsminister Martin Kocher

Die coronabedingte Gesundheitskrise wird uns noch einige Monate massiv fordern“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 11. Jänner bei der Präsentation des Nachfolgers von Arbeitsministerin Christine Aschbacher im Bundeskanzleramt. „Neben all den Notmaßnahmen, die wir im Moment zur Bewältigung der Krise setzen müssen, im Gesundheitsbereich, im Arbeitsbereich, im Wirtschaftsbereich und auch am Arbeitsmarkt, neben all den Einschränkungen, den Wirtschaftshilfen und auch der Kurzarbeit wird es notwendig sein, in den nächsten Jahren alles zu tun, um Österreich wieder zu alter Kraft zurückzuführen: unsere Wirtschaft wieder zu stärken und möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen. Ich möchte das mit einem starken und kompetenten Team tun und ich freue mich daher, daß ich mit Martin Kocher einen zusätzlichen Topexperten für unser Team gewinnen konnte“, so Kurz, der sich bei Christine Aschbacher für deren ausgezeichnete Arbeit bedankte (sie war wegen Plagiatsvorwürfen ihrer Dissertation am 9. Jänner zurückgetreten (Anm. d. Red.). Die Agenden Familie und Jugend werden an Bundesministerin Susanne Raab übergeben.

Mit Martin Kocher, Direktor des Instituts für höherer Studien IHS, übernehme ein Professor für Wirtschaftswissenschaften und vor allem ein international anerkannter Experte die wichtige Aufgabe des Arbeitsministers. Wirtschaft und Beschäftigung würden die wesentlichen Themen der nächsten Monate und Jahre sein. Insofern sei die Expertise von Kocher eine unglaubliche Bereicherung für das Regierungsteam. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit, so Kurz.

Kocher: Auswirkungen der Pandemie möglichst geringhalten, Standort Österreich stärken...

Martin Kocher bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen: Er habe seine Aufgabe als Wissenschaftler und Experte am IHS sehr gerne ausgeübt, nun sei es aber wichtig, Verantwortung zu übernehmen: „Wir sind in der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Wirtschaftskrise, ausgelöst durch eine Pandemie, hat einen hohen Stand der Arbeitslosigkeit ausgelöst, viele Menschen sind in Kurzarbeit. Das ist eine große Herausforderung für den Arbeitsmarkt. Umso wichtiger ist es Expertise einbringen zu können und die großen Aufgaben

am Arbeitsmarkt begleiten zu dürfen.“ Der am 11. Jänner von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobte Arbeitsminister nannte drei große Herausforderungen: Zunächst die Bewältigung der Pandemie und damit einhergehend die Abfederung von Arbeitslosigkeit. Es werde bis zum Sommer darum gehen, die akute Krise zu begleiten und die Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Danach gelte es Beschäftigung zu schaffen: „Jeder Arbeitsplatz, den wir schaffen können wird helfen die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Die aktuelle Prognose des IHS sagt, daß die Arbeitslosigkeit 2024 noch auf einem höheren Niveau sein wird als 2019. Das Ziel wird sein, eine bessere Rückkehr zur Beschäftigung zu finden und den Standort Österreich zu stärken“, so Kocher.

Der dritte Bereich betreffe die Zukunft der Arbeit: Digitalisierung, Strukturwandel und Fachkräftemangel würden in den nächsten Jahren die Arbeitsmarktpolitik beschäftigen. Die Coronapandemie habe diese Entwicklung beschleunigt. Abschließend bedankte sich Kocher beim Bundeskanzler und betonte, daß er sich auf die Zusammenarbeit freue. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

75 Jahre Ernennung Leopold Figls zum Bundeskanzler

»Leopold-Figl-Saal« zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Zweiten Republik

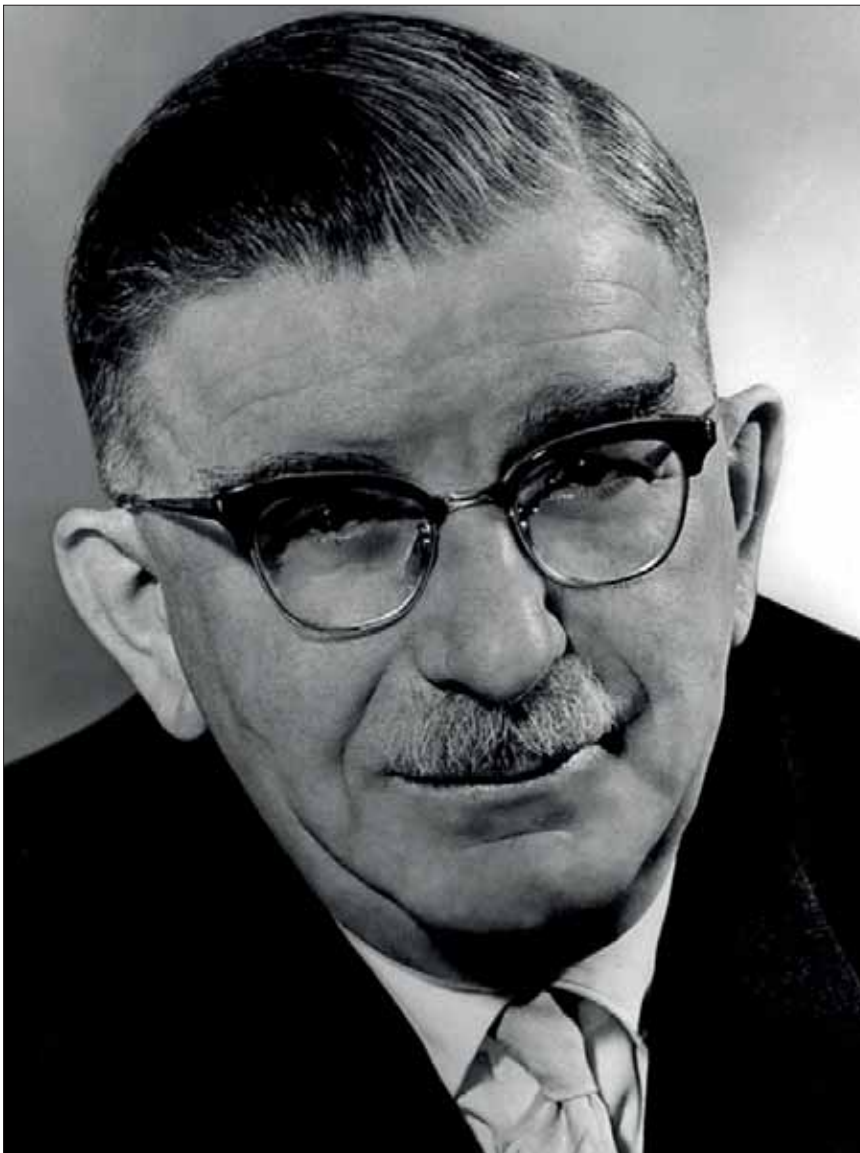


Foto: BKA / BPD

Leopold Figl Bundeskanzler der Republik Österreich vom 20. Dezember 1945 bis 2. April 1953

Am 20. Dezember 2020 jährte sich zum 75. Mal die Ernennung von Leopold Figl zum Bundeskanzler. Anlässlich des Jubiläums lud Bundeskanzler Sebastian Kurz dessen Tochter Anneliese Figl ins Bundeskanzleramt ein. „Leopold Figl hat Großes für unser Land geleistet. In den dunkelsten Stunden unserer Geschichte hat ihn nie der Mut verlassen, für seine Überzeugungen zu kämpfen, auch nicht, als er von den National-

sozialisten ins Konzentrationslager gebracht und dort mehrfach schwer mißhandelt wurde. Figl hat durch seinen unbändigen Willen, seine Courage und seinen unerschütterlichen Glauben an Österreich vielen in den schwersten Stunden unserer Geschichte Orientierung und Mut gegeben. Dafür und für seinen Einsatz für ein freies und geeintes Österreich sind wir ihm zu tiefstem Dank verpflichtet“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Figl, erster Bundeskanzler der Zweiten Republik, unterzeichnete im Jahr 1955 als Außenminister für Österreich den Staatsvertrag und war darüber hinaus Nationalratspräsident und Landeshauptmann von Niederösterreich. Seine politische Karriere ist untrennbar mit den politisch bedeutenden Anfangsjahren der Zweiten Republik verbunden. Als Staatsmann, Politiker und Mensch machte er sich nach 1945 um den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Wiederherstellung der Demokratie und die Selbstständigkeit unseres Landes verdient. Sein Wirken hat Österreich maßgeblich geprägt.

Zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Zweiten Republik und seine Leistungen um den Wiederaufbau Österreichs wird der Steinsaal im Bundeskanzleramt zukünftig den Namen „Leopold-Figl-Saal“ tragen.

Am 20. Dezember 1945 wurde er von Bundespräsident Karl Renner als erster Bundeskanzler der Zweiten Republik angelobt. In seiner Regierungserklärung vor dem Nationalrat, einen Tag später, am 21. Dezember 1945, führte er aus: „Es wird heuer leider kein Weihnachten sein, so wie wir es gerne haben möchten. Auf den Christbäumen, so wir welche haben, wird ein schönes Päckchen voll Sorgen hängen. Trotzdem wollen und dürfen wir an diesem Weihnachtsabend, wo zum ersten Mal wieder die Kerzen in einem neuen demokratischen Österreich leuchten, [...] versprechen, daß wir [...] Stück um Stück und Stein um Stein gemeinsam [...] zusammenlegen können für den Neuaufbau unseres geliebten Österreichs. [...] Und nun wollen wir an die Arbeit gehen.“

Es handelte sich wohl um eine der berührendsten Reden eines Bundeskanzlers. Es war ein Versuch, den Menschen in Zeiten der bittersten Not ein wenig Zuversicht zu schenken.

Im Jahr 1955 hingegen verzeichnete Leopold Figl als Außenminister der Regierung Raab seinen wohl größten politischen Erfolg. Die Wiederherstellung der vollständigen österreichischen Souveränität war nicht nur ein historisches Ereignis, sondern ist

Innenpolitik

Foto: Bundeskanzleramt / Dragan Tatic



Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Anneliese Figl im nunmehrigen „Leopold-Figl-Saal“

maßgeblich mit der Herausbildung einer österreichischen Identität verknüpft. 1945 und 1955 – zwei völlig verschiedene Situationen, die doch eines vereint: Der Glaube an Österreich, der zum Lebensinhalt Leopold Figls und schließlich zum Grundkonsens der Zweiten Republik wurde.

Dieses, sein frühes Eintreten für die Unabhängigkeit Österreichs und seine entschiedene anti-nationalsozialistische Haltung hätte Leopold Figl beinahe mit seinem Leben bezahlt. Bereits kurz nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich wurde er mit einem der ersten „Prominententransporte“ ins Konzentrationslager Dachau deportiert und in Folge bis 1943 in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg interniert. Nach einer zwischenzeitlichen Freilassung 1943 wurde er wegen seiner illegalen Tätigkeit im Zusammenhang

mit seinem Bemühen um die Schaffung politischer Strukturen für die Zeit nach dem NS-Regime neuerlich inhaftiert und kam in das Konzentrationslager Mauthausen. 1945 erlebte er das Kriegsende und die Befreiung Wiens in der Todeszelle des Wiener Landesgerichts. All das konnte Leopold Figls Bekenntnis zu Österreich nicht brechen, sondern hat es im Gegenteil gestärkt. Nur 11 Tage nach seiner Entlassung aus der Todeszelle gründete er gemeinsam mit Leopold Kunschak, Hans Pernter, Lois Weinberger, Felix Hurdes und anderen am 17. April 1945 die Österreichische Volkspartei. Am 27. April hatte er Anteil an der Mitbegründung der Zweiten Republik und führte die Regierungsfraktion seiner Partei in der Provisorischen Staatsregierung an.

Leopold Figl zählt zu den bedeutendsten Symbolfiguren in der Geschichte Öster-

reichs. Zu den ersten Opfern des Nationalsozialismus gehörend, trug er seinen Anteil zur Befreiung Österreichs im Widerstand gegen dieses Regime bei. Er steht für ein ungeheures Engagement in den schwierigsten Zeiten des Wiederaufbaus und für den Kampf um die volle Unabhängigkeit Österreichs, aber auch für die Zusammenarbeit der großen politischen Kräfte. All das machten ihn bereits zu Lebzeiten zu einem der beliebtesten und populärsten Politiker der Zweiten Republik.

Die prägendsten Momente im Leben von Leopold Figl – die oft auch Schicksalstage für Österreich waren – zeigen: Leopold Figl hat für Österreich gelitten, gekämpft und gearbeitet. Sein Leben war geprägt von einem aufopferungsvollen Einsatz für ein demokratisches und freies Österreich. Sein Wirken prägt die Zweite Republik, auch heute noch. Seine Persönlichkeit ist unvergesslich in der Geschichte und tief in der Erinnerung Österreichs verankert.

Erinnerungen an Leopold Figl

Anlässlich der Ausstellung „Figl von Österreich“, die vom damaligen Landeshauptmann Ewin Pröll eröffnet wurde und von 19. April bis 26. Oktober 2015 im Museum Niederösterreich zu sehen war (siehe „Österreich Journal“, Ausgabe 142, S. 15 und 16) http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_142.htm erschien im Blog des Museum Niederösterreich ein leserwörter und mit vielen Bildern illustrierter Beitrag über das Leben von Leopold Figl, verfaßt vom Zeit- und Augenzeugen Medizinalrat Univ.Prof. Ivo Fischer. ■

<https://www.museumnoe.at/de/das-museum/blog/erinnerungen-1>
<https://www.museumnoe.at/de/das-museum/blog/erinnerungen-2>
 Quellen: Bundeskanzleramt, Parlamentskorrespondenz

Dipl.-Ing. DDDr. h.c. Leopold Figl

02.10.1902	geboren in Rust im Tullnerfeld	20.12.1945 – 02.04.1953 Bundeskanzler	1933	Direktor des Niederösterreichischen Bauernbunds und
09.05.1965	gestorben in Wien	27.04.1945 – 20.12.1945 Staatssekretär ohne Portefeuille	1931	dessen Stellvertretender Direktor
Beruf:	Agraringenieur, Bauernbunddirektor	<i>Politische Funktionen</i>	1927	Sekretär des Niederösterreichischen Bauernbundes
<i>Politische Mandate</i>		1934–1938 Mitglied des Bundeswirtschaftsrats	<i>Bildungsweg</i>	
19.12.1945 – 09.05.1965	Abgeordneter zum Nationalrat (V.–X. GP), ÖVP	Mitbegründer der ÖVP	Hochschule für Bodenkultur in Wien	
09.06.1959 – 05.02.1962	Präsident des Nationalrats	1945–1952 Bundesparteiobmann der ÖVP	Gymnasium in St. Pölten	
26.11.1953 – 09.06.1959	Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt	1945 sowie 1962–1965 Landeshauptmann von Niederösterreich	Volksschule in Rust im Tullnerfeld	
		<i>Beruflicher Werdegang</i>	<i>Sonstiges</i>	
		1943 Bauingenieur bei einer niederösterreichischen Baufirma	Politische Freiheitsstrafen	
		1937 Reichsbauernbunddirektor 1937	1938–1943 in mehreren Konzentrationslagern interniert,	
			1944–1945 verhaftet unter Hochverratsanklage	

Neujahrsbotschaft von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

»Im Jubiläumsjahr geht es um die Zukunft des Burgenlandes«

Das Jahr 2021 wird im Burgenland stark vom Jubiläum „100 Jahre Burgenland“ geprägt sein. In vielfacher Form wird es eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes geben. „Es ist beeindruckend, wie sich unser Land mit diesen schwierigen Voraussetzungen so erfolgreich entwickeln konnte“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in seiner Neujahrsbotschaft. Als einen wesentlichen Grund dafür sieht er „den besonderen Zusammenhalt, der das Burgenland schon immer geprägt hat“. Man werde sich im Jubiläumsjahr aber nicht mit dem Blick zurück begnügen. „Wir werden in erster Linie nach vorne blicken und Projekte vorantreiben, die nachhaltig und gut für das Land und die Menschen sind. Im Jubiläumsjahr geht es um die Zukunft des Burgenlandes.“ Das Burgenland werde mit seinen Stärken auch die Herausforderungen des neuen Jahres bewältigen.

2021 wird es eine ganze Reihe von Projekten und Initiativen geben, die sich dem Jubiläum „100 Jahre Burgenland“ widmen. Den Auftakt bildete der ORF-Film „Happy Birthday, Burgenland! 1921-2021“, der am 1. Jänner in der Pause des Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker einem weltweiten Millionenpublikum gezeigt wurde. Für den Sommer ist die Eröffnung der Jubiläumsausstellung auf Burg Schlaining vorgesehen, für November ein einmaliger Landesfeiertag mit dem offiziellen Festakt der Landesregierung.

Der Landeshauptmann: „2021 wird für uns alle ein ganz besonderes Jahr, das Burgenland feiert seinen 100jährigen Geburtstag. Das bietet nicht nur die Gelegenheit, respektvoll zurück zu blicken. Das neue Jahr wird vielmehr ein Startschuß und eine Motivation sein, um Impulse und Initiativen zur positiven Weiterentwicklung in verschiedensten Bereichen wie Beschäftigung, Soziales, Jugend, Kultur oder Bildung zu setzen.“ Ganz wichtig sei ihm auch, „daß in diesem Jahr das Miteinander im Land weiter gestärkt wird“.

Das Jubiläumsjahr gebe auch Anlaß, „all jenen Menschen zu danken, die den erfolgreichen Weg des Burgenlandes vom Schlußlicht zur Aufstiegsregion, wie wir sie heute



Foto: Landesmedienervice Burgenland / Andi Bruckner

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

sehen, ermöglicht haben“. Und: „Das, was wir in das Jahr 2021 auf jeden Fall mitnehmen sollten, ist eine positive Einstellung und den Zusammenhalt, der das Burgenland stets geprägt hat. Ich glaube das macht das Burgenland grundsätzlich aus und speziell in so einer Situation ist das ganz wichtig.“

Gerade das Jahr 2020 habe auch deutlich gemacht, „wer die wahren Leistungsträger in unserer Gesellschaft sind“, so der Landeshauptmann weiter. Die MitarbeiterInnen im gesamten Gesundheits- und Sozialbereich, in den Pflegeheimen und Spitälern, im Handel und bei der Versorgung der Bevölkerung, in den Rettungs-, Hilfs- und Einsatzorganisationen und auch in vielen anderen Bereichen „haben in der Krise Enormes geleistet“. Dieser Einsatz verdiene Dank, Respekt und Anerkennung.

Vor allem durch die anlaufenden Covid-19-Impfungen bestehe die Chance, die Gesundheitskrise zu bewältigen. Das Land werde zu den Impfungen Anfang des Jahres eine eigene Informationsoffensive starten, „damit es eine umfassende, objektive und transparente Aufklärung der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Impfungen gibt“. Doskozil: „Auch wirtschaftlich versuchen wir im Burgenland natürlich weiterhin, diese Krise so gut wie möglich abzufedern. Dafür hat das Land von Beginn an unterstützende Maßnahmen eingeleitet. Sei es das Bonusticket, die Verlängerung des Handwerkerbonus

oder der Härtefallfonds sowie Haftungsübernahmen für heimische Betriebe.“

Das Burgenland habe mit dem „Zukunftsplan Burgenland“, dem Arbeitsprogramm der Landesregierung, noch vor Ausbruch der Pandemie den Fokus auf die Bereiche Gesundheit, Soziales und Pflege gerichtet: unter anderem mit dem „Masterplan Burgenlands Spitäler“, mit Maßnahmen für die medizinische Versorgung vor Ort, mit dem Mindestlohn, mit dem Ausbau des Pflegeangebots und der Anstellung pflegender Angehöriger. „All diese Maßnahmen machen das Burgenland zu einem sozialen Vorzeigeland“, betont Doskozil. Die im „Zukunftsplan Burgenland“ festgelegten Maßnahmen sollen auch 2021 mit Hochdruck umgesetzt werden.

Ein Fokus werde auch darauf gerichtet sein, die Wirtschaft im Burgenland anzukurbeln. „Wir haben eine konsequente Förderunterstützung für unsere Klein- und Mittelbetriebe, setzen auf eine aktive Ansiedlungspolitik für neue Unternehmen. Ein wichtiger Schritt, um strukturschwache Regionen zu beleben, ist die Dezentralisierung von Landeskompetenzen, die vor allem unsere Regionen stärken soll.“ Zudem werde der Burgenländische Handwerkerbonus für 2021 verlängert und das Bonusticket für den Tourismusbereich auch im nächsten Jahr implementiert. Der Landeshauptmann weiter: „Außerdem wird sich das Land bei Unternehmen, die durch die Krise kurzzeitig in Schieflage geraten, beteiligen, wenn eine positive Zukunftsprognose besteht – auch so können wir Arbeitsplätze und Wirtschaft schützen.“

Neujahrswünsche

Der Landeshauptmann sagte abschließend: „Auch wenn dieser Jahreswechsel nicht wie sonst begangen werden kann, wünsche ich allen Burgenländerinnen und Burgenländern einen guten Start ins Jubiläumsjahr 2021, ein erfolgreiches Jahr und vor allem Gesundheit. Ich bin davon überzeugt, daß das Burgenland mit seinen Stärken, durch ein gelebtes Miteinander auch die kommenden Herausforderungen bewältigen kann.“ ■

Vorwärts Burgenland

Neues Instrument zur Stärkung der burgenländischen Wirtschaft – Landesrat Schneemann: »Sichern Arbeitsplätze im Burgenland ab und stellen heimischen Betrieben frisches Kapital zur Verfügung«

Das Land Burgenland hat auf Initiative von Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann in Kooperation mit der Wirtschaftsagentur Burgenland ein neues eigenkapitalstärkendes Instrument für burgenländische Unternehmen ins Leben gerufen. Das Beteiligungsmodell „Vorwärts Burgenland“ ermöglicht neue, temporäre Beteiligungsmodelle, um jene Unternehmen, die durch die Krise schwer belastet wurden, mit notwendigem Kapital auszustatten. Zielgruppe sind Klein- und Mittelunternehmen (Kapitalgesellschaften) mit Sitz im Burgenland. In Ausnahmefällen kann auch in Großunternehmen investiert werden. „Wir müssen und möchten mit dieser Maßnahme Arbeitsplätze im Burgenland absichern und den heimischen Betrieben frisches Kapital zur Verfügung stellen. Damit wird gewährleistet, daß unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und gut und sicher durch die Krise kommen und danach wieder voll durchstarten können. In der ersten Phase werden drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wir werden unbürokratisch und schnell im Sinne der burgenländischen Wirtschaft agieren“, so Schneemann.

Die Covid-Krise hat der österreichischen und natürlich auch der burgenländischen Wirtschaft einen massiven Schaden zugefügt. Es handelt sich um die wirtschaftlich folgenreichste Krise der Geschichte. Dennoch ist die Wirtschaft im Burgenland durch viele ergriffenen Maßnahmen besser als andere Bundesländer durch die Pandemie gekommen. Vor allem die Unterstützungspakete der Wirtschaftsagentur Burgenland haben hier wichtige Impulse geboten.

Die Hilfsprogramme des Bundes, vor allem die Haftungsprogramme für die Betriebe haben die Liquidität vieler Unternehmen zwar stabilisiert und aufrecht gehalten, dennoch haben sich durch diese Maßnahmen die Schuldenstände der Unternehmen stark erhöht und die Eigenkapitalquoten massiv belastet. Um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der burgenländischen Betriebe weiterhin aufrecht zu halten, besteht im Bereich der Eigenkapitalausstattung akuter Handlungsbedarf.

Zielgruppe der gegenständlichen Maßnahme sind burgenländische Unternehmen



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann (Mitte) stellte gemeinsam mit den Geschäftsführern der Wirtschaftsagentur Burgenland, Harald Zagiczek (r.) und Michael Gerbavits (l.), das neue Instrument zur Stärkung der burgenländischen Wirtschaft vor.

mit positiven Zukunftschancen, die aufgrund der Corona-Krise einen kurzfristigen Finanzmittelbedarf haben, der nur mit Überbrückungshilfen von Land und Bund kurzfristig abgedeckt werden konnte, die jedoch für die nachhaltige Unternehmensentwicklung Bedarf an der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung haben.

Diese Stärkung der Eigenkapitalbasis ermöglicht es burgenländischen Unternehmen auch zusätzliches Fremdkapital aufzunehmen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Das Land Burgenland hilft mit gegenständlicher Maßnahme besonders effizient, weil die Hebelwirkung bei Eigenkapital besonders groß ist (1 Euro Eigenkapital kann bis zu 4 Euro Fremdkapital auslösen).

Burgenländischen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus sämtlichen Branchen sollen mit Eigenkapital bzw. eigenkapitalähnlichen Mitteln („atypisch stille Beteiligungen“), deren nachhaltige Existenz aufgrund der aktuellen Corona-Krise gefährdet ist, unterstützt werden.

Viele Unternehmen sind nach der Phase der Überbrückung nicht in der Lage, im abgelaufenen sowie im aktuellen Geschäftsjahr entgangene Umsätze und Erträge aufholen zu können und sind in diesen – von der Co-

rona-Krise geprägten – Geschäftsjahren im Zusammenhang mit der Bilanzerstellung vielfach mit Bedarf an eigenkapitalstärkenden Maßnahmen konfrontiert. Zur langfristigen Stabilisierung von burgenländischen KMU und der damit verbundenen Absicherung von Arbeitsplätzen ist daher als flankierende Maßnahme die Implementierung des Beteiligungsmodells „Vorwärts Burgenland“ geplant. Darüber hinaus soll durch die spezifische Ausgestaltung der gegenständlichen beihilfenfreien Maßnahme auch in Unternehmen investiert werden, die sich in Restrukturierungssituationen befinden, wobei hier oft bereits mit geringen Eigenkapital-Beträgen die Bilanzrelationen so geändert werden können, daß weiteres Kapital (Kredite, aws, Wirtschaftsagentur Burgenland, etc.) in das Unternehmen geholt werden kann.

Ausgestaltung der Maßnahme

Das Beteiligungsmodell „Vorwärts Burgenland“ wurde auf Initiative von LR Leonhard Schneemann und der Wirtschaftsagentur Burgenland ins Leben gerufen und wird von der ATHENA Burgenland Beteiligungen AG verwaltet, welche im Besitz der Wirtschaftsagentur steht. Durch die Anwendung des market-investor-principles – man agiert

Land unterstützt Start in die Arbeitswelt

wie ein privater Investor – ist die gegenständliche Maßnahme beihilfefrei und muß daher nicht auf Förderungen der öffentlichen Hand angerechnet werden. Die jeweiligen Finanzierungsbedingungen sollen auf Basis eines standardisierten Rating-Prozesses ermittelt werden („aws-Rating-tool“). Es sollen Transaktionen mit einem Volumen von 50.000 bis zu 500.000 Euro realisiert werden.

In einem ersten Schritt stellt das Land Burgenland für die Implementierung von „Vorwärts Burgenland“ Kapital in der Höhe von 3 Millionen Euro zur Verfügung.

Finanzierungsinstrument

Zielgruppe sind Klein- und Mittelunternehmen (Kapitalgesellschaften) mit Sitz im Burgenland. In Ausnahmefällen kann auch in Großunternehmen investiert werden.

Zur Wahrung der Eigenkapitalqualität beträgt die Laufzeit der nachrangigen Finanzierungen bis zu 10 Jahre (endfällige Tilgung) und die Verzinsung wird neben einem fixen Basiszinssatz auch eine erfolgsabhängige Komponente umfassen. Die Beteiligungshöhe beträgt je nach Zielgruppe zwischen 50.000 und 500.000 Euro. Die Vertragsgestaltung erfolgt weitgehend standardisiert. ATHENA Burgenland wird Zielunternehmen zusätzlich im Bereich der strategischen Entwicklung und im Finanzbereich beratend unterstützen. Es sind keine Sicherheiten seitens der Zielunternehmen bereitzustellen.

„Wir wurden im September 2020 von der burgenländischen Landesregierung beauftragt, die Effizienz der burgenländischen Wirtschaftsförderung zu steigern. Ein wesentlicher Geschäftsbereich dazu umfaßt die Bereitstellung von Risikokapital, dem tragen wir Rechnung. Es wurde eine eigene Website eingerichtet wo, Burgenländische Unternehmen entsprechende Anträge an das Fond Management richten können.

Nach erfolgter Kontaktaufnahme und Zurverfügungstellung von entsprechenden Unternehmensdaten wird das Geschäftsmodell analysiert. Nach positiver Entscheidung durch den Aufsichtsrat kommt es zur Vertragsgestaltung und zur Umsetzung der Finanzierung. Bei entsprechender Informationsqualität kann dieser Prozeß innerhalb von zwei bis drei Monaten realisiert werden“, erklären die Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Harald Zagiczek und Michael Gerbavits. ■

<https://www.vorwaerts-burgenland.at/>
<http://www.athena-bgld.at/>



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Doskozil und Arbeitsmarktlandesrat Schneemann beschlossen kräftige Förderimpulse für die Berufsorientierung und für überbetriebliche Ausbildungsplätze

Welchen Berufsweg soll ich einschlagen? Diese Frage stellen sich viele Jugendliche und junge Erwachsene nach dem Ende ihrer Schullaufbahn. Um diesen Personen zu helfen, ihren beruflichen Weg zu finden, gibt es eine Berufsorientierung. Hier wird mit Unterstützung von professionellen TrainernInnen ein individuell passendes Berufsbild erarbeitet und anschließend eine Ausbildungsmöglichkeit gesucht und vermittelt. Sie ist somit auch der erste Schritt in eine überbetriebliche Ausbildung, die für jene Jugendlichen angeboten wird, die keine für sie geeignete Lehrstelle finden können. Sowohl für die Berufsorientierung in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt und Oberpullendorf als auch für überbetriebliche Ausbildungsangebote in diesen Bezirken wurden in der letzten Regierungssitzung des Jahres kräftige Förderimpulse beschlossen, gaben Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Arbeitsmarktlandesrat Leonhard Schneemann bekannt. „Insgesamt werden rund 4 Millionen Euro in diese beiden Angebote investiert – rund 3,3 Mio. € für überbetriebliche Ausbildungsplätze und rund 700.000 € für die Berufsorientierung. Dabei werden jeweils 60 Prozent durch EU-Gelder getragen“, erklärt der Landeshauptmann. „Durch diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme bieten wir den jungen BurgenländerInnen eine große Stütze am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn. Damit bieten wir eine Starthilfe auf ihrem Weg und generieren gleichzeitig hochqualifizierte Fachkräfte, die das Land und die Wirtschaft dringend benötigen“, führt Schneemann aus.

„Vor allem in der derzeitigen Krisensituation, die mit Kurzarbeit und Kündigungen verbunden ist, müssen die Jugendlichen bei ihren ersten Schritten am Arbeitsmarkt bestmöglich unterstützt werden. Denn die Lehrlinge von heute sind die Fachkräfte von morgen. Sie sind das Rückgrat der heimischen Wirtschaft“ erklären Doskozil und Schneemann unisono. Im November kamen 111 Lehrstellensuchende auf 99 offene Lehrstellen – vor allem aufgrund der Diskrepanz zwischen angebotenen und gewünschten Lehrstellen sowie der regionalen Verteilung der offenen Lehrstellen. „Die Situation am heimischen Lehrstellenmarkt gestaltet sich aktuell nicht so dramatisch wie zu Beginn der Krise erwartet. Dennoch müssen wir alles daran setzen, die angehenden Lehrlinge in der Berufswahl zu unterstützen, um eine negative Entwicklung zu verhindern,“ ergänzen Landeshauptmann und Landesrat.

Mit der seitens des Landes geförderten Berufsorientierung sollen insgesamt 171 TeilnehmerInnen gemeinsam mit professionellen TrainerInnen einen Karriereplan zur Erreichung der individuellen Berufswünsche erstellen. Die Maßnahme dauert insgesamt zehn Wochen und schließt praktische Arbeiten mit ein. Zudem wurden überbetriebliche Ausbildungsplätze für insgesamt 133 Lehrlinge geschaffen. Das Burgenland wird in beiden Fällen regional in sieben Losen, die den politischen Bezirken entsprechen, unterteilt. In den Bezirken Neusiedl/See und Eisenstadt wird diese vom Land geförderte Maßnahme vom WIFI Burgenland abgewickelt und im Bezirk Oberpullendorf vom BUZ Neutal. ■

Zentrale Vorhaben für 2021

Landesrat Dorner: attraktivere Wohnbauförderung, günstigeres Bauland und Ausbau E-Mobilität – Wollen aus der Krise herausinvestieren und das Leben für die BurgenländerInnen leistbarer machen

Die Bilanz des abgelaufenen Jahres und die Schwerpunkte für 2021 präsentierte Landesrat Heinrich Dorner am 28. Dezember bei einem Pressegespräch. Mit einem Budget von 190 Mio. Euro für Infrastrukturinvestitionen und einer Reihe von Sofortmaßnahmen etwa im Bereich der Wohnbeihilfe sei man gut durch die Coronakrise gekommen. „Aus der Krise herausinvestieren – das stand und steht für uns in vielen Bereichen im Vordergrund. Deshalb haben wir für 2021 viele Maßnahmen geplant und auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu stärken und anzukurbeln und das Leben für die Burgenländerinnen und Burgenländer leistbarer zu machen und so die Lebensqualität im Land zu erhöhen“.

Schwerpunkte für 2021 sind die weitere Attraktivierung der Wohnbauförderung, die Fortführung des Erfolgsprojekts Handwerkerbonus, die Novelle des Raumplanungsgesetzes im Hinblick auf die Mobilisierung von Bauland sowie eine Photovoltaik- und eine E-Mobilitäts-Offensive. Beim Öffentlichen Verkehr erwartet sich der Landesrat vom Bund eine Richtungsänderung: „Der Ausbau des Angebots muß Vorrang haben vor dem 1-2-3-Ticket.“ Das fordern fast drei Viertel der Burgenländer – dem muß endlich Rechnung getragen werden.“

Fast 190 Mio. Euro, um 30 Mio. Euro mehr als 2019, wurden heuer in die Infrastruktur investiert; trotz der Lockdowns habe man alle Baumaßnahmen des Landes planmäßig umsetzen können. „Damit wurden gerade in dieser schwierigen Phase die regionale Wirtschaft angekurbelt, lokale Betriebe unterstützt und Arbeitsplätze abgesichert und geschaffen“, betonte Dorner. Zu den wichtigsten Projekten 2020 zählen die großen ASFINAG-Projekte S7 und der Sicherheitsausbau der S31 ebenso wie die Instandhaltung des Landesstraßennetzes. 16 Mio. Euro flossen in den Hochwasserschutz.



Foto: Landesmedien Service Burgenland

Landesrat Heinrich Dorner

Unterstützung für Gemeinden bei großen Investitionsprojekten

Um Gemeinden bei großen Bauvorhaben zu unterstützen, wird unter dem Motto „Mehr Service für Gemeinden“ eine eigene Landesgesellschaft, die „Projektentwicklung Burgenland GmbH“, gegründet. Sie soll die Gemeinden bei Bauprojekten organisatorisch, planerisch und bei der Finanzierung unterstützen. Rund 80 Projekte wurden bereits gemeldet, etwa 20 davon sollen 2021 umgesetzt werden.

Auf Hochdruck wird derzeit an der Sanierung der Burg Schlaining gearbeitet, die 2021 als Ausstellungsort anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Burgenland“ im Mittelpunkt steht.

Raumplanungsgesetz für Baulandmobilisierung, leistbare Grundstückspreise

Bauland soll günstiger und der Bau eines Eigenheims leistbarer werden. Auf der Basis des neuen Raumplanungsgesetz sollen ungenutztes Bauland mobilisiert und leistbare Grundstückspreise definiert werden. „Mit fast 38 Prozent an unbebautem Bauland ist das Burgenland deutlich über dem Bundeschnitt von 23,5 Prozent und bundesweit an erster Stelle. Hier wollen wir gegen Steuern und Spekulation einen Riegel vorschieben“, verspricht Dorner. Vorgesehen ist eine Abgabe auf Bauland-gewidmete, für Häuslbauer

jedoch nicht verfügbar gemachte Grundstücke. Ausgenommen davon sind Grundstücke für den familieneigenen Bedarf.

Wohnbauförderung wird noch attraktiver

Mit 1. Jänner 2021 trat die Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes in Kraft – mit den Schwerpunkten Sanierung und Ökologisierung. Künftig gilt eine Darlehens-Fixverzinsung von 0,9 Prozent für 30 Jahre. „Das ist österreichweit einmalig“, freut sich Dorner. Deutlich verbesserte Förderquoten gelten künftig auch für die energetische Sanierung und für ökologisches Bauen. Bodenverbrauchssparendes Bauen, das Bebauen einer Baulücke im Ortsgebiet, wird ebenso höher gefördert wie Bauen in einer Abwanderungsgemeinde.

Handwerkerbonus – enormer Impuls für regionale Betriebe

Der Burgenländische Handwerkerbonus sei „ein effektives Unterstützungsinstrument für die heimischen Handwerksbetriebe und eine deutliche Entlastung für die Menschen in schwierigen Zeiten“. Der Bonus wurde 2020 nochmals ausgeweitet und der Förderpotopf von sechs auf elf Mio. Euro erhöht. Dorner: „Das ist ein positives Signal an die Wirtschaft und die BurgenländerInnen. Jedes Ansuchen, das die Förderkriterien erfüllt, wird auch bewilligt. Niemand soll durch die Finger schauen“, verspricht Dorner. Insgesamt werden so 55 Mio. Euro Auftragsvolumen für die Wirtschaft ausgelöst – das Fünffache der Fördersumme.

Gesamtverkehrsstrategie 2021 – Bevölkerung für Mix an Mobilitätsangeboten

Im Zuge der Erarbeitung der Gesamtverkehrsstrategie für das Burgenland wurde eine landesweite Befragung durchgeführt. Das Ergebnis bestätigte die Linie der Regierung klar: Die BurgenländerInnen wünschen sich einen Mix an Maßnahmen und Angeboten, der alle Formen der Mobilität – Individualverkehr, Öffis, Fahrräder – zu Fuß, berücksichtigt. Im Hinblick auf den Umweltschutz soll neben dem Ausbau des Öffent-

^{*) Anm.d.Red.: Ab dem Jahr 2021 soll es möglich sein, um drei Euro täglich in ganz Österreich alle öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen: 1 Euro für ein Bundesland, 2 Euro für drei Bundesländer und 3 Euro für neun Bundesländer, also im Rahmen des Jahrestickets bis zu 1.095 Euro. Es gibt aber noch einige Hürden zu überwinden...}

lichen Verkehrs der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität forciert werden. 2021 wird die E-Auto-Förderung auf 2.000 Euro verdoppelt und werden auch privat errichtete Wallboxen gefördert. Daneben werden in allen Bezirken öffentliche Landemöglichkeiten geschaffen. Für den Landesfuhrpark sollen künftig nur mehr E-Autos angeschafft werden.

BurgenländerInnen soll Alltagsradeln schmackhaft gemacht werden

Auch dem Wunsch der Bevölkerung nach einem durchgängigen Radwegenetz für den Alltagsradverkehr wird mit der Errichtung von Radbasisnetzen in allen Bezirken Rechnung getragen. Alltagsradeln soll so noch attraktiver werden – Dorner setzt dabei auch auf den E-Bike-Boom. Deshalb soll es die heuer erfolgreiche E-Bike Förderaktion, die 150 Euro pro E-Bike bei Kauf bei einem burgenländischen Händler vorsieht, auch 2021 geben.

Höchstmögliche Sicherheit auf den Straßen als Ziel

Größtmögliche Sicherheit im Straßenverkehr sollen Projekte wie der Sicherheitsausbau der S 31 und der S 4 sowie Instandhaltungsmaßnahmen und Sanierungen von Landes- und Gemeindestraßen gewährleisten. Im Zeichen von mehr Sicherheit will Dorner auch einen Fokus auf Schwerverkehrskontrollen legen und die Radarkontrollen intensivieren. Die Befragung im Rahmen der Gesamtverkehrsstrategie habe übrigens auch gezeigt, daß den Menschen bessere Verkehrsverbindungen wichtiger seien als günstigere Tickets für die Öffis. Diesbezüglich werde es in den nächsten Monaten Gespräche mit Bundesministerin Gewessler geben.

Task Force Neusiedler See entscheidet über künftige Maßnahmen

Im Hinblick auf den Schutz des Neusiedler Sees und des gesamten Naturraums in der Region wurden umfangreiche Studien durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen die fachliche Basis für die künftige Ausrichtung und Entscheidungen der von Dorner initiierten Task Force Neusiedler See bilden.

Feuerwehr und Zivilschutz

Im Bereich des Feuerwehrwesens stehen 2021 die Infrastruktur und die personelle und organisatorische Ausrichtung im Landesfeuerwehrverband auf der Agenda. Dazu will Dorner noch „Anpassungsgespräche“ mit dem Landesfeuerwehrerrat führen. Das neue



Foto: Bgfd, Landesmedienservice

Landesrat Heinrich Dorner, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Landtagsabgeordneter Ewald Schneckner, Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl, Wolfgang Werderits, Geschäftsführer Südburgenland-Bus, und Richard G. Senninger, Tourismus Stegersbach / Bad Tatzmannsdorf

Feuerwegesetz werde von den Feuerwehren positiv gesehen, die neuen Förderrichtlinien seien ein positives Signal an die Feuerwehren. Ab 2021 haben die über 17.000 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr im Burgenland zudem die Möglichkeit, ihre Feuerwehrkommandanten und deren Stellvertreter in den jeweiligen Gemeinden selbst zu bestimmen.

Sport: Bund muß sich besser mit Ländern und Verbänden abstimmen

Im Bereich Sport muß für Dorner 2021 vor allem eines deutlich besser werden: Die Zusammenarbeit zwischen Bund mit Ländern und Verbänden. „Die Bundesregierung hat leider allzu oft die notwendige Klarheit vermissen lassen, die Informationspolitik war in vielen Fällen mangelhaft. Gerade während der größten Gesundheitskrise muß die Abstimmung höchst professionell erfolgen. Hier gibt es auf Seiten des Bundes noch viel Luft nach oben“, betont der Landesrat.

Südburgenlandbus startet mit drei neuen Linien nach Graz

Die Verkehrsbetriebe Burgenland GmbH, ein 2020 gegründetes landeseigenes Unternehmen, startete am 11. Jänner, wie geplant, mit dem regulären Betrieb dreier neuer Buslinien zwischen dem Südburgenland und Graz. Passagiere können damit stressfrei die steirische Landeshauptstadt erreichen. „In rund 80 Minuten mit dem Bus aus dem Südburgenland nach Graz – damit ist es jetzt deutlich attraktiver, auf den Öffentlichen Verkehr umzusteigen. Mit dem Südburgenlandbus setzen wir seitens des Landes einen weiteren wichtigen Schritt, um unsere Pendler rasch und bequem von A nach B zu bringen. Das erwarten wir auch vom Bund: Das An-

gebot muß absoluten Vorrang vor günstigeren Ticketpreisen haben. Das ist auch der Wunsch von fast drei Viertel der Burgenländerinnen und Burgenländer. Hier muß auch die Verkehrsministerin endlich die richtigen Prioritäten setzen – und zwar im Sinne der Bevölkerung“, betonte der Verkehrslandesrat.

Die 20sitzigen Busse fahren von Mochendorf/Güssing (B1), Bad Tatzmannsdorf/Oberwart (B2) und Stegersbach (B3) weg. Der Fahrplan sieht an Werktagen von Montag bis Freitag - hin und retour - je sechs Kurspaare vor. Zusätzlich wird es je zwei Kurspaare an Sonn- sowie an Feiertagen vor Werktagen geben. „Die Busverbindung ist einerseits für den Tourismus in den Themenorten und im Uhdlerland wichtig, andererseits hilft diese Verbindung der Absicherung der Schulstandorte im Südburgenland, da auch Schülerinnen und Schüler befördert werden. Für Pendlerinnen und Pendler, aber auch für Studierende bringt diese Linie den Vorteil, daß der Lebensmittelpunkt im Südburgenland bleibt und somit der Abwanderung in der Region entgegengewirkt wird. Insgesamt ist die neue Buslinie also eine echte Bereicherung“, erklärte dazu Landtagspräsidentin Verena Dunst.

Teil des Verkehrsverbundes Ostregion

Der neue Südburgenlandbus ist Teil des Verkehrsverbundes Ostregion (VOR). Die Fahrscheine für B1, B2 und B3 können im Onlineshop und über die App des VOR, bei allen lokalen Bussen sowie in den neuen Bussen selbst gekauft werden.

Im Südburgenlandbus haben die Fahrgäste die Möglichkeit, mit der Bankomat- oder Kreditkarte zu bezahlen. ■

<https://www.suedburgenland-bus.at/>

Klimaschutz, Biowende und mehr Service für Gemeinden

Landesrätin Eisenkopf: »Wir konnten trotz der Coronapandemie vieles, was geplant war, umsetzen, und sind bei der Biowende auf gutem Weg«

Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf zog am 1. Februar bei einem Pressegespräch Bilanz ihres ersten Jahres in dieser Funktion und präsentierte die Arbeitsschwerpunkte für 2021. Es sei angesichts der weltweit bislang größten Gesundheitskrise ein höchst herausforderndes Jahr gewesen, die Coronapandemie habe Sofortmaßnahmen in vielen Bereichen notwendig gemacht. „Wir konnten trotzdem vieles, was geplant war, umsetzen“, erklärte Eisenkopf.

Sonderförderung für Alleinerziehende auch 2021

Hohen Zuspruch habe im Vorjahr die Sonderförderung für Alleinerziehende erhalten. Diese seien angesichts der Corona-Krise mit außergewöhnlichen Belastungen konfrontiert gewesen. „Wir haben im Juni die ursprünglich mit 100 Euro pro Kind veranschlagte Alleinerziehenden-Förderung auf 200 Euro verdoppelt und das maximale Haushaltsnettoeinkommen bei einem Elternteil auf 1700 Euro monatlich angehoben“, berichtete Eisenkopf. In Summe seien statt der budgetierten 35.000 Euro 65.000 Euro an 217 FörderwerberInnen ausbezahlt worden. „Das entspricht einer Unterstützung für insgesamt 325 Kinder.“ Durchschnittlich seien die Alleinerziehenden-Haushalte mit 298 Euro unterstützt worden. „Die Förderaktion wird 2021 fortgeführt“, kündigt die Frauenreferentin an. 45.000 Euro stehen dafür zur Verfügung.

16 Unternehmensgründungen von Frauen unterstützt

Unterstützung hat es im Vorjahr auch für Unternehmensgründungen im Rahmen des von Land und ESF geförderten Projektes „Gründen als Chance für Frauen“ gegeben. 16 Frauen haben damit den Schritt in die Selbständigkeit gewagt. Für heuer ist bereits der fünfte Durchgang des Projektes geplant.

Frauenhaus langfristig abgesichert

Corona und die Lockdowns hätten viele Frauen an ihre Belastungsgrenzen gebracht und vielfach zu häuslicher Gewalt geführt – was zu einem Run auf die Frauenberatungs-



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landeshauptmannstellvertreterin Astrid Eisenkopf präsentierte bei einem Pressegespräch ihre Bilanz für 2020 und die Schwerpunkte für 2021

stellen und das Frauenhaus zur Folge hatte. Bereits während des ersten Lockdowns sei vom Land eine Sonderförderung von 10.000 Euro für Hygiene- und Schutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt worden. Einen wichtigen Schritt zur langfristigen Absicherung des Frauenhauses habe man mit dessen Eingliederung in den psychosozialen Dienst des Landes gesetzt. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 540.000 Euro.

110 Mio. Euro Corona-Hilfspaket für Gemeinden

Von der Coronakrise stark betroffen waren und sind auch die Gemeinde- und Länderhaushalte. Bereits im April 2020 war deshalb ein 110 Mio. Euro-Gemeinde-Hilfspaket beschlossen worden. Mit Maßnahmen wie der Erhöhung des Kassenkredits, Darlehen für die laufende Verwaltung sowie Stundungen und Bedarfszuweisungen sei es gelungen, die Liquidität und Zahlungsfähigkeit der Gemeinden sicherzustellen.

Eigenes Gemeindeservicereferat

Um die Gemeinden bei den immer komplexeren Aufgaben auch fachlich zu unter-

stützen, kündigt Eisenkopf für 2021 die Schaffung eines Gemeindeservicereferats an. „Damit entsteht erstmalig ein eigenes Referat in der Landesregierung, das bei Anliegen und Fragen direkt und rasch helfen kann“. Neu installiert wurde auch eine Datenschutzbeauftragte für die Gemeinden, die die Kommunen auf mögliche Verletzungen der DSGVO überprüft und Maßnahmen zu deren Behebung empfiehlt.

Klimaschutz: Land geht mit gutem Beispiel voran

Im Vorjahr sei die Burgenländische Klima- und Energiestrategie präsentiert worden. „Von den 75 darin festgelegten Maßnahmen sind rund zwei Drittel bereits umgesetzt oder in Angriff genommen“, sagt Eisenkopf. Auf der Grundlage der 2020 beschlossenen Dienstwagenrichtlinie soll es etwa beim Land bei Neuanschaffungen nur mehr Fahrzeuge mit alternativem Antrieb geben.

»Raus aus Fossil« und mehr E-Autos als Ziel

Auch der Ausbau der Photovoltaik-Anlagen auf Dächern von Landes- und landesna-

hen Betrieben wurde vorangetrieben: Rund 1,4 MW werden mittlerweile so erzeugt. Für 2021 sind im eigenen Wirkungsbereich des Landes insgesamt weitere 900 KW-Peak geplant. Und aus dem Burgenländischen Ökoenergiefonds werden ein E-Mobilitätspaket und die Erweiterung des „Raus aus Öl“-Bonus zu „Raus aus Fossil“ gefördert. Die Verdoppelung der E-Auto-Ankaufsförderung von 1000 auf maximal 2000 Euro soll den E-Auto-Anteil deutlich erhöhen. Neu ist, daß nun auch gebrauchte E-Autos und erstmals auch private Lade-Wallboxen gefördert werden.

Das Burgenland soll Bio-Vorzeigeland werden

„Wir konnten innerhalb eines Jahres die Bioflächen im Burgenland um über 9 auf 37 Prozent erhöhen. Damit haben wir österreichweit die höchste Steigerungsrate“, sieht Eisenkopf auch die Biowende auf gutem Weg. Seit Beginn der Coronakrise sei die Nachfrage nach Bioprodukten um 20 Prozent gestiegen.

„Das zeigt: Die Menschen wollen biologische Lebensmittel. Die Biowende hat daher oberste Priorität in den kommenden Jahren“. Heimische Landwirte erhalten für den Umstieg auf biologische Wirtschaft eine Förderung bis zu 15.000 Euro. „Der Zustrom war enorm, insgesamt wurden 180 Anträge eingereicht, sodaß wir die Mittel mehrmals aufgestockt haben.“ Um das ambitionierte Ziel des Bioflächenanteils von 50 Prozent bis 2027 zu erreichen, bedürfe es allerdings noch großer Anstrengungen und vieler Aufklärung. Ab dem Halbjahr 2021 wird das Land deshalb die Bio-Beratung in Ergänzung zu jener der Landwirtschaftskammer auch selbst durchführen.

Bio-Vermarktungsgesellschaft wird aufgebaut

Für 2021 kündigt Eisenkopf den Aufbau einer eigenen Bio-Vermarktungsgesellschaft an. „Damit wollen wir neue Marktchancen für die heimischen Landwirte schaffen und die nachhaltige Versorgung der Bevölkerung mit biologischen und regionalen Lebensmitteln sichern“. Durch den Wegfall von Zwischenhändlern könnten so hochwertige Bio-Produkte zu fairen Preisen angeboten werden. In einem ersten Schritt sollen Kindergärten, Schulen und Spitäler beliefert werden, in weiterer Folge auch mehrere 24-Stunden-Shops für den Endverbraucher entstehen. Noch im ersten Halbjahr soll der erste 24-Stunden-Shop öffnen. ■

Special Olympics Österreich im Juni 2022



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Sportlandesrat Heinrich Dörner (r.) und Jürgen Winter, Präsident Special Olympics Österreich

Das Burgenland wird im Juni 2022 erstmals Austragungsort der Nationalen Sommerspiele von Special Olympics Österreich sein. Das gaben Sportlandesrat Heinrich Dörner und Jürgen Winter, Präsident Special Olympics Österreich, am 20. Jänner in einer gemeinsamen Pressekonferenz bekannt, in deren Rahmen der Vertrag unterzeichnet wurde. Die Spiele finden im Zweijahresrhythmus abwechselnd im Sommer und Winter statt, 2022 zum insgesamt achten Mal. „Das ist eine große Ehre für unser Land. Gerade das Burgenland ist in höchstem Maße dafür geeignet, diese Veranstaltung abzuhalten. Denn unser Bundesland ist über die Grenzen hinweg dafür bekannt, daß der soziale Zusammenhalt an oberster Stelle steht. Unser Ziel ist daher in erster Linie, mit dieser Veranstaltung die ‚Special Olympics‘-Bewegung in unserem Bundesland nachhaltig zu stärken. Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung müssen ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Und mit diesem wunderbaren Event wird das Burgenland einen großen Beitrag dazu leisten“, betonte Dörner. Das genaue Datum der Veranstaltung soll in den nächsten Wochen fixiert werden.

Die Bewerbe werden in Oberwart und Pinkafeld über die Bühne gehen, in Bad Tatzmannsdorf voraussichtlich Golf und Reiten. Die Segelbewerbe werden am Neusiedlersee stattfinden. Insgesamt 300 SiegerInnen-Ehrungen wird es geben, Eröffnungs- und Abschlußfeier sollen in Oberwart stattfinden. 2.000 SportlerInnen und 600 TrainerInnen aus dem In- und Ausland werden erwartet. Am Programm stehen Wettkämpfe unter anderem in den Sportarten Basketball, Beachvol-

leyball, Boccia, Bowling, Fußball, Golf, Judo, Leichtathletik, Gewichtheben, Radsport, Reiten/Voltigieren, Schwimmen, Tanzsport, Segeln, Stocksport, und Tischtennis. Auch rund 800 freiwillige HelferInnen werden dabei sein.

Dörner erwartet sich durch die Sommerspiele wertvolle touristische Wertschöpfung für das Burgenland. Dafür sorgen alleine schon die teilnehmenden Delegationen und Betreuer mit rund 11.000 Nächtigungen im Burgenland. Darüber hinaus sind zahlreiche BesucherInnen, Fans und Familienmitglieder zu Gast. Das Land unterstützt die Spiele mit 750.000 Euro. „Wir werden mit dieser Veranstaltung ein starkes Zeichen setzen für jene Menschen, die trotz ihrer Beeinträchtigung außergewöhnliche sportliche Leistungen erbringen, und wir wollen für sie ein Gastgeberland sein, das immer in Erinnerung bleiben wird“, verspricht Dörner.

Lobend äußerte sich Special Olympics Österreich-Präsident Winter schon im Vorfeld: „Wir sind im Burgenland mit offenen Armen aufgenommen worden. Besonders gefreut hat uns das uneingeschränkte Bekenntnis der Politik zur Inklusion. Und nicht zuletzt finden hier eine hervorragende sportliche Infrastruktur vor.“

Die Special Olympics gehen auf eine Idee der Schwester von Präsident John F. Kennedy, Eunice Kennedy-Shriver, die 1968 die heute weltweit größte Veranstaltung für Behindertensport ins Leben rief. Auf Initiative von Arnold Schwarzenegger wurden sie ab 1993 auch in Österreich, erstmals außerhalb der U.S.A., abgehalten. ■

<https://specialolympics.at/>

Gutes Zeugnis für Finanzmanagement von Eisenstadt

Land prüfte Finanzgebarung und Gemeindeorganisation



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner gemeinsam mit Finanzstadtrat Michael Freismuth (l.) und Vizebürgermeister Istvan Deli (r.)

Eisenstadt macht seit Jahren eine umsichtige Finanzpolitik. Das wurde nun auch vom Land geprüft und bestätigt. Der Bericht ist ein gutes Zeugnis für die Verwaltung sowie die Stadtpolitik“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner. Das Land hat dabei von der operativen Kassagebarung, zur finanziellen Entwicklung der Stadtfinanzen bis hin zu Personal, Betrieben, Gemeindeorganisation, Bauvorhaben und Subventionen der Freistadt Eisenstadt unter die Lupe genommen. Steiner erklärt: „Kurz zusammengefaßt: Eisenstadt hatte im Prüfzeitraum immer eine positive freie Finanzspitze, ausreichend liquide Mittel und hat zudem 1,4 Mio. Euro an Schulden abgebaut.“

„Effizienz und Effektivität in der Politik erfordern funktionierende Kontrollsysteme und Transparenz. Beide Bereiche sind Grundvoraussetzungen und Garant für eine moderne Stadtpolitik. Dabei ist die Stadt Vorreiter“, freut sich Steiner, der unter anderem auf den jährlichen Transparenzbericht verweist, in dem jede Subvention sowie Auftragsvergaben für alle sichtbar dokumentiert sind.

„Es ist wichtig, daß man auch sensible Bereiche oder Arbeits- und Betriebsabläufe stetig intern hinterfragt, aber auch einen Blick von außen zulässt“, so Steiner, der weiter betont: „Umso erfreulicher ist, wenn dieser kritische Blick der Gemeindeaufsichtsbehörde nur wenige Empfehlungen findet und dem städtischen Management ein gutes Zeugnis ausstellt.“ Von den sieben angemerkten Empfehlungen sind fünf erfüllt und zwei werden demnächst umgesetzt.

Steiner: MitarbeiterInnen der Stadt leisten täglich großartige Arbeit

Die Gemeindeaufsichtsbehörde hat ab dem 11. Juni 2019 in der Freistadt Eisenstadt eine Gebarungsprüfung durchgeführt. Die Prüfberichte bestehen aus zwei Teilen: Teil I betrifft die Prüfung der Freistadt Eisenstadt, Teil II betrifft die Prüfung des „Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Freistadt Eisenstadt und Co KG“. Einige Details aus dem Bericht: Zum Zeitpunkt der Überprüfung hatte die Stadt bei einem Budgetrahmen von etwa 40 Mio. Euro einen mitt-

leren Kassastand von 3,5 Mio. Euro. Auch bei den Einnahmerückständen agiert die Stadt vorbildlich. Denn die Relation von 2,41 Prozent zwischen Forderungen und dem ordentlichen Haushalt wird vom Land mit gut bewertet. Der Gesamtschuldenstand beträgt inkl. Haftungen 43 Mio., also einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.977,70 Euro, im Mittelfeld.

Neben der finanziellen Gebarung wurde auch die Gemeindeorganisation überprüft. Die Gemeindeverwaltung der Stadt verfügt über eine dokumentierte aufgabenbezogene Organisationsstruktur inkl. Geschäftsverteilungsplan und auch die Aus- und Fortbildung wird im Sinne einer effizienten Verwaltungsführung forciert.

„Es ist vor allem auch das Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die täglich eine hervorragende Arbeit für die Eisenstädterinnen und Eisenstädter leisten“, so der Bürgermeister, der weiter betont: „Wir haben ein modernes, effizientes Management und geschultes Personal als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sowie für alle Betriebe und Geschäftspartner.“

Freismuth: Abbau von 1,4 Mio. Euro Schulden in den vergangenen fünf Jahren

„Die Verwaltung der Finanzen ist eine komplexe Angelegenheit und mit viel Verantwortung verbunden. Das Geld der Bevölkerung darf nur mit äußerster Sorgfalt verwendet werden“, so Finanzstadtrat Michael Freismuth. Der vorliegende Lagebericht zeige, daß die Stadt seit Jahren auf einem ausgezeichneten Weg sei. Die Stadt hat in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 1,4 Mio. Euro an Schulden abbauen können. Freismuth: „Dieser Weg hat uns auch in die Lage versetzt, die aktuellen Herausforderungen gut meistern zu können. Wir haben uns einen wirtschaftlichen Polster aufbauen können, den wir jetzt in der Corona-Zeit dringend brauchen. Denn trotz covid-bedingten Mindereinnahmen und erhöhten Ausgaben werden wir 2020 nur eine Nettoverschuldung von knapp 320.000 Euro erreichen.“ Dennoch könne man fast 4,4 Mio. Euro in Zukunftsbeirichte investieren. Grund dafür seien neben der jetzt bestätigten umsichtigen Finanzgebarung auch die Anschubförderung des Bundes.

Deli: Zwei Mio. Euro für Investitionen in die Stadt

Zusätzlich steht in der kommenden Gemeinderatssitzung ein weiterer, das Budget betreffende Punkt auf der Tagesordnung: Die Stadt verkauft 22 Wohnungen in der Bahnstraße 13-17. Die Gebäude wurden vor beinahe 100 Jahren (1926) fertiggestellt und vor 20 Jahren teilsaniert. Die Wohnhausanlage steht unter Denkmalschutz. 2017 wurde ein transparenter Prozeß gestartet, der jetzt mit dem Verkauf abschließt. Es gab schlußendlich zwei Optionen: Die Wohnungen Instand setzen, was Kosten in der Höhe von etwa einer Mio. Euro für die Stadt ausgelöst hätte oder den Verkauf der Wohnungen. Zwei unabhängige Gutachten ergaben 2018 und 2020 einen Verkehrswert von 1,355 bzw. 1,6 Mio. Euro.

Nach zwei transparenten Bieterverfahren unter juristischer Begleitung könne man nun die Wohnungen über zwei Mio. Euro verkaufen, zeigt sich Vizebürgermeister Istvan Deli zufrieden: „Der Erlös aus dem Verkauf wird weiter in Zukunftsprojekte reinvestiert. Die Stadt hat in den letzten Jahren passende Gebäude wie etwa das geplante Jugendhaus in Kleinhöflein gekauft. Durch solche Investitionen bauen wir das Vermögen der Stadt auch für zukünftige Generationen auf. Das ist unser Grundverständnis für eine nachhaltige Finanzpolitik.“

<https://www.eisenstadt.gv.at/>

Neue Wege in der Nahmobilitätsförderung



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner mit Umweltgemeinderat Gerald Hicke mit den Fragebögen

Eisenstadt – eine Stadt der kurzen, einfachen Wege. Seit Jahren arbeitet die Stadt an optimalen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die BürgerInnen. Dabei geht es um Verkehrssicherheit, Tempo 30 auf 80 Prozent der Gemeindestraßen, den Stadtbus als öffentliches Mikroverkehrssystem, einen attraktiven – zum Verweilen einladenden öffentlichen Raum – wie etwa eine die schön gestaltete Fußgängerzone oder Grünflächen, den Ausbau bzw. Analyse des Rad- und Fußwegenetzes und die entsprechende Bewusstseinsbildung, für kurze Strecken das Auto stehen zu lassen. Und genau da hat die burgenländische Landeshauptstadt heuer viel vor: Sie will in den nächsten zwei Jahren das Zu-Fuß-Gehen intensiv fördern. Ziel des Projekts „Eisenstadt geht“ ist es, alle Einwohner zu erreichen und ihnen die Vorteile des Zu-Fuß-Gehens aufzuzeigen. Im Vordergrund steht, alle zu motivieren: „Egal ob jung oder alt, sportlich oder gechillt, alle dürfen und sollen mitmachen. Das gemeinsame Ziel: gesünder zu leben, mehr Alltagsbewegung und Spaß daran zu haben sowie weniger Umweltbelastungen zu erzeugen“, erläutert Bürgermeister Thomas Steiner.

„Wir wollen hier aktiver werden und mit dem Bürger noch mehr in Dialog treten und setzen dafür jetzt im wahrsten Sinne einen wichtigen, ersten Schritt“, so Steiner. Das Projekt startet im Jahr 2021 mit einer Befragung, die sich an die Bevölkerung richtet. Ziel ist es, Eindrücke und Verbesserungspotentiale zum Thema Zu-Fuß-Gehen zu sammeln und somit den Fußverkehr stärker för-

dern zu können. Die Teilnahme an der Befragung ist online von 1. bis 28. Februar möglich. Zudem liegt der Fragebogen dem nächsten Amtsblatt bei und kann bis einschließlich 21. Februar in den weißen Briefkasten vor dem Rathaus eingeworfen werden.

Die Ergebnisse der Befragung werden bei einer Online-Veranstaltung am 19. März 2021 präsentiert. Weitere Programmpunkte der Veranstaltung sind ein Vortrag von Prof. Hans-Peter Hutter, Umweltmediziner an der Universität Wien, zum Thema „Gesunde Mobilität – Wie kann ich in Zeiten von Corona mobil sein und gesund bleiben?“ und ein Best-Practice-Beispiel aus dem kleinen Ort Göfis in Vorarlberg.

Eisenstadt als Vorreiter

Parallel zu den geplanten Aktionen werden Strukturen aufgebaut, damit in der kommunalen Verwaltung und Politik das Zu-Fuß-Gehen besser etabliert werden. Aktuell werden Fußgeherbeauftragte ausgebildet, die künftig bei kommunalen Entscheidungen gute Bedingungen für Zu-Fuß-Gehende gewährleisten. Langfristig soll Eisenstadt österreichweit Vorreiter in allen Fragen der Fußgänger-mobilität werden. Ein Best-Practice-Beispiel das künftig Nachahmer sucht! „Eisenstadt ist die Stadt der kurzen Wege. Eine große Anzahl an Erledigungen, Einkäufen, Amtswegen und dergleichen können zu Fuß gemacht werden. Das wollen wir nun vermehrt ins Bewußtsein der Menschen rücken“, so Umweltgemeinderat Gerald Hicke.

<https://www.eisenstadt.gv.at/>

Trotz Krise: Mattersburg investiert in Umwelt- und Lebensqualität

Das Budget der Stadtgemeinde Mattersburg für 2021 weist im Ergebnishaushalt insgesamt Erträge von 16,6 Mio. Euro und Aufwendungen von 19,1 Mio. Euro auf. Im Finanzierungshaushalt stehen Einzahlungen (operativ und investiv) von 17,7 Mio. und Auszahlungen von 17,6 Mio. Euro zu Buche.

Inklusive der Finanzierungstätigkeit ergibt sich ein negativer Geldfluß von 606.500 Euro. Dies vor allem deshalb, weil durch die von der Covid-19 Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise die Bundesmittel um rund 820.000 Euro gegenüber dem letzten „normalen“ Jahr zurückgehen. Erst 2023 werden sich laut Prognosen des Finanzministeriums die Gemeinden wieder erholen.

„Die Budgetsituation der Stadtgemeinde Mattersburg ist trotz der Corona-Krise und

der Commerzialbank-Pleite stabil“, berichtet Finanzstadtrat Otmar Illedits. Das sei ein Ergebnis der sorgsamten Finanzpolitik der Stadt, so Illedits.

Die umfangreichen Investitionen in den Vorjahren in die Schulen, Kindergärten (Öko-Kindergarten Hochstraße) und in die Infrastruktur (Sanierung der Bachdecke, Stadtbuss) wurden von der Bevölkerung sehr positiv angenommen.

Mit einer freien Finanzspitze von 1,123 Mio. Euro hat die Stadtgemeinde Mattersburg weiterhin einen relativ hohen Gestaltungsspielraum für zukünftige Investitionen. Dieses Geld wird vor allem zur Belebung der Wirtschaft investiert.

Die Kernpunkte für 2021 sind die Fertigstellung der Sanierung der Bachdecke (Gesamtkosten 3,6 Mio. Euro) sowie der Stra-

ßenbau mit 214.000 Euro und der Kanalbau (125.000 Euro). Der Betrieb des Stadtbusses MABU wird mit 373.800 Euro veranschlagt. „Wir setzen auch 2021 sinnvolle Investitionen und wollen die hohe Lebensqualität und den Standard in Mattersburg erhalten,“ so Bürgermeisterin Ingrid Salamon und der Finanzstadtrat.

Weitere wichtige Punkte in der Gemeinderatssitzung waren die Präsentation für den ersten Teilbebauungsplan in der Innenstadt durch das Planungsbüro AIR sowie die zehnte Änderung des digitalen Flächenwidmungsplanes.

Die Steuern und Abgaben werden für 2021 nicht erhöht. Außerdem wurde der Beitritt als außerordentliches Mitglied beim Naturpark Rosalia-Kogelberg beschlossen. ■

<https://www.mattersburg.gv.at/>

Oberwart: Gemeinderat beschließt Voranschlag für 2021

In der Gemeinderatssitzung, die am 15. Dezember corona-bedingt wieder in der Sporthalle Oberwart über die Bühne ging, wurde das Budget für 2021 mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Der Voranschlag wurde erstmals nach den Bestimmungen der VRV 2015 erstellt und weist sowohl im Finanzierungshaushalt als auch im Ergebnishaushalt einen Überschuss auf. Damit können die für 2021 geplanten Investitionen in der Höhe von rund 2,7 Millionen Euro durch Eigenmittel gedeckt werden und es kommt zu keiner Neuverschuldung durch Darlehensaufnahmen. Im Gegenteil, auch 2021 wird der Schuldenstand um rund 800.000 Euro verringert. Wie schon in den vergangenen zwei Jahren wird es ausserdem nicht notwendig sein, einen Kassenkredit aufzunehmen. Spesen von rund 10.000 Euro können dadurch gespart werden.

Das Jahr 2020 wird mit der Corona-Pandemie in die Geschichte eingehen und die Krise rund um die Bekämpfung des Virus hat natürlich auch Auswirkungen auf die Stadtgemeinde Oberwart.

Auch 2021 werden weniger Ertragsanteile vom Land fließen. Aber durch eine konsequente Budgetdisziplin in den vergangenen Jahren wurde in Oberwart eine solide Finanzbasis geschaffen. Der Voranschlag für 2021 ermöglicht weitere Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur (Straßen, Kanal, Wasser, Straßenbeleuchtung) und die Umsetzung wichtiger Maßnahmen und Projekte (Bürgerbeteili-



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner: „Als Bürgermeister habe ich in den vergangenen acht Jahren meiner Amtszeit immer den Fokus auf die stabile Finanzlage der Stadt gelegt...“

gung, Stadtpark, Bildungscampus, etc.) zur positiven Entwicklung der Stadt.

Bürgermeister und 2. Landtagspräsident Georg Rosner dazu: „Als Bürgermeister habe ich in den vergangenen acht Jahren meiner Amtszeit immer den Fokus auf die stabile Finanzlage der Stadt gelegt. Das macht sich jetzt bezahlt, uns sind aufgrund der Krise nicht die Hände gebunden. Im Gegenteil, wir können – wie auch schon heuer – in wichtige Projekte investieren, ohne Darle-

hen aufnehmen zu müssen. Zusammenhalt und Sachlichkeit werden auch weiterhin meine Arbeit für die Stadtgemeinde Oberwart prägen, denn wir stehen vor großen Herausforderungen und ich bin überzeugt davon, daß wir gemeinsam diese Aufgaben noch besser meistern können. Umso mehr freut es mich, daß wir gestern im Gemeinderat mit einer großen Mehrheit den Voranschlag beschlossen haben.“ ■

<https://www.oberwart.gv.at/>

Ritter produziert nun in Breitenbrunn

Das schwäbische Familienunternehmen, bekannt für seine beliebte Schokoladenmarke Ritter Sport, hat von Mars Austria das Werk am Neusiedlersee erworben

Die Alfred Ritter GmbH & Co. KG hat Anfang Jänner 2021 eine Produktionsstätte von Mars Austria im burgenländischen Breitenbrunn und im Rahmen eines Asset Deals auch die Marke Amicelli® übernommen. Es werden neben einzelnen Produkten der Marke Ritter Sport auch die gefüllten Waffelröllchen in dem Werk in der Nähe von Wien hergestellt.

„Wir haben mit dem Werk in Breitenbrunn das passende Objekt gefunden, um unsere Produktion in Waldenbuch sinnvoll zu ergänzen“, betont CEO Andreas Ronken. „Mit der Erweiterung gewinnen wir an Flexibilität und können unsere Kapazitäten schrittweise erhöhen.“ Ritter wird vor allem die Herstellung spezieller Produkte wie des Vegan- Sortiments und der Ritter Sport Rum Knusperstücke sowie einiger Varietäten des 100 Gramm Sortiments nach Breitenbrunn verlagern.

Die gezielte Ansprache unterschiedlicher Märkte und Kunden erfordert eine immer größere Differenzierung des Produktportfolios, die sich bei Ritter Sport in zahlreichen Produktvarianten widerspiegelt. „Hinter deren Herstellung steckt ein hoher Grad an technischer Komplexität. Der neue Standort bietet uns hier wichtige zusätzliche Optionen zur Weiterentwicklung der Supply Chain“, erklärt COO Asmus Wolff.

Am 15. Jänner wurde in Anwesenheit von Bürgermeister Helmut Hareter bereits die neue Produktionsstätte in Betrieb genommen. Zunächst werden dort nicht quadratische Schokoladentafeln, sondern ausschließlich gefüllte Waffelröllchen vom Band laufen.

„Wir starten mit Amicelli, ab etwa Mitte März kommt das Traditionsprodukt Ritter Sport Rum hinzu und voraussichtlich ab Ende Mai beginnen wir mit einigen Varietäten des Ritter Sport 100 Gramm Sortiments“, erklärt Michael Bock. Der 50jährige hat die Werksleitung in Breitenbrunn übernommen und berichtet in dieser Funktion direkt an Asmus Wolff in Waldenbuch.

Für die Ritter Sport Produkte werden aktuell Anlagen vom Stammsitz in Baden-Württemberg ins Burgenland verlagert. Bis



Foto: Alfred Ritter GmbH & Co. KG

Werksleiter Michael Bock überreicht Breitenbrunns Bürgermeister Helmut Hareter das erste am neuen Standort hergestellte Amicelli-Waffelröllchen

zu 70 MitarbeiterInnen werden bei Ritter in Breitenbrunn beschäftigt sein – viele von ihnen waren dort bereits zuvor für Mars Austria tätig.

Der Produktionsbeginn in Breitenbrunn ist ein Meilenstein in der über 100jährigen Firmengeschichte. Erstmals verfügt Ritter damit über eine eigene Fertigung außerhalb des heimischen Standorts Waldenbuch. Daß die Wahl dabei auf Österreich gefallen ist, freut vor allem Wolfgang Stöhr, bei Ritter verantwortlich für die Vermarktung in Österreich:

„Wir waren 1983 die erste Auslandstochter und nun werden wir der erste Produktionsstandort außerhalb Deutschlands sein. Ich denke, das zeigt, welch besonderen Stellenwert Österreich seit vielen Jahren im Unternehmen Ritter genießt.“ Der vom Handelsmagazin „Cash“ und „proM2“ kürzlich als bester Vertriebsmanager Österreichs ausgezeichnete Stöhr und sein Team übernehmen künftig auch die Vermarktung von Amicelli in Österreich.

Die Alfred Ritter GmbH & Co. KG

Das 1912 gegründete Familienunternehmen mit Hauptsitz im schwäbischen Waldenbuch sowie Tochtergesellschaften in weiteren internationalen Märkten beschäftigt heute rund 1600 MitarbeiterInnen und erzielte 2019 einen Umsatz von 480 Millionen Euro. Als erster und bislang einziger großer Tafelschokoladenhersteller bezieht die Alfred Ritter GmbH & Co. KG für das gesamte Sortiment ausschließlich zertifiziert nachhaltigen Kakao. Die bunten Schokoladenquadrate der Marke Ritter Sport werden in über 100 Ländern verkauft. ■

<https://www.ritter-sport.com/>



Foto: Alfred Ritter GmbH & Co. KG

Historische Fotos gesucht!

100 Jahre Burgenland. Land Burgenland sucht alte Fotos aus der Zeit vor 1921 – eine Sammelaktion läuft bis 25. April 2021



Foto: BLA

Das 100jährige Bestehen des Burgenlandes begeht das Land mit mehreren Ausstellungen, die sich mit der Geschichte und Identität des Landes auseinandersetzen. Die Sonderausstellung „Von Deutschwestungarn ins Burgenland“ auf Burg Güssing stellt die Jahrzehnte von 1848 bis 1921 in den Mittelpunkt. Für diese Ausstellung sucht das Land Burgenland alte Fotos aus der Zeit vor 1921, als das Burgenland noch Teil Ungarns war. Die Bevölkerung ist eingeladen, mitzumachen. Die Sammelaktion läuft bis 25. April 2021.

Die Kuratoren interessieren alte Landschaftsaufnahmen, Bilder aus den burgenländischen Dörfern und Städten, Szenen aus dem Vereins-, Kultur- oder Alltagsleben, Porträtfotos oder Aufnahmen über Religion und Brauchtum. Sollten Sie alte Fotos oder fotografisch gestaltete Postkarten aus dieser Zeit besitzen oder sogar die Geschichten dazu kennen, hätte das Land Burgenland großes Interesse daran. Die Fotografien werden in der Jubiläumsausstellung „Von Deutschwestungarn ins Burgenland“ ab 29. April 2021 auf Burg Güssing zu sehen sein. Das Urhe-

oben: der Stich aus dem Jahr 1860 zeigt Mattersburg (das Bild ist in der Höhe angeschnitten); unten: die Siegenderfer Zuckerfabrik 1921 mit Österreichischem Bundesheer



Foto: Kulturreferat

berrecht für ein zur Verfügung gestelltes Foto bleibt beim Urheber. Wird ein Originalfoto für die Ausstellung bereitgestellt, wird das Foto versichert und nach Ende der Aus-

stellung im November 2022 an den Besitzer zurückgegeben. ■

<https://www.burgenland.at/vondeutschwestungarn>
<https://burgenland100.weebly.com/zeitspruenge>

In Memoriam der Roma-Attentatsopfer von Oberwart

Manuela Horvath: »Auch 26 Jahre nach diesem schrecklichen Attentat ist es notwendig der Opfer würdevoll zu gedenken.«

Vor 26 Jahren, am 4. Februar 1995, wurde eines der schlimmsten rassistischen Verbrechen in der Zweiten Republik begangen: Vier Angehörige der Volksgruppe der Roma, Peter Sarközi, Josef Simon, Karl und Erwin Horvath, wurden in Oberwart durch eine Rohrbombe getötet. Auf der Bombe war ein Schild mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ angebracht.

Bei dem Versuch, dieses Schild zu entfernen, explodierte die Sprengfalle. Dieses Attentat war Teil einer rassistisch und völkisch motivierten Anschlagserie, die Österreich von 1993 bis 1997 in Angst und Schrecken versetzte.

Ende von fünf Jahrzehnten friedfertiger und konsensualer Politik

„Das Attentat markiert das Ende von fünf Jahrzehnten friedfertiger und konsensualer Politik in Österreich und ein Wiedererwachen eines mörderischen, rassistischen Rechtsextremismus. Erwin Horvath, Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon wurden Opfer einer rechtsextremen Ideologie, die sich gegen Minderheiten im eigenen Land und gegen Zuwanderer und Zuwanderinnen richtete und richtet“, so Gerhard Baumgartner, Journalist, Historiker und wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), anlässlich der Gedenkfeier im Februar 2020.

Bedauern über ausständigen Gedenkfeier-Termin

Umso bedeutender ist die Arbeit der Roma-Pastoral, zu der das Fördern einer gelebten würdevollen Erinnerungskultur zählt. Manuela Horvath, sie ist seit 2016 Leiterin der Abteilung, bedauert sehr, aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie und der damit verbundenen Verordnungen noch keinen Termin für die normalerweise Anfang Februar stattfindende Gedenkfeier bekanntgeben zu können.

„Auch 26 Jahre nach diesem schrecklichen Attentat ist es notwendig der Opfer würdevoll zu gedenken und gegen Rassismus und Hetze in unserer Gesellschaft einzutreten“, betont Manuela Horvath.



Foto: Diözese Eisenstadt

Die Gedenkstätte für die ermordeten Roma in Oberwart

Durch die Augen von Kindern und Jugendliche blicken

„Kinder und Jugendliche erhalten jedes Jahr die Möglichkeit sich thematisch mit dem Attentat von 1995, mit der aktuellen Situation der Roma, mit Rassismus und Hetze auseinander zu setzen“, so Manuela Horvath. Nachfolgendes wurde von Jugendlichen bei der Gedenkfeier im Februar 2019 verlesen:

Als im Jahr 1995 das Attentat passierte, waren unsere Eltern ungefähr in dem Alter in dem wir jetzt sind. Und zum Teil wohnten sie hier in der Siedlung.

Unweit von ihren Kinderzimmern explodierte die Bombe, die Karl, Erwin, Josef und Peter tötete.

Alle hier in der Siedlung standen damals unter Schock. Sie mußten mit ihrer Trauer und auch mit ihrer Angst fertig werden.

Denn damals wußte noch niemand wer hinter diesem Anschlag steckte. Ein Ausnahmezustand machte sich hier in der Siedlung breit und auch die Angst vor weiteren Anschlägen war da.

Kurz nachdem die ermordeten Männer, Karl, Erwin, Josef und Peter gefunden wur-

den, wurde im Radio darüber berichtet, daß vier Männer bei einer „Zigeunerfehde“ ums Leben gekommen sind.

Zu diesem Zeitpunkt wußte noch niemand was hier eigentlich passiert war. Aber die Opfer wurden gleich zu Tätern gemacht.

Es wurden auch alle Häuser der Roma-siedlung von der Polizei durchsucht. Egal ob Garage oder Kinderzimmer.

Aber es waren nicht nur Polizisten in der Siedlung unterwegs. Sondern auch sehr viele Reporter aus Österreich und dem Ausland. Privatsphäre für die trauernden Hinterbliebenen gab es nicht.

Unsere Eltern und Großeltern sprechen mit uns über ihre Erlebnisse. Sie erzählen uns aber auch, daß es auch vorgekommen ist, daß sie wegen ihrer Roma-Zugehörigkeit ab und zu gemobbt wurden.

Und jetzt gibt es hier in Österreich auch noch Menschen, die öffentliche Flächen mit Roma-feindlichen Parolen beschmieren und auch in unserem Alltag kommt es ab und zu vor, daß wir Rassismus erfahren. ■

<http://www.burgenland-roma.at/>
<https://www.martinus.at/>

Kunst aus sieben Jahrzehnten

LH-Stv.in Eisenkopf eröffnete Ausstellung »Zeichen der Zeit | Künstlergruppe kgb polychrome« in der Landesgalerie



Foto: Landesmedienservice Burgenland

„Virtuelle“ Eröffnung der Ausstellung der Künstlergruppe „kgb polychrom“ in der Landesgalerie in Eisenstadt: LH-Stv. Astrid Eisenkopf mit Kulturbetriebe-Geschäftsführerin Barbara Weißfeisen-Halwax (l.) und Ausstellungskurator und „kgb polychrom“-Obmann Wolfgang Horwath

Landeshauptmannstellvertreterin Astrid Eisenkopf eröffnete in Vertretung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am 4. Februar eine Ausstellung der burgenländischen Künstlergruppe „kgb polychrom“ in der Landesgalerie Eisenstadt. Diese bietet einen Querschnitt durch das künstlerische Schaffen im Burgenland seit dem 2. Weltkrieg. „kgb polychrom“ ist aus der im Jahr 1956 von Wolfgang Baminger, Rudolf Kedl, Karl Prantl, Feri Zotter und Rudolf Klaudus gegründeten „Künstlergruppe Burgenland“ (kgb) hervorgegangen und zählt heute 14 aktive Mitglieder, die seit 2012 unter dem neuen Namen ausstellen. Coronabedingt fand die Eröffnung ohne Publikum virtuell statt, wurde per Livestream auf der Facebookseite der Landesgalerie übertragen und ist online anzusehen.

„Die Ausstellung spiegelt das Burgenland in seiner Entwicklung aus verschiedenen künstlerischen Blickwinkeln wider und fügt sich damit perfekt in das Jubiläumsjahr ‚100 Jahre Burgenland‘ ein. Zugleich bietet sie einen Überblick über die Entwicklung der Kunst in unserer Heimat über mehr als sechs Jahrzehnte“, erklärte Eisenkopf bei der Eröffnung. „Die Schau eröffnet den Reigen der

Veranstaltungen rund um das 100 Jahr-Jubiläum des Landes und ist auch dem 65. Geburtstag der Künstlergruppe Burgenland gewidmet“, sagte Kulturbetriebe Burgenland-Geschäftsführerin Barbara Weißfeisen-Halwax.

Als Reaktion auf vernichtende Kritiken, die von einer „Apotheose des Häßlichen“ und von „Kunstskandal“ sprachen, an ihren in einer Ausstellung im Jahr 1954 gezeigten Bildern und Skulpturen gründeten die damals jungen Künstler gemeinsam mit ihrem Mentor Rudolf Klaudus 1956 die „Künstlergruppe Burgenland“, um dem nach ihrer Überzeugung vorherrschenden „geistigen Provinzialismus entgegenzuwirken“. Im Lauf der Jahrzehnte wurden und werden burgenländische KünstlerInnen in die Gruppe aufgenommen, die heute die Elite der heimischen Kunstszene repräsentieren. Seit 2012 firmiert die aktuell aus 14 Kunschtchaffenden bestehende Gruppe unter dem Namen „kgb polychrom“.

Die nun eröffnete Ausstellung zeigt in einem ersten Teil aus der Sammlung des Landes stammende Exponate verstorbener Mitglieder und Gründerväter, unter anderem von Elfriede Ettl, Franz Hametner, Otto Muehl,

Johannes Wanke oder Feri Zotter. Sie bieten einen Überblick über die Vergangenheit der Künstlergruppe. Der zweite Teil ist den Arbeiten der derzeit aktiven Mitglieder der „kgb polychrom“ gewidmet, darunter Peter Pongratz (seit 1969 Mitglied der Gruppe), Sepp Laubner, Ilse Lichtenberger, Wolfgang Horwath, Franz Gyolcs und Hans Wetzelsdorfer. In die Zukunft weisen die ausgestellten Werke junger Kunschtchaffender, die vor der Aufnahme in die „kgb polychrom“ stehen.

Die Gründer der „kgb“ hätten „den damaligen Zeitgeist der Kunst ins Land hereingeholt und sind als Avantgarde der Kunst im Burgenland zu sehen“, sagte Ausstellungskurator und „kgb polychrom“-Obmann Wolfgang Horwath. Es sei ihnen gelungen, aus der Provinzialität auszubrechen; die Gefahr der Kunst, jener wieder anheimzufallen, sei jedoch auch heute nicht gebannt.

„Ich gratuliere der Künstlergruppe Burgenland für diese beeindruckende künstlerische Zeitreise und hoffe, daß recht bald viele Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit nutzen werden, diese Schau auch persönlich zu sehen“, erklärte Landeshauptmannstellvertreterin Eisenkopf abschließend. ■
<https://kulturbetriebe.at/wirsindkultur-bewegtbilder/>

Alfons Haider wird neuer Generalintendant

... der KBB-Musiktheater-Festivals – Landeshauptmann Doskozil: »Persönlichkeit von idealtypischer Mischung als Riesengewinn für das Kulturland Burgenland«

Die KBB Kultur-Betriebe Burgenland haben eine strategische Zukunftsentcheidung getroffen: Der 63jährige Schauspieler, Sänger und Moderator Alfons Haider übernimmt mit Anfang 2021 die neu etablierte Generalintendanz für den größten Bereich der Festivalsparte – die Musiktheater Festivals. In dieser Führungsposition verantwortet Theaterprofi Haider die Musikfestivals Seefestspiele Mörbisch und das Opernfestival JOPERA. Seine Aufgabe wird es sein, die Strukturen der Festivals weiterzuentwickeln und generell die zukünftige Strategie der Musiktheater-Festivals voranzutreiben. „Gerade die Verschiebung der heurigen Produktionen hat gezeigt, wie wichtig unsere Festivals für das Kulturland Burgenland, für das Selbstverständnis des Burgenlandes, aber auch für den Tourismus und andere Wirtschaftsbereiche sind. Daher machte es mich stolz und zuversichtlich, daß wir diese Festivals mit einer Persönlichkeit von der Strahlkraft Alfons Haiders stärken und noch besser positionieren können“, betonte Kulturreferent Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am 16. Dezember bei der Präsentation.

2020 war aufgrund der Covid19-Pandemie speziell für die Kultur ein schwieriges Jahr. Die KBB Kultur-Betriebe Burgenland mußten fast alle geplanten Festivals, so etwa Kobersdorf, Güssing, JOPERA und Mörbisch, absagen. Diese Ausnahmesituation und die Verschiebung der geplanten Produktionen auf 2021 bot allerdings die Chance, strategische, personelle und strukturelle Zukunftsentscheidungen zu planen und umzusetzen.

Transparenter Auswahlprozeß für Generalintendanten

Im Oktober wurde daher die neu geschaffene Position eines Generalintendanten für den größten Bereich der Festivalsparte, die Musiktheater-Festivals, ausgeschrieben. „Für das Auswahlverfahren haben wir eine renommierte Personalberatungsfirma beigezogen. Es gab 16 Bewerber, wobei laut Abschlußbericht durchwegs alle Bewerber eine hervorragende Performance abgeliefert haben. Dieses dichte Bewerberfeld zeigt auch,



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (l.) und der neue Generalintendant Alfons Haider

daß der Festivalstandort Burgenland in der Branche über einen ausgesprochen guten Ruf verfügt“, so KBB Geschäftsführerin Barbara Weißbeisen-Halwax. Vom unabhängigen Personalberater wurde Alfons Haider als Top-Kandidat vorgeschlagen und dieser Empfehlung letztlich Folge geleistet. Alfons Haider sei „ein Riesengewinn für das Kulturland Burgenland“, zeigte sich der Landeshauptmann überzeugt: „Er verkörpert für mich eine fast idealtypische Mischung: ein vielseitiger Entertainer und Schauspieler, ein begnadeter Kommunikator und gleichzeitig eine Persönlichkeit, die auch das nötige Know-How für einen modernen Kulturbetrieb mitbringt“.

Strategische Weiterentwicklung der Musikfestivals

Alfons Haiders Hauptaufgabe wird es sein, die bestehenden Formate Seefestspiele Mörbisch und JOPERA künstlerisch und strategisch weiterzuentwickeln. Wichtige Aspekte sind dabei: der Ausbruch aus der Fixierung auf das Genre „Operette“; die Gewinnung neuer Publikumsschichten; die Verstärkung der Kommunikation mit dem Publikum, Medien und Sponsoren. „Vor allem geht es auch darum, unsere Festivals noch besser ins nationale und internationale Scheinwerferlicht

zu rücken. Auch dafür ist Alfons Haider ein Erfolgsgarant“, so Doskozil.

„Das Theater ist mein Leben – das Musiktheater meine Leidenschaft. Ich bin sehr dankbar für das Vertrauen, welches mir vom Land Burgenland entgegengebracht wird, um beim momentan spannendsten Kulturprojekt des Landes, zusammen mit einem großartigen Team, mitwirken zu dürfen. Mein Auftrag ist, mit einer klaren Vision Schritte in die Zukunft zu beschreiten – für die Burgenländerinnen und Burgenländer und für unsere in- und ausländischen Gäste“, so Neogeneralintendant Alfons Haider. Ab Anfang 2021 soll er mit der Arbeit beginnen und in einer Übergangsphase gemeinsam mit den bestehenden Teams die Zukunft planen. Damit können auch die Vorbereitungen auf die Folge-Saisonen sehr zeitnah beginnen. Am Ende dieses Umstellungsprozesses werden künstlerische Leitung, Planung und Entwicklung für die Musiktheater-Festivals in einer Hand gebündelt sein. Damit können auch die Einbindung bzw. Entwicklung möglicher neuer Standorte von der Generalintendanz gesteuert werden. ■

<https://kulturbetriebe.at/>

<https://www.haider.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Alfons_Haider

Konjunkturstimmung nur kurzzeitig aufgeheilt...

... breite Erholung erst im 2. Halbjahr – 2021 Wirtschaftswachstum von über 3 Prozent erwartet

Nach dem Einbruch im November hat sich die Stimmung in der österreichischen Wirtschaft vor dem Jahreswechsel wieder etwas aufgeheilt. „Das pandemiebedingte Auf und Ab der österreichischen Wirtschaft geht weiter. Der Verschlechterung der Konjunkturstimmung mit Beginn des zweiten Lockdowns folgte dank der Lockerung der Maßnahmen vor Weihnachten wieder eine Verbesserung des Wirtschaftsklimas. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator ist im Dezember auf minus 1,1 Punkte gestiegen“, so UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Im Dezember weisen erstmals seit Mitte 2017 alle Komponenten des Indikators auf eine Verbesserung der Konjunkturlage hin. „Das Konjunkturklima hat sich knapp vor Beginn des neuen Jahres auf breiter Basis verbessert. Die seit einiger Zeit zu beobachtende Aufspaltung der österreichischen Wirtschaft hat sich dabei jedoch nicht verändert. Während sich der Produktionssektor trotz Beschränkungen auf einem anhaltenden Wachstumskurs befindet, sind große Teile des Dienstleistungssektors in einem Wellenbad der Pandemiemaßnahmen gefangen“, so Bruckbauer.

Gestiegene Herausforderungen im Schlußquartal insgesamt

Der im Sommer eingesetzte Aufschwung der österreichischen Industrie hat sich bis zum Jahresende 2020 ungebrochen fortgesetzt. Die Stimmung im Sektor wird von den Unternehmen wieder ähnlich wie vor dem Ausbruch der Pandemie eingeschätzt, unterstützt durch die Belebung im globalen Handel. Allerdings beginnen sich die positiven Impulse aus dem Exportgeschäft, das aktuell durch eine Erholung in Asien angetrieben wird, etwas abzuschwächen. Mehr Fahrt aufgenommen hat zum Jahresende hingegen die Bauwirtschaft, die auf gut gefüllte Auftragsbücher zurückgreift. Mit einer etwas verbesserten Verbraucherstimmung und der Lockerung für den Handel vor Weihnachten im Rücken hat sich auch das Konjunkturklima im Dienstleistungssektor gegenüber dem November aufgeheilt, weiterhin herrscht allerdings starker Pessimismus vor.



Im Durchschnitt der vergangenen drei Monate erreichte der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator einen Wert von minus 1,6 Punkten, knapp unter dem Vergleichswert vom dritten Quartal. Der Indikator signalisiert damit eine Abschwächung der Wirtschaft gegen Ende 2020. „Wir gehen davon aus, daß die österreichische Wirtschaft Ende 2020 in eine neuerliche Rezession geschlittert ist, so daß sich im Gesamtjahr 2020 ein Einbruch der Wirtschaftsleistung von mehr als 7 Prozent ergeben haben dürfte. Damit war der BIP-Rückgang im Corona-Jahr 2020 etwas doppelt so stark wie im Jahr der Finanzkrise 2009“, meint Bruckbauer.

Pandemie hat Österreichs Wirtschaft weiter im Griff

Die jüngste Verbesserung des Konjunkturklimas im Österreich war nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria jedoch nur temporär. Angesichts der anhaltenden Infektionswelle und der neuerlichen Verschärfung des Lockdowns nach den Weihnachtsfeiertagen startete die österreichische Wirtschaft unter erschwerten Rahmenbedingungen ins Jahr 2021, die weiterhin insbesondere die Erbringung von Marktdienstleistungen, wie vor allem die Beherbergungs- und Gastronomiebranche beeinträchtigen.

Die Industrie und die Bauwirtschaft star-

ten dagegen unter vergleichsweise günstigeren Voraussetzungen ins neue Jahr. Über den größten Teil des Winters ist aufgrund der Pandemie noch von einer schwachen, teilweise rückläufigen Wirtschaftsentwicklung auszugehen. Erst mit dem wärmeren Wetter und der flächendeckenden Durchimpfung der Bevölkerung im Laufe des kommenden Sommers werden die beschränkenden wirtschaftlichen Maßnahmen weitgehend verschwinden können.

„Nach den unverändert schwierigen Rahmenbedingungen über den Winter ist im zweiten Quartal eine von Basis- und Nachholeffekten angetriebenen Gegenbewegung der Konjunktur zu erwarten. Erst danach sollte auf Basis einer breiten und dann auch nachhaltigen Stimmungsverbesserung im zweiten Halbjahr 2021 eine grundlegende wirtschaftliche Erholung einsetzen können. Mit hoher Dynamik ab dem Spätsommer ist für 2021 ein Wirtschaftswachstum von über 3 Prozent in Sicht“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Der weitere Erholungsverlauf wird neben der Verfügbarkeit von Impfstoffen und der tatsächlichen Normalisierung des Wirtschaftslebens vom Ausgabeverhalten der Haushalte bzw. der Investitionsbereitschaft der Unternehmen abhängen. Nach der Verdoppelung der Sparquote während der Pandemie wird einerseits eine anhaltende Verunsicherung der

Wirtschaft

Haushalte bestehen bleiben und nur einen allmählichen Rückgang der Sparquote und vice versa eine sehr begrenzte Erholung des Konsums zulassen.

Andererseits ist mit der Befreiung aus der Pandemie der Ausbruch einer Feierstimmung nicht auszuschließen, die ein Konsumfeuerwerk auslöst. Im Unternehmenssektor besteht das Risiko, daß als Reaktion auf die gestiegene Verschuldung während der Pandemie eine Phase des Schuldenabbaus mit starker Investitionsbeschränkung eingeleitet wird. Andererseits besteht eine große Notwendigkeit, die während der Pandemie zurückgestellten Investitionen nachzuholen und das günstige Finanzierungsumfeld zu nutzen.

„Die Entwicklung des Konsums und der Investitionen sind die für das Erholungstempo nach der Pandemie entscheidenden Parameter. Wir gehen von einer sehr zügigen Anpassung des Verhaltens der Konsumenten und der Unternehmen an eine Normalisierung der Lebensumstände aus. Wir erwarten 2022 eine anhaltend kräftige Konjunkturerholung mit einem BIP-Anstieg von über 5 Prozent“, so Pudschedl.

Weiterhin starke Wachstumsstützung durch expansiven Kurs der EZB

Während das Verhalten der Konsumenten und der Unternehmer in der Erholung ein Risiko für das tatsächliche Tempo des Aufschwungs sein werden, gibt es keine Zweifel hinsichtlich der zu erwartenden Geld- und Fiskalpolitik. Sowohl die EZB als auch die europäischen Regierungen werden mit einem expansiven Kurs auch 2022 eine starke Wachstumsunterstützung bieten. In Österreich zum einen weiterhin durch das nationale Corona-Hilfspaket sowie neue Konjunkturförderungsmaßnahmen, zum anderen wird die österreichische Wirtschaft von den positiven Effekten des verstärkten EU-Finanzrahmens für 2021-2027 sowie dem EU-Aufbauprogramm „Next Generation EU“ profitieren, das seine Wirkung 2022 voll entfalten sollte.

Nur zögerliche Entspannung am Arbeitsmarkt erwartet

Die Outputlücke, die durch die Pandemie entstanden ist, wird nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria voraussichtlich erst in der ersten Jahreshälfte 2022 geschlossen werden können. Unter den Folgen der Pandemie wird der Arbeitsmarkt sogar noch länger leiden, denn die wirtschaftliche Erholung wird zeitverzögert am

Arbeitsmarkt ankommen. Nach einer ersten Entspannung am Arbeitsmarkt ab dem zweiten Quartal 2021, die aufgrund des Auslaufens der dritten Phase der Kurzarbeit Ende März 2021 anfangs sehr zögerlich erfolgen dürfte, ist erst ab 2022 mit einer spürbaren Verbesserung der Lage zu rechnen.

„Wir erwarten nach einer Arbeitslosenquote von 9,9 Prozent im Jahr 2020 einen Rückgang auf 9,6 Prozent im Jahresdurchschnitt 2021 bzw. auf 8,7 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022. Ende 2022 wird die saisonbereinigte Arbeitslosenquote voraussichtlich bei rund 8,3 Prozent und damit noch deutlich über dem Vorkrisenniveau liegen“, sagt Pudschedl. Knapp vor Ausbruch der Pandemie Anfang 2020 war die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in Österreich auf 7,2 Prozent gesunken.

Inflation mit leichter Aufwärtstendenz ab dem Frühjahr

Nach sehr moderaten Werten zu Jahresbeginn wird die Inflation im weiteren Verlauf des Jahres 2021 ansteigen. Dafür ist zum

einen die Entwicklung des Ölpreises maßgeblich, der im Vorjahr ab März mit Ausbruch der Pandemie durch den starken Einbruch auf zwischenzeitlich deutlich unter 30 Euro pro Barrel die Teuerung spürbar gedämpft hat. Ab dem Frühjahr wird daher ein starker Basiseffekt verursacht durch den Ölpreis die Inflation anziehen lassen.

Zum anderen ist davon auszugehen, daß die erwartete Konjunkturbelebung nachfragebedingt zu einer höheren Preisdynamik insbesondere in verschiedenen Dienstleistungsbereichen führen wird. Insbesondere die Öffnung des Beherbergungs- und Gastronomiebereichs könnte die heimische Inflation temporär spürbar beeinflussen. „Trotz des klaren Aufwärtspotenzials der Inflation in Österreich ab dem Frühjahr 2021 wird die Teuerung im Jahresdurchschnitt mit 1,5 Prozent voraussichtlich genauso gering wie im Vorjahr ausfallen. Mit der Beschleunigung der Erholung ist für 2022 jedoch ein Anstieg der Inflation auf 1,9 Prozent zu erwarten“, so Pudschedl. ■

<https://www.bankaustria.at>

Inflation im Jahr 2020 auf 1,4% gesunken

Mit 1,4% lag die von Statistik Austria berechnete durchschnittliche Inflationsrate des Verbraucherpreisindex (VPI 2015) im Jahr 2020 leicht unter dem Wert des Vorjahres (1,5%) und merklich unter den Werten der Jahre 2018 und 2017 (2,0% bzw. 2,1%). Nach 2,2% im Februar und einem Jahrestiefstwert von 0,7% im Mai hatte die Inflation im Juli 1,7% erreicht und sank im Dezember auf 1,2%. „Die Inflationsrate lag im Jahr 2020 bei 1,4% und setzte damit den Trend niedriger Teuerungsraten der letzten Jahrzehnte fort. An der Supermarktkasse war das aber nicht spürbar: Im Coronajahr 2020 fiel die Teuerung bei Nahrungsmitteln mit 2,4% etwa doppelt so hoch aus wie im Jahr zuvor. Besonders kräftig stiegen die Preise beim Obst mit 4,6% und bei den Fleischwaren mit 4,5%. Der Weltmarkt für Rohöl ließ hingegen die Preise für Treibstoff und Heizöl sinken“, so Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Die Preise für Wohnung, Wasser, Energie stiegen 2020 durchschnittlich um 2,3% (Einfluß: +0,47 Prozentpunkte). Im Schnitt höhere Mieten trugen wesentlich dazu bei (+4,1%; Einfluß: +0,22 Prozentpunkte). Die Instandhaltung von Wohnungen kostete um 3,0%

mehr (Einfluß: +0,19 Prozentpunkte). Haushaltsenergie hingegen zeigte sich mit -0,2% (Einfluß: -0,01 Prozentpunkte) beinahe preisstabil. Massiv verbilligte Heizölpreise (-22,5%; Einfluß: -0,12 Prozentpunkte) wurden durch höhere Strompreise (+5,8%; Einfluß: +0,12 Prozentpunkte) kompensiert. Die Preise für Gas verringerten sich um 1,5%, jene für Fernwärme um 0,2%. Feste Brennstoffe legten um 0,7% zu.

Ausgaben für Restaurants und Hotels stiegen durchschnittlich um 3,1% (Einfluß: +0,39 Prozentpunkte). Hauptverantwortlich dafür waren fast ausschließlich höhere Preise für Bewirtungsdienstleistungen (insgesamt +3,5%; Einfluß: +0,38 Prozentpunkte). Aufgrund der COVID-19-Maßnahmen wurden fast alle Preise für Beherbergungsdienstleistungen (+0,5%; Einfluß: +0,01 Prozentpunkte) im April, Mai, November und Dezember imputiert. Die Senkung der Mehrwertsteuer ab 1. Juli 2020 hatte keinen spürbaren Effekt auf die Entwicklung der Verbraucherpreise in diesen Branchen. Die Preissteigerung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken mit +2,3% etwa doppelt so hoch wie 2019 (+1,1%). ■

<http://www.statistik.at/>

OeNB rechnet bis 2022 mit Inflationsanstieg auf 1,7%

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet in ihrer jüngsten Inflationsprognose für Österreich im Jahr 2021 eine am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate von 1,4 %, gefolgt von einem Anstieg auf jeweils 1,7 % in den Jahren 2022 und 2023. Eine OeNB-Umfrage unter österreichischen Haushalten stellt sehr heterogene Inflationserwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten während der Covid-19-Pandemie fest.

Trotz der im November 2020 abermals verschärften Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wird laut OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2020 die HVPI-Inflationsrate 2021 einen leichten Anstieg aufweisen. Verantwortlich dafür werden das Auslaufen des inflationsdämpfenden Ölpreiseffekts und die im Jahresverlauf 2021 einsetzende Verbesserung der Nachfrage sein. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation geht von 2,0 % im Jahr 2020 auf 1,3 % im Jahr 2021 deutlich zurück, da sich die Containment-Maßnahmen vor allem auf Industriegüter ohne Energie und Dienstleistungen inflationsdämpfend auswirken. Ab dem zweiten Quartal 2021 sollte sich die Kerninflation wieder be-

schleunigen und 2022 1,8 % sowie 2023 1,7 % betragen.

Nachdem die österreichische HVPI-Inflationsrate im Juli 2020 auf 1,8 % gestiegen war und sich damit gegenüber Mai 2020 verdreifacht hatte, ging sie bis November 2020 auf 1,1 % zurück. Vor allem bei Industriegütern ohne Energie wirkte die Nachfrageschwäche bzw. das verschlechterte Konsumklima inflationsdämpfend. Auch die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation hat sich aufgrund der zuletzt nachlassenden Preisdynamik bei Industriegütern ohne Energie und bei Dienstleistungen von 2,7 % im Juli 2020 auf 1,8 % im November 2020 zurückgebildet. Ende des Jahres 2020 führte der zweite Lockdown als Eindämmungsmaßnahme des neuerlichen starken Anstiegs der Covid-19-Infektionen wieder zu weitgehenden Geschäftsschließungen und verschärften Restriktionen. Damit verbunden war abermals das Fehlen beobachtbarer Marktpreise von im Warenkorb enthaltenen Produkten und damit die Notwendigkeit, Preisfortschreibungen bei der Inflationsberechnung vorzunehmen. Dies betraf im November 2020 18 % des österreichischen HVPI-Warenkorbs. Daher müssen vor allem

die zuletzt beobachteten Inflationsraten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen mit Vorsicht interpretiert werden.

Die im Rahmen einer repräsentativen OeNB-Befragung unter ca. 1.400 österreichischen Haushalten erhobenen quantitativen Inflationserwartungen weisen sowohl in der kurzen Frist (in den nächsten 12 Monaten) als auch in der längeren Frist (in den nächsten 5 Jahren) eine große Heterogenität auf und lagen im Mittel bei 3,1 %. Im Zuge des Covid-19-bedingten Rückgangs der HVPI-Inflation von über 2 % auf etwas über 1 % während der ersten Jahreshälfte 2020, nahm die Heterogenität der Inflationserwartungen unter den österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten weiter zu. Gleichzeitig wurde ein durch die Krise verursachter Anstieg der Unsicherheit in Bezug auf die Bildung der Inflationserwartungen der Befragten beobachtet. Da höhere Unsicherheit tendenziell mit zunehmenden Abweichungen der Inflationserwartungen von der tatsächlichen Inflationsentwicklung einhergeht, könnte dies die hohen Inflationserwartungen trotz fallender Inflationsraten während der COVID-19-Pandemie erklären. <https://www.oenb.at/>

Aktienmärkte: Zwischen Impfhoffnung und Lockdown-Furcht

Im internationalen Vergleich blieb der ATX 2020 klarer Under-Performer. Nach dem Gewinneinbruch sollten die ATX-Ergebnisse 2021 aber um mehr als 70% steigen.

Während andere Indizes bereits neue Höchststände erreichen, konnte der österreichische Leitindex bis dato nur rund drei Viertel seiner, seit dem Ausbruch der Pandemie, erlittenen Verluste wettmachen. Auch wenn die Pandemie noch lange nicht besiegt ist, sollte das Jahr 2021 von einer Erholung der Wirtschaft geprägt sein. Höhere Bewertungen auf Basis von KGVs sollten nicht beunruhigen, da eine vollständige Rückkehr zur Normalität und zu Gewinn-Niveaus von 2019 voraussichtlich erst 2022 erreicht werden können. Das derzeitige Zinsumfeld spricht allgemein für Aktien, der ATX könnte zusätzlich von den stabilen Rahmenbedingungen und positiven Wachstumsaussichten in der Region Zentral- und Osteuropa profitieren.

„Das außerordentliche Jahr 2020 führte infolge der Pandemie weltweit zu einer schweren Rezession. Der ATX verzeichnete eine deutliche Underperformance, was nicht

zuletzt auf seine Index-Zusammensetzung zurückzuführen ist. Für heuer erwarten wir eine Wirtschaftserholung und steigende Gewinne, wovon der ATX aufgrund seines zyklischen Charakters besonders profitieren sollte“, sagt Fritz Mostböck, der Leiter des Bereichs Group Research der Erste Group.

„Die Kursverluste der Monate Februar und März 2020 sind noch nicht vollständig wettgemacht. Der ATX ist trotz seiner historisch hohen Bewertung im Vergleich zu anderen Indizes aber immer noch günstig. Die aktuellen Kurse spiegeln bereits einen Wirtschaftsaufschwung und eine Verbesserung der Unternehmensergebnisse wider. Eine vollständige Erholung und eine Rückkehr zu Gewinnniveaus von 2019 sind jedoch noch nicht eingepreist“, meint Christoph Schultes, Chief Equity Analyst Österreich. Das ATX-Kursziel von 3.250 entspricht dem langfristig durchschnittlichen KGV von etwa 13x bezogen auf die prognostizierten Unternehmensgewinne von 2022. Bei den Einzelwerten sind die Top-Picks AT&S, Andritz, RBI, CA Immo und Immofinanz. „Für die AT&S

als Technologiewert sprechen der langfristige Ausblick und steigende Wachstums- und Gewinndynamik, die RBI und Andritz sollten überproportional von der Wirtschaftserholung profitieren. Immobilienwerte werden aktuell noch etwas skeptisch betrachtet, wir gehen jedoch davon aus, daß sich die Kurse mittelfristig wieder den Nettoimmobilienwerten annähern werden“, so Schultes.

Die Entwicklung der CEE-Region bleibt für österreichische Unternehmen von großer Bedeutung. Die Pandemie hat daran nichts geändert, langfristige Wachstumsaussichten bleiben intakt. „Die CEE-Region sollte im laufenden Jahr mit durchschnittlich +3,6% stabiles BIP-Wachstum liefern und damit eine solide Basis für ATX-Unternehmen bilden. Infolge einer attraktiven Bewertung und einem kräftigen Rebound im Gewinnwachstum von 72%, besitzt die Wiener Börse einen starken Hebel für Aufholpotential. Dies sollte unterm Strich ein Kurspotenzial von etwa 10% auf Jahressicht rechtfertigen“, erklärt Mostböck. ■

<https://www.erstegroup.com/>

Pakt für mehr Wertschätzung, Wertschöpfung und Regionalität

Köstinger, Moosbrugger und Strasser stellen regionale Qualitätsproduktion ins Zentrum

Das Jahr 2020 war herausfordernd für die österreichische Landwirtschaft. Zusätzlich zu oftmals ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen hat die Corona-Krise einzelne Branchen, vor allem durch die Schließung der Gastronomie und Hotellerie, besonders schwer getroffen. Gerade in der Krise haben sich allerdings auch die Stärke und die Verlässlichkeit der bäuerlichen Familienbetriebe bewährt. Die österreichische Agrarspitze setzt daher 2021 einen noch größeren Schwerpunkt auf diese Strukturen und Produktionsformen, um die Versorgung mit Lebensmitteln auch in Zukunft zu sichern.

Köstinger: Unsere Bäuerinnen und Bauern liefern, was wir täglich brauchen

„Vor einigen Jahren war oft noch von Milchseen und einer Überproduktion an Lebensmitteln die Rede. 2020 waren wir durch die Krise mit der Frage konfrontiert: Kann sich Österreich ausreichend selbst mit Lebensmitteln versorgen? In Krisenzeiten wird vielen erst bewußt, wer das Land ernährt: unsere Bäuerinnen und Bauern. Sie liefern 365 Tage im Jahr, was wir jeden Tag brauchen. Die kleinstrukturierte österreichische Landwirtschaft hat sich als krisensicher bewiesen“, sagt Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger und ergänzt: „Diesen ‚österreichischen Weg‘ werden wir im Nationalen Strategieplan der Gemeinsamen Agrarpolitik festschreiben, damit unsere Betriebe auch in Zukunft unsere Lebensmittelversorgung sicherstellen können.“

Schwerpunkte: Mehr Tierwohl und regionale Qualitätsproduktion

„Die Anforderungen der Konsumentinnen und Konsumenten an die Produkte, aber auch an die Produktion werden immer größer. Die Bäuerinnen und Bauern sind jederzeit bereit und in der Lage, diese Qualität in geforderter Menge zu liefern. Wir werden unsere Familienbetriebe auf diesem Weg bestmöglich unterstützen. Mit höheren und zielgerichteteren Fördersystemen können wir einen Teil des Mehraufwandes im Bereich der Tierhaltung, zum Beispiel bei der Weidehal-



Foto: BMLRT/ Paul Gruber

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger mit Bauernbund-Präsident Georg Strasser (l.) und Landwirtschaftskammer-Österreich-Präsident Josef Moosbrugger

tung oder auch bei besonders tierwohlgerechten Stallungen, abgelten. Die Forcierung von regionaler Qualität bedeutet auch den Aufbau von neuen Absatzmärkten. Kalbfleisch aus Holland muß der Vergangenheit angehören, daher werden wir Vermarktungsoffensiven in diesem Bereich starten. Diese und weitere Schwerpunkte werden zentrale Elemente im nationalen Strategieplan sein“, so Köstinger, die mit einem Appell schließt: „Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen bereit sein, faire Preise für die Produkte zu zahlen. Förderungen alleine werden nicht reichen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Daher brauchen wir 2021 einen gemeinsamen Österreich-Pakt für mehr Wertschätzung, mehr Wertschöpfung, mehr Regionalität.“

Moosbrugger: Wir sichern regionale Versorgung

„Die Corona-Krise hat gezeigt, daß die regionale Versorgung mit den wichtigsten Gütern des täglichen Bedarfs, und das sind in allererster Linie die Lebensmittel, für Sicherheit und Stabilität der Gesellschaft und des Landes von enormer Bedeutung ist. Deshalb ist die Landwirtschaft systemrelevant. Regionalität ist kein Selbstzweck, sondern

eine nationale Sicherheitsfrage. Ein Österreich-Pakt, abgeschlossen zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel, muß erstklassige Lebensmittel mit regionaler Herkunft sichern“, erklärt Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident Josef Moosbrugger zum agrarpolitischen Jahresauftakt 2021 und ergänzt: „In laufenden Gesprächen mit dem Lebensmittelhandel wollen wir ‚mehr Regal für Regional‘ erreichen. Bäuerinnen und Bauern sind stets bereit, alle Wünsche der Konsumenten zu erfüllen, doch zum Nulltarif ist das nicht möglich.“

Transparenz ist unser Trumpf

„EU-Statistiken zeigen, daß sich die Verteilung der Wertschöpfung zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel in den letzten Jahren deutlich zugunsten des Handels und zuungunsten der beiden anderen Partner verschoben hat. Ein Weg, den Anteil der Landwirtschaft wieder zu verbessern, führt über den Handel. Ein weiterer führt über die verpflichtende Herkunftskennzeichnung. Diese ist im Regierungsübereinkommen verankert, doch nach wie vor steht der dafür zuständige Gesundheitsminister auf der Bremse. Die LK Österreich hat seit 2016 mit ‚Gut zu wissen‘ ein freiwilliges System,

Wirtschaft

das bereits an 228 Standorten funktioniert und die größten Catering-Unternehmen Österreichs als Partner hat. Nach diesem Vorbild könnte der Gesundheitsminister handeln. Transparenz ist unser Trumpf, daher werden wir nicht länger zuschauen. Wir fordern die Umsetzung des Regierungsprogramms. Für mehr Regionalität darf es keine Ausreden geben. Notfalls werden wir selbst einen Vorschlag vorlegen und Beispiele aufzeigen, wie es möglich ist“, ergänzt Moosbrugger.

Strasser: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Das erste Halbjahr 2021 wird ganz im Zeichen der Bewältigung der Gesundheits- und Wirtschaftskrise stehen. „Als Bauernbund werden wir unsere Familienbetriebe bestmöglich durch und vor allem aus der Krise begleiten. Das Bewußtsein für regionale Lebensmittel ist enorm gestiegen – auf Basis dessen werden wir eine Initiative zur Verbesserung der Wertschöpfung für die Bäuerinnen und Bauern auf den Märkten starten. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, soll unter anderem das AMA-Gütesiegel gestärkt werden“, so Bauernbund-Präsident Abg. z. NR Georg Strasser: „Es braucht eine Vermarktungsoffensive, um den Absatz von heimischen Lebensmitteln weiter zu steigern. Schlussendlich müssen sich aber auch der



Foto: AMA-Bioarchiv / Dall

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger: „Mit höheren und zielgerichteteren Fördersystemen können wir einen Teil des Mehraufwandes im Bereich der Tierhaltung, zum Beispiel bei der Weidehaltung oder auch bei besonders tierwohlgerechten Stallungen, abgelten.“

Lebensmitteleinzelhandel, die Gastronomie und die öffentliche Beschaffung für mehr Qualität, Regionalität und Klimaschutz bei Lebensmitteln entscheiden“, so Strasser. „Reden wir über die Märkte“ lautet auch 2021 das Motto. „Wir haben als Bauernbund jahrelang für mehr Fairness entlang der Wertschöpfungskette gekämpft. Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in Österreich noch im ersten Halbjahr 2021 wird eine Entwicklung in Richtung mehr Gerechtigkeit und Partnerschaft

auf Augenhöhe mit dem Lebensmittelhandel eingeleitet. Zentral wird hier die Einrichtung einer Erstanlaufstelle, wohin sich betroffene Lieferanten wenden können. Neben der Erstanlaufstelle werden wir auch mit unseren Regionalitäts-Checks den Supermärkten genau auf die Finger schauen und die suggerierte ‚Österreich-Treue‘ sichtbar machen“, so Strasser. ■

<https://www.bmlrt.gv.at/>

<https://www.lko.at/>

<https://www.bauernbund.at/>

RE/MAX Commercial: Gewerbeimmobilienmarkt krisenresistent

Das abgelaufene Jahr war geprägt durch Corona. Der gewerbliche Immobilienmarkt konnte sich diesem Thema natürlich nicht entziehen, wobei er sich in vielen Bereichen bis dato robust und erstaunlich krisenresistent gezeigt hat, auch im Büroflächenmarkt.

Verständlicherweise kam es 2020 immer wieder zu Neuanmietungen oder Übersiedlungen. Der durch Corona verstärkte Trend in Richtung Home-Office hat dazu geführt, daß teilweise bereits ein „Abgesang“ auf klassische Büroimmobilien angestimmt worden ist. Dieser wurde auch durch Nachrichten aus den USA verstärkt, als große Tech-Unternehmen wie Facebook oder Twitter im Mai 2020 permanente Home-Office Planungen verkündeten. Während Home-Office voraussichtlich Teil unseres Arbeitsalltags bleiben wird, ist ein permanenter Trend in Richtung Flächenreduktion aktuell noch nicht sichtbar, denn mehr Platz im Büro kann gleichzeitig dazu beitragen, die Arbeitsplatzsituation zu verbessern und darüber hinaus die NutzerIn-

nen besser vor Krankheitserregern zu schützen, da Abstände leichter eingehalten werden können.

Der Büromarkt in Wien hat sich im Jahr 2020 überraschenderweise sehr krisenfest in Bezug auf das gesamtwirtschaftliche Umfeld gezeigt. Wie bereits zu erwarten war, hat sich die Neuflächenproduktion in Wien von rund 45.000 m² im Jahr 2019 auf ca. 110.000 m² im Jahr 2020 mehr als verdoppelt. Zu den größten Fertigstellungen gehörten unter anderem das „QBC 1+2“ am Hauptbahnhof mit ca. 36.000 m² und der „Office Park 4“ mit ca. 26.000 m² am Flughafen. Weitere Projekte mit mehr als 10.000 m² vermietbarer Fläche waren 2020 „The Brick“ (19.000 m²), der „Erste Tower“ der Bel & Main Entwicklung zwischen Schloß Belvedere und Hauptbahnhof mit rund 17.000 m² Bürofläche.

„Der Wiener Büromarkt hat sich auch 2020 sehr robust und krisenresistent gezeigt. Qualitativ hochwertige neue Projekte, hohe Vorverwertungsquoten und starke Nachfrage nach eigengenutzten Objekten haben sich

auch positiv auf die Leerstandrate und die Mietpreisentwicklung ausgewirkt“, berichtet Stefan Krejci, RE/MAX Commercial Österreich.

Die Vermietungsleistung in Quadratmetern ist zwar im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2019 leicht rückläufig, sie lag aber mit rund 200.000 m² immer noch in etwa auf dem Niveau des Jahres 2017. Dadurch hat sich die Leerstandrate in Wien noch einmal leicht nach unten bewegt. Stand diese im Jahr 2019 noch bei ca. 4,8 % so lag sie zu Jahresende 2020 bei etwa 4,5 %. Die inneren Bezirke Wiens weisen mit einer Leerstandrate von weniger als 2 % de facto Vollvermietung aus. Im Norden Wiens blieb die Rate konstant bei teilweise über 10 %. „Für das Jahr 2021 gehen wir nur von geringen Veränderungen im Vergleich zu den letzten beiden Jahren aus, erwarten daher, daß auch im laufenden Jahr der Wiener Büromarkt ein stabiler und für Anleger interessanter Markt bleiben wird.“ ergänzt Krejci. ■

<https://www.remax.at/>

ÖBB: 700 Mio. € für Top-Bahninfrastruktur in der Ostregion

2021 bringt erneut einen Qualitätsschub für die Strecken und Bahnhöfe in und um Wien – bessere Verbindungen, die vor allem TagespendlerInnen zugutekommen.



Foto: ÖBB / Robert Deppilo

Eine der vielen ÖBB-Investitionen: der Ausbau der Strecke Stadlau – Marchegg – Bahnhof Untersiebenbrunn

Zwei Drittel der Bahnreisenden sind in der Ostregion unterwegs. Einer der vielen Gründe, auf den Ausbau der Bahninfrastruktur in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland zu setzen. „Wo so viele Menschen reisen, ist auch die Nachfrage nach attraktiver und zukunftsfähiger Mobilität entsprechend groß. Menschen, die sich für das umweltfreundlichste Verkehrsmittel Bahn entscheiden, werden mit einem spürbaren Qualitätsschub im Bahnverkehr belohnt“, so Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, über die Rekordsumme, die nächstes Jahr in den Ausbau und die Verbesserung der Bahninfrastruktur in Ostösterreich gesteckt wird.

Andreas Matthä, Vorstandsvorsitzender der ÖBB-Holding: „Als größter und nachhaltiger Mobilitätsanbieter Österreichs trägt der

ÖBB-Konzern seine Verantwortung mit Investitionen in die Bahninfrastruktur auch 2021 – entgegen und gerade wegen der aktuellen Krise – konsequent weiter. Mit großen Streckenausbauten, vielen neuen Bahnhöfen und einer durchdachten Planungsoffensive schaffen wir die Basis für einen attraktiven, sicheren und klimaschonenden Bahnverkehr in der Ostregion.“

Zukunftsprojekte ermöglichen Taktverbesserungen in Wien

Für den Großraum Wien steht 2021 im Zeichen der Sicherung und des Ausbaus der Qualität im Nahverkehr. Für PendlerInnen vor allem aus dem Süden Richtung Wien wird die Bahn so zum Verkehrsmittel der Wahl. Um das zu bewerkstelligen, planen die ÖBB mit Hochdruck auch 2021 an der Attraktivierung der Verbindungsbahn zwischen

Hütteldorf und Meidling (Baustart vsl. 2023), an der viergleisigen Erweiterung der Südstrecke von Meidling bis Mödling (Baustart vsl. 2027) sowie der Ertüchtigung der S-Bahnstrecke Meidling-Floridsdorf (Baustart vsl. 2022). Mit dem Umbau der Bahnhöfe Matzleinsdorfer Platz, Franz-Josefs-Bahnhof, Grillgasse und Strebersdorf wird 2021 begonnen. Im Februar 2021 erfolgt die Gesamtfertigstellung der Bahnhofserweiterung Praterstern, wobei die Übergabe des Gebäudes der Polizeistation bereits im Dezember 2020 stattgefunden hat.

Burgenland: Planungsoffensive für bessere Verbindungen

2021 starten wichtige Planungen für Investitionsprojekte in bestehende und neue Bahnstrecken im Burgenland, die für bessere Verbindungen im und ins Burgenland sorgen,

Wirtschaft

wie die Elektrifizierungen der Ostbahn (Jennersdorf – Graz) und der Mattersburger Bahn (Wr. Neustadt – Schattendorf – Loipersbach). Auch das Projekt „Schleife Ebenfurth“, von dem Burgenländische PendlerInnen profitieren, wird 2021 der Öffentlichkeit präsentiert. Das Projekt Flughafenspange (Baustart vsl. 2025) befindet sich im Trassenauswahlverfahren und sorgt für schnelle Verbindungen zum Flughafen Wien und aus dem Nordburgenland und dem Osten Niederösterreichs nach Wien.

Mehr Kapazitäten für den Umstieg auf die Bahn in Niederösterreich

Besonders umfangreiche Arbeiten stehen für Niederösterreich 2021 am (Bau-)Programm: Beim Streckenausbau zwischen Wien und Bratislava starten im Frühling die Planungen für den Vollausbau – eine elektrifizierte und durchgehend zweigleisige Verbindung zwischen den beiden Hauptstädten. Auch der Bahnhof Schönfeld–Lasseer auf dieser Strecke wird ab Anfang des Jahres umgebaut. Bei der Pottendorfer Linie startet Ende des Jahres der zweigleisige Ausbau im Wiener Abschnitt. Ebenso erfolgt im Abschnitt Münchendorf – Wampersdorf der Baustart für den neuen Bahnhof Ebreichsdorf. Der Ausbau der Nordbahn zwischen Wien Süßenbrunn und Berhardsthal in

Niederösterreich ermöglicht kürzere Fahrzeiten im europäischen Fernverkehr Richtung Tschechien, Polen und Ostdeutschland sowie ein verbessertes Angebot für die PendlerInnen im Nahverkehr. Der Südabschnitt des Projekts befindet sich 2021 im UVP-Verfahren – Baustart vsl. 2022.

BahnkundInnen profitieren ab 2021 von modernisierten Bahnhöfen, etwa in Oberweiden (entlang der neu elektrifizierten Strecke Gänserndorf – Marchegg), Kirchstetten, Glinzendorf, Siebenbrunn-Leopoldsdorf sowie der Haltestellen Untersiebenbrunn und Breitensee. Die Bahnhöfe Retz, Böheimkirchen, Unter Purkersdorf und Ternitz sowie die Haltestelle Langenzersdorf erhalten zusätzlich notwendige Erneuerungen. Zudem startet entlang der Westrecke der Bahnstrecke Tullnerbach–Pressbaum sowie auf der Ostbahn der Bahnhof Himberg, beim Bahnhof Gramatneusiedl laufen die Planungen. Als Rückgrat des täglichen Betriebs sind auch Arbeiten entlang der Strecken notwendig, wie etwa Gleiserneuerungen oder Erneuerungen der technischen Anlagen.

Park&Ride-Angebot wird weiter ausgebaut

Vor allem für PendlerInnen wird der Umstieg auf die Bahn mit dem Ausbau des Park&Ride-Angebots weiter attraktiviert. So

wird etwa in Retz die P&R- und B&R-Anlage erweitert und in Hollabrunn ein neues Parkdeck mit circa 700 Stellplätzen geschaffen. Auch in Schwechat entstehen 170 neue P&R-Plätze. Um auch die nachhaltige Mobilität zu fördern werden in Langenzersdorf 52 Bike&Ride-Abstellplätze errichtet.

Liegenschaftsentwicklungen in der Ostregion

Seit Jahren werden in der Ostregion Bahnflächen, die nicht mehr betriebsnotwendig sind, in Abstimmung mit den einzelnen Kommunen einer neuen Nutzung zugeführt. Konkret gibt es dazu Projekte in Wien am Nordwestbahnhof und im Neuen Landgut, aber auch in Niederösterreich in Amstetten oder in Unter Purkersdorf. Ziel ist es, hier statt Bahnanlagen neuen Lebensraum mit Wohnungen, Büros, Handels- und Dienstleistungsbetrieben und Grünflächen zu schaffen.

ÖBB-Bildungseinrichtungen

Auch in St. Pölten wird eine neue zentrale ÖBB-Bildungseinrichtung für Eisenbahnerberufe, der sogenannte ÖBB-Bildungscampus errichtet. Der Bau geht 2021 weiter, die Inbetriebnahme des Gebäudes ist im April 2022 geplant. ■

<https://www.oebb.at/>



Foto: ÖBB / Florian Frey

Ein weiteres Beispiel ist die Überführung der Bundesstraße 16 bei Wampersdorf im östlichen Niederösterreich

Bundesforste testen erstmals kontaktlose Holz-Logistik

Innovative Hightech-Vermessungsstation am neuen Holzlagerplatz Amstetten – Vollelektronische Frachtabwicklung – Kontaktlose LKW-Übernahme



Foto: ÖBf-Archiv / Wolfgang Simlinger

LKW am neuen Holzlagerplatz der Bundesforste in Amstetten

Eine neue Hightech-Vermessungsstation testen die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) derzeit auf ihrem neuen Holzlagerplatz in Amstetten (NÖ). Der gesamte Lagerprozess – von der Zufahrt über Verwiegung bis hin zur Verladung – funktioniert voll-elektronisch und zur Gänze kontaktlos. „Dies ist die erste Anlage dieser Art in Österreich“, so Rudolf Freidhager, Vorstand der Bundesforste, sichtlich stolz über die Innovation. „Diese Form der Holzübernahme ist österreichweit derzeit einzigartig. Sie bietet gerade in diesen schwierigen Zeiten maximale Sicherheit und ist gleichzeitig transparent und hocheffizient.“

Erst im Sommer dieses Jahres wurde gemeinsam mit der Papierholz Austria der neue, voll-digitale Lagerplatz in Amstetten in Betrieb genommen. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Holzmarktes – insbesondere in einer vom Klimawandel mit hohem Borkenkäferaufkommen besonders stark betroffenen Region – und trägt wesent-



Foto: ÖBf-Archiv Jakob Hagenauer

Der hochmoderne Holzlagerplatz verfügt über eine Gesamtfläche von rund 10 Hektar

lich zum Forstschutz bei Befallenes Käferholz kann rasch aus dem Wald gebracht und in sicherer Entfernung gelagert werden. Zudem ist die neue Holzdrehscheibe ein

Wirtschaft

wichtiger Impuls für die Forstwirtschaft. Mit der Weiterentwicklung der kontaktlosen Frachtabwicklung gemeinsam mit dem steirischen Unternehmen felix systems als Logistik-Partner folgte nun der nächste Schritt. „Über 40.000 Festmeter Holz wurden bereits über das neue System abgewickelt“, zieht Freidhager nach den ersten Monaten Testbetrieb zufrieden Bilanz. „Alles hat reibungslos funktioniert. Ab Jänner 2021 startet der Vollbetrieb.“ Aktuell sind über 150.000 Festmeter Holz auf dem neuen Holzlagerplatz in Amstetten eingelagert, was einer Menge von rund 5.000 LKW-Ladungen Holz entspricht.

40 Tonnen in 40 Sekunden

Die Anmeldung am Lagerplatz erfolgt automatisch per Kennzeichenerkennung. Mittels Kamera wird das Kennzeichen automatisch erkannt, die Lieferung einem Auftrag zugeordnet und der LKW zur Verwiegung weitergeleitet. Die Verwiegung erfolgt auf einer mit Sensoren ausgestatteten mobilen Brückenwaage vollautomatisch ohne Ein- und Aussteigen. Weder das Bedienen eines Terminals noch eines Touchscreens sind erforderlich. Das exakte Gewicht – vollbeladen kommen rund 40 Tonnen auf die Waage – wird elektronisch ermittelt und die Ladung fotodokumentiert. Nach erfolgreicher Verwiegung gibt die Brücken-Ampel grünes Licht und leitet den LKW zur Verladung weiter.

„In Summe dauert die Holzübernahme nicht länger als 40 Sekunden – und das kontaktlos. Eine komplette LKW-Ladung – im Schnitt rund 30 Festmeter Holz – kann so in kürzester Zeit erhoben und die Daten aufgenommen werden“, zeigt sich Freidhager vom neuen System begeistert. „Im Vollbetrieb können rd. 30-40 LKW pro Stunde über die elektronische Vermessung abgewickelt werden.“ Für diesen jüngsten Schritt in der elektronischen Lieferkette mussten bauliche Maßnahmen gesetzt werden wie etwa die Errichtung einer Schrankenanlage, die Erweiterung des bestehenden IT-Systems und der Einsatz neuer Software. Insgesamt wurden rd. 600.000 Euro in den neuen Lagerplatz investiert.

Neue, digitale Holz-Drehscheibe

Auf den Flächen eines ehemaligen Sägewerks in Amstetten haben die Bundesforste gemeinsam mit den Partnern Papierholz Austria und felix tools auf rund 10 Hektar Fläche einen hochmodernen Holzlagerplatz mit Anbindung an das Bahnnetz errichtet. Neben modernster Hard- und Software kommen unter anderem erstmals sogenannte Giga-



Foto: ÖBf-Archiv / Wolfgang Simlinger

Mobile Brückenwaage - vollautomatische Verwiegung des Ladegutes



Foto: ÖBf-Archiv / Wolfgang Simlinger

GigaWood-Waggons mit doppelter Ladekapazität

Waggons, entwickelt von dem steirischen Unternehmen Innofreight Solutions, zum Einsatz, einer weiteren Innovation am Logistiksektor, mit der die Ladekapazität um 50 Prozent gesteigert werden kann. Der neue Lagerplatz ist volldigitalisiert und mit einem modernen Zufahrts- und Sicherheitssystem ausgestattet. Er ist in die elektronische Prozesskette voll integriert, in der von Bestellung über die Einsatzplanung und Holzerte bis hin zur Lieferung und Abrechnung jeder Schritt digital abgebildet ist. Die neue Holz-Drehscheibe wird sowohl für die Lagerung von ÖBf-eigenem Holz genutzt, als auch Dritten zur Verfügung gestellt.

Mit Papierholz Austria haben die Bundesforste vor Ort eine langfristige Partner-

schaft gestartet, die österreichweite Holzeinkaufsgesellschaft nützt bereits heute die Vorteile der hochmodernen Lagerflächen. „Die neue, digitale Holz-Drehscheibe ist für uns in kürzester Zeit zu einem unersetzlichen Umschlagplatz geworden, nicht nur wegen der Käfervorsorge“, unterstreicht ÖBf-Vorstand Rudolf Freidhager. „Wir haben damit ein kleines Logistik-Forschungslabor in Echtzeit geschaffen. So in etwa könnte die Holzlogistik der Zukunft aussehen! Wenn das ‚Beispiel Amstetten‘ Schule macht, könnte dies zukünftig auch an anderen Orten so umgesetzt werden.“ Erste Gespräche dazu laufen schon... ■

<https://www.bundesforste.at/>

<http://www.papierholz-austria.at/>

Wie unsere Gesellschaft mit dem Altern umgeht

Ein globales Stimmungsbild auf Basis von mehr als 200.000 Interviews

Mit 66 Jahren, da fängt bekanntlich das Leben an, sofern man Udo Jürgens glauben darf. Wie unsere Gesellschaft dem Älterwerden gegenübersteht, zeigt nun eine groß angelegte Studie des Online Research Instituts Marketagent. Basierend auf den Aussagen von 227.353 TeilnehmerInnen aus 62 Ländern wurde ein globales Stimmungsbild rund um das Älterwerden erhoben und zeigt: Der Großteil der Befragten sieht dem Altern gelassen entgegen. So manche Sorge bereiten mögliche gesundheitliche Beschwerden sowie der Rückgang der körperlichen und geistigen Fitness. Gleichzeitig fiebert man dem Ruhestand und der damit einhergehenden Freizeit entgegen: Zeit für seine Lieben, Reisen und Hobbys gelten als Freuden des Alters.

Ob graue Haare, Fältchen oder das ein oder andere Wehwehchen, die Lebensjahre gehen nicht spurlos an uns vorüber. Und dennoch zeigen die Studienergebnisse: „Der Ausblick auf das Altern stößt in der Gesellschaft vor allem auf eines: Gelassenheit. Für gut 6 von 10 Befragten ist das Älterwerden mit allem, was dazu gehört, kein Grund zur Aufregung. Dies bedeutet jedoch nicht, daß alle Menschen weltweit völlig sorgenfrei in die eigene Zukunft blicken. Bei immerhin 3 von 10 mischen sich auch Gefühle der Angst darunter, wie das von uns erhobene globale Stimmungsbild zeigt“, gibt Marketagent-Geschäftsführer Thomas Schwabl einen ersten Einblick in die Ergebnisse.

Old, but Gold?

Zunächst stellt sich die Frage: Wann gilt man eigentlich als „alt“? Im Durchschnitt beginnt das Alter aus Sicht der Befragten mit 60,7 Jahren, wobei hier je nach Altersgruppe Uneinigkeit herrscht. Für die Millenials gehört man schon ab 56,7 Jahren zum „alten Eisen“, die Greatest Generation als älteste Generation setzt den Startpunkt hingegen erst bei 67,9 Jahren. Die Angst, diese Zahlen einmal in den eigenen Geburtstagskarten zu lesen, sitzt insgesamt vor allem den Frauen in den Knochen. 35 % hadern mit dem Gedanken, in die Jahre zu kommen, unter den Männern betrifft dies hingegen nur jeden Vierten.

Auch in der jungen Generation sind die Sorgen stärker verbreitet: Unter den Millenials sowie der Generation X verspüren sie je mehr als 3 von 10. Je näher man dem Herbst des Lebens kommt, desto gelassener blickt man dem Alter jedoch entgegen. Nur bei 16 % der Greatest Generation macht sich noch Unbehagen breit.

Doch worin begründet sich diese Angst vor dem Alter? Die Befragten weltweit verbinden mit dem Älterwerden vor allem eine schlechter werdende Gesundheit (48%) bis hin zur Gebrechlichkeit (22%). Dazu besorgen die verstreichenden Lebensjahre so manches graue Haar (27%). Für knapp jeden Vierten gehört auch die Vergesslichkeit zum Altern dazu. Gerade diese Alterserscheinungen an Körper und Geist machen den Menschen zu schaffen. Knapp jeder Zweite fürchtet körperliche Beschwerden, Schmerzen und Krankheit, 4 von 10 den damit einhergehenden Verlust der körperlichen Fitness, der die aktive Teilnahme am Leben verhindern könnte. 43 % sind außerdem besorgt, geistig nicht mehr so rege zu sein wie früher. Selbstständig und selbstbestimmt zu leben, wird damit zunehmend schwerer, was gut jeden Dritten verunsichert. Zuletzt versetzt der Gedanke, geliebte Menschen zu verlieren, 36 % in Angst und Schrecken. Diese

verschiedenen Sorgen sind gerade unter den ÖsterreicherInnen stark verbreitet. Die heimische Bevölkerung scheint hier insgesamt mehr Angst als der weltweite Durchschnitt zu haben.

Gleichzeitig freuen sich unter den österreichischen Befragten jedoch ganze 17 % auf das Älterwerden und damit fast doppelt so viele wie im weltweiten Schnitt (8,7 %). Und das ist gut so, denn das Alter hat Einiges zu bieten. So geht die Anzahl der Lebensjahre für gut 4 von 10 Befragten vor allem mit Lebenserfahrung und für 37 % mit Weisheit Hand in Hand. Den Dingen mit mehr Gelassenheit zu begegnen, ist vor allem aus Sicht der ÖsterreicherInnen typisch für das Älterwerden (26 %). Darüber hinaus erwartet je ein Drittel der Befragten mit zunehmendem Alter mehr Kontrolle über die eigenen Finanzen sowie das ganze Leben. Und so mancher Falte zum Trotz fühlt sich jeder Fünfte insgesamt wohler in seiner Haut, je älter er wird.

Der Ruhestand als »Quality Time«

Ein weiterer Aspekt weckt durchaus die Vorfremde auf das Alter: Zeit. Während der Ausbildung oder im Berufsleben fehlt manchmal die Zeit für neue Erlebnisse, die Pflege sozialer Beziehungen und der Kon-



Chronik

zentration auf sich selbst. Das wollen die Befragten im Ruhestand ändern. Knapp jeder Zweite freut sich darauf, zu reisen und viel Zeit mit geliebten Personen zu verbringen. Zudem möchte sich rund ein Drittel vermehrt der eigenen Gesundheit, sich selbst sowie persönlichen Interessen widmen, erklärt Lisa Patek, Marketingleiterin von Marketagent. Gerade in Österreich freut sich sogar die Hälfte, in der Pension den eigenen Interessen nachgehen zu können. Im Alter grundsätzlich mehr Freizeit zu haben, können hierzulande 4 von 10 kaum erwarten.

Daher ist es wenig überraschend, daß die Befragten lieber früher als später in den Ruhestand gehen möchten. Das ideale Alter dafür beträgt laut Ansicht der Befragten im Durchschnitt 55,5 Jahre. Wenn sie könnten, würden die Millennials bereits mit knapp 53,7 Jahren die Pension antreten. Dieser Wunsch wandelt sich jedoch mit zunehmendem Alter. So würde die Greatest Generation die Arbeitswelt erst mit 60,5 Jahren verlassen, hätten sie noch einmal die Möglichkeit dazu. In Hinblick auf die wirtschaftliche Lage gilt dieser Schritt durchschnittlich aber erst mit 61 Jahren als realistisch.

Gründe, den Ruhestand länger hinauszuschieben als geplant, sind vor allem finanzieller Natur. Für knapp jeden Zweiten ist die

Möglichkeit eines (zusätzlichen) Verdienstes relevant, ein Drittel muß noch (mehr) Geld sparen. Viele Befragte hält es zudem aufgrund persönlicher Motive länger am Arbeitsmarkt. Jeder Dritte möchte sich weiterhin gebraucht fühlen, 28 % wollen damit ihr Selbstwertgefühl stärken. Knapp 3 von 10 finden es wichtig, ihre eigene Erfahrung an die nächste Generation weiterzugeben. Die ÖsterreicherInnen hält zudem vor allem der Spaß an der Arbeit im Beruf (37%).

Man ist so alt, wie man sich fühlt...

... lautet ein bekanntes Sprichwort. Das läßt sich vor allem die Greatest Generation nicht zweimal sagen. Nur 3 von 10 haben in dieser Altersgruppe den Eindruck, nun schön langsam „zum alten Eisen“ zu gehören. Im Gegensatz dazu fühlt sich je ein Viertel der Baby Boomers und der Greatest Generation sogar gerade im besten Alter. Unter den Millennials behauptet das mit 42 % der größte Anteil von sich und der aktuellen Lebensphase. Auch körperlich haben die ältesten StudienteilnehmerInnen wenig zu klagen: Knapp die Hälfte fühlt sich gesund und fit. Damit liegen sie nur knapp unter dem Durchschnitt über alle Altersgruppen hinweg (54 %). Dementsprechend sind die Befragten der Greatest Generation auch zuversicht-

lich, ihren 89. Geburtstag noch feiern zu können. Im Durchschnitt schätzt die Weltbevölkerung, 81,4 Jahre alt zu werden. 57 % sind sicher, somit noch viele gute Jahre vor sich zu haben.

Wie alt man sich fühlt, wird jedoch auch zum Teil vom Aussehen bestimmt. Ein jugendliches Erscheinungsbild wird in unserer Gesellschaft als erstrebenswert betrachtet. Knapp die Hälfte der Befragten auf der ganzen Welt ist der Meinung, jünger auszusehen, als sie tatsächlich ist. Unter den Frauen sagt das mehr als jede Zweite über die eigene Optik, so Schwabl. Gut 3 von 10 StudienteilnehmerInnen sind insgesamt der Meinung, ihrem Alter entsprechend auszusehen. Nur 23 % denken, daß sie älter erscheinen. Dabei sind länderspezifische Unterschiede festzustellen. Innerhalb der heimischen Bevölkerung würden sich 4 von 10 ihr Erscheinungsbild um bis zu 5 Jahre, 15 % gar mehr als 5 Jahre jünger schätzen. Ein besonders jugendliches Aussehen schreiben sich die Befragten aus Ungarn, Slowenien, der Türkei und Serbien zu: Knapp jeder Fünfte ist hier der Ansicht, daß die eigene Optik das tatsächliche Alter um mehr als 5 Jahre unterbietet. ■

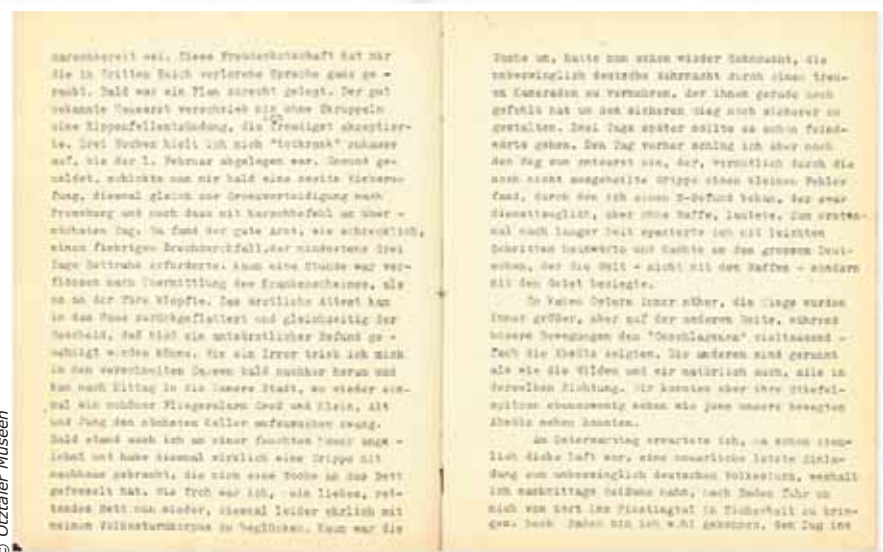
<http://www.marketagent.com/>

Anmerkung zu den Altersgruppen: Millennials: 15 – 35 Jahre | Generation X: 36 – 53 Jahre | Baby Boomers: 54 – 73 Jahre | Greatest Generation: 74+ Jahre

Wintertraum Sölden 1945 – Aus dem Tagebuch eines Touristen

Stellen Sie sich vor ... Winterurlaub in Sölden 1945 ... Wie erlebte ein Mann einst seinen ersten Urlaub nach dem 2. Weltkrieg vor 75 Jahren im Ötztal? In 26 Eintragungen vom 15. Dezember 1945 bis zum 18. Jänner 1946 schilderte Rudolf Gernat in seinem Tagebuch detailreich seinen Urlaub voller Winterzauber und kulinarischer Genüsse, nicht ohne so manchen sarkastischen Seitenhieb auf das „Tausendjährige Reich“ oder schmerzvolle Rückblicke auf die erst wenige Monate zurückliegenden Kriegserfahrungen.

Man weiß sonst nicht viel über diesen „Oberoffizial“ Rudolf Gernat. Geboren 1890 in Wien, war er offenbar ein leidenschaftlicher Bergsteiger und Fotograf. Aus den 1930er-Jahren sind bis heute in der Nationalbibliothek wunderbare Fotografien von ihm aus den Ostalpen erhalten. 1945, wenige Monate vor Kriegsende, wurde er im Alter von 55 Jahren im Rahmen des Deutschen Volkssturms rekrutiert, tauchte jedoch in einem Schrebergartenhäuschen unter und rückte nicht mehr ein. Bereits 1949, drei Jahre nach Beendigung des Tagebuches, verstarb Gernat an einem Herzinfarkt.



... die später idyllischen Beschreibungen werden eingeleitet von einem ausführlichen Rückblick auf die wirren und beängstigenden Monate, die vor diesem ersehnten Urlaub lagen.

Die Ötztaler Museen laden Sie in 28 Ausschnitten zu einer ganz besonderen Zeitreise ein: Winterurlaub im Sölden der Nachkriegszeit 1945/46 und bedanken sich bei Markus Wilhelm für das Zurverfügungstellen des Ta-

gebuchs aus seinem Besitz, sowie zahlreicher Fotografien zur Illustration.

Sie können hier das gesamte Tagebuch durchblättern:

<http://oetztalermuseen.at/2020/12/18/wintertraum-in-soelden-1945-aus-dem-tagebuch-eines-touristen/>

Taufe für »Kameraden auf vier Pfoten«

Am 21. Jänner besuchte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner das Militärhundezentrum des Bundesheeres in Kaisersteinbruch. Nach einer kurzen Einweisung durch den Kommandanten Oberst Otto Koppitsch, eröffnete die Bundesministerin das neu erbaute Welpenhaus. Im Anschluß übernahmen Klaudia Tanner und Dompfarrer Toni Faber im Rahmen einer Taufe die Patenschaft für die „Militärhundewelpen“.

Erheblichen Beitrag zur Sicherheit

„Den jungen Diensthunden steht ab heute eine besondere Zukunft bevor. Auch wenn unsere kleinen Vierbeiner es jetzt noch nicht wissen, sie und ihre Militärhundeführer werden künftig einen erheblichen Beitrag zur Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten leisten. Militärhunde können Menschen unter Trümmern nach einer Katastrophe oder in Krisengebieten aufspüren, Fährten und Sprengmittel wittern- und so Menschenleben retten. Ich freue mich die Patenschaft für so tapfere Diensthunde übernehmen zu können“, sagte die Verteidigungsministerin.

Die fünf Welpen wurden im November 2020 geboren. Die drei Hündinnen und zwei



Foto: Bundesheer / Pusch

Militärhundetaufe: Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Dompfarrer Toni Faber mit den jungen Rottweilern, die nun mit der „Welpenschule“ beginnen werden.

Rüden starten mit der Hundetaufe ihre Ausbildung als Wach- und Schutzhunde. Bevor es losgeht, werden die Hunde gesundheitlich getestet und besuchen die sogenannte „Welpenschule“. Der Rottweiler zählt zu einer ver-

läßlichen Diensthunderasse im österreichischen Militärhundewesen. Aufgrund seiner Charaktereigenschaften ist er sehr gut als Wach- und Schutzhund geeignet. ■

<https://www.bundesheer.at/>

So groß ist das kleine Koala-Mädchen schon

Der Tiergarten Schönbrunn mußte coronabedingt über viele Wochen geschlossen bleiben. Das war besonders für alle Koala-Fans traurig, die das Aufwachsen des ersten Nachwuchses in der Geschichte des Wiener Zoos nicht miterleben konnten. Die kleine Millaa Millaa ist mittlerweile mehr als neun Monate alt und bereits ordentlich gewachsen. „Millaa Millaa ist schon etwa halb so groß wie ihre Mama Bunji und bringt 1,9 Kilogramm auf die Waage. Sie läßt sich gerne von ihr am Rücken herumtragen, kuschelt sich vorne ins Bauchfell und unternimmt schon erste Kletterversuche allein“, berichtet Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck. Koalas sind überwiegend dämmerungs- und nachtaktiv. Auch Millaa Millaa ist in der Nacht oft fleißig unterwegs und schlummert tagsüber vor sich hin.

Etwa ein Jahr lang wird Millaa Millaa gesäugt. Die Kleine frißt aber auch schon Eukalyptus. Revierleiterin Simona Gabrisova: „Anfangs hat Millaa Millaa mit den großen Blättern etwas gekämpft. Sie hatte Mühe damit, sie in ihr kleines Maul zu bekommen. Mittlerweile ist sie darin schon sehr geübt.“ Koalas zählen zu den Nahrungsspezialisten



Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Millaa Millaa ist schon etwa halb so groß wie ihre Mama Bunji und bringt 1,9 Kilogramm auf die Waage – und sie läßt sich gerne von ihr am Rücken herumtragen

im Tiergarten. Sie fressen ausschließlich Eukalyptus, der wöchentlich aus England eingeflogen wird. Mit bis zu 2.000 Euro pro Woche macht der Eukalyptus 10 Prozent der gesamten Futterkosten des Zoos aus.

Die Pandemie und der Brexit verschärfen die Situation. Weniger Flüge und mehr Bürokratie schlagen sich in höheren Kosten für den Tiergarten nieder. ■

<https://www.zoovienna.at/>

Netzwerk Kulinarik: Erfolgsgeschichte weiterschreiben

»Aus der Region. Für die Region. In die Welt.« – Arbeitsprogramm wurde beim Auftakt zu den Länderkonferenzen vorgestellt



Foto: Agrarmarkt Austria Marketing GesmbH

v.l.: Astrid Ruzicka (Leitung Cluster Netzwerk Kulinarik), Gerhard Zinner (Obmann Cluster Netzwerk Kulinarik), Elisabeth Köstinger (Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus), Michael Blass (Geschäftsführer AMA-Marketing), Christina Mutenthaler (Leitung Netzwerk Kulinarik) und Philipp Maderthaler (Gründer Campaigning Bureau, Entrepreneur Of The Year)

Im Frühjahr 2019 wurde das Netzwerk Kulinarik neu aufgestellt. Unter dem Motto „Aus der Region. Für die Region. In die Welt.“ stand die Strategie Kulinarik Österreich im Zentrum. „In den zwei Jahren haben wir viel erreicht, Highlight war die Etablierung des Gütesiegels ‚AMA Genuss Region‘. Wir haben es geschafft, eine Erfolgsgeschichte weiterzuentwickeln und die Kräfte aller Kulinarik-Initiativen zu bündeln“, freut sich Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger.

Das Gütesiegel „AMA Genuss Region“ wurde im Sommer 2020 präsentiert. Es garantiert Gästen und KundInnen die regionale Herkunft sowie standardisierte Qualität der Lebensmittel und frisch zubereitete Speisen in der Gastronomie. 1.870 Betriebe nehmen bereits teil: 621 bäuerliche Direktvermarkter,

162 Lebensmittelmanufakturen und 1.087 Gastronomiebetriebe.

Auf Erfolg des AMA-Gütesiegels aufbauen

Die Corona-Krise hat die Bedeutung der Direktvermarktung generell gestärkt. Laut der RollAMA-Auswertung für das zweite Quartal 2020 hat eine Wertsteigerung des Ab-Hof-Verkaufs in Höhe von 41 Prozent stattgefunden. „Mit dem AMA-Gütesiegel haben wir ein europaweit einzigartiges, freiwilliges Herkunfts- und Qualitätssiegel im Lebensmitteleinzelhandel etabliert. Mit diesem Gütesiegel haben wir es geschafft, für die Bauern bessere Preise für ihre hochqualitativen Produkte zu erzielen. Diesen Weg gehen wir jetzt auch bei der Direktvermarktung, der Gastronomie und bei den Manufakturen. ‚AMA Genuss Region‘ ist der Lük-

kenschluß in der freiwilligen Herkunfts- und Qualitätsstrategie und eine Antwort auf wichtige Zukunftsfragen: Wir geben regionalen Produkten den Vorrang und tragen mit kurzen Transportwegen erheblich zum Klimaschutz bei. Wir produzieren unter hohen Qualitätsstandards, mit höchster Transparenz für die Konsumentinnen und Konsumenten, und in der Zusammenarbeit mit unseren Gastronomen, den Fleischern, Bäckern, die unsere Produkte behutsam veredeln, stärken wir die regionalen Wirtschaftskreisläufe“, erklärt Köstinger.

Beim Auftakt der Landeskonferenzen präsentierte das Netzwerk Kulinarik seine heurigen Arbeitsschwerpunkte. „Wir rechnen damit, daß heuer rund 1000 weitere Betriebe dazukommen und wollen diese bestmöglich begleiten und unterstützen“, erklärt

Gastronomie & Kulinarisches

Christina Mutenthaler, Geschäftsführerin des Netzwerks Kulinarik, der Zertifizierungsplattform für „AMA Genuss Region“. Wichtiger Schwerpunkt für 2021 ist der weitere Ausbau der digitalen Genuss-Landkarte. Dort finden KonsumentInnen regionale Spezialitäten, alle zertifizierten Betriebe und kulinarische Erlebnisse. Die Plattform dient auch der Vernetzung zwischen Produzenten und Gastronomen.

Vernetzung mit Tourismus

Die intensivere Vernetzung soll sich auch in einer gemeinsamen Kampagne mit dem Tourismus zeigen. „Unter dem Slogan ‚Land der behutsamen Veredelung‘ wollen wir unsere Betriebe in den Regionen und ihre Spit-

zenleistungen mit diversen Maßnahmen on- und offline vorstellen“, so Mutenthaler. Gemeinsam mit der Österreich Werbung ist eine ganzjährige und weltweite Kommunikation mit Content-Werbung und Medienkooperationen, Newslettern und Social Media geplant.

Mit kostenlosen betriebsindividuellen Fotoshootings und Webinaren zum Thema „Digitalisierung und Innovationen“ will das Netzwerk die Betriebe auf ihrem Weg der Professionalisierung unterstützen. Darüber hinaus erhalten die teilnehmenden Betriebe Werbemittel wie Tragetaschen, Servietten oder Take-away-Boxen und können sich an Veranstaltungen und am Genuss-Gutschein-System beteiligen.

Regionsstammtische zum persönlichen Austausch

Mutenthaler ist der persönliche Austausch mit den Regionen wichtig, denn das Programm wird maßgeblich von den Protagonisten in den Regionen getragen. „Sofern es Corona-Maßnahmen zulassen, möchten wir ab April Regionsstammtische in allen Bundesländern abhalten. Dort wollen wir unser Arbeitsprogramm für 2021 vorstellen, aber vor allem Ideen austauschen und Inputs von den TeilnehmerInnen und Organisationen mitnehmen.“

<https://www.netzwerk-kulinarik.at/>

<https://www.genussregionen.at/>

<https://www.bmlrt.gv.at/>

<https://amainfo.at/>

Erster Burgenländischer Eiswein in Illmitz gelesen

Benso an einem Dienstagmorgen, wie im Jahr 2020, jedoch um 5 Tage später, konnten alle Voraussetzungen für die Ernte des ersten Eisweins im Burgenland erfüllt werden. Gleich wie im Vorjahr stammen die Trauben von einem Weingarten aus der weltweit für ihre Süßweine bekannten Gemeinde Illmitz.

Mit Tiefsttemperaturen von bis zu minus 8° C boten die Morgenstunden ideale Voraussetzungen, um im Burgenland mit der traditionellen Eisweinernte zu starten. Die frostigen Temperaturen der vorangegangenen beiden Tage trugen ihren Teil zum Erfüllen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Ernte von Eisweinträumen bei.

Das Weingut Helmut Lang (Quergasse 5) aus Illmitz war auch heuer wieder eines der ersten Weingüter, das in den frühen Morgenstunden die durchgefrorenen Trauben ihrer Goldmuskateller- und Rheinriesling-Rebstöcke ernten konnte.

„Wir, das Weingut Helmut Lang aus Illmitz im Seewinkel, sind ein Betrieb in dritter Generation, spezialisiert auf die Vinifizierung von Prädikatsweinen. Umso glücklicher sind wir deshalb über die heutige Eisweinernte“, so Winzer Helmut Lang.

„Die Eisweinproduktion stellt ein kleines aber feines Segment des heimischen Weines dar. Unsere Winzer erzeugen mit viel Geduld und Risikobereitschaft qualitativ hochwertige Eisweine. Viele Faktoren beeinflussen die Eisweinproduktion – von der Auswahl des geeigneten Traubenmaterials und dessen Schutz vor Staren, bis hin zum Warten auf die geeigneten Temperaturen. Dank der aktuellen Minusgrade konnte das Wein-



Foto: Helmut Lang / Illmitz

Die Trauben zur Herstellung von Eiswein müssen bei der Lese und der Kelterung gefroren sein (mind. -7° C) und deren Saft muß ein Mostgewicht von mindestens 25° KMW aufweisen.

gut Lang die ersten Eisweinträumen des aktuellen Jahrgangs ernten. Die Konsumentinnen und Konsumenten dürfen sich daher jetzt schon auf diese besonderen und hochwertigen Weine aus dem Burgenland freuen“, so Nikolaus Berlakovich, Präsident der Burgenländischen Landwirtschaftskammer.

„Für einen Eiswein gelten grundsätzlich die gleichen gesetzlichen Rahmenbedingungen wie für einen Qualitätswein. Das heißt, daß er unter anderem die sensorischen Anforderungen zur Erlangung der staatlichen Prüfnummer erfüllen muß bzw. unterliegt die Erntemenge pro Hektar ebenso einer Höchstmengenbeschränkung. Weiters müssen die Trauben zur Herstellung von Eiswein bei der Lese und der Kelterung gefroren sein (mind. -7° C) und deren Saft muß ein Mostgewicht von mindestens 25° KMW aufweisen. Laut

Prognosen könnte sich am Wochenende temperaturtechnisch nochmals eine Möglichkeit zur Eisweinernte ergeben“, so Weinbauberaterin Verena Klöckl, BA.

Anteilmäßig macht der Eiswein an der gesamten Erntemenge im Burgenland zwar weniger als ein Prozent aus, jedoch handelt es sich hierbei um ein Nischenprodukt mit hohem Wiedererkennungswert. Rund 25 burgenländischen WinzerInnen gelingt es jedes Jahr, das umfassende burgenländische Weinangebot um hochwertige Eisweine zu erweitern. Größtenteils bewirtschaften diese Betriebe ihre Flächen rund um den Neusiedlersee, wobei auch vereinzelte Betriebe in anderen Regionen des Burgenlandes erfolgreich Eiswein produzieren.

<https://bgld.lko.at/>

<https://www.helmutlang.at/>

2020: Treffsicheres Weinmarketing im Krisenjahr

Österreichs Weinwirtschaft stand vor noch nie dagewesenen Herausforderungen

Der aktuelle Jahresbericht der Österreich Wein Marketing GmbH (ÖWM) gibt Einblicke in ihren Umgang mit den Auswirkungen der Pandemie. Um die WinzerInnen während der Corona-Pandemie bestmöglich zu unterstützen, änderte die ÖWM kurzfristig ihre gesamte Jahresplanung: Sie befeuerte die offenen Vertriebskanäle im In- und Ausland, verlegte Veranstaltungen ins Internet und sorgte Ende November in Moskau sogar für eine Weltpremiere.

Eigentlich hatte das Jahr vielversprechend begonnen für Österreich Wein: Ein sehr erfolgreiches Austrian Tasting in London (400 FachbesucherInnen, 620 präsentierte Weine) und die Teilnahme an der Millésime Bio sowie an der Vinexpo Paris sorgten für einen gelungenen Auftakt 2020. Doch dann kam Corona – und änderte alles.

Vier Kampagnen im Staffellauf

Durch den ersten Lockdown und vor allem die Schließung der Gastronomie im Frühling 2020 waren WinzerInnen und ÖWM auf dem Heimmarkt gezwungen, in kürzester Zeit umzudenken und sich auf die noch offenen Kanäle im Handel, Online- und Ab-Hof-Verkauf zu konzentrieren. Als Soforthilfe startete die ÖWM Ende März die Kampagne „Schmecke die Herkunft“, die die österreichischen KonsumentInnen zu ebendiesen Kanälen lenkte. 600 WinzerInnen nahmen auf Social Media an der Kampagne teil und potenzierten damit ihre Wirksamkeit.

Es folgten drei weitere, sich teils überlappende saisonale Kampagnen, die den Weinabsatz ankurbelten: Von Mai bis August lockte die G'spritzter-Kampagne zu den wieder geöffneten Gasthäusern, Heurigen und Buschenschenken. Im Juli startete die ÖWM ihre bisher größte Weintourismus-Kampagne „Auf zum Wein“, die HeimaturlauberInnen und TouristInnen aus den Nachbarländern in Österreichs Weinbaugebiete lenkte. Bis Oktober generierte allein diese Kampagne 99 Mio. Sichtkontakte in Österreich, Deutschland und der Schweiz.

Ab November warb die ÖWM mit der Kampagne „Weine zum Fest“ für einen



vinophilen Jahresausklang und forcierte damit den Heimkonsum.

Insgesamt erzeugten die vier Kampagnen 135,5 Mio. Sichtkontakte in Österreich, Deutschland und der Schweiz.

Heimmarkt: Gastronomie rückläufig, positive Impulse durch Heimkonsum und Weintourismus

Auf dem österreichischen Markt machten sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie unterschiedlich bemerkbar. In der Gastronomie, dem wichtigsten heimischen Vertriebskanal, litt österreichischer Wein 2020 spürbar: Der Gastro-Großhandel verzeichnete in den ersten drei Quartalen einen Rückgang von 22,2 % beim Absatz und 17,5 % beim Umsatz. Dabei noch nicht eingerechnet ist die wiederholte Schließung der Gastronomie während des zweiten Lockdowns im Spätherbst und Winter.

Positive Tendenzen zeigte österreichischer Wein beim Heimkonsum (Jänner–Mai: +30,7 % Menge) und im Lebensmitteleinzelhandel: +11,3 % Absatz und +13,1 % Umsatz (Quartale 1 bis 3). Weitere Impulse für den Weinabsatz konnte der Weintourismus im Sommer setzen, den die ÖWM mit ihrer bisher größten Weintourismus-Kampagne

unterstützte. Im Juli und August verzeichneten die Steiermark und das Burgenland sogar ein kleines Plus an Nächtigungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die großen Verluste durch den Entfall von Gastronomie und Veranstaltungen konnten in Summe jedoch nicht aufgefangen werden.

Österreich Wein erobert das Internet

Mit Inkrafttreten der Reisebeschränkungen rund um den Globus verstärkte die ÖWM auch die Kontaktpflege zu allen internationalen Meinungsführern. Dafür verschickte sie bis zum Jahresende über 1.300 Weine zur Verkostung in alle Welt und stellte ihre internationalen Aktivitäten großteils auf Online-Versionen um.

Zu den ersten digitalen Formaten gehörten Online Round Tables mit Fachleuten aus aller Welt, die über das gesamte Jahr ein sehr attraktives Format blieben. Mit rasch wachsender Erfahrung konnte die ÖWM immer größere Projekte online abwickeln: Zu den Highlights zählten etwa der digital durchgeführte Sommelier-Wettbewerb New York, Online-Events im Rahmen der Gastronomie- und Handelskampagne „Austrian Wine Time“ in Japan und eine Kooperation mit der

renommierten Star Wine List inklusive digitaler Preisverleihung.

Ende November kam es in Moskau mit der ersten „hybriden“ Weinverkostung sogar zu einem weltweiten Novum: Während die Fachbesucher die Weine vor Ort verkosteten, konnten sie über ein Online-Tool mit den Winzern der präsentierten Weine in Österreich live in Kontakt treten.

Insgesamt organisierte die ÖWM im vergangenen Jahr weltweit – abgesehen vom Heimmarkt Österreich und dem Hauptexportmarkt Deutschland – 70 Aktivitäten mit über 3.100 präsentierten Weinen. Über 1.500 Weinprofis verfolgten die digitalen Veranstaltungen der ÖWM.

Treffsichere Maßnahmen auch in Deutschland

In Österreichs wichtigstem Exportmarkt Deutschland präsentierte die ÖWM 2020 zusätzlich über 900 Weine bei 24 Veranstaltungen. Neun davon wurden Corona-bedingt als Online-Events durchgeführt, die restlichen konnten unter Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen vor Ort stattfinden. Ein Highlight war die Kampagne „Auf a Achterl durch Berlin“ im Spätsommer, die den Berlinern u. a. 55 Österreich Wein Hotspots in ihrer Stadt näherbrachte.

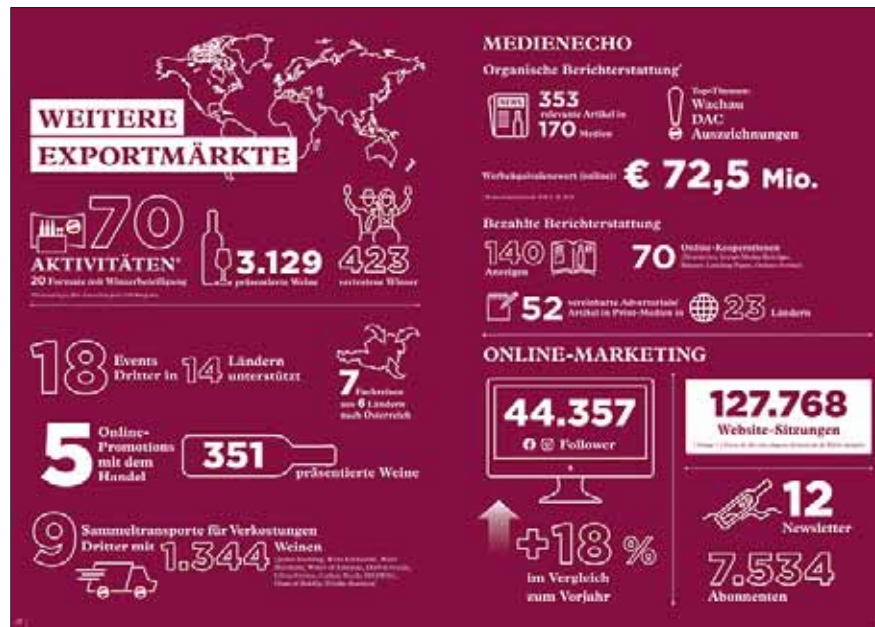
Weitere 1.400 Weine konnte die ÖWM im Zuge von Online-Promotions mit dem Handel in den Fokus stellen; sie erreichte damit 800.000 Kunden.

Wertvolle Medienpräsenz

Aus dem ganzjährigen Presseecho im In- und Ausland stachen über 2.700 informationsstarke Artikel zu Wein aus Österreich in 610 Medien besonders vor, die einem Werbeäquivalenzwert von 116,5 Mio. Euro entsprachen.

Export: leicht negative Jahresbilanz erwartet

Trotz gravierenden globalen Auswirkungen der Pandemie stieg die Exportmenge von österreichischem Wein laut Statistik Austria von Jänner bis September 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,7 %. Der Umsatz gab in diesem Zeitraum leicht um 0,4 % nach. Bemerkenswert ist dabei besonders das Abschneiden in Österreichs wichtigsten Exportmärkten Deutschland, Schweiz und den USA im Vergleich zu Weinnationen wie Frankreich und Italien. Diese verzeichneten dort teils erhebliche Export-Einbrüche. Im September schlug sich das Einsetzen der zweiten Welle mit erneu-



Österreich gilt international als sehr hochwertiges Weinland. Das zeigt auch seine Platzierung nach Durchschnittspreis/Liter unter den wichtigsten Importländern den Hauptexportmärkten.



ten Restriktionen negativ auf Absatz und Umsatz nieder. Die Zahlen des letzten Quartals liegen noch nicht vor, dennoch muß für das Gesamtjahr von einer leicht negativen

Exportbilanz von rund 62 Mio. Liter (-2,4 % zu 2019) und 175 Mio. Euro (-4,4 % zu 2019) ausgegangen werden. <https://www.oesterreichwein.at/>

Arik Brauer (1929-2021)

Ein Nachruf von Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien

Das Jüdische Museum Wien trauert um Arik Brauer. Sein Werk ist ursächlich verknüpft mit der Wiener Geschichte, mit der jüdischen Geschichte Wiens und mit dem Judentum per se. Als jüdischer Gassenbub aus Ottakring überlebte er die Schoah, studierte an der Akademie, reiste mit dem Fahrrad durch Europa, Afrika sowie Israel und eroberte sich von Paris aus seinen Platz in der Kunstwelt.

„Alle meine Künste“ war exakt der passende Titel für die Ausstellung von Arik Brauer, die wir 2019 im Jüdischen Museum gezeigt haben. Dargestellt hat er alle seine Künste in einem Bild an der Fassade des Wohnhauses in Wien, in dem er seit Jahrzehnten mit seiner Frau und Muse Naomi lebte. Man kann Arik Brauer zu Recht als künstlerisches Universalgenie bezeichnen: Er war Maler, Grafiker, Keramiker, Architekt, Musiker, Sänger, Tänzer, Komponist, Texter, Bühnenbildner und vieles andere mehr.

Aufgewachsen ist er in den 1930er-Jahren in einem bescheidenen Elternhaus, in einer „Zimmer-Küche-Wohnung mit Klo am Gang“, wie Brauer es selbst beschrieb. Arik Brauers jüdischer Vater wurde von den Nationalsozialisten im Konzentrationslager ermordet. Arik blieb mit seiner Mutter und seiner Schwester in Wien und arbeitete als Tischlerlehrling für den „Ältestenrat“ der Kultusgemeinde. In einem Schrebergarten versteckt, erlebte er das Ende der Nazi-Diktatur und die Ankunft der sowjetischen Armee in Wien als Befreiung. Keine Frage also, daß Brauer, der von klein auf sozialdemokratisch sozialisiert wurde, sich unmittelbar der Freien Österreichischen Jugend anschloß, der Jugendorganisation der kommunistischen Partei. Dort trafen sich mein Vater, Kurt Spera, und Arik, die beide als jüdische Ottakringer Arbeiterbuben ein ähnliches Schicksal zu meistern hatten. Während mein Vater sich als ideologischer Parteitheoretiker im Vordenken bewährte, war Arik unter dem Spitznamen Singerl für Kunst, Kultur und Sozialleben aktiv. Er war im Chor führend, zeichnete für die Parteizeitung der Jugend und organisierte sportliche Unternehmungen. Bald erkannte er aber, daß das nicht sein Weg ist und wandte sich vom Kommunismus ab.



Foto: Jüdisches Museum der Stadt Wien GmbH / wulz.cc

Die Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, mit dem Künstler Arik Brauer

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs begann Arik Brauer sein Studium an der Akademie der bildenden Künste. Gemeinsam mit Rudolf Hausner, Ernst Fuchs, Wolfgang Hutter und Anton Lehmden gründete er die Wiener Schule des Phantastischen Realismus. Seine Passion unter all seinen Künsten war das Malen. Er sah es als Beruf, vor allem als seine Berufung. In die Wiege wurde ihm das nicht gelegt, denn in seiner Familie hatte niemand ein Faible dafür, sondern für Musik. Schon als Kind hatte Arik Brauer außergewöhnlich gezeichnet und wurde als besonderes Talent gehandelt. Er zeichnete, was er sah, auf der Straße, im Wienerwald, im Schrebergarten, oder Figuren aus Büchern, die er las. Dann kam bald die Tora, das Alte Testament, ins Spiel – Geschichten, die ihn beflügelten, in seinen Bildern eigene Geschichten zu erzählen. Sein Freund Ernst Fuchs bezeichnete Brauer als Mystiker, als Romantiker, dessen Erfahrungsbereich durch Annäherung an Naturerlebnisse entstanden sei. Arik Brauer zauberte Bilder aus seiner

Weltschau – entstanden auch aus seinem Hunger nach Naturerlebnissen. Tatsächlich war der verantwortungsvolle Umgang mit der Natur und Atmosphäre ein wesentlicher Bestandteil seiner Reflexionen. Damit beschäftigte sich Brauer intensiv und setzte dies auch in seinen Architekturprojekten, wie auch in seinen eigenen Wohnräumen, nach seinen Vorstellungen um.

Israel entdeckte er als junger Mann und fand dort auch die Liebe seines Lebens, Naomi Dahabani, die aus einer jemenitisch-jüdischen Familie stammt. Naomis Vater war indirekt mit Österreich verbunden. Er kutscherte 1898 niemand geringeren als Theodor Herzl bei dessen Besuch in Palästina durch das Land. Die Tradition, aus der seine Frau stammt, die farblichen Eindrücke, die sinnlichen Erfahrungen der Natur finden sich unmittelbar in Arik Brauers Malerei wieder. Der Transfer des Lebensmittelpunkts nach Paris bescherte nicht nur neue Impressionen, sondern auch den künstlerischen Durchbruch und eine wesentliche Verände-

zung: zwei Töchter, Timna und Talia, wurden geboren, später in Wien die dritte Tochter Ruth, eine Familie entstand. Und all diese Erlebnisse flossen in Arik Brauers Bilder ein.

Seine Bilder erzählen Geschichten, die sich im Betrachten und durch den Betrachter verändern. Besuchte man Arik Brauer, stand ständig ein neu geschaffenes Bild auf seiner Staffelei. Bewundernde Worte tat er mit der Bemerkung ab, daß das Bild ja noch längst nicht fertig sei. Während der Besucher bereits völlig im Bann der Geschichte stand, die er auf dem Bild sieht, kamen im Lauf weniger Stunden noch viele weitere Geschichten hinzu. Brauer könne ewig voranmalen, meinte Ernst Fuchs, immerwährend könnten in einem Bild neue Bilder entstehen, die neue Geschichten hervorbringen und die Fantasie des Betrachters beflügeln.

Wie seine Bilder sind auch Arik Brauers Gesang und Musik voll von Geschichten, von Erlebtem, das ihn geprägt hat. Als Sänger im Wiener Dialekt und Schöpfer des Austropop erklimm er in den 1970er-Jahren die Spitze der Hitparade. Der ungeahnte Erfolg wurde ihm jedoch unheimlich. Er drehte diese Karriere mit Gewalt ab, wie er selbst sagte, und das, obwohl seine Platten in jedem österreichischen Haushalt zu finden sind.

Das Malen blieb zentrales Element seines Lebens. Er gestaltete Bühnenbilder für die Wiener Staatsoper oder die Opéra Garnier in Paris und pendelte zwischen Wien und Israel, wo er in Ein-Hod bei Haifa aus einer Ruine ein paradiesisches Haus zauberte.

Im Jüdischen Museum Wien wurde Arik Brauer bisher zweimal ausgestellt: 2006 in einer Ausstellung gemeinsam mit dem Frühwerk von Ernst Fuchs und Friedensreich Hundertwasser.

2014 zeigte das Jüdische Museum Wien unter dem Titel *Le dor va dor* die neuen Brauer-Illustrationen der Haggada. Es entstanden 24 Bilder, die die Geschichte des Auszugs der Juden aus Ägypten darstellen. Zu diesem neuen Zyklus an Kunstwerken (Arik Brauers zweite Haggada-Illustration) hatte ihn unser gemeinsamer Freund Erwin Javor überredet.

Ich persönlich bin unendlich dankbar für die vielen wunderbaren Begegnungen mit Arik über Jahrzehnte hinweg. Ich habe einen Freund, einen Lebensmenschen verloren, der in seiner Familie immer weiterleben wird und dessen Erinnerung wir immer aufrechterhalten werden. ■

<http://www.jmw.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Arik_Brauer



Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer

15. Jänner 2011: Arik Brauer (r.) mit seinem Künstlerkollegen Friedensreich Hundertwasser (1928-2000) anlässlich der Eröffnung des Phantasten Museums in Wien

Stimmen zum Tod Arik Brauers

Bundespräsident Van der Bellen

„Arik Brauer ist tot. Ein Künstler, wie unser Land – an kreativen Menschen so reich – nur wenige hervorgebracht hat. Maler, Musiker, Lehrer – kaum lassen sich seine Begabungen, kaum läßt sich sein Können angemessen aufzählen. Mit der Erfahrung von Antisemitismus, Verfolgung und Mord in der dunklen Zeit des Nationalsozialismus aufgewachsen, wurde Arik Brauer zum kritischen Citoyen. Er mischte sich ein im besten Sinne des Wortes. Er erhob seine Stimme für Freiheit, Demokratie und Solidarität. Seine Bilder ebenso wie sein Engagement sind zum festen Bestandteil unseres kollektiven Bewußtseins geworden. Sie haben uns geprägt und unser Land in künstlerischer und in gesellschaftspolitischer Hinsicht verändert. Österreich wird diese Stimme, die so sanft und klar war, vermissen. Und sich dankbar dessen erinnern, was Arik Brauer unserem Land geschenkt hat“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Seine tiefe Betroffenheit und Trauer über das Ableben von Arik Brauer bekundet Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Österreich verliert mit Arik Brauer einen vielseitigen Künstler, einen wichtigen Zeitzeugen und eine bedeutende Stimme des öffentlichen Lebens. Seinen Angehörigen möchte ich meine tief empfundene Anteilnahme in dieser schweren Stunde aussprechen.“

Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer

„Arik Brauers Verdienste gehen weit über die österreichische Kunst hinaus, die er in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark beeinflusst und geprägt hat“, so Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer. „Er hat in allen Kunstsparten, in denen er tätig war, das Fenster zur Fantasie geöffnet. Viele seiner Werke – von den Liedern über die Bilder bis zu kostüm- und Bühnenbildnerischen Arbeiten – werden allgemein, aber auch mir persönlich in Erinnerung bleiben. Brauer hat aber auch noch ein anderes Fenster geöffnet – nämlich jenes der Erinnerungen. Er hat mit seinem persönlichen Zeugnis gegen den Terror des NS-Unrechtsregimes auch zu Zeiten darauf aufmerksam gemacht, als niemand darüber sprechen wollte, und damit zur Schaffung eines Konsenses gegen die Barbarei beigetragen. In gewisser Weise hat er damit auch den Kreis seiner Kunst mit seiner Biographie geschlossen – zu einem optimistischen und bunten Werk. Meine Anteilnahme gilt in dieser Stunde seiner großen Familie. Die Republik Österreich wird ihn als einen ihrer grossen Künstler in Erinnerung behalten.“

Lesen Sie Ausstellungsberichte hier:

Österreich Journal, Ausgabe 41, 16.10.2006

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_041.htm

Österreich Journal, Ausgabe 126, 23.12.2013

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_126.htm

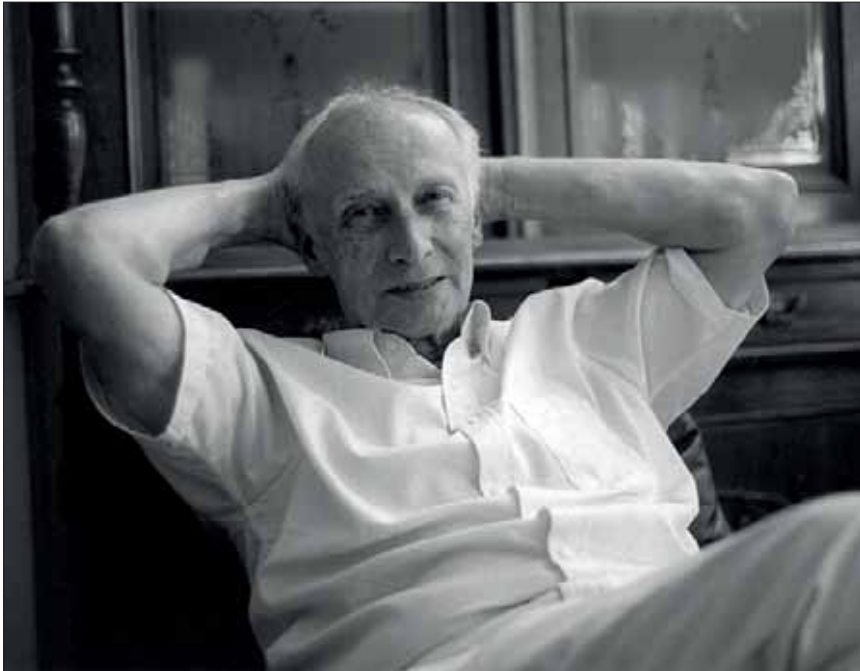
Österreich Journal, Ausgabe 183, 01.04.2019

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_183.htm

Nachlaß von Adolf Holl

Am 23. Jänner jährte sich der erste Todestag von Adolf Holl, im Jänner vor 50 Jahren stellte er auch sein zentrales Werk »Jesus in schlechter Gesellschaft« fertig

Foto: Wienbibliothek im Rathaus / Walter Famler



Adolf Holl, 2005

Der umfangreiche Nachlaß des 1930 in Wien geborenen Theologen, Wissenschaftlers, Publizisten und Schriftstellers wurde von der Wienbibliothek im Rathaus erworben und wird für die wissenschaftliche Nutzung zugänglich gemacht. Er umfaßt 60 Archivboxen mit Lebensdokumenten, Tagebüchern, Manuskripten, Korrespondenzen, Fotos und Alltagsgegenständen. Weiters die Arbeitsbibliothek mit rund 1.800 Bänden aus allen Wissensbereichen, die von Holl mit einer Signatur versehen und größtenteils durchgearbeitet wurden, sowie Widmungsexemplare u. a. des Ethnologen Hand Peter Duerr oder des Philosophen Peter Strasser.

„Der Nachlaß zeigt, daß Wien Adolf Holls erster und zentraler Wirkungskreis war. Er hatte maßgeblichen Anteil am gesellschaftlichen Diskurs der letzten Jahrzehnte“, betont Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler. „Sein Wirken reichte weit über theologische, wissenschaftliche wie geografische Grenzen hinaus, davon zeugen vor allem die vorliegenden Korrespondenzen mit intellektuellen ZeitgenossInnen.“

Der oftmals als „Kirchenrebell“ titulierte Holl war lange katholischer Priester, bevor er seine Zweifel und seine Kritik – u. a. am

Zölibat und an einer institutionalisierten Kirche – öffentlich machte, was 1976 zu seiner Suspendierung führte. Seither trug Holl immer wieder als Autor und Journalist zu der öffentlichen Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen Themen bei, beispielsweise als Diskussionsleiter der ORF-Sendung „Club 2“, die er über 70 Mal moderierte.

„Holls Wirken begann in der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung der 1960er und 70er-Jahre. Er hat den Erosionsprozeß der Kirche analysiert, seine Zweifel kultiviert und literarisiert – darüber aber stets eine hinter-sinnige Frömmigkeit durchscheinen lassen. Seine Themen waren existentiell, aber mit großer lebenskundlicher Leichtigkeit erzählt, was die breite Resonanz seiner Leserschaft erklärt“, erläutert Walter Famler, langjähriger Freund, Erbe und Nachlaßverfuger Holls.

Analoger Intellektueller

„Holl war ein analoger Intellektueller, im besten Sinne und in jeder Hinsicht. Er hat nicht nur seine Manuskripte bis zuletzt mit Schreibmaschine geschrieben, die auch Teil des Nachlasses ist. Er hat die Bücher seiner Arbeitsbibliothek mit umfangreichen Noti-

zen, Vermerken und Unterstreichungen versehen, was sie für die Forschung besonders interessant machen“, so Wienbibliothek-Direktorin Anita Eichinger. „Die Arbeitsbibliothek wird gerade aufgearbeitet und relativ rasch zugänglich sein. Der umfangreiche Nachlaß wird in den kommenden Jahren aufgearbeitet werden, damit Werk und Person für die Forschung zugänglich sind.“

Die Ordner mit Korrespondenzen und handschriftlichen Dokumenten sowie die von Holl seit den 1960er-Jahren geführte Adresskartei zeigen die unterschiedlichen Netzwerke und Verbindungen zu ZeitgenossInnen, mit denen Adolf Holl im Austausch stand. Es finden sich darin die Korrespondenz mit Kardinal Franz König zu Holls Suspendierung vom Priesteramt 1976 ebenso wie Briefe und Postkarten u. a. von SchriftstellerInnen wie Brigitte Schwaiger, Josef Haslinger und Frederic Morton, dem Psychiater Leo Navratil, der Kulturanthropologin Felicitas Goodman, dem Psychoanalytiker Theodor Itten oder Peter Strasser.

Mehrere Ordner mit Predigten sind von Interesse, weil diese ab Ende der 1960er-Jahre bereits als Vorarbeiten für Holls kirchenkritischen Bestseller „Jesus in schlechter Gesellschaft“ von 1971 zu lesen sind, der den langgedienten Kaplan die Lehrbefugnis und in weiterer Folge das Priesteramt kostete. Holl zeichnete Jesus darin als Menschen, der sich für Außenseiter engagiert und gegen die etablierte Gesellschaft und Religion Position ergriffen habe.

Weiters befinden sich im Nachlaß Manuskripte zu einigen Büchern Holls, darunter „Die linke Hand Gottes. Biographie des heiligen Geistes“ oder die Autobiografie „Wie ich ein Priester wurde, warum Jesus dagegen war, und was dabei herausgekommen ist“ (Nachdruck „Gott ist tot und läßt dich herzlich grüßen. Eine Autobiographie“).

Ebenso enthalten ist das fragmentarische Manuskript von Holls 33. Buch „Leibesvisitationen“, das in diesem Jahr als Privatdruck erstveröffentlicht und auch Teil der 12bändigen kommentierten Werkausgabe sein wird, die im Herbst mit dem ersten Band „Jesus in schlechter Gesellschaft“ beginnt. ■

<https://www.wienbibliothek.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Holl

»Exoten« und »Abenteurer« Gottes

Diözese Eisenstadt: Am 2. Februar war »Tag des geweihten Lebens«



Foto: Gerald Gossmann

Bereichern die Gesellschaft mit ihrer ganz speziellen Tonalität: Ordensfrauen und Ordensmänner im Burgenland

Die Ordensgemeinschaften sind ein besonderer Schatz und eine Säule der Kirche. Knapp 140 Ordensfrauen- und Männer, Mitglieder in Säkularinstituten und religiösen Gemeinschaften, leben und wirken in der Diözese Eisenstadt. In der katholischen Kirche gibt weltweit rund 900.000 Ordensleute.

»Um des Himmelreiches willen«

„Eigentlich sind Ordensleute so etwas wie Exoten in unserer westlichen Gesellschaft, oder vielleicht auch ‚geistliche Abenteurer‘. Wer versteht bei uns eigentlich noch, wenn mündige Personen freiwillig die persönliche Armut wählen, oder den Verzicht auf Ehe, Familie und Kinder – ‚um des Himmelreiches willen‘, sowie den Gehorsam gegenüber einer Gemeinschaft und ihren Ordensregeln?“, so Pater Lorenz Voith, Bischofsvikar für die Ordens- und religiösen Gemeinschaften anlässlich des „Tags des geweihten Lebens“. „Der Beifall ist ihnen nicht mehr sicher, nicht einmal in katholischen Familien“, betont er.

Es bedarf zumeist einer persönlichen »Berufung«

So eine Entscheidung zu fällen, „das klingt wenig modern und entspricht nicht dem Lebensziel vieler Zeitgenossen“, reflektiert der

Bischofsvikar im Spiegel des gegenwärtigen Lebens. Warum also wählen trotzdem auch heute Frauen und Männer diesen Weg? „Vor dem Weg in eine Ordensgemeinschaft bedarf es zumeist einer persönlichen ‚Berufung‘. Und diese kann nur von dem DEM kommen, auf DEN dieses Leben eigentlich hingerrichtet ist. Nur wenn dieses ‚persönliche Angesprochen-sein‘, dieses gesunde und frohmachende Hineinwachsen in eine Lebensform geschieht, wird ein solches Leben mit den ‚drei Gelübden‘ letztlich lebbar und auch zeugenhaft. Das geschieht nicht ohne Krisen, nicht ohne Vergewisserung im Laufe des Lebens sondern eingebunden in Gemeinschaften, nicht allein unterwegs“, erklärt er.

Bedeutend, in welcher Form gewirkt wird

Ebenso bedeutend sei es, „in welcher Form Ordensleute gemeinsam betend, sozial oder pastoral wirken“, betont Lorenz Voith und zeichnet die vielfältigen Möglichkeiten auf. „In der Schule, im Kranken- oder Altenbereich, im sozialen Umfeld, in den Pfarren, in neuen pastoralen Projekten, auf wissenschaftlicher Ebene oder in der Begleitung von Menschen, wie auch als ‚Oasen‘ des Gebetes – in so vielen Bereichen agieren Orden und andere Gemeinschaften des geistlichen Lebens.“

Der weltweite „Tag des geweihten Lebens“ am 2. Februar lenkt den Blick auf die Ordensleute. Sie bilden einen lebendigen Schatz für die Kirche – hier in der Diözese Eisenstadt, wie weltweit.

Feier des »Tages des geweihten Lebens 2021« verschoben

Die Feier des „Tages des geweihten Lebens 2021“ wurde wegen der Corona-Maßnahmen auf den 25. April, 15 Uhr verschoben. Die Pontifikalvesper mit Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics, mit Akademie und Ehrung der JubilareInnen, findet in der Klemenskirche Oberpullendorf statt. Sie wird als Live-Stream übertragen werden.

Der „Tag des geweihten Lebens“ wurde 1997 von Papst Johannes Paul II. eingeführt, um die Wertschätzung von Orden und anderen Gemeinschaften des geistlichen Lebens zu fördern. In ganz Österreich laden die Diözesankonferenzen der Männer- und Frauenorden mit den Bischöfen zu Gottesdiensten, Gebetszeiten und weiteren Veranstaltungen ein. Im Mittelpunkt steht der Dialog mit den Ordensleuten, das Kennenlernen ihrer Arbeit und Anliegen und das Bewußtmachen des Ordenslebens als spirituelle Kraftorte in der Vielfalt und im eindrucksvollen Reichtum ihrer einzelnen Dienste. ■

<https://www.martinus.at/>

Kann die Existenz Dunkler Materie belegt werden?

PhysikerInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der TU Wien wollen mit einem neuen Experiment nachweisen, ob ein bislang nicht bestätigtes Signal tatsächlich die Existenz Dunkler Materie belegt.



Foto: MPP / Karoline Schaffner

Blick auf den Bauplatz des COSINUS-Experiments, 1.400 Meter unter der Erde im Laboratori Nazionali del Gran Sasso in den italienischen Abruzzen in Halle B des LNGS

Die Charakterisierung von Dunkler Materie hat sich für die Physik als große Herausforderung entpuppt. Die WissenschaftlerInnen sind sich sicher, daß es sie gibt, welche Eigenschaften sie hat, ist aber unklar. „In astronomischen Beobachtungen können wir Dunkle Materie indirekt über ihre Gravitation nachweisen. Aber gesehen hat sie noch niemand. Vielleicht wäre ‚transparente Materie‘ ein besserer Begriff, weil Dunkle Materie nicht elektromagnetisch wechselwirkt und Licht einfach durchgeht“, sagt Florian Reindl von der gemeinsamen Forschungsgruppe des Instituts für Hochenergiephysik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und der TU Wien.

Seit 20 Jahren rätselhafte Signale

In den vergangenen Jahren wurden viele Experimente entwickelt, die den direkten Nachweis von Dunkler Materie erbringen sollten. Eines davon liefert seit 20 Jahren tatsächlich ein Signal: „Das DAMA-Experiment basierte auf der Idee, daß sich die Erde auf ihrer Bahn durch den Dunkle-Materie-Hintergrund der Galaxie bewegt. Dann hätte sie im Sommer Gegenwind und im Winter Rückenwind und ein Detektor auf der Erde sollte bei Gegenwind mehr Ereignisse messen als bei Rückenwind.“

DAMA mißt seit mehr als 20 Jahren ein solches Signal, das allerdings von keinem anderen Experiment bisher bestätigt werden

konnte. Dieses Rätsel wollen wir mit unserem COSINUS-Experiment lösen“, erklärt Reindl, der das Experiment als Sprecher leitet.

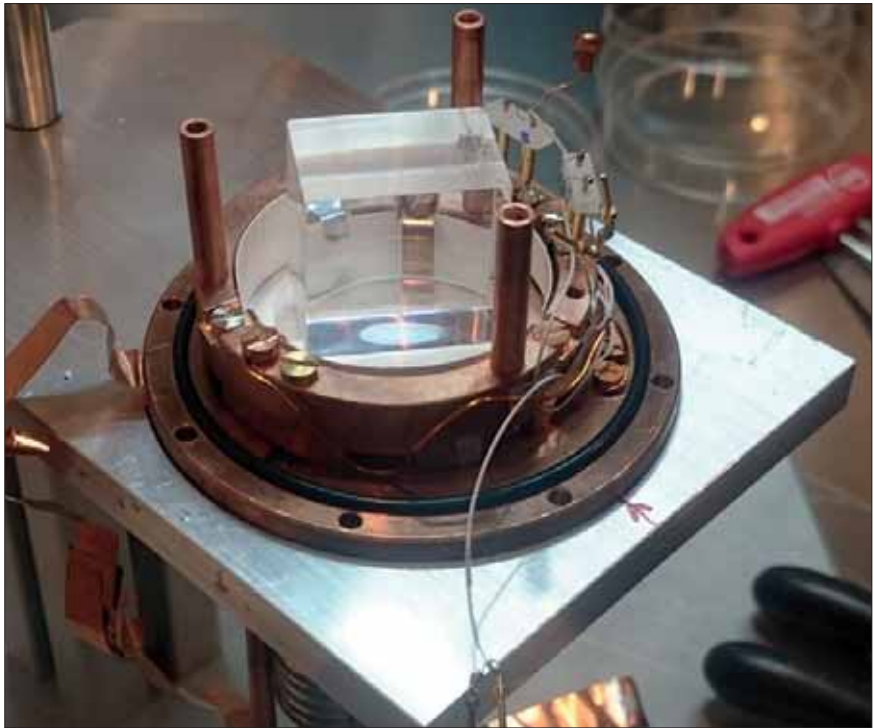
Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Entwicklung passender Detektoren. Für COSINUS – das Kürzel steht für Cryogenic Observatory for Signals seen in Next-generation Underground Searches – werden spezielle Natriumiodid-Tiefemperaturdetektoren eingesetzt. Wird ein Atomkern im Kristallgitter eines solchen Kristalls von einem Teilchen der Dunklen Materie getroffen, so erwärmt sich der Kristall und leuchtet auf. Die gleichzeitige Auslese von Erwärmung und Licht wurde im Rahmen von CRESST

entwickelt, einem der führenden Experimente zur Suche nach Dunkler Materie.

„Auch DAMA benutzt Natriumiodidkristalle. Das macht einen Vergleich mit anderen Experimenten schwierig, weil diese andere Materialien nutzen. Wir verwenden nicht nur dasselbe Detektormaterial, sondern können es auch als einziges Team auf der Welt bei Tieftemperatur tun. Damit sind die Sensoren so empfindlich, daß wir sogar sagen können, ob der Kern oder die Hülle eines Atoms im Detektor von potenzieller Dunkler Materie getroffen wurde“, sagt Reindl, der die Idee zum Experiment gemeinsam mit Karoline Schöffner vom Max-Planck-Institut für Physik in München hatte.

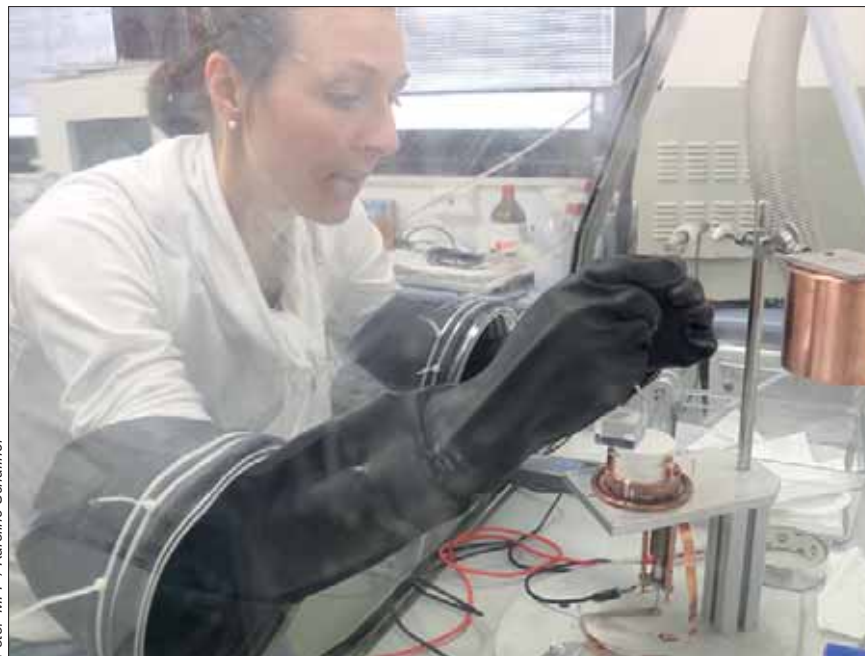
Hochempfindliche Apparatur abgeschirmt durch Fels und Wasser

Weil das Experiment so empfindlich ist und damit anfällig für Störungen, muß es extrem gut abgeschirmt werden. Die PhysikerInnen bauen ihr Experiment daher im italienischen Gran Sasso auf, 1.400 Meter tief in einem Berg. „Zusätzlich werden die Detektoren noch mit Wasser abgeschirmt, weil



Offenes Detektormodul des COSINUS-Experiments während des Zusammenbaus. Zu sehen ist der kubische Natriumiodid-Kristall und seine aus Kupfer gefertigte Halterung.

Foto: MPP / Karoline Schöffner



Montage eines COSINUS Detektormoduls in einer Glovebox unter Stickstoffatmosphäre

Foto: MPP / Karoline Schöffner

die natürliche Strahlung im Berg sonst eine Menge Interaktionen mit den Hüllen von Detektoratomen liefern würde. Damit sollten auch Dunkle-Materie-Signale, die wir hauptsächlich an den Atomkernen der Kristalle erwarten, klarer hervortreten“, sagt Reindl.

Da man noch wenig über Dunkle Materie und ihre Wechselwirkungen weiß, sind die Unsicherheiten in Experimenten groß.

„Wenn wir das DAMA-Signal bestätigen könnten, wäre das der Nachweis, daß Dunkle Materie ein Teilchen ist, das mit normaler Materie wechselwirkt. Das wäre schon ein großer Schritt. Jetzt haben wir die Technologie, um diese Frage zu klären“, erklärt Reindl.

Denn durch die neuen Tieftemperaturdetektoren ist eine exakte Prüfung des DAMA-

Signals möglich. Florian Reindl: „Im Prinzip messen unsere Detektoren nicht nur Kollisionen durch das entstehende Licht, sondern auch noch den Energieeintrag mit einem Thermometer. Dieses System lässt sich genau kalibrieren und gibt sehr viel Information über die Kollisionen her.“

Grünes Licht für Aufbau des Experiments

Die PhysikerInnen haben nun grünes Licht für einen der begehrten Plätze im Untergrundlabor von der wissenschaftlichen Leitung der Laboratori Nazionali del Gran Sasso erhalten. „Derzeit läuft die Planungsphase. Der Wassertank soll noch Anfang 2021 installiert werden. Der Start-Termin für 2022 könnte auch in der aktuellen Coronakrise halten“, hofft Reindl. Dann müssen die Messungen mindestens ein Jahr lang laufen. Danach werden die ForscherInnen mehr über das DAMA-Signal wissen.

Neben dem Institut für Hochenergiephysik der ÖAW und dem Atominstitut der TU Wien sind als weitere Partner das Istituto Nazionale di Fisica Nucleare (INFN), das Helsinki Institute of Physics (HIP), sowie das Max-Planck-Institut für Physik in München am Experiment beteiligt. Die Natriumiodidkristalle werden am Shanghai Institute for Ceramics (SICCAS) produziert. ■

<https://www.oew.ac.at/>
<https://ati.tuwien.ac.at/>

Krebszellwanderung und Gewitter im Gehirn: Mechanismus schützt

G3BP Proteine hemmen den Stoffwechsel-Treiber MTOR – ein Signalprotein, das bei Tumorerkrankungen und Entwicklungsstörungen des Gehirns eine zentrale Rolle spielt.

Zu diesem Ergebnis, das neue Chancen für personalisierte Therapien bei Krebs und neuronalen Erkrankungen eröffnen könnte, kamen WissenschaftlerInnen der Universität Innsbruck und des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) gemeinsam mit der Medizinischen Universität Innsbruck und einem europaweiten Forschungsnetzwerk.

Das Signalprotein MTOR (Mechanistic Target of Rapamycin) ist ein Sensor für Nährstoffe wie Aminosäuren und Zucker. Wenn genügend Nährstoffe zur Verfügung stehen, kurbelt MTOR den Stoffwechsel an und sorgt dafür, daß ausreichend Energie und Bausteine für das Wachstum und die Funktion aller Zellen im menschlichen Körper zur Verfügung stehen.

„Weil MTOR ein derart zentraler Schalter für den Stoffwechsel ist, führen Fehler in seiner Aktivierung zu ernstesten Krankheiten. Dies sind zum Beispiel Krebserkrankungen, die mit übermäßiger Stoffwechselaktivität, Zellwachstum und -ausbreitung einhergehen. Auch Fehlentwicklungen des Nervensystems, die zu Schwierigkeiten in der Reizverarbeitung bis hin zu Verhaltensstörungen und Epilepsie führen, können die Folge sein, wenn MTOR fehlgeschaltet ist“, erklärt Kathrin Thedieck, Professorin für Biochemie an der Uni Innsbruck.

Um Fehler in der MTOR-basierten Signalverarbeitung zu verhindern, kontrolliert die Zelle seine Aktivität sehr genau. Dies tut sie unter anderem durch sogenannte Suppressoren. Das sind Moleküle, die ein Protein hemmen und dabei helfen, seine Aktivität zu dosieren. Der TSC Komplex ist so ein Suppressor für MTOR. Er ist nach der Erkrankung, die sein Fehlen hervorruft, benannt – der Tuberosen Sklerose (engl. tuberous sclerosis, TSC). Der TSC Komplex sitzt gemeinsam mit MTOR an kleinen Strukturen in der Zelle, den sogenannten Lysosomen, und hält dort MTOR in Schach. Wenn der TSC Komplex – beispielsweise durch Veränderungen (Mutationen) in einer seiner Komponenten – nicht mehr am Lysosom bleibt, kann dies zu übermäßiger MTOR Aktivität mit schweren gesundheitlichen Folgen führen.



Univ.-Prof. Kathrin Thedieck



Christiane Opitz

Foto: Universität Innsbruck / Andi Friedle

Foto: DKFZ Heidelberg / Susanne Röck

Protein mit Ankerfunktion

Die Teams um Kathrin Thedieck an der Universität Innsbruck und Christiane Opitz am DKFZ erforschten deshalb, auf welche Weise der TSC Komplex an Lysosomen bindet. Hierbei entdeckten sie, daß die G3BP Proteine (Ras GTPase-activating protein-binding protein) zusammen mit dem TSC Komplex an Lysosomen sitzen. Dort bilden die G3BP Proteine einen Anker, der dafür sorgt, daß der TSC Komplex an die Lysosomen binden kann. Diese Ankerfunktion spielt in Brustkrebszellen eine entscheidende Rolle. Ist die Menge von G3BP Proteinen in Zellkulturen vermindert, so führt dies nicht nur zu einer erhöhten MTOR Aktivität, sondern

steigert auch die Ausbreitung der Zellen. Wirkstoffe, die MTOR hemmen, verhindern diese Ausbreitung. In BrustkrebspatientInnen korreliert eine niedrige G3BP Menge mit einer schlechteren Prognose. „G3BP Proteine könnten daher interessante Marker sein, um personalisierte Therapien zu entwickeln und die Effizienz von Medikamenten, die MTOR hemmen, zu verbessern“, so Christiane Opitz vom DKFZ.

Auch im Gehirn hemmen die G3BP Proteine MTOR. Im Zebrafisch, einem für die Pharmaforschung wichtigen Tiermodell, beobachteten die ForscherInnen Störungen der Gehirnentwicklung, wenn G3BP fehlt. Dies führt zu neuronaler Hyperaktivität ähnlich wie bei Epilepsie im Menschen. Diese neuronalen Entladungen konnten durch Wirkstoffe, die MTOR hemmen, unterdrückt werden. „Wir hoffen deshalb, daß PatientInnen mit neurologischen Erkrankungen, bei denen die G3BP Proteine fehlerhaft sind, von MTOR-gerichteten Wirkstoffen profitieren könnten. Hier stehen wir noch am Anfang und möchten dies zukünftig gemeinsam mit unserem Forschungsnetzwerk weiter untersuchen“, sagt Kathrin Thedieck von der Universität Innsbruck. Zu diesem zählt auch Lukas A. Huber, Direktor der Zellbiologie der Medizinischen Universität Innsbruck, der sich über den gemeinsamen Erfolg freut: „Durch diese, bereits so erfolgreiche Zusammenarbeit entsteht gerade ein starker Forschungsschwerpunkt zu MTOR und Lysosomen an den beiden Innsbrucker Universitäten, und ich sehe unseren nächsten Projekten schon mit Spannung entgegen“, so Lukas A. Huber.

Die Studie ist in der Fachzeitschrift „Cell“ erschienen. Ihre AutorInnen wurden u.a. von der deutschen Tuberosen Sklerose Stiftung, der niederländischen Stiftung TSC Fonds, dem österreichischen Wissenschaftsfonds, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Europäischen Union im Rahmen des Brustkrebskonsortiums MESI-STRAT gefördert. ■
<https://www.uibk.ac.at/cmbi/>
<https://www.unite-glioblastoma.de/>
<https://mesi-strat.eu/>

Ultraschall zur Behandlung von Gehirnkrankheiten

Ultraschall kann nicht nur als bildgebendes Verfahren eingesetzt werden, mit gezielten Ultraschallimpulsen läßt sich eine Reihe an Gehirnkrankungen, die bisher nur eingeschränkt therapierbar sind, punktgenau behandeln.

Einige revolutionäre Verfahren dieser Art wurden in den vergangenen Jahren maßgeblich in Toronto und auch an der MedUni Wien entwickelt. Das Wiener Verfahren verbessert Hirnfunktionen, indem noch funktionierende Nervenzellen von außen aktiviert werden. Verbesserungen sind bei verschiedenen neuropsychiatrischen Hirnkrankungen wie Alzheimer-Demenz, Parkinson, Schlaganfall, Multipler Sklerose oder Nervenschmerzen erwartbar. Eine soeben im Fachjournal *Advanced Science* von der MedUni Wien gemeinsam mit der Universität Toronto veröffentlichte Übersichtsarbeit zeigt, daß die neuen Therapien bereits an der Schwelle breiter Anwendung in der klinischen Praxis stehen.

In den vergangenen Jahren wurden neuartige Konzepte für die Ultraschall-Gehirntherapie entwickelt. Hochfokussierte Ultraschallwellen ermöglichen nun eine nicht-invasive Chirurgie, die fokale Übertragung von Therapeutika oder Genen an ausgewählten Stellen des Gehirns und die therapeutische Modulation neuronaler Netzwerke bei verschiedenen Gehirnkrankungen. Laut Roland Beisteiner, unter dessen Leitung die neue Methode der transkranialen Pulsstimulation mit Ultraschall (TPS) an der Universitätsklinik für Neurologie von MedUni Wien und AKH Wien entwickelt wurde, sind die neuartigen Ultraschall-Methoden kein „Entweder-Oder“, sondern ein echtes Plus für die klinische Praxis: „Die in Wien und Toronto entwickelten Techniken stellen neuartige Zusatzoptionen dar, mit denen wir bereits etablierte Therapien ergänzen können. Die inzwischen publizierten PatientInnendaten zeigen, daß die transkranialen Ultraschallinnovationen sicher und für eine breite klinische Anwendung bereit sind.“ Der große Zusatzvorteil des Wiener Verfahrens: es ist nahezu nebenwirkungsfrei.

Wiener TPS-Stimulation: Breiter klinischer Roll-out in Sichtweite

Die unter Wiener Leitung von einem internationalen Konsortium entwickelte Ner-



Grafik: pixabay / Sabine Zierer

venzell-Stimulation TPS wurde bereits Anfang 2020 in einem führenden Wissenschaftsjournal als Coverarbeit vorgestellt. Alzheimer-PatientInnen zeigten in dieser Pilotstudie über drei Monate anhaltende Verbesserungen. Der breite klinische Roll-out ist bereits angelaufen, erfordert laut Beisteiner aber besondere Fachexpertise: „Die neue Therapie ist in kontinuierlicher wissenschaftlicher Entwicklung und erfordert von den BehandlerInnen besondere neurologische, methodische und Hirnfunktionskenntnisse“, so Beisteiner. Neben den auch schon mit älteren, weniger genauen Hirnstimulationsverfahren untersuchten Erkrankungen Alzheimer, Parkinson, Schlaganfall, Multipler Sklerose und Nervenschmerzen gibt es für TPS wahrscheinlich auch ganz neue Einsatzbereiche. TPS ist das einzige Verfahren, das auch tiefe Hirnregionen gezielt nicht-invasiv aktivieren kann. Daher sind alle Erkrankungen, bei welchen eine Rehabilitation gestörter Hirnfunktionen über Aktivierung noch funktionierender Nervenzellen möglich ist, Kandidaten für die neue Wiener Therapie. Für Alzheimertherapie ist TPS bereits zugelassen (CE Zertifizierung).

Ultraschall-Methoden aus Toronto: Andere Technik, andere Ziele

Die beiden weiteren, klinisch federführend von Studien-Coautor Andres Lozano an

der Universität Toronto entwickelten Methoden nützen ebenfalls Ultraschallwellen. Die gezielte nicht-invasive Chirurgie mittels Ultraschall ist bereits für essentiellen Tremor und tremordominantes Parkinsonsyndrom zugelassen.

Erstmals ohne Öffnung des Schädels lassen sich so durch gezielte Ausschaltung überaktiver Nervenzellen Fehlfunktionen des Gehirns therapieren – eine Methode, die in Zukunft bei vielen neurologisch bedingten Bewegungsstörungen relevant sein könnte. Die dritte neuartige Ultraschall-Methode, die gezielte Arzneimittel-, Antikörper- oder Gentherapie, löst eine der großen Herausforderungen der Neurologie, indem sie erstmals die lokale Öffnung der Blut-Hirn-Schranke nichtinvasiv ermöglicht. Denn obwohl viele hochwirksame Therapeutika grundsätzlich zur Verfügung stehen, bringt man sie oft nicht an die gewünschte Stelle ins Gehirn. „Durch das Überwinden dieser Barriere ist nun erstmals die gezielte Abgabe von Therapeutika und Genen in betroffenen Gehirnarealen möglich. Damit lassen sich potenziell all jene Gehirnkrankungen behandeln, bei denen man mit Medikamenten gut lokal eingreifen kann, so zum Beispiel Tumor- und motorische System-Erkrankungen“, so Beisteiner. ■

<https://www.meduniwien.ac.at/>
<https://www.utoronto.ca/>

FACC startet Testflüge mit autonomem Flugtaxi EHang 216

Als Pionier im Bereich Urban Air Mobility setzt FACC gemeinsam mit dem strategischen Partner EHang einen weiteren wichtigen Meilenstein in der Entwicklung der urbanen Mobilität der Zukunft...

Der erste Testflug des von FACC produzierten autonomen Fluggerätes EHang 216 im offenen Luftraum wurde unter der Aufsicht der österreichischen Luftfahrtbehörde Austro Control am Gelände von FACC in St. Martin im Innkreis (OÖ) am 14. Dezember erfolgreich durchgeführt. Die enge und professionelle Zusammenarbeit zwischen den Spezialisten-Teams der Austro Control und der FACC führte zu diesem Meilenstein. Mit dem erfolgreichen Abschluß der Systemchecks und dem damit verbundenen Testflug wurde von der Luftfahrtbehörde die Erprobungsbewilligung für die weitere Durchführung von EHang 216 Testflügen erteilt. „Der erfolgreiche Testflug unseres autonomen Flugtaxis im österreichischen Luftraum ist der Startschuß für ein umfassendes Testprogramm des EHang 216. Wir schaffen damit das Fundament für die Zulassung einer innovativen, hochflexiblen und nachhaltigen Verkehrs- und Transportlösung für urbane Ballungszentren. Ich bin sehr stolz auf das gesamte Team und gratuliere zu diesem bahnbrechenden Meilenstein“, sagt Robert Machtlinger, CEO der FACC AG, nach dem Erhalt der Erprobungsbewilligung für den EHang 216 in Österreich.

Besonders in den Wochen vor dem Testflug wurde gemeinsam mit dem EHang Engineering-Team und den Spezialisten-Teams der Austro Control eine Vielzahl an technischen Tests und Überprüfungen für die Flight Test Unit abgeschlossen.

Autonome Fluggeräte: Entwicklung made in Austria

Im Rahmen der strategischen Partnerschaft bringen FACC und EHang ihre jeweiligen Ressourcen und Netzwerke ein. EHang tritt dabei als Erfinder und Experte für alle Fragen rund ums autonome Fliegen auf und bringt umfangreiches Knowhow hinsichtlich Connectivity und Software-Lösungen ein. FACC unterstützt im Bereich Hightech-Hardware mit Entwicklung, Zertifizierung und Fertigung von Leichtbaukomponenten und -systemen.



Foto: FACC / Gortana

Der EHang 216 ist das erste autonome Fluggerät in der Europäischen Union, für das von einer Luftfahrtbehörde eine Erprobungsbewilligung erteilt worden ist.

Kooperationen mit Industriepartnern, Politik und Luftfahrtbehörden bauen diese innovative Mobilitätslösung weiter aus. Die Behörden arbeiten intensiv an der Ausgestaltung der Regularien für den individuellen Luftverkehr. Auch die Implementierung von Testgebieten in Österreich wird forciert. „Der Markt im Bereich Urban Air Mobility birgt enorme Möglichkeiten und Chancen. Das Einsatzgebiet ist vielschichtig und spannt sich von Such- und Rettungsdiensten, über Versorgungsflüge für Materialien in schwer zugängliche Gebiete, Ambulanzflüge bis hin zu Taxiflügen in Mega-Cities. FACC und das starke Netzwerk an innovativen Partnerfirmen, Behörden, Universitäten und Fachhochschulen, aber auch das Land Österreich sind Vorreiter in diesem Bereich“, so Machtlinger.

Leichter, leiser, umweltfreundlicher und vielfach einsetzbar

Der EHang 216 ist ein senkrecht startendes und landendes, autonomes Luftfahrzeug, das von 16 leistungsstarken Elektromotoren an acht Doppel-Rotorarmen emissionsfrei angetrieben wird. Damit stellt es eine zusätzliche sichere, leise und umweltfreundliche Mobilitätsform dar. Hocheffiziente Leicht-

baustrukturen von FACC sorgen für geringes Gewicht und hervorragende Aerodynamik und tragen wesentlich zur Leistungsfähigkeit des Fluggeräts bei. Mit einer Reichweite von derzeit ca. 40 Kilometern, einer maximalen Nutzlast von 220 Kilogramm und einer Reisegeschwindigkeit von 130 Kilometern pro Stunde ist der für zwei Passagiere konzipierte EHang 216 weit über den Personentransport innerhalb und zwischen Städten hinaus einsetzbar und bietet sich sehr gut für logistische Verwendungszwecke, wie etwa Flüge zum Transport dringender Notfallgüter oder für risikoreiche Einsätze aus der Luft bei Umweltkatastrophen, an.

Der EHang 216 ist aktuell das am Markt am weitesten fortgeschrittene Produkt im Bereich der Urban Air Mobility. Mehrere Tausend bemannte Flugstunden hat das autonome Fluggerät in China bereits absolviert und hat im Mai von der chinesischen Zivilluftfahrtbehörde (CAAC) die weltweit erste Genehmigung für den kommerziellen Betrieb für logistische Zwecke erhalten. Mit dem erfolgreichen Erstflug des EHang 216 in Österreich setzt FACC gemeinsam mit EHang nun einen wichtigen Schritt zur Einführung des autonomen Fliegens in Europa. ■

<https://www.facc.com/>

Der Donau Limes

Römische Militärgrenze und Handelszone

Foto: Peironel-Carnuntum / H. Schneider



Rekonstruiertes Stadtviertel der Zivilstadt von Carnuntum

Von 15 v. bis 500 n. Chr. prägten die Römer den Lebensraum entlang der Donau von Bayern bis zur Mündung ins Schwarze Meer. In einem umfangreichen EU-Projekt wird die große römische Militärgrenze, der Donau Limes erforscht. 19 Projektpartner, mit dabei auch die Paris Lodron Universität Salzburg, gehen den Spuren der römischen Eroberer anhand der Grenzbefestigungen entlang der Donau nach. Die Wissenschaftler wollen damit eine wichtige europäische Kulturroute lebendig werden lassen.

Der Donau Limes erstreckte sich entlang der Donau von Bayern über Österreich in die Slowakei, Ungarn, Serbien, Rumänien und Bulgarien bis zur rumänischen Stadt Sulina, wo die Donau in einem breiten Flussdelta schließlich ins Schwarze Meer mündet. Nach dem Hadrians- und Antoninuswall in Großbritannien sowie dem Obergermanisch-Raetischen Limes in Deutschland stellt der Donaulimes den dritten großen Grenzbereich des Imperium Romanum dar.

Alle Länder, die an den Donau Limes angrenzen, sind an diesem Projekt beteiligt. Die Leitung des Gesamtprojektes liegt bei der Donau Uni Krems, weiters sind aus Österreich das Ludwig Boltzmann Institut sowie die Paris Lodron Universität Salzburg beteiligt.

Die Römer legten zur Grenzbefestigung zahlreiche Wachtürme, Legionslager und

Kastelle zu beiden Seiten der Donau an. Spuren der römischen Befestigungslager in Österreich finden sich in Linz, Enns, Traismauer, Mautern, Tulln, Zwentendorf, Klosterneuburg, Wien, Schwechat und Carnuntum, letzteres stellte das größte und bedeutendste Militärlager dar. Carnuntum wurde im 2. Jhd. n. Chr. auch Verwaltungsmittelpunkt der römischen Provinz und neben dem Militärlager errichteten die Römer eine grosse zivile Stadt. „Wir wollen die Geschichte

des Limes neu und umfassend aufbereiten“, sagt Rupert Breitwieser vom Fachbereich Altertumswissenschaften, der das Projekt seitens der PLUS gemeinsam mit den beiden Assistentinnen Maria Erker und Anna Windischbauer leitet. Geplant sei ein einheitliches museumspädagogisches Konzept sowie eine Museums-App und ein Guide.

„Die Menschen sollen eine Anleitung bekommen, um den Donaulimes ganzheitlich erleben zu können“, so Breitwieser. Es gehe



Foto: Friedrich-Alexander-Universität-Erlangen-Nürnberg

Nachbau eines römischen Patrouillenbootes der FAU Erlangen-Nürnberg

einerseits um die touristische Erschließung des gesamten Raumes, aber auch um Aktivitäten für den Kulturgüterschutz und um eine museale Belegung der römischen Überreste rund um den Limes. „Wir wollen die Geschichte sicht- und erlebbar machen“, meint Breitwieser.

Die Wissenschaftler gehen zahlreichen Spuren römischen Lebens entlang der Donau nach. Sie untersuchen die Reste von Befestigungen oder Flußmündungen, wo sich ein Hafen oder eine Brücke befunden haben könnte. Der Donau Limes soll in seiner Gesamtheit beschrieben werden, dazu zählen die Geschichte der Schifffahrt ebenso wie die Lebensumstände rund um den Limes. Zunächst werden alle vorhandenen Quellen systematisch erfaßt und in eine Datenbank eingegeben. „Wir schauen auch, was wir in den Museen vorfinden“, betont Projektassistentin Maria Erker. Einerseits soll alles vorhandene Wissen über die römische Zeit an der Donau zusammengefaßt und andererseits Neues entdeckt und erforscht werden.

Antiker Alltag am Donau Limes

Von besonderem Interesse ist für die Wissenschaft auch welche Beziehungen sich an der römischen Grenze entwickelten. „Wir untersuchen die Lebensumstände der Menschen rund um den Limes“, so Erker. Besonders interessant seien die privaten Beziehungen der römischen Besatzer zur heimischen Bevölkerung. Die Legionäre lebten mit ihren Familien rund um die Lager, teils gingen die Römer auch Verbindungen mit keltischen Frauen ein. „In vielen Lebensbereichen entfaltete sich ein gutes Miteinander zwischen römischen Besatzern und Einheimischen“, erzählt Anna Windischbauer, die die Datenbank betreut. Von Verbindungen zwischen Römern und Einheimischen zeugten beispielsweise Reliefs, worauf der Mann in römischer Tracht und die Frau in keltischer Tracht abgebildet ist, sagt Windischbauer. Auch in Salzburg habe man Grabmedaillons mit Abbildungen von Frauen in norischer Tracht gemeinsam mit Römern, gefunden. „Im Grunde genossen die Einheimischen die Vorteile römischer Zivilisation“, so Breitwieser. Umgekehrt hatten die Römer stets ihre Vorteile im Auge und suchten in dieser Region speziell nach Bodenschätzen. Sie fanden Buntmetalle und vor allem das von ihnen sehr geschätzte, hochwertige Eisenerz in den österreichischen Alpen. Das Ferrum Noricum galt als ideal zum Schmieden von Waffen und anderen Gerätschaften aus Eisen.



Foto: Petronell-Carnuntum / H. Schneider

Rekonstruiertes Stadtviertel der Zivilstadt von Carnuntum

„Die Provinz Noricum war vor allem wegen des hervorragenden Eisens in der gesamten römischen Welt geschätzt“, betont Breitwieser. Zuvor betrieben die Römer zunächst Handel und tauschten u. a. Wein gegen Eisen. Später eroberten sie das Gebiet, um noch effizienter an die begehrten Buntmetalle, neben Eisenerz auch Kupfer und Gold zu gelangen. Das mittels einer speziellen Verhüttungstechnik hergestellte norische Eisen besaß eine unglaublich hohe Qualität, ähnlich der von modernem LED-Stahl oder den Schwertern der Samurai in Japan.

„Die gesamte Okkupation des heute österreichischen Alpen- und Donauraumes durch die Römer muß man sich eher friedlich vorstellen“, sagt Breitwieser. Vereinzelt habe es Kämpfe gegeben, im Großen und Ganzen war für die einheimische Bevölkerung der Schutz durch die Römer sowie gute Handelserträge aber eher von Vorteil. Die Eroberung des keltischen Regnum Noricum

habe vielmehr einer erweiterten Integration geglichen. Die römischen Legionen boten nun Schutz vor plündernden Germanen. Generell waren die Römer der heimischen Bevölkerung gegenüber in vielen Lebensbereichen tolerant. Solange der römische Kaiser als oberste Instanz akzeptiert wurde, und auch die wichtigsten römischen Staatsgötter von den Provinzbewohnern anerkannt wurden, konnte die Bevölkerung ihre eigenen religiösen Kulte ausüben.

Die Ergebnisse der Forschungen sollen auch in die Lehre einfließen. Es wird spezielle Lehrveranstaltungen geben, auch Exkursionen sind geplant.

Darüber hinaus wird das Projekt auf verschiedenen wissenschaftlichen Tagungen vorgestellt.

Die Paris Lodron Universität erhält 190.000 Euro für eine Projektzeit von zweieinhalb Jahren. ■

<https://www.uni-salzburg.at/>



Foto: Paris Lodron Universität Salzburg / Kolarik

v.l.: Anna Windischbauer, Projektleiter Rupert Breitwieser und Maria Erker

Roboter lernen mit Stoffen und Folien umzugehen

An der TU Wien werden in Kooperation mit dem AIT Austrian Institute of Technology Methoden und Technologien entwickelt, die Robotern den Umgang mit weichen, verformbaren Materialien ermöglichen.

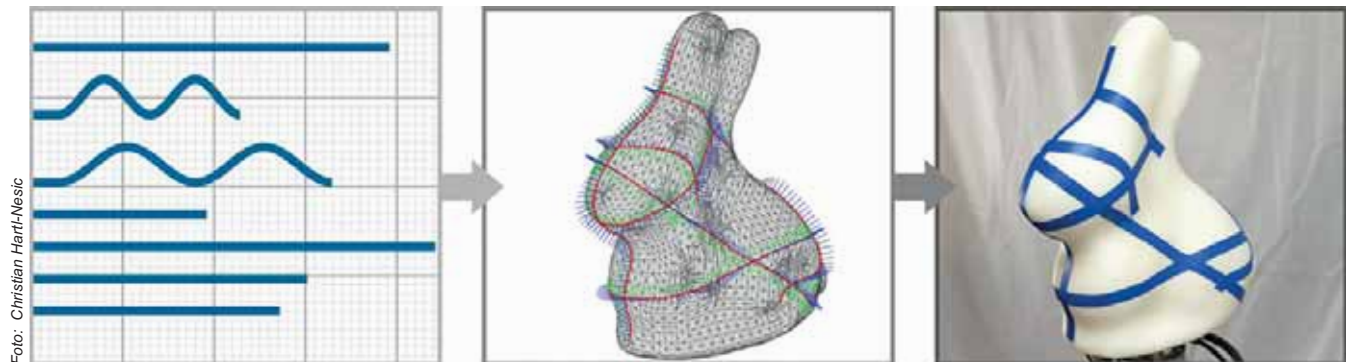


Foto: Christian Hartl-Nesic

Automatisiertes Aufbringen von Klebestreifen auf einem 3D-Objekt.

Wie klebt man ein weiches Stück Kunststoff auf einen Schuh, so daß dieses keine Falten wirft und sich der Schuhform anpaßt und mit dem Schuh verbindet? Wie kann man Textilien straff und faltenfrei auf Oberflächen drapieren und dann beispielsweise vernähen oder verkleben? Jeder weiß, daß dies mit viel Übung und Fingerspitzengefühl für uns Menschen machbar ist. Für Roboter sind diese Aufgabe nach wie vor schwierig zu lösen. Daher ist überall dort, wo in der Industrie weiche, verformbare Materialien (z.B. Leder, Stoffe, Folien, technische Textilien) verwendet werden, immer noch viel Handarbeit notwendig.

An diesen Fragestellungen arbeiten die TU Wien und das AIT Austrian Institute of Technology gemeinsam. Erste Erfolge konnten die Partner anhand von ausgewählten Demonstratoren verzeichnen.

Faltenfreies Drapieren oder Kleben

„Das Problem kennt man aus unterschiedlichen Bereichen der Industrie“, sagt Prof. Andreas Kugi, Vorstand des Instituts für Automatisierungs- und Regelungstechnik an der TU Wien und Leiter des Centers for Vision, Automation and Control am AIT. „In der Schuh- und in der Textilindustrie hat man mit Werkstoffen zu tun, die sich allein aufgrund der Schwerkraft verformen. Das macht die Verarbeitung äußerst schwierig. Auch in der Automobilindustrie spielt das eine wichtige Rolle, etwa bei der Herstel-

lung des Interieurs aus Leder oder Textilien, z.B. eines Armaturenbretts.“

Die Herausforderung aus Sicht der Automatisierung besteht darin, die Vielzahl an unterschiedlichen Aufgaben zu beherrschen: Je nach Größe und Form der Objekte bzw. Komponenten müssen die Roboterbewegungen ständig angepaßt werden. Die Kräfte, die zu jedem bestimmten Zeitpunkt ausgeübt werden müssen, hängen von kleinen, geometrischen Details der Aufgabenstellung ab. Es gibt kein einfaches Grundprinzip, mit dem ein Roboter viele unterschiedliche Situationen auf zufriedenstellende Weise meistern kann.

„Wir Menschen sind ungeheuer flexibel – wir koordinieren mühelos unser Sehvermögen mit unserer Fingerfertigkeit, wir können uns an unterschiedliche Materialien, Formen und Strukturen anpassen. Etwas Ähnliches einer Maschine beizubringen, ist eine große Herausforderung“, sagt Andreas Kugi.

Möglich wird es mit ausgefeilten Algorithmen, die in den Teams an der TU Wien und am AIT Austrian Institute of Technology entwickelt wurden: Die Arbeitsschritte werden präzise vorausgeplant – man berechnet nicht nur, an welchen Punkten ein Kontakt zwischen Roboter und Werkstück stattfinden soll, sondern auch in welcher Richtung und mit welchem Kraftaufwand. Gleichzeitig wird vorherberechnet, wie sich die Form des verwendeten Materials dabei ändern wird.

„Unsere Methode ist extrem flexibel“, sagt Christian Hartl-Nesic vom Institut für

Automatisierungs- und Regelungstechnik. „Wir haben die entwickelte Methode demonstriert, indem wir ein komplexes 3D-Objekt mit unterschiedlichen Krümmungen – einen Hasen – an exakt vorgegebenen Stellen mit langen (gekrümmten) Streifen automatisiert faltenfrei bekleben. Aber man könnte dieselben Algorithmen und Methoden auch für ganz andere Anwendungen nutzen, etwa um den Roboter auf dreidimensionalen Oberflächen genau vorgegebene Schnitte setzen zu lassen, oder ein gekrümmtes 3D-Objekt mit einer aufgespritzten Materialsicht zu versehen, die an jedem Ort genau die richtige Dicke hat.“

Nicht alle Aufgaben können Maschinen ganz allein übernehmen: Die Gruppen an der TU Wien und am AIT Austrian Institute of Technology entwickelten auch Methoden, mit denen Mensch und Maschine besser zusammenarbeiten können. Der Mensch kann die Maschine gezielt führen und diese lernt dabei das richtige Verhalten. „So kann Automatisierung auch für Kleinserien sinnvoll werden, wo es sich bisher aufgrund des großen Programmieraufwandes nicht gelohnt hätte, die Maschinen eigens anzupassen.“ sagt Tobias Glück, Leiter der Forschungsgruppe Complex Dynamical Systems am AIT. Dazu ist es notwendig, fortgeschrittene Methoden der Umgebungserkennung, der automatisierten Planung sowie Greiftechnologien zu entwickeln und diese synergetisch für die spezifischen Anforderungen zu kombinieren.

Die Arbeiten finden auch im internationalen Wissenschaftsbetrieb großen Anklang wie dies durch den Mechatronics Paper Prize Award 2020 für einen Beitrag im „Journal Mechatronics“ aus dem Jahr 2018 und der jüngsten Veröffentlichung in der IEEE Transactions on Robotics bestätigt wird. „Durch

die enge Zusammenarbeit zwischen der TU Wien und dem AIT versuchen wir die Ergebnisse der Grundlagenforschung sehr schnell in den Markt zu bringen und für die industrielle Praxis effektive Lösungen zu erarbeiten. Die Arbeiten an der TU Wien fokussieren sich dabei sehr stark auf den Bereich der

grundlagenorientierten Methodenentwicklung und am AIT versuchen wir systematisch den Reifegrad der entwickelten Technologien zu erhöhen.“ erklärt Prof. Andreas Kugi. ■

<https://www.ait.ac.at/>

<https://www.acin.tuwien.ac.at/>

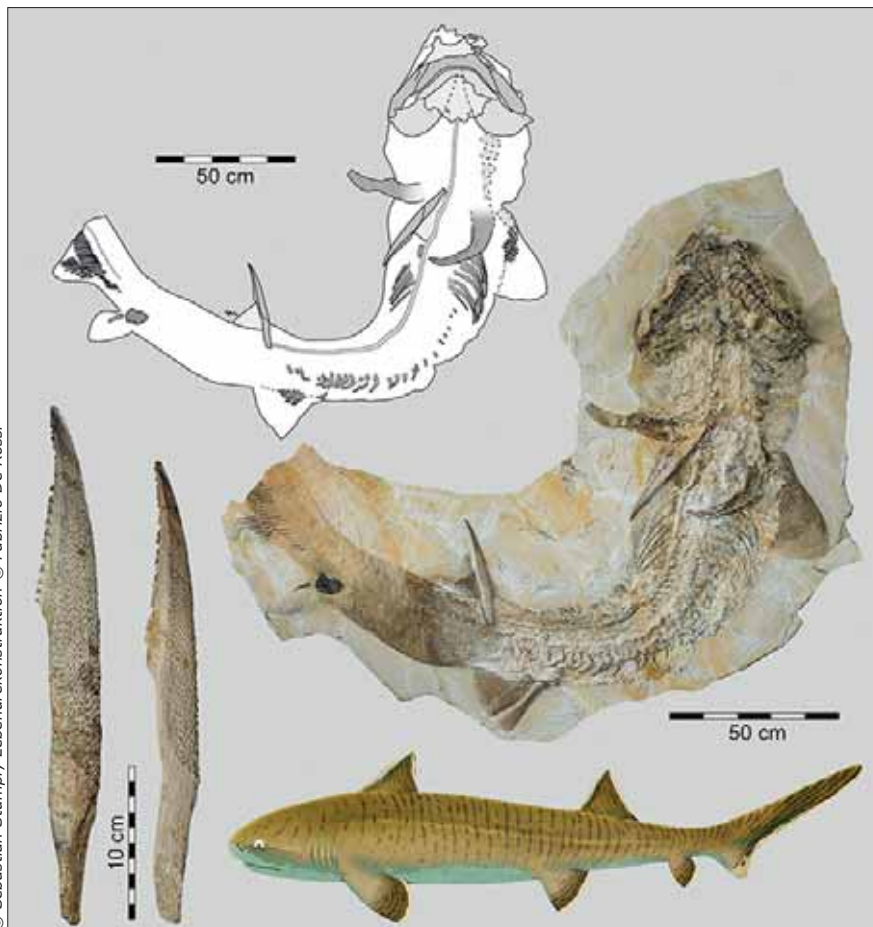
Spektakulärer Fossilfund

150 Millionen Jahre alter Urzeithai war einer der größten seiner Zeit

Ein internationales Team um den Paläontologen Sebastian Stumpf von der Universität Wien beschreibt in einer neuen Studie ein außergewöhnlich gut erhaltendes Skelett des ausgestorbenen Urzeithais *Asteracanthus*. Dieser ausgesprochen seltene Fossilfund stammt aus dem Solnhofener Plattenkalk in Bayern, der während der Zeit des Oberjura vor 150 Millionen Jahren in einer tropisch-subtropischen Lagunenlandschaft gebildet wurde. Das nahezu vollständig erhaltene Skelett zeigt, daß *Asteracanthus* zu Lebzeiten eine Gesamtlänge von zweieinhalb Meter maß, was diesen Urzeithai zu einem der größten seiner Zeit macht. Die Ergebnisse dieser Studie wurden im Fachjournal „Papers in Palaeontology“ veröffentlicht.

Knorpelfische, zu denen Haie und Rochen gehören, sind eine der erfolgreichsten heute noch lebende Wirbeltiergruppe. Durch den permanent stattfindenden Zahnersatz gehören Zähne von Knorpelfischen zu den häufigsten fossilen Wirbeltierfunden. Die vergleichsweise geringe Widerstandsfähigkeit ihrer knorpeligen Skelette hingegen verhindert aber in den meisten Fällen die Fossilisation vollständig erhaltener Tiere – außer es liegen besondere Bedingungen währenddessen vor.

Der Solnhofener Plattenkalk aus der Fränkischen Alb in Bayern, der während des Oberjura vor ungefähr 150 Millionen Jahren gebildet wurde und auch durch Funde des gefiederten Dinosauriers *Archaeopteryx* Weltrenown erlangte, stellt so ein seltenes Vorkommen dar. Im Laufe der letzten 150 Jahre wurden dort bei Fossilgrabungen zahlreiche Hai- und Rochenskelette geborgen. In der aktuellen Studie stellt das Team um Sebastian Stumpf das bisher größte jemals dort geborgene Haiskelett vor. Es handelt sich dabei um ein nahezu vollständig erhaltenes Skelett des hybodontiformen Haies *Asteracanthus*, dessen Gesamtlänge zu Lebzeiten zweieinhalb Meter maß, was ihn zu einem Riesen unter den jurassischen Haien machte.



© Sebastian Stumpf; Lebendrekonstruktion © Fabrizio De Rossi

Nahezu vollständiges Skelett des hybodontiformen Haies *Asteracanthus* aus dem oberjurassischen Solnhofener Plattenkalk in Bayern inklusive Vergrößerungen der Flossenstachel und künstlerischer Lebendrekonstruktion

Diese Haie, die die nächsten Verwandten moderner Haie und Rochen sind, traten erstmalig im Devon vor 361 Millionen Jahren auf und starben am Ende der Kreidezeit vor 66 Millionen Jahren zusammen mit den Dinosauriern aus. Sie besaßen zwei Rückenflossen, die jeweils durch einen kräftigen Flossenstachel gestützt wurden. Das Größenspektrum der Haie reichte von wenigen Zentimetern bis hin zu annähernd drei Metern.

Asteracanthus wurde vor mehr als 180 Jahren durch den schweizerisch-amerikanischen Naturforscher Louis Agassiz anhand

von isolierten Flossenstacheln beschrieben. Zusammenhängende Skelettreste fehlten bis jetzt. Das Gebiß des Skelettes ist außergewöhnlich gut erhalten und beinhaltet mehr als 150 Zähne mit jeweils einer mittleren Hauptspitze und mehreren Nebenspitzen. „Diese Art der Bezaehlung deutet darauf hin, daß *Asteracanthus* ein Jäger war, der ein breites Nahrungsspektrum hatte. Er war mit Sicherheit nicht nur einer der größten Knorpelfische seiner Zeit, sondern auch einer der imposantesten“, so Sebastian Stumpf. ■

<https://www.univie.ac.at/>

Die Schausammlung

Noch bis 24. Juli 2021 im Oberen Belvedere



© Belvedere, Wien

Gustav Klimt, *Liebespaar (Kuß)* 1908 (vollendet 1909)

Das Belvedere hat eine sehr wechselhafte Geschichte hinter sich. Errichtung des Schlosses unter Prinz Eugen von Savoyen, Museumsgründung unter Maria Theresia bzw. Joseph II, Residenz des Thronfolgers Franz Ferdinand, Gründung der Modernen Galerie 1903, Zweiter Weltkrieg und Zeit des Nationalsozialismus, Unterzeichnung des österrei-

chischen Staatsvertrags 1955 und heutige Rolle als modernes Museum. Diese Geschichte, die von Zäsuren und Neuanfängen geprägt ist, wird in einem eigenen Bereich im Erdgeschoß aufbereitet und dargestellt.

Die Sammlung des Belvedere umfaßt aktuell 18.600 Werke aus knapp 900 Jahren Kunstgeschichte. Etwa 420 davon sind im

Oberen Belvedere zu sehen, darunter Highlights wie Gustav Klimts weltbekannter Kuß. Ergänzt wird dies durch eine Dokumentation der Geschichte des Hauses und spezielle Themenräume rund um Österreich und seine Identität.

Die Belvedere Schlösser dienen seit ihrer Entstehung der Präsentation von Kunst. Zu-

nächst waren hier die Sammlungen von Prinz Eugen beheimatet, ab 1781 große Teile der kaiserlichen Sammlung, die auch öffentlich zugänglich waren. Mit der Eröffnung der Modernen Galerie 1903 im Unteren Belvedere wurde der Grundstein für die heutige Sammlung gelegt.

„Die eigene Sammlung stellt für jedes Museum das Herzstück seiner Identität dar. Im Belvedere ist diese eng mit der (Kunst-) Geschichte Österreichs verbunden“, erklärt Stella Rollig, Generaldirektorin des Belvedere.

Bis 24. Juli 2021 wird aus dieser Sammlung in einer Schau im Oberen Belvedere eine Auswahl an Schlüsselpositionen österreichischer Kunstgeschichte im internationalen Kontext präsentiert. Vertreten sind unter anderem Werke von KünstlerInnen wie Rueland Frueauf d. Ä., Franz Xaver Messerschmidt, Ferdinand Georg Waldmüller, Gustav Klimt, Erika Giovanna Klien, Egon Schiele, Helene Funke oder Oskar Kokoschka. Zu den Höhepunkten gehören Arbeiten aus dem Mittelalter, dem österreichischen Barock, dem Wiener Biedermeier, der Epoche Wien um 1900 und als Teil davon die weltgrößte Sammlung an Gemälden Gustav Klimts. Ergänzt werden sie durch Gemälde von Claude Monet oder Vincent van Gogh und weiteren bedeutenden Bildern und Skulpturen aus dem 20. und 21. Jahrhundert. Einen jeweils speziellen Fokus der Samm-



© Belvedere, Wien

Bild unten: Egon Schiele, Die Umarmung, 1917 Bild oben: Richard Gerstl, Die Schwestern Karoline und Pauline Fey, 1905



© Belvedere, Wien / Foto: Johannes Stoll

lung beleuchtet die wechselnde Ausstellungsreihe „Im Blick“. Konfrontationen der Architektur mit zeitgenössischer Kunst bietet das Format „Carlone Contemporary“.

Konzept und Zielsetzung

Grundlegender Leitfaden der Konzeption der Sammlungsanstellung im Jahr 2018 war es, nicht nur trockenes Faktenwissen zu vermitteln, sondern auch die Anliegen und Motivationen der KünstlerInnen lebendig werden zu lassen. BesucherInnen des Belvedere sollen von hier neue Erfahrungen und vertieftes Wissen mitnehmen.

Im Erdgeschoß wird in zwei Räumen eine Einführung in die Geschichte des Belvedere geboten, eine Vorstellung seines Bauherrn Prinz Eugen und einen Einblick in das Archiv des Museums. Die Präsentation der Kunstsammlung selbst umfaßt im Kern Werke aus dem Zeitraum vom Mittelalter bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Vier Themenräume lockern den Parcours der chronologisch dargestellten Epochen auf. Sie behandeln Fragestellungen zu Österreich, seiner Geschichte und seiner Identität. Die Räume sind als bewußte Unterbrechungen konzipiert und gleichzeitig als Angebot zur epochenübergreifenden Beschäftigung mit österreichischer Kunst und Geschichte.



© Belvedere, Wien / Foto: Johannes Stoll

Michael Pacher, Vermählung Mariens, 1497-1498

Die einzelnen Themenräume:

Barockes Österreich?

Sich in einem barocken Interieur zu zeigen wird bis heute mit Erfolg und Reichtum verbunden. Demgegenüber mag allerdings

auch herrschaftlicher Machtanspruch in den Sinn kommen. Barocke Pracht erinnert an das Zeitalter des Absolutismus, der Entrücktheit weniger weltlicher und geistlicher Herrscher gegenüber der Masse des Volks. Aus dieser Sicht kann der Barock bis heute keineswegs volksnah sein. Dies ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite vermag barocke Kunst durch ihren Ausdruck, ihren Reichtum in der äußeren Erscheinung wie auch in der inhaltlichen Intensität viele Menschen zu fesseln. Was auf den ersten Blick mitunter oberflächlich oder rein dekorativ erscheint, berührt in weiterer Folge oft die Frage nach dem menschlichen Dasein und dessen Vergänglichkeit.

Der Barock prägt das Selbstverständnis Österreichs im 20. Jahrhundert und wird in bzw. nach politisch schwierigen Zeiten – insbesondere nach den beiden Weltkriegen – identitätsstiftend eingesetzt. Die Kunst dieser Epoche findet man, teilweise gezielt, auch in staatstragender, repräsentativer Funktion wieder. So residiert der österreichische Bundespräsident in der barocken Residenz der Habsburger, und die Angelobung der Regierung findet unter dem Bild Maria Theresias statt.

Eine Suche nach dem genuin österreichischen Barock muß jedoch scheitern: Das Kunstschaffen im 17. und 18. Jahrhundert zeichnet sich durch einen enormen internationalen Austausch aus.



©Belvedere, Wien, laut Restitutionsgesetz im Jahre 2001 an die rechtmäßigen Erben restituiert

Gustav Klimt, Forsthaus in Weißenbach I (Landhaus am Attersee), 1914



© Belvedere, Wien

Oskar Kokoschka, Tigerlöwe, 1926

Habsburg – Mythos und Wahrheit

Die Habsburger gehören bis 1918 zu den mächtigsten Dynastien Europas und stellen über Jahrhunderte den Kaiser des Heiligen Römischen Reichs. Um das Herrschergelecht ranken sich viele Legenden – von der Begründung des Hauses durch Rudolf von Habsburg bis zum Ende der Monarchie 1918.

Besonders im 19. Jahrhundert haben Mythen rund um die Habsburger Hochkonjunktur. Ihre Verbreitung in Historienbildern soll dem Machterhalt im 1804 gegründeten Kaisertum Österreich dienen. Überdies beschwören Denkmäler die Tugenden und Erzungenschaften einzelner Familienmitglieder herauf. Wie sehr den Regenten selbst an ihrem „Image“ gelegen war, zeigen die Darstellungen von Leopold I. bis Franz II. (I.) – wie sehr der Mythos Habsburg gegen 1900 seinen Glanz verlor, äußert sich in der „Affäre Mayerling“ rund um den Kronprinzen Rudolf.

Österreich im Aufbruch

Ende des 19. Jahrhunderts erlebt Österreich-Ungarn enorme Umbrüche: Eisenbahn

und Dampfschiff ermöglichen ungeahnte Mobilität, Industrieanlagen ersetzen Manufakturen, aus Städten werden Metropolen. Kunstschaffende beteiligen sich aktiv an die-



© Belvedere, Wien / Foto: Johannes Stoll

Ausstellungsansicht

sem Veränderungsprozeß. Romakos Admiral Tegetthoff erscheint als souveräner Herrscher seines gepanzerten Dampfschiffs. Lautschars Fabrikarbeiter nimmt eine ganz ähnliche Pose ein, sein Stolz beruht jedoch auf politischem Selbstbewußtsein. Bürgerliche treten mit herausragenden Leistungen an die Stelle von antiken Helden oder Feldherren. Nach dem Zweiten Weltkrieg müssen sich Kunstschaffende moderne Ausdrucksweisen zurückerobern. Abstraktion steht nun für Demokratie und Freiheit. Der vernunftorientierten Moderne hält Hundertwasser eine ökologische Kunst entgegen.

Österreich im Exil

Künstlerinnen und Künstler im Exil – Schicksale in dunklen Zeiten

Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreichs Österreich-Ungarn sind gleichzeitig der Beginn großer Migrationsbewegungen. Zahlreiche Intellektuelle und Kunstschaffende strömen aus den Kronländern nach Wien. Auf die Gründung der Ersten Republik 1918/19 folgen schwere soziale und ökonomische Krisen. Antisemitische Aus-

Kultur

brüche häufen sich genauso wie Anfeindungen gegen „ausländische“ MitbürgerInnen. Die Etablierung des austrofaschistischen, autoritären Ständestaats 1934 befördert diese Situation. Schwierige Arbeitsbedingungen veranlassen viele, Wien den Rücken zu kehren, noch bevor sie durch den „Anschluß“ Österreichs 1938 ins Exil gezwungen werden. Nach 1945 wollen einige Emigrantinnen und Emigranten in ihre alte Heimat zurückkehren. Selten ist das erfolgreich, sind doch genau jene an der Akademie und den Kunstschulen beschäftigt, die an der Vertreibung Mitverantwortung getragen haben.

Die Klimt-Räume

Mit 24 Werken besitzt das Belvedere die größte Sammlung an Gemälden von Gustav Klimt. Darunter Der Kuß als weltweit berühmtestes Bild eines österreichischen Künstlers. Es lockt jährlich mehr als eine Million BesucherInnen aus aller Welt in das Mu-

seum. Die Schausammlung stellt Klimts Werke in einen räumlichen und kunsthistorischen Kontext und bettet sie in das historische Kunstgeschehen ein. Werke anderer KünstlerInnen aus dieser Zeit sind in den Räumen zu sehen, wie beispielsweise im Kuß-Raum das Bild Die Schwestern Karoline und Pauline Fey, dessen Maler Richard Gerstl sich ganz bewußt gegen die Malerei Klimts wandte. Oder das Gemälde Ver Sacrum von Elena Luksch-Makowsky, einer der bedeutendsten Künstlerinnen Anfang des 20. Jahrhunderts. Auch Klimts Judith wird in einem Umfeld mit Werken der beiden Künstlerinnen Broncia Koller-Pinell und Elena Luksch-Makowsky präsentiert.

Carlone Contemporary

Die Reihe „Carlone Contemporary“ präsentiert halbjährlich im Carlone-Saal des Oberen Belvedere zeitgenössische Werke. KünstlerInnen schlagen mit ihren Positionen

eine Brücke zum barocken Bildprogramm, von der antiken Götterwelt der Fresken in die Gegenwart.

Zu sehen waren in diesem speziellen Format bislang unter anderem KünstlerInnen wie Ines Doujak, David Zink Yi oder Ulli Aigner.

Im Blick

In der Reihe „Im Blick“ werden dreimal im Jahr im Oberen Belvedere spezielle Aspekte der hauseigenen Sammlung beleuchtet. Kunstwerke werden unter neuen wissenschaftlichen Gesichtspunkten analysiert und der Öffentlichkeit präsentiert. In dieser Reihe zeigte etwa der Künstler Vik Muniz seine Referenz auf die Schlüsselwerke des Belvedere. Bisherige Ausstellungen behandelten Themen wie Der Kremser Schmidt, Der Canaletto-Blick, Spontan erfaßt, Faszination Ölskizze oder Leopold Kiesling. Der Mythos von Mars und Venus mit Amor. ■

<https://www.belvedere.at/>

Teilnehmende KünstlerInnen

...in der Schausammlung

Rudolf von Alt
Martino Altomonte
Friedrich von Amerling
Alexander Archipenko
Johann Wolfgang Baumgartner
Max Beckmann
Wilhelm Bernatzik
Albert Birkle
Tina Blau
Carl Blechen
Herbert Boeckl
Johann Christian Brand
Leonhard von Brixen Paul
Cézanne
Lovis Corinth
Gustave Courbet
Josef Danhauser
Charles-François Daubigny
Jacques-Louis David
Eugène Delacroix
Franz Dobiaschofsky
Josef Dobrowsky
Georg Raphael Donner
Thomas Ender
Josef Engelhart
Anton Faistauer
Josef Feid
Peter Fendi
Josef Floch
Greta Freist
Theodor Friedl
Caspar David Friedrich
Konrad von Friesach
Rueland Frueauf d. Ä.
Friedrich Heinrich Füger
Joseph von Führich
Helene Funke
Akseli Gallén-Kallela
Friedrich August
Mathias Gaueremann
François Pascal
Simon Gérard

Richard Gerstl
Vincent van Gogh
Urban Götschacher
Daniel Gran
Albert Paris Gütersloh
Jacob Philipp Hackert
Johann Baptist Hagenauer
Philipp Ferdinand de Hamilton
Felix Albrecht
Harta Johann
Jakob Hartmann
Carry Hauser
August Heinrich
Ferdinand Hodler
Karl Hofer
Adolf Hölzel
Theodor von Hörmann
Innsbrucker Hofmaler
(Ludwig Konraiter [?])
Franz Christoph Janneck
Alexej von Jawlensky
Jakob Kaschauer (Werkstatt)
Fernand Khnopff
Ernst Ludwig Kirchner
Erika Giovanna Klein
Gustav Klimt
Max Klinger
Hans Klocker
Johann Knapp
Josef Anton Koch
Oskar Kokoschka
Anton Kolig
Broncia Koller-Pinell
Barbara Krafft
Johann Peter Krafft
Josef Kreuzinger
Johann Kupetzky
Max Kurzweil
Andreas Lackner
Conrad Laib
Johann Baptist Lampi d. Ä.
Oskar Laske

Fernand Léger
Wilhelm Leibl
Franz Lerch
Max Liebermann
Friedrich Loos
Elena Luksch-Makowsky
Hans Makart
Édouard Manet
Franz von Matsch
Franz Anton Maulbertsch
Meister der Anbetung mit dem Bindenschild
Meister der St. Lambrechter Votivtafel (Werkstatt)
Meister der Veitslegende
Meister der Wiener Anbetung
Meister des Albrechtsaltars
Meister des Albrechtsaltars
Meister des Krainburger Altars
Meister des Schottenaltars
Meister von Großmain
Meister von Großlobming
Meister von Laufen
Meister von Mondsee
Meister von Schloß Lichtenstein
Meister von Uttenheim
Franz Xaver Messerschmidt
Martin van Meytens d. J.
Michael Pacher (Werkstatt)
Michaelermeister
Jean-François Millet
Martin von Molitor
Carl Moll
Claude Monet
Marie-Louise von Motesiczky
Leopold Carl
Müller Michael Neder
Josef Nigg
Emil Nolde
Maximilian Oppenheimer
Max Pechstein

Balthasar Pemoser
August von Pettenkofen
Anton Petter
Johann Georg Platzer
Anna Maria Punz Josef Rebell
Marx Reichlich
Johann Baptist Reiter
Pierre-Auguste Renoir
Auguste Rodin
Anton Romako
Johann Michael Rottmayr
Johann Nepomuk Schaller
Otto Rudolf Schatz
Johann Evangelist Scheffer von Leonhardshoff
Egon Schiele
Carl Schindler
Emil Jakob Schindler
Johann Josef Schindler
Ludwig Ferdinand Schnorr von Carolsfeld
Carl Schuch
Fritz Schwarz-Waldegg
Moritz von Schwind
Franz Sedlacek
Giovanni Segantini
Christian Seybold
Franz Steinfeld
Franz von Stuck
Toyen
Paul Troger
Rudolf Wacker
Ferdinand Georg Waldmüller
Franz Wiegele
Michael Zürn d. J.

Zeitgenössische KünstlerInnen

Manfred Erjautz
Christian Hutzinger
Gudrun Kampf
Gerold Tusch
Erwin Wurm

Bruegel begegnen

Neu: Virtuelle 3D-Tour zu Bruegels Meisterwerken im Kunsthistorischen Museum – Innovatives Museumserlebnis für Bruegel-Fans auf der ganzen Welt

Das Kunsthistorische Museum lädt gemeinsam mit seinem Kooperationspartner Visit Flanders zu einer virtuellen Tour durch eine der berühmtesten Gemäldesammlungen der Welt: Mit zwölf Werken von Pieter Bruegel d.Ä. (um 1525/30–1569) beherbergt das Kunsthistorische Museum die weltweit größte und bedeutendste Bruegel-Sammlung, darunter die berühmten Meisterwerke Bauernhochzeit, Kinderspiele, Die Jäger im Schnee und natürlich den Turmbau zu Babel.

Mit dem neuen digitalen Angebot *Bruegel begegnen – Only in Vienna* macht das Kunsthistorische Museum den so genannten Bruegel-Saal (Saal X) der Gemäldegalerie nun für BesucherInnen und Kunstfans auf der ganzen Welt jederzeit zugänglich und virtuell erlebbar.

Mittels 3D-Technologie wird sowohl der Eindruck der Bewegung direkt im Raum vermittelt als auch die Betrachtung der Gemälde aus nächster Nähe ermöglicht. Das Besondere an der qualitativ hochwertigen Umsetzung ist eine spezielle Zoom-Funktion, die nahes Betrachten wie bei einem echten Museumsbesuch ermöglicht und sogar noch mehr Details entdecken läßt. Der virtuelle Raum kann sowohl über mobile als auch über Desktop-Geräte besucht werden.



© KHM-Museumsverband

In die Ansichten der einzelnen Bild können die BesucherInnen tief hineinzoomen und so Details erkunden, die beim „normalen“ Museumsbesuch kaum zu sehen sind...

Einen großen Stellenwert nimmt bei diesem 3D-Erlebnis die Kunstvermittlung ein: virtuelle MuseumsbesucherInnen können viel Wissenswertes über Bruegels Werk und Leben erfahren. Die virtuelle Tour ist in den Sprachen Deutsch, Englisch, Niederländisch, Russisch, Chinesisch/Mandarin und Japanisch verfügbar. Mit diesem neuen und ko-

stenlosen digitalen Angebot erweitert das Kunsthistorische Museum seine breiten und innovativen Online-Aktivitäten und bietet Museumsfans weltweit in Zeiten von andauernden Lockdowns und Reisebeschränkungen Kunstgenuß und Abwechslung ganz bequem von zu Hause aus. ■

<https://www.khm.at/bruegel-begegnen>



© KHM-Museumsverband

Genießen Sie die besondere Atmosphäre in diesem Raum bequem von Zuhause aus und erleben Sie Bruegel hautnah...

Aufsehenerregende Entdeckung

Versteckte Holztäfelung im Tiroler Volkskunstmuseum – Kulturhistorischer Wert wie Kenotaph und »Schwarze Mander«

Auch während der durch Corona bedingten Schließstage wurde im Tiroler Landesmuseen intensiv gearbeitet: Bestände wurden durchforstet und digitalisiert, Objekte von RestauratorInnen überprüft und gereinigt, Vitrinen für die Wiedereröffnung aufpoliert. Im Volkskunstmuseum führten diese Arbeiten zu einer überraschenden Entdeckung: Teile einer Holztäfelung, die seit den 1990er-Jahren als verschollen galten, konnten ausfindig gemacht werden. Sie stammen aus der Werkstatt des Innsbrucker Hof Tischlers Conrad Gottfried um 1570/80 und sind kulturhistorisch gleichzusetzen mit dem Kenotaph und den „Schwarzen Mandern“ in der Hofkirche.

Conrad Gottfried war im 16. Jahrhundert der Hof Tischler von Erzherzog Ferdinands II. von Tirol. Zwischen 1569 und 1580 war er nachweislich rund um Innsbruck tätig und machte Innsbruck zu einem Zentrum der sogenannten Intarsienarbeit – einer Dekorationstechnik, bei der verschiedene und verschiedenfarbige Hölzer aneinandergelegt werden, wodurch filigrane Ornamente und sogar ganze Holzbilder entstehen. Viele von Conrad Gottfrieds Werken, etwa seine Arbeiten für die Hofburg oder das ehemalige Schloß Ruhelust im Hofgarten, wurden zerstört. Die außergewöhnliche Fähigkeit des Tischlers ist aber heute noch in den Türen des Spanischen Saals auf Schloß Ambras sowie im Fürstenchor in der Innsbrucker Hofkirche abzulesen. Es ist Holzkunst in Perfektion, kulturhistorisch gleichzusetzen mit dem Kenotaph und den „Schwarzen Mandern“ in der Hofkirche.

Detailreiches Getäfel stammt aus Herrenhaus in Volderwildbad

Die nun wiederentdeckten Getäfelteile befanden sich in einem Nebengebäude des Volderwildbads. Aus verschiedenen farbigen Hölzern erarbeitete der Meister ein Kunstwerk – im Stil des Manierismus in der Übergangszeit zwischen Renaissance und Barock. An den drei Sockeln sind detailreiche Tierdarstellungen zu sehen: ein springender Hirsch sowie ein Löwe bzw. ein Bär in einem Käfig. Der Mittelteil zeigt eine Vase, aus dem üppig Blumen herauswachsen. Oben aber sitzt ein Papagei, nicht nur 1580 ein exotischer Vogel.



Foto: TLM

Detail der Holztäfelung im Tiroler Volkskunstmuseum: ein Papagei zwischen den Blumen – nicht nur 1580 ein exotischer Vogel.

Die Holztäfelung wurde 1919 bedauerlicherweise an einen Antiquar verkauft. Drei Teile davon konnten 1955 jedoch vom Tiroler Volkskunstmuseum aus Privatbesitz erworben werden. Vom Verbleib der anderen Stücke ist bis heute nichts bekannt. Die angekauften Getäfelteile wurden im Volkskunstmuseum dokumentiert, gereinigt und konserviert. Aufgrund der damals prekären Depotsituation wurden sie schließlich in einer versteckten, aber konservatorisch bestens geeigneten Nische des Museums aufbewahrt. Als Jahrzehnte später die Restaurierung des Fürstenchors geplant wurde und

man die Teile als Vergleichsstücke suchte, waren sie – von einem Brett verdeckt – nicht mehr auffindbar und galten seit 1996 als verschollen. Vor einigen Wochen wurden sie nun von Karl C. Berger, Leiter des Tiroler Volkskunstmuseums, wiederentdeckt. Gemeinsam mit Stefan Pichler, Experte für Intarsienarbeit, wurden die einzelnen Teile begutachtet. Beide Experten zeigten sich über die Qualität der Holzbilder beeindruckt.

Die Getäfelteile werden derzeit durch einen Restaurator überprüft und sollen dann im Volkskunstmuseum präsentiert werden. ■ <https://www.tiroler-landesmuseen.at/>

20 Jahre Karikaturmuseum Krems

2021 gibt es allen Grund zu jubeln, denn das Karikaturmuseum Krems feiert sein 20jähriges Bestehen!



Foto: Karikaturmuseum Krems / Christian Redtenbacher

Karikaturmuseum Krems ist das Museum für Karikatur, Bildsatire, Comics und Cartoons und ist einzigartig in Österreich!

Als einziges österreichisches Museum für satirische Kunst nimmt das Karikaturmuseum Krems seit seiner Eröffnung am 29. September 2001 eine Sonderstellung innerhalb der hiesigen Museumslandschaft ein. Der BesucherInnenmagnet am Tor zur Wachau überzeugt seit nunmehr 20 Jahren mit politischer Karikatur, humoristischen Zeichnungen, Comic und Illustration von den Anfängen der Kunstgattung in den 1900er-Jahren bis hin zu hochaktuellen Arbeiten führender KünstlerInnen der Szene. Nicht zuletzt mit dem Erich-Sokol-Preis für digitale Karikatur, kritische Zeichenkunst und Satire sowie der Förderung von aufstrebenden KünstlerInnen im Rahmen des internationalen Stipendienprogramms „AIR – Artist In

Residence Niederösterreich“ positioniert sich das Karikaturmuseum Krems als relevante Institution für zeitgenössisch-kritische Kunst.

Im eigens produzierten Katalog „... das Leben ist ernst genug!“ läßt man mit unterhaltsamen wie geistreichen Einblicken ein, die vergangenen 20 Jahre Revue passieren.

Schauplatz satirischer Größen

Erbaut nach den Plänen des Architekten und Karikaturisten Gustav Peichl alias Ironimus war das Karikaturmuseum Krems in den vergangenen zwei Jahrzehnten Schauplatz großartiger Ausstellungen zu hochkarätigen Künstlern von Manfred Deix, Enfant terrible der Szene und Gründungsvater des Museums, über Rudi Klein, Michael Pammesberger,

Oliver Schopf bis zu Bruno Haberzettl. Gerhard Haderer zeigte hier erstmals seine großformatigen Ölbilder.

Neben heimischen Größen präsentierte das Karikaturmuseum Krems genauso eine Vielzahl an internationalen KünstlerInnen. Hervorzuheben sind die Comic-Ausstellungen Die vielen Gesichter des Robert Crumb und Carl Bark's Donald Duck, kuratiert von Gottfried Helnwein und Manfred Deix. Genauso ritt der französische Künstler Achdé mit Lucky Luke in Krems ein und Janosch reiste persönlich aus Teneriffa zu seiner grossen Schau. Auch der argentinische Künstler und Weltstar Mordillo eröffnete persönlich seine erste Museumsschau in Österreich. Kultwert haben einige der großen Themen-



© Gerhard Haderer / Landessammlungen NO



© Hans Reiser / Sammlung Grill

Bild oben: Gerhard Haderer, Wohnlandschaft mit Pferdekopfpolster, 1984

Bild links: Hans Reiser, Amazone und bayrischer Satyr, o.D.

ausstellungen, so „Alles klar Herr Kommissar“ mit Comics von Nick Knatterton und die kulturhistorische Schau Kottan von Peter Patzak und Helmut Zenker.

Starke Frauen in der Karikatur

Familienpaß garantierten die hinreißenden Kinderbücher von Torben Kuhlmann und Verena Hochleitner im Rahmen des Science-Fiction-Schwerpunkts zu 50 Jahre Mondlandung als auch die bisher größte Schau zu den bekannten Fuchsbrüdern Fix & Foxi. In die faszinierenden Welten des Trickfilms tauchte das Karikaturmuseum Krems mit der erstmaligen Präsentation von Zeichnerinnen des ungarischen Trickfilmsstudios zu den Cartoons von Red Bull ein. Starke Frauenpositionen in der Karikaturzene beleuchtete das Museum außerdem in einer Fokusausstellung zu Marie Marcks, der wichtigsten Kari-

katouristin im deutschsprachigen Raum, sowie einer Schau zur vielfach ausgezeichneten Comic-Künstlerin Isabel Kreitz.

Förderung mit Blick auf die digitale Gegenwart

Als international geschätzter Partner gleichermaßen von renommierten Ausstellungsbetrieben als auch von bekannten SammlerInnen wurden wichtige Ausstellungen einem breiten Publikum auf internationaler Ebene zugänglich gemacht. Die Ausstellung „Tu felix Austria... zeichne!“ anlässlich 25 Jahre Österreich in der EU eröffnete mit weiteren Ausstellungsorten in Helsinki, Bozen und Tallinn unter anderem den interkulturellen Dialog innerhalb der Europäischen Union.

Mit der Etablierung des Sokol-Preises für digitale Karikatur, kritische Zeichenkunst und Satire antwortet das Karikaturmuseum Krems auf die Digitalisierung im Kunstsektor und deklariert sich außerdem als Förderer von KünstlerInnen im Spannungsfeld der Digitalisierung. 2018 zeichnete erstmals eine hochkarätige Jury unter der Schirmherrschaft von Annemarie Sokol KünstlerInnen in vier Kategorien und einer Dotierung von gesamt über 31.000 Euro aus. Der Hauptpreis ging an den amerikanischen Karikaturisten Thomas Fluharty. Das nächste Mal wird diese Auszeichnung im Jahr 2023 vergeben.

Als Partner des Stipendienprogramms „AIR – Artist In Residence Niederösterreich“ leistet das Karikaturmuseum Krems einen weiteren wichtigen Beitrag zur Förderung des internationalen Kulturaustauschs. Beispielsweise erhielt der deutsche Karikaturist Frank Hoppmann als Erich-Sokol- Preisträger ein Stipendium von AIR. Jüngst, im Jahr 2020, widmete das Karikaturmuseum Krems dem World Press Cartoon Award-Gewinner eine exklusive Schau.

Ein Jubiläum, viele Highlights

Im Jubiläumsjahr zeigt das Karikaturmuseum Krems mit der Schau Schätze aus 20 Jahren ein Best-Of politischer Karikaturen und Bildgeschichten der Landessammlungen Niederösterreich. Die Ausstellung blickt damit auf das 20jährige Bestehen des Sammlungsbereichs Karikatur des Landes Niederösterreich zurück. Vertreten sind wahre historische Schätze ausgehend vom Beginn des 20. Jahrhunderts, Klassiker von Manfred Deix, Erich Sokol, Erich Eibl und Gustav Peichl sowie aktuelle Arbeiten von zum Beispiel Michael Pammesberger, Thomas Wizany, Bruno Haberzettl und Rudi Klein.



Foto: Annemarie Sokol / Landessammlungen NO

Erich Sokol, Au-Demo, 1985

Einen satirischen Volltreffer landet das Karikaturmuseum Krems mit seiner zweiten großen Ausstellung zur Sammlung Grill. Satirische Meisterwerke von KünstlerInnen wie Loriot, Paul Flora, Horst Haitzinger, Tatjana Hauptmann und Jean-Jacques Sempé geben tiefgreifende Einblicke in über 50 Jahre Sammelleidenschaft des Münchner Ehepaars Meisi und Helmut Grill.

Die Winterausstellung gewährt mit der Feuerroten Friederike einen exklusiven Einblick in die Illustrationen der außergewöhnlichen Autorin Christine Nöstlinger. In Kooperation mit Arbeiten ihrer Töchter und Werken von drei Stipendiatinnen von AIR stellt die Schau starke Frauenpositionen in den Fokus.

Exkurse zum kultigen Herrn Wondrak von Janosch und zum mehrfach preisgekrönten

Karikaturisten Gerhard Haderer ergänzen das Jubiläumsprogramm. Dauerbrenner bleibt das hauseigene Deix-Archiv, bei dem BesucherInnen mit Deix-Originalen auf Tuchfühlung gehen können, oder mittels digital kommentierter Beiträge Zusatzinformationen zum Zeitgeschehen und den Hintergründen ausgewählter Deix-Cartoons erhalten.

Machen Sie sich gefasst auf ein Jahr Humor, Witz und Satire vom Feinsten.

<https://www.karikaturmuseum.at/>

Die Kunstmeile Krems

Die Kunstmeile Krems bietet mit einer Vielzahl an Museen, Galerien, Kunst- und Musikfestivals ein umfangreiches und anspruchsvolles Kulturangebot auf einer Strecke von nur einer Meile (1,6 km).

<https://www.kunstmeile.at/>

Stadtansichten

... mit dem Henndorfer Kulturkreis durch Salzburg – Ausstellung
in der Stadtgalerie Rathaus von 8. Februar bis 26. März 2021



© Harald Pohl

Harald Pohl, »Salzburg um 1816«

Der Henndorfer Kulturkreis hat mit der Kulturabteilung der Stadt Salzburg – trotz der widrigen, coronabedingten Umstände eine Ausstellung in der Stadtgalerie im „Alten Rathaus“ von Salzburg organisiert. Unter dem Motto „Stadtansichten – mit dem Henndorfer Kulturkreis durch Salzburg“ haben 12 KünstlerInnen Werke ausgewählt, die bis 26. März zu besichtigen sind.

Der Henndorfer Kulturkreis

Diverse Henndorfer Künstler trafen fallweise in ungezwungenem Rahmen zusammen, um sich auszutauschen bzw. über ihre gemeinsamen Interessen zu diskutieren.

Durch die Initiative von Dir. Inge Schattauer wurde 1995 eine Vereinsgründung in Angriff genommen, der Startschuß dafür erfolgte in der konstituierenden Sitzung im Februar 1996; im darauffolgenden Herbst übernahm Helmut Stöckl die Führung des Vereins. Er organisierte sehr viele Ausstellungen im Raum Salzburg und arbeitete sehr erfolgreich am Aufbau des Vereins – in seiner Zeit stieg die Anzahl der Mitglieder auf fast 100 Personen an. Aus gesundheitlichen Gründen mußte er sich 2002 zurückziehen. Es wurden gemeinsame Ausstellungen – teilweise mit erheblichem finanziellen Aufwand – von einzelnen Mitgliedern für die KünstlerkollagenInnen or-

ganisiert und man traf sich meist privat oder öffentlich im Wirtshaus.

2003 übernahm Maria Haselwallner den Vereinsvorsitz, den sie 2009 an Franz Stütz übergab – der ihn bis heute innehat. Unter seiner Führung wurde 2013 per Satzungsänderung die Einschränkung, daß nur Henndorfer KünstlerInnen Mitglieder werden können, wieder aufgehoben.

Das Dorfatelier

Eine wichtige Veränderung für den Verein und im Vereinsleben fand in Herbst 2012 durch die Anmietung von Räumlichkeiten in der Hauptstraße 36 in Henndorf statt. Dieses

Kultur



© Franz Stütz

Franz Stütz, »Jedermann und der Tod«

neu gestaltete und eingerichtete Dorfatelier wurde als Kulturzentrum sehr schnell zur Drehscheibe für Kunst in Henndorf und auch von seinen Vereinsmitgliedern sehr gut angenommen. Ein Teil der Räumlichkeiten

wird von einem Vereinsmitglied mit Sammel Leidenschaft genutzt, der dort „Kunst & Krempel“ zum Verkauf anbietet.

Für sechs Künstler des Vereins wurden Mal- und Arbeitsplätze eingerichtet, um mehr

Leben in das Lokal und bessere Nutzungsmöglichkeiten des Ateliers zu schaffen. Für den Dialog mit BesucherInnen, für Vereinssitzungen und diverse Veranstaltungen, wurde auch noch ein Lobbybereich eingerichtet.



© Reinhard Fremuth (Baldrian)

Reinhard Fremuth (Baldrian), »Was man nicht im Hirn hat, filmt man eben...«

Kultur

Seit dem Umbau des Dorfateliers 2015, wo für BesucherInnen ein eigener Gästebereich eingerichtet wurde, werden darin auch regelmäßig Ausstellungen einzelner KünstlerInnen organisiert und es stiegen auch die gemeinsamen Aktivitäten und Projekte des Vereins erfolgreich an, das Gemeinsame wurde damit erheblich gesteigert.

Neben den bisherigen jährlichen „Advent-Lichtsäulen“ wurden neue Projekte mit der Henndorfer Bevölkerung organisiert. Teilweise schufen die KünstlerInnen des Vereins auch damit einen Beitrag für das Henndorfer Ortsleben, indem eine Vielzahl von Aktivitäten und künstlerischen Aufgaben im Dorf gestartet wurden, sodaß die Arbeiten des Vereins von der Henndorfer Bevölkerung sehr positiv bewertet werden.

Es ist für alle Beteiligten, die ehrenamtlich und erfolgreich für die kulturelle Szene in Henndorf mit tätig sind, auch weiterhin Motivation genug, an diesem Weg festzuhalten: es wurde auch versucht, die Henndorfer Bevölkerung von Jung bis Alt in das künstlerische Schaffen miteinzubeziehen. Jedes Jahr wird dafür ein künstlerischer Event als „Sommerprojekt“ mit oder für die Henndorfer Bevölkerung organisiert.

Schon eine langjährige Tradition des Henndorfer Kulturkreises ist die Aufstellung von Lichtsäulen in der vorweihnachtlichen Adventszeit, um einerseits das Dorf weihnachtlich zu schmücken und andererseits die Bevölkerung von Henndorf auf die Weihnachtszeit vorzubereiten. So entstanden im Laufe der Jahre immer mehr Lichtsäulen. Manche mußten nach einigen Jahren wieder erneuert werden, weil sie der winterlichen Witterung nur begrenzt standhalten. Ab 2019 wurde das Aufstellungskonzept grundlegend geändert. Die Lichtsäulen wurden hauptsächlich auf drei Schwerpunktplätzen entlang der Hauptstraße aufgestellt.

Teilnehmende KünstlerInnen

Annelise Di Vora
 Reinhard Fremuth (Baldrian)
 Maria Haselwallner
 Anna Maria Hujber
 Isabella Kull
 Harald Pohl
 Käthe Rous
 Waltraud Schmeisser
 Peter Stifter
 Franz Stütz
 Wilhelm Westerthaler
 Waltraud Winkler

<http://henndorfer-kulturkreis.at/wp/>
<http://www.blickwinkel-salzburg.at/>



© Anneliese Di Vora

Anneliese Di Vora, »Balance«



© Maria Haselwallner

Maria Haselwallner, »Nach der Vorstellung«

Das Wienerlied lebt – aber wie?

Die Wienermusik lebt und ist international beliebt – leider aber oft nur dort...

Würde man rein die Entwicklung in den österreichischen Radio- und Fernsehsender betrachten, kommt man zur Ansicht: „Das Wienerlied ist gestorben!“ Wenn man aber die Medienlandschaft verläßt, dann bemerkt man, das Wienerlied ist aktiv und beliebt wie eh und jeh. Mit verantwortlich dafür ist Marion Zib, die mit ihrem „Radio Wienerlied“ ständig bemüht ist, der Szene neue Impulse zu geben. Da gehören die wöchentliche Radiosendung dazu, die seit April 2003 produziert wird, aber auch der Musikverlag, der sich vor allem dem Wienerlied widmet. Er bietet über 600 Wienerlied-Produkte von CDs über Bücher, von DVDs bis zu Schallplatten an und liefert auch weltweit aus. Zusätzlich gibt es ein kostenloses Service, wo man Notenmaterial direkt im Internet herunterladen kann.

Weltweit strahlen 25 Sender die Sendungen „Wienerlied von gestern und heute“ bzw. „Zu Gast bei Radio Wienerlied“ auf fixen Sendepunkten aus und es werden gerne weitere Sender kostenlos beliefert. Über radiowienerlied.at kann man nicht nur jederzeit die aktuelle Sendung starten, sondern im Archiv vergangene ab August 2014 mit nur einem Klick anhören.

Vor einigen Jahren hat Radio Wienerlied auch die Seite daswienerlied.at übernommen und inhaltlich gestrafft. Dort können sich Musiker, die sich dem Wienerlied widmen, völlig kostenlos eintragen lassen und man kann auch alle Veranstaltungen mit Wienermusik kostenlos bewerben. In normalen Zeiten, also außerhalb von Corona, finde BesucherInnen Monat für Monat über 200 Veranstaltungen auf der ganzen Welt und auch weit über 200 Künstler incl. Kontaktdaten.

Der Erfinder und Gründer von Radio Wienerlied, Erich Zib war – und ist es bei Bedarf immer noch – auf allen Erdteilen mit seiner Wiener Schrammelharmonika erfolgreich unterwegs.

Die letzte Tournee führte ihn gemeinsam mit dem Kontragitarristen Franz Pelz drei Wochen nach Japan und, neben einigen größeren Konzerten, war der Höhepunkt die „Schule des Wienerlieds“ in Tokyo, wo die beiden Musiker die Schüler im Alter von 30 bis 90 Jahren beim Gesang begleiteten. Das Konzert mit über zwei Stunden Dauer gibt es sogar auf einem privaten Video zu sehen und



Foto: Radio Wienerlied

Erich Zib mit seiner Schrammelharmonika gemeinsam mit dem Kontragitarristen Franz Pelz, der Sängerin Haniu Takako und einer sichtlich beeindruckten Zuhörerin

es ist beeindruckend, wie die JapanerInnen Wienerlieder singen, obwohl sie großteils gar nicht deutsch können.

Vielleicht könnte sich der Rundfunk in Österreich daran ein Beispiel nehmen – denn die Wienermusik lebt und ist international beliebt. Und noch etwas: Es gibt keine Welt-

stadt außer Wien, die eine Musikgattung hat, die nach der Stadt benannt wird – die Wienermusik und das Wienerlied. Dieses weiter zu pflegen haben sich Marion und Erich Zib zur Aufgabe gesetzt.

<https://www.radiowienerlied.at>
<http://daswienerlied.at/>



Foto: Radio Wienerlied

Der Höhepunkt der dreiwöchigen Japanreise war die „Schule des Wienerlieds“ in Tokyo, wo die beiden Musiker die Schüler im Alter von 30 bis 90 Jahren beim Gesang begleiteten.